

Clausewitz-Gesellschaft • Jahrbuch 2019

Clausewitz-Gesellschaft

Jahrbuch 2019

Eine Publikation der
Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-5-7



Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Jahrbuch 2019

Eine Zusammenfassung von Beiträgen
aus der Arbeit der Gesellschaft 2019

Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Band 15
Jahrbuch 2019

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2020 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Internet: www.clausewitz-gesellschaft.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktion und Lektorat: Werner Baach, Wolfgang Fett, Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Layout und Satz: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz

Umschlaggestaltung: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz

Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-5-7

Inhalt	Seite
Editorial	6
Der besondere Beitrag	
Sicherheitsvorsorge und Resilienz für Politik, Gesellschaft und Streitkräfte im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung Thomas Silberhorn	13
Kapitel I	
Aktuelle sicherheits- und verteidigungspolitische Themen	
Chinas Eigen- und Weltbild und die Auswirkungen auf seine Außenpolitik Andreas Wolfrum	18
Das Geheimschutzabkommen GSOMIA: Kontroversen zwischen Korea und Japan Oliver Corff	34
Nukleare Herausforderungen – Nukleare Anforderungen Klaus Olshausen	47
20 Jahre Euro: Zwischenbilanz eines politischen Projekts Paul Jansen	59
Kapitel II	
Strategie, Wille und Führung	
WILLE – Seine Wirkungsmacht in der politisch-strategischen und militärischen Sphäre Christian E. O. Millotat Manuela R. Krueger	76
Strategisch-operative Aspekte der Willensbeeinflussung im Cyber- und Informationsraum (CIR) Kurt Herrmann	94

Auftragstaktik für Unternehmen in volatilen und unsicheren Umwelten: ein kompetenzbasierter Ansatz Jochen Wittmann	118
Kapitel III	
Geschichtliche Ereigniss und ihre Folgen	
Versailles 1919 – „Die Stunde der Abrechnung ist da“ Ulrich C. Kleyser	140
Militär und heimliche Rüstung in Deutschland 1918 bis 1933 – Vorbereitung auf den nächsten Krieg ? Michael P. Vollert	163
Kapitel IV	
Clausewitz und die Schweiz – gestern und heute	
Clausewitz und der Feldzug Suworows in den Schweizer Alpen im Jahre 1799 Alois Camenzind	182
Strategen des Luftkrieges – Douhet, Trenchard, Mitchell Christian F. Anrig	204
Kapitel V	
Berichte von den zentralen Veranstaltungen	
Nur durch engeres Zusammenrücken hat die Europäische Union weltpolitisch eine Chance Werner Baach	222
Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung – eine Herkulesaufgabe Werner Baach	231

Schützen und verteidigen, was besonders schützenswert ist
Resilienz spezieller „Kritischer Infrastrukturen“
im digitalen Zeitalter
Kurt Herrmann 241

Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2020 244

Bildnachweis 247

EDITORIAL

Unser Jahrbuch 2019, das fünfzehnte in Folge, enthält erneut eine vielfältige Zusammenstellung von Beiträgen zu historischen und aktuellen sicherheitspolitischen sowie militärstrategischen Themen.

Ein besonders markantes Datum für alle Deutschen ist der 9. November. Er steht sowohl für eines der dunkelsten Kapitel unserer Geschichte in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als auch für ein historisches Geschenk besonderer Güte, die friedliche Öffnung der Berliner Mauer vor dreißig Jahren. Entgegen nahezu euphorischen Erwartungen nach dem Ende des Kalten Krieges sind Friede, Sicherheit und Freiheit heute keineswegs selbstverständlich. Wie nachhaltig sie weltweit bedroht sind, das zeigen die zahlreichen Krisen und gewaltsamen Konflikte, sowohl in der unmittelbaren Nachbarschaft als auch in entfernten Regionen unserer globalisierten und inzwischen eng vernetzten Welt.

Europa und Deutschland stehen heute wieder zunehmend unter Druck. Die Volksrepublik China ist nicht nur wirtschaftlich rasant erstarkt. Sie tritt inzwischen auch außen- und sicherheitspolitisch selbstbewusster auf und unterstreicht dies ebenfalls mit enormen Rüstungsanstrengungen und militärischer Machtdemonstration. Mit seinem gewaltigen, strategisch angelegten Investitionsprogramm der „Neuen Seidenstraße“ („Belt and Road Initiative“, BRI) versucht China massiv seinen Einfluss auf die Nachbarn im asiatisch-pazifischen Raum, aber auch nach Afrika und sogar bis Westeuropa auszudehnen.

Die Russische Föderation zeigt unter Präsident Putin heute eine deutlich antiwestliche Haltung. Ungeachtet der fortbestehenden Sanktionen hält sie an der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim fest, destabilisiert den Osten der Ukraine weiterhin durch Unterstützung der separatistischen Kräfte sowie durch seine Energiepolitik, tritt provozierend gegenüber westlichen Nachbarstaaten auf und modernisiert seine Streitkräfte. Umfassende Rüstungsbemühungen finden nach der Aufkündigung des INF-Vertrags ebenfalls verstärkt im Bereich von Nuklearwaffen und bei weitreichenden Trägersystemen statt.

Die NATO musste sich auch im Jahr 2019 nicht nur der veränderten Sicherheitslage stellen, sondern sah sich erneut Herausforderungen im Innern ausgesetzt. Als ein besonders schwieriges Mitglied im Bündnis erweist sich zunehmend die Türkei. Aber auch die Politik der US-Administration überraschte

mehrfach mit nicht abgestimmten und irritierenden Schritten. Multilateralismus wird von ihr in Frage gestellt, eine Renaissance zur Politik der Stärke ist erkennbar und in etlichen Regionen erfolgte ein Rückzug aus internationaler Führungsverantwortung. Dadurch wachsen bei etlichen Bündnispartnern Befürchtungen hinsichtlich der Verlässlichkeit vormals nahezu sakrosankter Beistands- oder Schutzgarantien. Das entstandene Vakuum wird begierig von autoritär regierten Staaten gefüllt, die diese Machtverschiebung zugleich als Ausdruck ihrer Systemüberlegenheit gegenüber der Werteordnung des Westens darzustellen versuchen.

Die NATO musste sich auch im Jahr 2019 nicht nur der veränderten Sicherheitslage stellen, sondern sah sich erneut Herausforderungen im Innern ausgesetzt. Als ein besonders schwieriges Mitglied im Bündnis erweist sich zunehmend die Türkei. Aber auch die Politik der US-Administration überraschte mehrfach mit nicht abgestimmten und irritierenden Schritten.

Die Lage im Nahen und Mittleren Osten, einer besonders brisanten Nachbarregion Europas, ist weiterhin vor allem durch die Bürgerkriege in Syrien und im Jemen, durch die andauernde Krise im Irak sowie durch die Rivalitäten und Spannungen zwischen den Regionalmächten Saudi-Arabien und Iran geprägt. Die gewaltsame Eskalation des Streits zwischen den USA und dem Iran sowie die Wiederaufnahme der Urananreicherung im Iran lässt zudem eine weitere brandgefährliche Verschärfung der Lage in der gesamten Region erwarten.

Afrika zeigt sich trotz vielfältiger Potentiale und einiger positiver Ansätze weiterhin eher als Kontinent der Krisen und Konflikte. Die alarmierenden Prognosen zur demographischen Entwicklung, die nach wie vor grassierende Korruption und eine Vielzahl ethnischer Probleme in mehreren Staaten geben nur wenig Hoffnung für nachhaltig positive Prognosen.

Die im Jahr 2018 aufgekeimten Entspannungs- und Abrüstungssignale für die koreanische Halbinsel wurden bereits im Jahr 2019 wieder zunehmend gedämpft. Die zum Jahresende vom nordkoreanischen Machthabers Kim Jong-un ausgesandten Botschaften geben eher Anlass zu erneuter Besorgnis.

Die Gleichzeitigkeit und teilweise höchst komplexen wechselseitigen Abhängigkeiten der aktuellen Krisen und Konflikte erzeugen eine besondere Brisanz. Überlagert wird die skizzierte Lage durch eine ungebremst rasante technologische Entwicklung, unübersehbare Umweltbelastungen, dramatische Klimaveränderungen und massive demographische Umwälzungen. Insbesondere die alle Lebensbereiche durchdringende Digitalisierung hat nicht nur nahezu ungläub-

liche Erleichterungen beschert. Die dabei gleichzeitig entstandenen Abhängigkeiten und Gefährdungen stellen für die kritischen Infrastrukturen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erhebliche Sicherheits-Herausforderungen dar. Bedrohungen können jeden Einzelnen oder auch große Bevölkerungsgruppen ohne Vorwarnung und sehr unmittelbar treffen. Wie stark sich dabei die Grenzen zwischen Frieden und Krieg sowie zwischen äußerer und innerer Sicherheit auflösen, das haben im Jahr 2019 erneut u.a. terroristische Anschläge, Aktivitäten global agierender Organisierter Kriminalität und hybride Konfliktszenarien gezeigt.

Überlagert wird die skizzierte Lage durch eine ungebremst rasante technologische Entwicklung, unübersehbare Umweltbelastungen, dramatische Klimaveränderungen und massive demographische Umwälzungen. Insbesondere die alle Lebensbereiche durchdringende Digitalisierung hat nicht nur nahezu unglaubliche Erleichterungen beschert.

In dieser problembeladenen Situation verstärken sich Erwartungen an die Europäische Union (EU), dass sie konkrete Schritte einleitet, um erweiterte Verantwortung für die eigene Sicherheit tatsächlich übernehmen und dementsprechend politisch kraftvoll sowie selbstbewusst als Handlungs- und Gestaltungsmacht aufzutreten zu können. Vor allem eine nach wie vor unzureichende Kohärenz in der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, das fortbestehende Migrationsproblem, die Schwächung durch ein mehrjähriges, lähmendes BREXIT-Chaos sowie schließlich den Austritt Großbritanniens und ein in etlichen Staaten wieder erstarkter Nationalismus gepaart mit Populismus behindern die eigentlich erforderliche Entwicklung, mit der die EU international angemessene Beachtung und Anerkennung gewinnen sollte.

Zum Glück ist die NATO auch 70 Jahre nach ihrer Gründung als tragende Säule unserer Sicherheit weiterhin existent, handlungsfähig, und keinesfalls „hirntot“. Sie wird jedoch vermutlich künftig nur der für Europa notwendige, vitale Stabilitätsanker bleiben, wenn alle Mitgliedstaaten fest zu den Grundsätzen des Bündnisses stehen, Dialog und Konsensbildung weiterhin zur Wirkung gelangen und die Staaten in der Praxis tatsächlich ihren zugesagten Anteil an den gemeinsamen Lasten hinreichend und verlässlich erbringen. Nach der Aufkündigung des INF-Vertrags und angesichts einer ungewissen Zukunft von Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in einer zunehmend multipolaren Welt sind eine feste Haltung und entschlossene Schritte zur Bewahrung von Kohäsion und Handlungsfähigkeit des Bündnisses unerlässlich.

Bedauerlicherweise mussten im ablaufenden Jahr erneut sehr schmerzliche

Berichte über Defizite in der Bundeswehr zur Kenntnis genommen werden. Deshalb richten sich die Erwartungen weiterhin auf eine rasche Umsetzung der eingeleiteten Trendwenden bei Personal, Ausrüstung und Finanzierung. Dass eine zügige, konsequente (Wieder-)Herstellung der erforderlichen Fähigkeiten hohe Priorität hat und, neben dem bereits erwähnten Beitrag im Bündnis, insbesondere auch der Stärkung europäischer Handlungsfähigkeit dienen soll, bleibt unbestritten. Große Hoffnungen richten sich dabei ebenfalls auf die Realisierung von Ansätzen zur Entwicklung und Stärkung gemeinsamer europäischer Fähigkeiten. Die entsprechenden europäischen Bemühungen sollten stets komplementär ergänzend zur NATO erfolgen und somit auch dem essentiellen Zusammenhalt im Bündnis dienen. Insgesamt gilt es, ein ausreichendes Maß an Resilienz auf allen Ebenen und in allen Strukturen zu erreichen und nachhaltig zu stärken.

Im Jahr 2019 haben wir uns in der Clausewitz-Gesellschaft erneut mit einigen der o.a. Themen- und Problembereiche auseinandergesetzt, sowohl bei zentralen Veranstaltungen, als auch in den Regionalkreisen und in der Sektion Schweiz.

Das erfolgte grundsätzlich ebenfalls mit Blick auf die Methoden, Erkenntnisse und Prinzipien unseres Namensgebers, Carl von Clausewitz. Seine Feststellungen sind nach wie vor relevant, bedürfen jedoch stets einer zeitgemäßen Interpretation und zukunftsweisenden Transformation. In diesem Sinne wurde auch wiederum versucht, die Beiträge in dem vorliegenden Jahrbuch zusammenzustellen.

Die Auseinandersetzung erfolgte grundsätzlich mit Blick auf die Methoden, Erkenntnisse und Prinzipien unseres Namensgebers, Carl von Clausewitz. Seine Feststellungen sind nach wie vor relevant, bedürfen jedoch stets einer zeitgemäßen Interpretation und zukunftsweisenden Transformation.

Der einleitende Abschnitt gibt die Festrede des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin der Verteidigung, MdB Thomas Silberhorn, wieder, die er anlässlich der 53. Sicherheitspolitischen Informationstagung in Hamburg gehalten hat. In seiner Kernthese forderte er, dass Deutschland sich einer vorausschauenden gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge als staatliche Kernaufgabe stellen, das effiziente Zusammenwirken aller zur Bewältigung von Krisensituationen zuständigen Akteure ermöglichen und letztlich eine hinreichende Resilienz Kritischer Infrastrukturen gewährleisten müsse.

Im **Kapitel I** sind aktuelle Beiträge zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen zusammengestellt. *Andreas Wolfrum* wirft einen vertiefenden Blick auf die neue globale Gestaltungsmacht China und richtet dabei den Fokus auf

Chinas Eigen- und Weltbild sowie die Auswirkungen auf seine Außenpolitik. Mit anschaulichem Bezug zu den historischen und kulturellen Hintergründen wird ein eindrucksvolles Bild der aktuellen Entwicklungen in China und besonders der Herausforderungen für Europa und die USA gezeichnet. *Oliver Corff* analysiert das Geheimabkommen (GSOMIA) zwischen Japan und Südkorea vor dem Hintergrund zunehmender Instabilitäten und Unsicherheiten in Ostasien. Die gemeinsame Perzeption der potentiellen Bedrohung durch Nordkorea, die historischen Belastungen, territoriale Konflikte und Handelsstreitigkeiten einerseits finden in den Betrachtungen zum „Asiatischen Paradoxon“ Erwähnung, wie andererseits auch die fortbestehende Abhängigkeit beider Staaten von den USA als Sicherheitsgarant.

Klaus Olshausen greift in seinen Betrachtungen zur aktuellen Nuklearpolitik eine weitreichende geopolitische Problematik mit potentiell existenziellen Auswirkungen auf. Hierzu ist die öffentliche Aufmerksamkeit gerade auch in Deutschland bisher eher gering. Die präzise Darstellung zur atomaren Abschreckung und Nichtverbreitung sowie zu Rüstungskontroll- und Verbotsanstrengungen macht gerade vor dem Hintergrund der beunruhigenden Entwicklungen im Jahr 2019 deutlich, dass ein gesteigerter Bedarf an substanzieller Vermittlung der Fakten und konzeptionellen Grundlagen besteht. Hierzu kann und soll der Artikel einen Beitrag leisten. *Paul Jansen* liefert eine kritische Zwischenbilanz zum inzwischen zwanzigjährigen politischen „EURO-Projekt“, das sich seit 2010 praktisch in einem nicht enden wollenden Krisenmodus befindet. Die wesentlichen politischen Entscheidungen und ihre Auswirkungen werden eindringlich dargestellt und im Kontext des breiten, komplexen Spektrums europäischer Besonderheiten und Entwicklungen bewertet.

Strategie, Wille und Führung werden in **Kapitel II** von verschiedenen Seiten beleuchtet. *Christian E.O. Millotat* und *Manuela Krueger* untersuchen die Wirkungsmacht von „Wille“ in der politisch-strategischen und militärischen Sphäre. Sie kommen u.a. zu dem Schluss, dass der Wille von Verantwortlichen der Motor für visionäre Strategien und deren Verwirklichung ist. Bezugnehmend auf das Clausewitzsche Modell der „Wunderlichen Dreifaltigkeit“ betrachtet *Kurt Herrmann* strategisch-operative Aspekte der Willensbeeinflussung im heute alle Lebensbereiche durchdringenden Cyber- und Informationsraum (CIR). Dabei geht er vor allem auch auf künftig notwendige Führungsstrukturen und Abwehr-/ Verteidigungsfähigkeiten ein. Der Beitrag von *Jochen Wittmann* widmet sich schließlich einem kompetenzbasierten Ansatz zur Auftragstaktik für Unternehmen in volatilen und unsicheren Umwelten. Den Fokus richtet er

dabei insbesondere auf eine bessere Identifizierung und schnellere Bewertung strategischer Flexibilität und Optionen, eine schnellere Bewertung und Koordinierung von Ressourcen sowie ihre Umwandlung in neue Kompetenzen und auf ein besseres organisatorisches Lernen und Wissensmanagement auf allen Hierarchieebenen.

Zwei wesentliche geschichtliche Ereignisse und ihre Folgen stehen im Mittelpunkt des **Kapitels III**. *Ulrich C. Kleyser* setzt sich mit dem vor hundert Jahren unterzeichneten Versailler Vertrag auseinander. Ausgehend von einer historischen Einordnung untersucht er – bewusst nicht dem „Mainstream“ folgend – Ablauf, Zielsetzung, wesentliche Inhalte und einige bis in die Gegenwart ausstrahlende Nachwirkungen des höchst umstrittenen Vertrags. *Michael Vollert* durchleuchtet die diversen, weitgehend verdeckten militärischen Organisationen und vor allem auch die „Schwarze Reichswehr“ der Weimarer Republik, ein unter Umgehung des Versailler Vertrages entstandenes und nach außen stets geleugnetes lockeres Konglomerat aus verschiedenen Freikorps und paramilitärischen Verbänden, die in starkem Maße die demokratische Ordnung der Weimarer Republik ablehnten. Er zeigt zudem die vielfältigen, heimlichen Rüstungs- und Ausbildungsaktivitäten auf, die insbesondere auch in der Sowjetunion stattfanden.

Das **Kapitel IV** umfasst unter dem Titel „Clausewitz und die Schweiz – gestern und heute“ zwei Beiträge unserer dortigen Sektion. *Alois Camenzind* behandelt Clausewitz' Analyse des Feldzuges des russischen Generals Suworow in den Schweizer Alpen im Jahre 1799, der im Rahmen des 2. Koalitionskrieges durchgeführt wurde. *Christian F. Anrig* befasst sich mit drei prominenten Strategen des Luftkrieges, Giulio Douhet, Hugh Trenchard und William Mitchel. Seine vergleichende Analyse der „integrierten“ vs. der „unabhängigen Schule“ – auch unter Nutzung Clausewitzscher Erkenntnisse – liefert einen interessanten Einblick in die Entwicklung strategischer Grundlagen von Luftstreitkräften in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Kapitel V enthält in gewohnter Form zusammenfassende Berichte zu den zentralen Veranstaltungen unserer Gesellschaft. Beim Berliner Colloquium 2019, das erneut gemeinsam mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) durchgeführt wurde, befassten wir uns mit dem Thema „Vereint stark? Europa unter Druck – Die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegen den Angriff auf eine liberale Weltordnung?“. Die gemeinsam mit der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) in Hamburg durchgeführte 53.

Sicherheitspolitische Informationstagung stand unter dem Thema „Stärkung von Resilienz und nationaler Führungsfähigkeit im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung“. Eine ergänzende, spezifische Zusammenstellung von Beiträgen zu der Veranstaltung findet sich auf der Website unserer Gesellschaft unter dem Link <https://www.clausewitz-gesellschaft.de/informationen/sammelbaende-jahrestagung/>. Anfang November veranstaltete unsere Gesellschaft erneut ein CLAUSEWITZ-FORUM, diesmal zum Thema „Resilienz spezieller „Kritischer Infrastrukturen“ im digitalen Zeitalter – Welche sicherheitspolitischen und strategischen Herausforderungen gilt es zu bewältigen?“.

In diesem Jahr mussten wir von der bisherigen Praxis abweichen, die mit der Ehrenmedaille General Carl von Clausewitz ausgezeichnete Lehrgangsarbeit im Jahrbuch abzdrukken. Eine Veröffentlichung der mit der Ehrenmedaille 2019 ausgezeichneten Arbeit der beiden Preisträgerinnen, Anja Blümel und Elisabeth Frank, zum Thema „Die 360-Grad-Beurteilung – eine spieltheoretische Analyse“, hätte das verfügbare Volumen unseres Jahrbuchs überschritten. Eine bereits gekürzte Fassung ist allerdings auf der Website der Clausewitz-Gesellschaft unter dem Link <https://www.clausewitz-gesellschaft.de/category/beitraege-mitglieder/> verfügbar.

Auch dem Jahrbuch 2019 haben Wolfgang Fett und Werner Baach wiederum mit feinem Gespür, großem Einsatz und bewundernswerter Akribie Form und Inhalt verliehen. Mein Dank und der Dank aller Mitglieder der Clausewitz-Gesellschaft e.V. geht an die beiden Herren und an alle Autoren für ihre wertvollen und interessanten Beiträge, die sie uns kostenlos zur Verfügung gestellt haben. In gleicher Weise richtet sich der Dank ferner an den Layout- und Satz-Gestalter Marcel Baganz.

Ihnen, sehr geehrte Leser, wünsche ich, dass Sie die in unserem fünfzehnten Jahrbuch vorgenommene Zusammenstellung ansprechend finden und bei der Durchsicht des Kompendiums auf zahlreiche Beiträge stoßen, die Ihr Interesse wecken und den sicherheitspolitischen Diskurs fördern können. Kritische Begleitung, insbesondere sachliche Nachfragen, weiterführende Hinweise und konstruktive Anregungen sind uns stets willkommen.

Viel Freude und Genuss beim Lesen!

Generalleutnant a.D. Dipl.-Inform. Kurt Herrmann,
Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Sicherheitsvorsorge und Resilienz für Politik, Gesellschaft und Streitkräfte im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung

Thomas Silberhorn

Die Digitalisierung durchdringt sämtliche Lebensbereiche, die globale Vernetzung schreitet rasch voran. Der fundamentale Wandel durch Informations- und Kommunikationstechnologien verändert das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Miteinander. Wir stehen damit vor einer komplexer und schnelllebigere werdenden Sicherheitslage. Vor diesem Hintergrund gewinnen Sicherheitsvorsorge und Resilienz enorm an Bedeutung.

Für unsere Streitkräfte eröffnet die Digitalisierung neue Fähigkeiten und Chancen, sowohl physisch als auch virtuell. Für die Gefechtsfelder und Einsatzszenarien der Zukunft werden Zeit, Geschwindigkeit und Reaktionsfähigkeit entscheidende Kriterien für erfolgreiche Operationsführung in allen militärischen Dimensionen sein. Digitalisierung ist hier der entscheidende Schlüssel: Sie erhöht die Informations- und Wirkungsüberlegenheit sowie Durchsetzungsfähigkeit der Streitkräfte auf dem digitalisierten Gefechtsfeld.

Gleichzeitig gehen mit der Digitalisierung ernstzunehmende Risiken und Herausforderungen einher. Unsere Energie-, Wasser-, Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung sind eng mit dem Cyberraum verknüpft. Unsere Kommunikation läuft zunehmend digital ab. Deshalb ist eine sichere und freie Nutzung des Cyber- und Informationsraumes elementar.



Parlamentarischer Staatssekretär
Thomas Silberhorn

Das macht uns als Gesellschaft und als Staat, genauso wie die Wirtschaft und Industrie verwundbar. Das Spektrum der daraus erwachsenden Bedrohungen ist dabei weit gefächert. Es reicht vom Missbrauch persönlicher Daten und Wirtschaftsspionage über Desinformationskampagnen mit dem Ziel politischer Einflussnahme bis zur Schädigung kritischer Infrastrukturen, wie Elektrizitätswerke, und Störung der Regierungskommunikation. Diese Schwachstellen werden nicht nur von Kriminellen, Terroristen oder sogenannten „Hacktivisten“ ausgenutzt, sondern auch von Staaten und staatlich geförderten Akteuren.

Angriffe aus dem Cyber- und Informationsraum sind schon lange keine Fiktion mehr, sondern Realität. 2017 ließ der Erpressungstrojaner „Wanna Cry“ unter

anderem Anzeigetafeln der Deutschen Bahn ausfallen. Letztes Jahr wurde unser Regierunqsnetz IVBB angegriffen, und auch der Deutsche Bundestag blieb nicht verschont.

Klar ist: Deutschland und seine Partner in der EU und NATO sind Ziele von Cyberattacken. Konflikte in der realen Welt werden oftmals auch in den Cyberraum übertragen. Russland zum Beispiel nutzt Cyberangriffe zur umfassenden Informationsbeschaffung und flankiert außen- und sicherheitspolitische Absichten durch Cyber-Operationen. Auch China bedient sich langfristiger und strategisch angelegter Cyberangriffe mit dem Ziel der Aufklärung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Standpunkte und zur Einschätzung von Handlungsoptionen.

Durch Globalisierung und Digitalisierung entstehen also neben den Chancen auch neue Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Streitkräfte. Ge-

Durch Globalisierung und Digitalisierung entstehen neben den Chancen auch neue Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Streitkräfte.

fährdungen für unseren Staat und unsere Gesellschaft sind dabei hybrider geworden und zunehmend schwerer zuzuordnen. Potentielle Angreifer nutzen die Möglichkeiten, die sich aus Globalisierung und Digi-

talisierung ergeben – zumeist befinden sich diese unterhalb der Schwelle der konventionellen Kriegführung. Dementsprechend ist die Landes- und Bündnisverteidigung wesentlich facettenreicher geworden.

Mit Blick auf die komplexe Bedrohungslage fordert die Bundesregierung im Weißbuch 2016 daher eine gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge, die eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organen, Bürgerinnen und Bürgern sowie privaten Betreibern kritischer und verteidigungswichtiger Infrastruktur vorsieht. Das Miteinander aller in der gemeinsamen Sicherheitsvorsorge muss selbstverständlich sein!

Bedrohungen aus dem Cyber-Raum werden sich nie vollständig verhindern lassen. Die Bundesregierung strebt daher einen Zustand an, in dem die Risiken für Deutschland aus dem Cyber-Raum auf ein tragbares Maß reduziert sind. Das bedeutet, dass wir nicht nur die Abwehr von, sondern insbesondere auch den Umgang mit dem gesamten Spektrum von Bedrohungen schnellstmöglich erlernen und kontinuierlich verbessern müssen. Dabei spielt Resilienz eine zentrale Rolle.

Resilienz bezeichnet die Fähigkeit eines Systems, nach einem externen Schock in den Ursprungszustand zurückzukehren oder sich an die durch den Schock verursachte Veränderung anzupassen und seine Kernaufgaben weiterhin zu erfüllen. Auf die Gesamtgesellschaft übertragen bedeutet Resilienz, dass wir dafür Sorge tragen müssen, dass wir als Staat im Krisenfall funktionsfähig bleiben oder schnell wieder funktionsfähig werden.

Präventiv müssen wir uns insbesondere um die kritischen Bereiche kümmern: Energie, Wasser, Gesundheit, Internet, Verkehr oder Finanzströme.

Es geht um den Ausbau der Widerstands- und Adaptionfähigkeit von Staat und Gesellschaft gegenüber Störungen. Schadensereignisse müssen absorbiert werden können, ohne dass die Funktionsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigt wird.

Als 2016 die „Konzeption zivile Verteidigung“ veröffentlicht wurde, haben Teile der Öffentlichkeit dies als Aufforderung zu Hamsterkäufen verstanden. An diesem Beispiel zeigt sich besonders die Bedeutung öffentlicher Kommunikation, die es der Gesellschaft ermöglicht, Risiko-, Gefahren- und Bedrohungslagen richtig einzuschätzen und gegebenenfalls notwendige individuelle Vorkehrungen zu treffen.

In Sachen Resilienz ist der Staat nicht nur auf sich selbst gestellt, sondern in hohem Maße auf die gesamte Gesellschaft angewiesen, auf eine im besten Sinne „wehrhafte Demokratie“, auf gesellschaftliche Selbstbehauptung und auf die Bereitschaft zur Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

In Sachen Resilienz ist der Staat nicht nur auf sich selbst gestellt, sondern in hohem Maße auf die gesamte Gesellschaft angewiesen, auf eine im besten Sinne „wehrhafte Demokratie“, auf gesellschaftliche Selbstbehauptung und auf die Bereitschaft zur Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Sicherheitsvorsorge und Resilienz sind auch für die Bundeswehr von enormer Bedeutung. Als Nutzer komplexer Technologie ist die Bundeswehr besonders von der Digitalisierung betroffen. Gefordert ist eine Anpassung von Denken und Handeln auf allen Ebenen. Wer digitalisiert, ist schneller und gewinnt! Gerade in diesem Kontext ist es wichtig, die Soldatinnen und Soldaten im Prozess der Gestaltung der Digitalisierung mitzunehmen, denn sie tragen die digitale Transformation der Bundeswehr. Zwar ändern sich der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr durch Digitalisierung nicht, sehr wohl aber die Art und Weise der Auftrags Erfüllung. Daher ist die digitale Transformation der

Bundeswehr entscheidend für die Reaktionsfähigkeit und damit essentieller Bestandteil der Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung Deutschlands.

Die Digitalisierung ist deshalb in der Bundeswehr auf allen Ebenen Chefsache. Zentrale strategische Elemente, wie z.B. das Leitungsboard Digitalisierung der Bundesministerin und die Umsetzungsstrategie Digitale Bundeswehr, sind dazu im BMVg bereits etabliert. Dadurch ist eine gute Grundlage für die digitale Transformation gelegt.

Die „Konzeption der Bundeswehr“ nimmt für unsere Streitkräfte das Thema „Resilienz“ auf und unterscheidet dort zwischen personeller, kognitiver, funktionaler, materieller und organisatorischer Resilienz. Qualifiziertes, leistungs- und reaktionsfähiges Personal in einem flexiblen Personalkörper ist der Kern personeller Resilienz. Eine aufgeklärte und gut informierte Truppe besitzt kognitive Resilienz gegenüber hybriden feindlichen Vorgehensweisen. Einsatzorientierte Ausbildung, die unsere Soldatinnen und Soldaten handlungssicher agieren lässt, stärkt funktionale Resilienz. Eine aufgabenorientierte Vollausrüstung ist eine entscheidende Voraussetzung für materielle Resilienz. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der für das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr maßgebliche Systemverbundgedanke. Im Kern bedeutet dies, dass neben dem Kern einer Fähigkeit immer auch sämtliche erforderlichen Unterstützungselemente von Beginn an mitgeplant werden müssen. Organisatorische Resilienz kann dabei auch durch gezielte Redundanzen in den Strukturen der Bundeswehr erreicht werden, die vor allem eine durchhaltefähige Führungsfähigkeit aufrechterhalten.

Das größer werdende, immer komplexere Spektrum an klassischen und neuen Herausforderungen stellt hohe Ansprüche an den Dienst in der Bundeswehr und fordert ihre Angehörigen in besonderem Maße. Die Soldatinnen und Soldaten ebenso wie die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden durch politische, historische, interkulturelle und ethische Bildung auf ihren Dienst und die damit verbundenen Herausforderungen vorbereitet. Bildung und Weiterbildung sind dabei eine elementare Führungsaufgabe aller Vorgesetzten.

Die Konzeption der Inneren Führung trägt zum Verständnis der Sinnhaftigkeit des Dienstes und des Auftrags bei. Wir qualifizieren unsere Soldatinnen und Soldaten daher nicht nur in historischer und politischer Bildung, sondern auch in ethischen Fragen. Innere Führung leistet so einen wichtigen Beitrag dazu, unsere Soldatinnen und Soldaten resilient gegen Risikofelder zu machen.

Eine zentrale Rolle kommt der Bundeswehr zudem im Bereich des Heimatschutzes zu. Dazu zählen die Aufgaben, die im Rahmen der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge zum Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger außerhalb des Spannungs- und Verteidigungsfalls durch die Bundeswehr wahrzunehmen sind.

In Deutschland dürfen die Streitkräfte zur Hilfeleistung bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen eingesetzt werden. Die Verfahren dazu sind ständig geübte Praxis. Zur Unterstützung bei besonders schweren Unglücksfällen zählt auch der Einsatz unserer Streitkräfte bei terroristischen Anschlägen katastrophischen Ausmaßes. Die entsprechenden Verfahren werden ebenfalls laufend bei gemeinsamen Übungen mit den Bundesländern zur Terrorismusabwehr geübt.

Die Bundeswehr unternimmt alle Anstrengungen, um den Herausforderungen, die aus Globalisierung und Digitalisierung erwachsen, ausgewogen zu begegnen. Bei Resilienz und Sicherheitsvorsorge spielen unsere Streitkräfte eine zentrale Rolle. Doch Landes- und Bündnisverteidigung sind eine gesamtstaatliche Kraftanstrengung. Deswegen kommt es auf uns alle an. Jede und jeder Einzelne kann sich in den Diskurs vor Ort, in Vereinen und Parteien einbringen und zur Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger beitragen. Die Verwundbarkeit unserer Institutionen und unserer Infrastruktur zu erkennen und ihr zu begegnen, bleibt eine gemeinsame Aufgabe von Politik und Gesellschaft, die sich dabei auf unsere Streitkräfte verlassen können.

Hinweis: Mehr zum Thema Globalisierung, Digitalisierung und Resilienz siehe Bericht über die 53. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Führungsakademie der Bundeswehr auf den Seiten 231 bis 240.

Kapitel I

Aktuelle sicherheits- und verteidigungspolitische Themen

Chinas Eigen- und Weltbild und die Auswirkungen auf seine Außenpolitik

„Wir sind viele, wir sind vielfältig, wir sind eigen, wir sind ewig“

Andreas Wolfrum

„Die Chinesen“

Die seit Jahrhunderten größte mehr oder weniger in einem einzigen Staat organisierte Menschengruppe der Welt empfindet sich im Inneren als außerordentlich heterogen. Neben der genetisch größten Volksgruppe, der Han-Ethnie, gibt es in der Volksrepublik China noch 55 und in Taiwan 16 weitere offiziell anerkannte Völker, amtlich auch „Nationalitäten“ genannt. Diese bilden mit ihren unterschiedlichen Sprachen und Dialekten eine von Diversität geprägte Bevölkerung, in der die Han jedoch Staat und Kultur dominieren. Auch die meisten Übersee- oder Auslandschinesen zählen sich selbst zu den Han. Sie haben sich in vielen Staaten Südasiens im Laufe der Jahrhunderte angesiedelt und bilden dort mittlerweile sehr große Minderheiten, besonders in Malaysia und Thailand. In Singapur stellen die Han sogar die Bevölkerungsmehrheit. Übrigens verallgemeinert der deutsche Begriff „Chinesen“, denn im Chinesischen wird zwischen Chinesen als Staatsbürger („Zhongguoren“), den ethnischen Han-Chinesen („Hanren“) und den Minderheiten („Shaoshu minzu“) unterschieden.

Trotz der Unterschiede fühlen sich „die Chinesen“ durch bestimmte Eigenheiten – gerade auch in der Abgrenzung zu anderen – verbunden, sind sich ihrer gemeinsamen Geschichte, Tradition und Abstammung bewusst und leiten aus ihrer Zivilisation und Geschichte – unabhängig von den gerade Herrschenden – Hoffnungen für eine (wirtschaftlich bessere) Zukunft ab.

Dabei gilt es festzuhalten, dass es das eine EINE Eigenbild DER Chinesen alleine schon deswegen nicht geben kann, weil die Befindlichkeiten zwischen der Volksrepublik China, der Republik China (Taiwan), Hongkong, Macao sowie den in anderen Ländern lebenden Chinesen mit einem Pass der Volksrepublik China oder der Republik China („Hawai Huaqiao“) oder jeweils anderen Staatsbürgerschaften („Hawai Huaren“) manche Unterschiede erklärbar machen und

von den Generationen auch jeweils anders empfunden werden. Dass chinesischstämmige Kinder, die in westlichen Kulturen aufwachsen, abfällig von anderen Chinesen „Bananen“ („außen gelb, innen weiß“) genannt werden, belegt diese Identitätsdifferenzen.

Doch trotz der Unterschiede fühlen sich „die Chinesen“ durch bestimmte Eigenheiten – gerade auch in der Abgrenzung zu anderen – verbunden, sind sich ihrer gemeinsamen Geschichte, Tradition und Abstammung bewusst und leiten aus ihrer Zivilisation und Geschichte – unabhängig von den gerade Herrschenden – Hoffnungen für eine (wirtschaftlich bessere) Zukunft ab. In der Volksrepublik wird dieser „Chinesische Traum“ seit dem Amtsantritt des Staats- und Parteichefs Xi Jinping im Jahr 2012 – inhaltlich vage und zugleich umfassend – propagiert und verkündet das genaue Gegenteil des „Amerikanischen Traums“ von der Verwirklichung individuellen Glücks, nämlich eine kollektive Zukunftsvision.

Sinozentrisches Weltbild

Zu den Gemeinsamkeiten gehörte mindestens bis ins 19. Jahrhundert – manche behaupten, dass es auch in der Gegenwart noch existiere, weil es in Sprache und Kultur verankert sei – das auf China fixierte ethnozentrische Weltbild (als Entsprechung zur europazentrierten Weltansicht). Es sah „Zhong-guo“ („Land der Mitte“), wie sich China selbst bezeichnet, sowie dessen Kaiser („Sohn des Himmels“) als Zentrum der zivilisierten Welt an und hierarchisierte die anderen Nationen und Völker je nach Entfernung vom Herrschaftszentrum Peking.

Das Kaiserreich änderte zwar mit jeder Dynastie auch seinen Namen (Zhonghua, Huaxia, Shenzhou, Jiuzhou usw.), die Grundvorstellung blieb jedoch immer bestehen und vermittelte dadurch eine Überzeitlichkeit. Für die Chinesen war ihr Reich also die einzige Welt unter dem Himmel und hatte daher auch keine echten Grenzen, sondern nur Randzonen, in denen die Barbaren wohnten, bis zu denen der Einfluss des Kaisers nicht ausreichte. Deshalb gab es dort nach chinesischer Vorstellung auch keine Kultur, keine Städte, keine Schrift usw. Der Bau der Großen Mauer war also nicht als Grenze des Reiches gedacht, sondern lediglich als Schutz der Handelswege und der zivilisierten Bewohner vor den Barbaren aus dem Norden, die aber – zumindest theoretisch – Chinesen werden konnten, sofern sie deren höherstehende Kultur übernahmen. Doch nicht nur an den Rändern des Reichs der Mitte, sondern auch in seinem Inneren konnten sich regional eigenständige, ethnisch und kulturell

autochthone Bevölkerungsgruppen erhalten und entwickeln. Solange sie sich dem Herrschaftsanspruch des Kaisers nicht widersetzen, konnten diese unbehellig weiterexistieren.

Diese ethnozentrische Weltvorstellung bildete auch die Grundlage für die internationalen Beziehungen in Ostasien, bis sich erst im 20. Jahrhundert eine Vorstellung von völkerrechtlicher Gleichberechtigung durchsetzte.

Heute wird der traditionelle Sinozentrismus gerne auch mit einem chinesischen Nationalismus moderner Prägung¹ kombiniert mit dem Ziel, die Herrschaft der Kommunistischen Partei als Schützer und Wahrer der Nation auch in Zukunft zu sichern, auch wenn ihr klar ist, dass nationalistische Aufwallungen in China gegen z.B. vermeintlich externe Bedrohungen außer Kontrolle geraten und sie selbst in Bedrängnis bringen könnten. Doch auch aus innenpolitischen

Motiven spielt der Nationalismus eine steigende Rollen, da die Regierung in Beijing nationalistische Proteste als Ventil sieht, um von innenpolitischen Problemen abzulenken und Unzufriedenheit in öffentliche Empörung zu kanalisieren.



Straßenarbeiter in Datong zeigt öffentlich seine kalligrafischen Fähigkeiten

Schriftsprache

Die Kontinuität des kulturellen Selbstverständnisses zeigt sich auch heute noch tief im Alltag verwurzelt und über die Schriftsprache von Generation zu Generation weitergegeben. Anders als die gesprochenen Sprachen und Dialekte stellt die chinesische Schrift ein überregionales Medium der Verständigung dar und gewinnt dadurch ihre Bedeutung für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Chinesen. Die über 100.000 chinesischen Schriftzeichen dokumentieren die

mehr als drei Jahrtausende alte Schriftkultur, ihre Beherrschung kennzeichnet Grade des sozialen Ansehens in der modernen chinesischen Gesellschaft, die Schreib- und Lesekompetenz ist ein Bildungsgut, das von allen Chinesen gleichermaßen angestrebt wird.

Technische Innovationen

Chinesen verbindet die Vorstellung, den Fortschritt der Welt durch technische Innovationen (Kompass, Schießpulver, Buchdruck, Papier usw.) bereichert zu haben und dies in der Zukunft wieder zu tun.² Mobile Zahlungssysteme

(AliPay, WeChat) oder Bike-Sharing-Systeme (Mobike, Ofo) ohne feste Stationen, Anwendungen für künstliche Intelligenz, der Dunkle-Materie-Satellit „Wukong“ (seit 2015), der abhörsichere Quantensatellit „Micius“ (seit 2016) usw. haben einen Entwicklungsvorsprung von mehreren Jahren.

Auf die Frage, warum der Westen trotz des früheren hohen Standes der chinesischen Wissenschaft diese während der Industrialisierung überholt hatte, machte der britische Sinologe und Wissenschaftshistoriker Joseph Needham³ die Einflüsse des Konfuzianismus und Daoismus verantwortlich, die die Ausbildung der Produktivkräfte in ganz Asien hemmten. Aus chinesischer Sicht handelt es sich bei dem gegenwärtigen Prozess nicht um einen Aufstieg, sondern um einen Wiederaufstieg an die Weltspitze: Bis ca. 1820 war das Kaiserreich China die größte Volkswirtschaft der Welt, die mit einem Anteil von über 30 % der damaligen Weltwirtschaftsleistung auf einen afro-eurasischen Weltmarkt begrenzt war. Erst dann wurde China vom industrialisierten England abgelöst, das wiederum seinen Platz für die USA aufgeben musste. Andere Rechenmodelle glauben belegen zu können, dass die USA um 1890 China direkt abgelöst habe und sich dieses 2030 wieder umkehren werde.⁴

Chinesen verbindet die Vorstellung, den Fortschritt der Welt durch technische Innovationen (Kompass, Schießpulver, Buchdruck, Papier usw.) bereichert zu haben und dies in der Zukunft wieder zu tun.

Konfuzianismus

Mit dem urban geprägten Konfuzianismus hat eine Philosophie, die Hierarchie, Loyalität, Familie sowie Bildung und Erziehung (auf Kosten der wirtschaftlichen Aktivitäten) eine besondere Rolle beimisst und weite Teile Asiens beeinflusst, wieder an Bedeutung gewonnen. Die humanistischen und klaren Vorstellungen sowie das Ideal von Besonnenheit und Mitgefühl überzeugen über die Grenzen Asiens hinaus und werden mit den „Konfuzius-Instituten“ im Ausland bekannt gemacht.

Während der Konfuzianismus für zahlreiche Herrscherdynastien einen Teil der Staatsdoktrin darstellte, weil beispielsweise das Prüfungssystem für Beamte vor allem umfassende Kenntnisse konfuzianischer Lehren erforderte, erhielt er mit seiner Betonung der Rolle jedes Einzelnen im gesamtgesellschaftlichen Beziehungsnetzwerk die Bedeutung als Gegengewicht zur europäischen Aufklärung, die stark auf die Freiheit des einzelnen Individuums abstellt. Der deutsche Soziologe Max Weber sah in der konfuzianischen

Ethik den Ursprung für die Rückständigkeit Chinas im 19. und frühen 20. Jahrhundert, doch blendete er dabei die Existenz großer Städte und effektiver Bürokratien aus. Nach der Xinhai-Revolution von 1911 sahen die Reformkräfte in ihm die Ursache für die Rückständigkeit, den Aberglauben, den Ahnenkult usw.

Heute wird der Konfuzianismus auch wieder von der Staats- und Parteiführung zur Herrschaftsstabilisierung gefördert, nachdem es unter Mao in der Volksrepublik zahlreiche Versuche zur Diskreditierung (Hindernis für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung) und während der Kulturrevolution zur Instrumentalisierung gegen

Die Vorstellung einer harmonischen Gesellschaft mit ihren Privilegien (nicht Rechten!) und Pflichten orientiert sich an der hierarchischen Ordnung der Familie, in der jeder seinen Platz einnimmt und danach handelt. Das Staatsoberhaupt verdient sich demnach seine Position durch die besondere moralische Vorbildfunktion.

politische Gegner (Anti-Lin-Biao-Kampagne) gegeben hat. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch, dass als Gegenbewegung 1967 in Taiwan das chinesische Kulturrenaissance-Komitee gegründet wurde, um die chinesische Kultur außerhalb Festlandchinas beizubehalten bzw. zu bewahren. Die Vorstellung einer

harmonischen Gesellschaft mit ihren Privilegien (nicht Rechten!) und Pflichten orientiert sich an der hierarchischen Ordnung der Familie, in der jeder seinen Platz einnimmt und danach handelt. Das Staatsoberhaupt verdient sich demnach seine Position durch die besondere moralische Vorbildfunktion, die durch Schutz und Leitung bewiesen werden muss, indem es für Ernährung, Bildung und ein friedliches Umfeld sorgt.

Sinisierungen

Die Offenheit für die Übernahme und Modifikation von Fremdem im Rahmen von Akkulturationsprozessen zeichnet viele Chinesen aus, gleichzeitig nehmen die Chinesen auf die sie umgebende Kultur Einfluss, was im Falle der ethnischen Minderheiten wie Uiguren oder Tibeter auch politisch gewollt ist. Sie beruht auf dem Gefühl der eigenen kulturellen Überlegenheit und der Idee, wirtschaftlichen Nutzen aus einer ursprünglich fremden Sache zu ziehen, die man zu etwas Chinesischem macht.⁵ Dabei ist die chinesische Gesellschaft im Allgemeinen tendenziell eher konservativ, traditionell und sogar isolationistisch. Insbesondere ausländische Einflüsse finden meist entweder nur sehr schwer Eingang in die chinesische Gesellschaft oder müssen sinisiert werden. Während der gemeinsame Markt über die Jahrhunderte zu einer Angleichung

der Kulturen in Ostasien geführt hat, lässt sich durch die Globalisierung erklären, wie ähnlich solche Prozesse in der Gegenwart ablaufen.

Die Sinisierung der Kulturen fremder asiatischer Eroberervölker, nämlich der Mongolen in der Yuan- (1279-1368) und der Mandschu in der Qing-Dynastie (1644-1911), diente deren Herrschaftsstabilisierung, indem sie sich an die Mehrheit ihrer Untertanen anpassen bzw. das „Konzept China“ vertraten.

Wenn es allerdings um Machtstrukturen ging, so versuchte die chinesische Staatsführung immer wieder, steuernd und regulierend einzugreifen: Mao entwickelte z.B. auf der Grundlage der Lehren von Marx, Engels und Lenin eine chinesische Form des Kommunismus, der in manchen Bestandteilen mit seinem Vorbild wenig gemein hat.

Phasen der Abschottung und der Öffnung

Die Wahrnehmung der China umgebenden Welt hing in den Phasen der Abschottung und denen der Öffnung aus chinesischer Perspektive jeweils von ihren Trägern, Steuerungsmechanismen und Absichten ab, sie für die eigene Entwicklung nutzbar zu machen. Auf eine Zeit des intensiven Austauschs folgte ab 1635 bzw. 1760 eine Phase starker Regulierung (Zhoushan, Xiamen und Kanton als einzige Außenhandelshäfen, Abwicklung nur über Kaufleute der Cohong-Gilde usw.), wobei von chinesischer Seite das Hausrecht, diejenigen, die man als Gäste im Land willkommen heißt, sowie Kooperations- und Handelspartner frei wählen und unterschiedlich behandeln zu können, einen Teil ihrer Souveränität darstellte.

Während über Jahrhunderte die nomadischen Steppenvölker des Nordens als barbarische Bedrohung des chinesischen Kaiserreiches und der Zivilisation wahrgenommen wurden, der Kontakt zur Außenwelt auf dem Landweg (Seidenstraße) gut zu kontrollieren und zu regulieren war, entdeckte die kontinentale Insel China erst im 18. Jahrhundert seine Küstenregionen, weil die Europäer nun nicht mehr auf dem Landweg aus dem Westen, sondern auf dem Seeweg aus dem Osten kamen.

Während Lord George Macartney 1793 mit seiner Mission zum Aufbau von offeneren Wirtschaftsbeziehungen zwischen England und China, an der übrigens mit Johann Christian Hüttner auch ein Deutscher teilnahm, wohl v.a. aufgrund eines Mangels an interkultureller Kompetenz scheiterte, war der nie-

derländische Geschäftsmann Isaac Titsingh als Vertreter der Holländischen Ostindien-Kompanie kurze Zeit später erfolgreicher. Mit Gewalt erzwangen die Engländer und Franzosen in den beiden Opiumkriegen (1839-42 und 1856-60) von dem im Inneren zerrüttete Reich die Öffnung des chinesischen Marktes und degradierten China durch die „Ungleichen Verträge“ von einer asiatischen Hegemonialmacht auf den Status eines halbkolonialen Gebietes herab, was von den chinesischen Nationalisten in der späteren Republik China als das „Jahrhundert der Schande“ bezeichnet wurde.

Da die Küstenregion bis auf wenige Ausnahmen im traditionellen China kaum besiedelt war, konnte man den Ausländern dort leicht und gesichtswahrend das Zugeständnis machen, Konzessionsgebiete einzurichten und zu besiedeln (z.B. in Tianjin, Shanghai, Ningbo, Fuzhou, Xiamen). Das Binnenland wurde dagegen kaum von den Impulsen beeinflusst, was den großen Entwicklungsunterschied zwischen Ost- und Westchina bis heute zum Teil erklärt.

Die mangelnde Fähigkeit der chinesischen Zentralregierung, das eigene Gebiet vor Eindringlingen zu schützen, wurde zuerst auf die Schwäche des Qing-Militärs und seiner veralteten Waffentechnik reduziert. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte sich bei den Eliten die Erkenntnis durch, dass eine Modernisierung des Militärs, der Wirtschaft und der Wissenschaft Hand in Hand gehen müssten, um durch eine „Selbststärkungsbewegung“ den Untergang des chinesischen Kaiserreichs aufzuhalten.⁶

Nachdem in den ersten Jahren der Volksrepublik China die zurückliegende Demütigung durch ausländische Mächte außerhalb des Interesses der staatlich verordneten Geschichtspolitik lag, weil man damit beispielsweise das Netzwerk der Kollaborateure und Profiteure, in dem übrigens auch die Chinesen in Übersee eine bedeutende Rolle spielten, hätte thematisieren müssen, erfuhr der Kampf gegen das Fremde in Zeiten der Kulturrevolution (1966-76) einen kurzen Höhepunkt, hatte nicht schon Karl Marx die moralische Dimension des Opiumkrieges in seinen Werken als Manifestation einer historischen Gesetzmäßigkeit beschrieben. Mit der Reform- und Öffnungspolitik und der zuerst inoffiziellen, dann offiziellen Abkehr vom Maoismus wurden die Ereignisse des 19. Jahrhunderts weniger als Teil der kommunistischen Ideologie denn als staatlich geförderte Erinnerungskultur rund um den nicht korrumpierbaren Nationalhelden Lin Zexu und seinen Kampf gegen den Opiumhandel der Engländer thematisiert. Die Rückgabe Hongkongs und Macaus an die Volksrepublik in den Jahren 1997 und 1999 wurden ein ganzes Stück weit als Abschluss der

historischen Belastungen im Verhältnis zu den europäischen Kolonialmächten verstanden.

Schwierige Nachbarschaft

Auch die Beziehungen zu anderen, näher gelegenen Nationen sind nicht frei von historischen Belastungen: Mit Japan verbindet die Chinesen neben dem Kulturaustausch (Buddhismus, Konfuzianismus, Schriftkultur) aufgrund der Ereignisse in den letzten 130 Jahren eine Hassliebe. Dem ehemaligen Tributstaat gelang im Rahmen der Meiji-Restauration eine erfolgreiche Modernisierung, Industrialisierung und Militarisierung, die das Machtverhältnis zwischen China und Japan, das sich im Status eine Schutzmacht für Korea zu sein zeigte, mit dem Ersten Chinesisch-japanischen Krieg Ende des 19. Jahrhunderts umkehrte. China kapitulierte und musste die Hegemonie Japans über Korea, Taiwan und einige Inseln anerkennen. Der Zusammenbruch der Qing-Dynastie und der folgende Bürgerkrieg der Warlords ermöglichten eine japanische Einflussnahme, da die einzelnen lokalen Militärmachthaber ausländische Unterstützung brauchten, um ihre Kriege zu finanzieren. Seit der Annexion der Mandschurei 1931, der Etablierung des Marionettenstaates „Mandschukuo“ unter dem letzten chinesischen Kaiser Pu Yi und dem Zweiten Chinesisch-japanischen Krieg (1937-45) als einem Teil des Zweiten Weltkrieges belasten japanische Besatzung, Kriegsverbrechen und der nachträgliche Umgang damit bis heute das Verhältnis. Seit der Kapitulation der japanischen Streitkräfte 1945 und dem Friedensvertrag 1952 wird Japan zudem als Teil des Bündnissystems der USA wahrgenommen, ein japanisch-chinesischer Friedensvertrag konnte dagegen erst 1978 unterzeichnet werden.



Während der japanischen Besatzung führte die Einheit 731 in Harbin Versuche mit biologischen Kampfstoffen an lebenden Gefangenen durch.

Die koreanische Halbinsel mit ihrem alten Königreich Goguryeo, das sich nachweislich auch auf Gebiete in der südlichen Mandschurei erstreckte, wird von Historikern der Volksrepublik China sowie der Republik China (Taiwan) wegen der Dominanz der chinesischen Dynastien Han und Wei gerne als Teil der chinesischen Geschichte behandelt, was jedoch von den koreanischen Fachkollegen empört zurückgewiesen wird. Die Ansprüche der Chinesen lösen unter Südkoreanern immer wieder einen „Goguryeo-Boom“ aus, der sich in einer Vielzahl von Filmen, Fernsehserien und Computerspielen manifestiert.

Generell empfinden viele Chinesen der Volksrepublik mit Nordkorea eine ideologische, mit Südkorea eine primär wirtschaftliche Verbundenheit.

Symbolische Politik

Nicht nur um das eigene Image insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern aufzubessern, führt die chinesische Diplomatie eine Serie multinationaler Konferenzen im eigenen Land sowie ausgedehnte Auslandsreisen hochrangiger chinesischer Delegationen gerade in solche Staaten durch, die westliche Regierungsvertreter nur selten aufsuchen. Für diese symbolische Po-



Bundwirtschaftsminister Peter Altmaier besucht mit Mitgliedern seiner Delegation am Rande des «Seidenstraßen»-Gipfels 2019 die Verbotene Stadt.

litik in Form von Gipfeldiplomatie Chinas stehen zum Beispiel die Gipfel der APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) in Peking 2014, der CICA (Conference on Interaction and Confidence Building Measures in Asia) in Shanghai im selben Jahr, der G20-Gipfel in Hangzhou 2016 sowie das zweite „Belt and Road Forum“ 2019 in Peking. Sie entsprechen mit dem vorher ausgehandelten diplomatischen Protokoll und den inszenierten Bildern den Politikvorstellungen autoritärer Regime und zeigen über die öffentliche Berichterstattung vor allem

auch nach innen, wie wichtig der internationalen Staatenwelt die Zusammenarbeit mit dem modernen, wirtschaftlich starken China ist.

Auch auf der menschlichen Ebene versteht es die Volksrepublik China mit symbolischen Gesten und Geschenken für sich zu werben. Seit 1972 dem US-Präsidenten Richard Nixon der erste Pandabär zum Geschenk gemacht wurde, erregt die „Panda-Diplomatie“ in jeweils beiden Ländern große mediale Aufmerksamkeit.⁷

Neue Seidenstraße

Die „Belt-and-Road-Initiative“ (BRI) unter dem Motto „One Belt, One Road“ (OBOR) knüpft seit 2013 auch sprachlich mit der „Neuen Seidenstraße“ auf dem Land- und Seeweg an Zeiten des früheren Glanzes des Kaiserreichs an, indem Chinas Engagement im Indischen Ozean und in Afrika in eine Traditionslinie eingeordnet werden, die ihren Ursprung in den sieben Expeditions- und Handelsreisen des Admirals Zheng He im frühen 15. Jahrhundert ansetzt. Dass die chinesischen Kaiser mit Ausnahme dieser Zwischenzeit Schiffbau und

Seefahrt auf den ostasiatischen Raum beschränkten, wird dabei bewusst ausgeblendet. Im Jahr 2005 wurde das 600-jährige Jubiläum von Zhengs erster Reise gefeiert. In Qingdao stach die „Grüne Augenbraue“ in See, ein Nachbau eines der kleineren Seeschiffe der historischen Flotte, um nach 40 Tagen in chinesischen Küstengewässern öffentlichkeitswirksam nach innen und außen 17 asiatische und afrikanische Häfen so anzulaufen wie 600 Jahre zuvor Zheng He.

Während BRI in den gelenkten Medien der Volksrepublik China als eine aufeinander abgestimmte Strategie dargestellt wird, die durch ihren garantierten Erfolg eine zukunftsweisende Weltgeltung verspricht, und dies von den Analysten in Europa und den USA so aufgegriffen wird, stellt sich die Faktenlage etwas differenzierter dar. Zwei einzelne, später erst zusammengeführte Vorstöße, nämlich der von Xi Jinping im September 2013 in Kasachstan vorgestellte „Seidenstraßenwirtschaftsgürtel“ und die in Indonesien im Oktober 2013 angekündigte „Maritime Seidenstraße für das 21. Jahrhundert“ bestehen aus einer Vielzahl von geplanten Infrastrukturprojekten, die mithilfe eines Seidenstraßenfonds sowie der Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB) finanziert werden. Als Marketingidee bietet OBOR eine riesige Projektionsfläche, über die nun alle möglichen Projektideen (teilweise auch solche, die schon lange vorher existierten) von chinesischen Städten, Provinzen oder Staatsunternehmen gegenüber der Führung mit größeren Erfolgschancen als zuvor angemeldet und finanziert werden können. Das wirtschaftliche Risiko wird durch die staatliche Unterstützung minimiert, die Gefahr von Fehlinvestitionen, die sich auch auf lange Zeit nicht rechnen, steigt. Damit retten sich chinesische Unternehmen in den Branchen Stahl, Zement, Bau oder Transport, da diese seit längerem unter großen Überkapazitäten und Verschuldung leiden. Doch auch außerhalb Chinas wittert man das große Geschäft, während man gleichzeitig sein Vorgehen politisch kritisiert. Messen und Konferenzen in verschiedenen Ländern verwenden „Belt and Road“ für ihre wirtschaftlichen Zwecke, wie dies auch in Nürnberg im Oktober 2019 mit dem „Kongress Seidenstraße 2019. Handeln in neuen Märkten“ erfolgte. Außerdem bietet sich mit BRI ein Weg, um Chinas große Devisenreserven zu einträglicheren Zwecken einzusetzen als für den Kauf von ausländischen Staatsanleihen, die in Zeiten der Niedrigzinspolitik kaum noch Rendite abwerfen. Vor allem – und das ist das Hauptmotiv, das in der chinesischen Öffentlichkeit ankommt – dient die Neue Seidenstraße dazu, die ärmeren chinesischen Provinzen im Westen des Landes ökonomisch voranzubringen und die Unruheregion Xinjiang durch Wirtschaftswachstum, Zuzug von Han-Chinesen und Handelsanbindung an die benachbarten zentralasiatischen Staaten zu befrieden.

Alle Maßnahmen der kontinentalen und maritimen Seidenstraße passen mit dem großen finanziellen Aufwand für Infrastruktur und Verkehrsprojekte zum zivilisatorischen Grundverständnis der Chinesen. Die Reichweite der Handelsbeziehungen ist aus chinesischer Perspektive sichtbares Zeichen für die gegenseitige Anerkennung von Staaten und deren Spielregeln.

Auswirkungen auf die Außenpolitik

Bevor im Folgenden einige grundsätzliche Auswirkungen auf die chinesische Außenpolitik thematisiert werden, sollte man sich auch hier vergegenwärtigen, dass die Volksrepublik China bei weitem keinen einheitlichen, homogenen Akteur darstellt, der auch als solcher nach außen hin auftritt. Obgleich man schon die Frage, inwiefern die Volksrepublik als Sprachrohr chinesischer Interessen, zum Beispiel der von Auslandschinesen, angesehen wird, diskutieren kann, soll an dieser Stelle nur von dieser die Rede sein. Denn schon in der Volksrepublik begegnet einem „China“ in den auswärtigen Beziehungen auf vielfache Weise: durch das Handeln der Regierung, aber auch durch das von Parteiakteuren, Staatsunternehmen oder chinesischen Provinzen und Städten, die im Ausland zum Beispiel mit außenwirtschaftlichen Initiativen in Erscheinung treten. In jedem Einzelfall sollte daher, soweit das in einem autoritären System mit einem Regierungs- und Parteiapparat sowie seinen intransparenten Entscheidungssystemen überhaupt möglich ist, geprüft werden, um welchen Akteur es geht, welche Interessen dieser verfolgt und ob diese gegebenenfalls sogar im Widerspruch zu der offiziell vertretenen Politik stehen und wie diese damit umgeht.

Anders als in der Vergangenheit sehen sich die Chinesen, deren Wirtschaftswachstum und Wohlstand auf dem Handel mit Rohstoffen, Energie, Fertigprodukten usw. aufbaut, als Teil einer globalisierten Welt, in der sie langfristige Ziele verfolgen und diese der eigenen Bevölkerung als Zukunftsvisionen präsentieren. Der Verfall der Rohstoffpreise und die Stärke der chinesischen Währung haben jedoch das Ungleichgewicht der Wirtschaftsbeziehungen Chinas zu anderen Staaten weiter verstärkt.

Während China einerseits als Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, unter diesen der größte Truppensteller für UN-Missionen, drittgrößte Nuklearmacht, einer der führenden Waffenexporteure und größte Exportwirtschaft verstärkt nach Mitwirkung in allen bedeutenden weltpolitischen Fragen strebt und sich als aktives Mitglied der G20, der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) und

der SCO (Shanghai Cooperation Organisation) in die zukünftige Gestaltung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems einbringt, verfolgt es auch selbstbewusst nationale Interessen, die sich aus seiner Lage in Ostasien, seiner Bevölkerungszahl, seiner Rolle als Absatzmarkt usw. ergeben. Multilaterale Bindungen werden als zweischneidiges Schwert angesehen. Beschränkungen der nationalen Souveränität sind nur dann zulässig, wenn ihnen ein entsprechender Nutzen gegenübersteht, zum Beispiel in Form einer internationalen Mitsprache über die Gestaltung von Regeln, Zugang zu Märkten, Stärkung des Status in internationalen Organisationen.

An einem stabilen regionalen Umfeld ist es interessiert. Sicherheitsinteressen verfolgt China auf der koreanischen Halbinsel (Denuklearisierung), in der Inselfrage (erste und zweite Inselkette), an der Grenze zu Indien sowie im Westen und gerät damit in Konflikt zu den US-Beistandsverpflichtungen in der Region, z.B. zu Taiwan oder Südkorea. Der von China betriebene Ausbau militärischer Infrastruktur entspricht einerseits den gewachsenen ökonomischen Möglichkeiten, vergrößert aber auch das Konfliktpotenzial in der Region.

Der von China betriebene Ausbau militärischer Infrastruktur entspricht einerseits den gewachsenen ökonomischen Möglichkeiten, vergrößert aber auch das Konfliktpotenzial in der Region.

Die wirtschaftlichen Fähigkeiten der Volksrepublik eröffnen ihr auch neue Möglichkeiten der Außenpolitik, nicht nur über klassische Wirtschaftsbeziehungen, die zu politischen Allianzen führen. Das chinesische Entwicklungsmodell aus freiem Handel, freier Markt und einer unfreien Gesellschaft, oftmals als „Peking-Konsens“ betitelt, hat für die Regierungen z.B. mancher afrikanischer Staaten einen Vorbildcharakter, der seit den 1960er Jahren aufgebaut wurde („Softpower“⁸). Es erlaubt mit massiver Unterstützung Chinas die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, ohne die Machthaber durch umfassende Demokratisierungsprozesse zu gefährden. Dabei kann China, „das größte Entwicklungsland der Welt“⁹, auf die Erfahrungen im eigenen Land aufbauen und genießt im Unterschied zu den ehemaligen europäischen Kolonialmächten und den USA eine höhere Glaubwürdigkeit. Die eigenen Auslandsinvestitionen auch politisch abzusichern, erinnert aus europäischer Sicht an Formen des Imperialismus, kann aber auch als DIE Alternative einer von Kontinuität und Stabilität geprägten Außenpolitik gesehen werden.

Andererseits ist chinesische Außenpolitik von einem starken Geschichtsbewusstsein durchdrungen. Zuerst sollten die beteiligten Seiten Konfronta-

tionen aus dem Weg gehen und nicht die Fehler wiederholen, die in der Vergangenheit immer wieder zu Kriegen zwischen einer etablierten Weltmacht und einer aufstrebenden, neuen Macht führten, wie das Japan und die USA während des Zweiten Weltkriegs in Asien nicht getan haben.

Chinesische Politiker beziehen sich gerne direkt oder durch Anspielungen auf Herrscherdynastien in der Vergangenheit und stellen damit auch ihre Bildung unter Beweis. Mao verglich sich ab 1972 mit dem ersten chinesischen Kaiser Qin Shi Huangdi, ließ sich gerne mit dem „Kapital“ von Karl Marx und der „Alten Geschichte aus der Tang Dynastie“ abbilden. Aus dieser Referenz ergibt sich auch der Wunsch, den einstigen Status Chinas wiederherzustellen.

Gepaart ist dies mit einem Opferkomplex, der seinen Ursprung in der Demütigung Chinas durch den Westen und Japan im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts findet: die Opiumkriege, der Boxeraufstand, Chinas Behandlung auf der Friedenskonferenz von Versailles, der Mukden-Zwischenfall und das Versagen des Völkerbundes usw. Diese Periode nationaler Demütigungen findet

Als Kerninteresse der chinesischen Außenpolitik gilt dabei die Stabilität des politischen Systems, also die Aufrechterhaltung der Führungsrolle der Kommunistischen Partei und die Fortführung des eigenständigen sozialistischen Entwicklungsweges.

schließlich angeblich ihr Ende und ihre Erlösung in der Gründung der Volksrepublik China durch Mao im Jahr 1949. Politisch wirkmächtig wird dieses Gefühl, wenn bei bestimmten Themen, die als möglicher Gesichtungsverlust interpretiert werden, China eine kompromisslose Haltung zeigt. Dazu

gehören die nationalen Fragen Hongkong, Macau, Taiwan, Tibet, Xinjiang sowie das Südchinesische Meer. Da China als Nationalstaat den Zenit seiner Macht noch nicht erreicht hat, dürfen aus chinesischer Sicht in Fragen der nationalen Souveränität und territorialen Integrität bestenfalls taktische Zugeständnisse gemacht, das Ziel der Wiedervereinigung im Rahmen der von Peking propagierten „Ein-China-Politik“ allerdings niemals aufgegeben werden.

Als Kerninteresse der chinesischen Außenpolitik gilt dabei die Stabilität des politischen Systems, also die Aufrechterhaltung der Führungsrolle der Kommunistischen Partei und die Fortführung des eigenständigen sozialistischen Entwicklungsweges.¹⁰ Chinas Bemühen um ein positives internationales Image als kooperationsbereite und verantwortungsbewusste Großmacht gerät hier bisweilen – auch sprachlich – in ein Spannungsverhältnis, da das international übliche Vokabular auf ideologische Konzepte wie „Zivilisation“, „Grundwiderspruch“ und „Weltfrieden“ trifft, die beim Unkundigen ein Gefühl der

Fremdheit und Unverständlichkeit dieser Chiffren auslösen. Mit Verweis auf die Opferrolle wird vom Westen eine besondere Rücksichtnahme auf chinesische Interessen erwartet. Eine bis auf die traditionellen Strategeme des Generals Tan Daoji zurückgehende Taktik in diplomatischen Verhandlungen Chinas ist letztlich, aus der Position des (derzeit noch) Schwächeren heraus politische Prozesse stets am Laufen zu halten, eigene Defizite zuzugeben, jegliche verfrühte Formulierung eigener Positionen zu vermeiden und auf die geduldige Unterminierung oder Selbststauhöhlung des (derzeit noch) Stärkeren zu setzen.

Diese Vorstellungen entsprechen zudem dem klassischen marxistischen Ansatz des Historischen Materialismus, wie ihn auch Mao propagierte: Mit zunehmender materieller Basis (d.h. Wohlstand/Macht) Chinas werde quasi naturgesetzlich der politische Überbau (d.h. die internationale politische Ordnung) nach seinen Vorstellungen umgebaut werden können.

Ein weiteres fundamentales Problem chinesische Außenpolitik ist das Paradoxon, dass obgleich die Mehrheit der Chinesen fest von der Überlegenheit der chinesischen Zivilisation überzeugt ist, sie dennoch auf die Zusammenarbeit mit dem Westen sowie dessen Ressourcen und Technologie angewiesen sind. Man möchte nach außen das Gesicht Chinas wahren, traut aber eigentlich der eigenen Technik weniger als der ausländischen. Daher dreht sich der politische Diskurs über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung und Entwicklung Chinas im Land selbst stets um die Vorteile und Nachteile der eigenen und fremden Ansätze. Dass etwas ausländischer Herkunft ist, führt keineswegs zwangsläufig zu einer Ablehnung in China, im Gegenteil: China hat eine lange Tradition diverse ausländische Errungenschaften in die chinesische Kultur einzugliedern.

Bei Misserfolgen bzw. in Krisen- und Spannungssituationen wird übrigens gerne das Erklärungsmuster bemüht, dass anti-chinesische Kräfte von außen (und ihre Helfer im Inneren) einen weiteren Aufstieg zu vereiteln versuchen. Hier zeigt sich eine Wagenburgmentalität in der chinesischen Führung, nach der es gelte, die eigenen Reihen ideologisch zu festigen und dem Westen geschlossen die Stirn zu bieten.

Bei Misserfolgen bzw. in Krisen- und Spannungssituationen wird übrigens gerne das Erklärungsmuster bemüht, dass anti-chinesische Kräfte von außen (und ihre Helfer im Inneren) einen weiteren Aufstieg zu vereiteln versuchen. Hier zeigt sich eine Wagenburgmentalität in der chinesischen Führung, nach der es gelte, die eigenen Reihen ideologisch zu festigen und dem Westen geschlossen die Stirn zu bieten.¹¹

Der Wettbewerbscharakter im Sinne einer Konkurrenz der Nationalstaaten lässt sich zum Beispiel darin erkennen, dass die chinesische Regierung „One Belt, One Road“ als das wichtigste internationale Entwicklungsprogramm seit dem Marshallplan anpreist und damit gleichzeitig den Kritikern den Spiegel vorhält. Unter Xi Jinping hat insgesamt das Werben mit dem eigenen Erfolg

Der Westen steht insgesamt vor einem Dilemma: Die wachsenden wechselseitigen ökonomischen Abhängigkeiten sowie Chinas steigende internationale Bedeutung machen eine Weiterentwicklung der internationalen Ordnung nötig. Dadurch wird es China aber auch möglich, seinen eigenen Einfluss – zwangsläufig zu Lasten der USA – immer weiter auszubauen und damit potenziell in die Lage zu kommen, die bislang vom Westen geprägte internationale Ordnung in seinem Sinne umzugestalten.

nach außen, der auch anderen Nationen als Vorbild dienen könnte, zugenommen, wobei von einem religiös motivierten Sendungsbewusstsein, wie dieses von den Kolonialmächten im Zeitalter des Imperialismus ausging, nicht gesprochen werden kann.

Dass China gerne unterschiedlich verhandelt, zeigt sich derzeit in seinen Beziehungen zu mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Rahmen eines „16 + 1“-Formats. Chi-

nesische Investitionen in Ländern mit niedrigen Sozialstandards und die hohe Bereitschaft zu Krediten für wichtige nationale Infrastrukturprojekte dürfte in den entsprechenden EU-Mitgliedsstaaten zu einer Chinafreundlichkeit führen, allerdings auch eine geschlossene Position der EU gegenüber Peking unterlaufen.

Schließlich muss die Bedeutung des Nationalismus für die heutige chinesische Außenpolitik hervorgehoben werden. Er wurde besonders unter Deng Xiaoping genutzt, um das durch die Kulturrevolution verbliebene ideologische Vakuum zu füllen. Auch in diesem Kontext ist der Wunsch Chinas zu sehen, seine vergangene Macht sowie seinen internationalen Status wiederzuerlangen.

Fazit

Der Westen steht insgesamt vor einem Dilemma: Die wachsenden wechselseitigen ökonomischen Abhängigkeiten sowie Chinas steigende internationale Bedeutung machen eine Weiterentwicklung der internationalen Ordnung nötig. Dadurch wird es China aber auch möglich, seinen eigenen Einfluss – zwangsläufig zu Lasten der USA – immer weiter auszubauen und damit potenziell in die Lage zu kommen, die bislang vom Westen geprägte internationale Ordnung in seinem Sinne umzugestalten. Von daher wird es kurz- und mittelfristig für

die europäischen Staaten untereinander, aber auch im Verbund mit den USA, darauf ankommen, gemeinsame Positionen bei den Themen zu entwickeln, in denen China sich offen gegen den Westen und seine Werteordnung wendet.

Zum Autor: Fregattenkapitän der Reserve Dr. Andreas Wolfrum ist Seminarleiter für Politik und Gesellschaft in Bamberg und war von 2014 bis 2018 im Auftrag der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen als Fachberater und Fachkoordinator an der deutschen Botschaft in Peking tätig.

Anmerkungen

- 1 Sabine Dabringhaus: Territorialer Nationalismus in China, Köln/Weimar/Wien 2006
- 2 Seit 2013 nimmt die Anzahl der beim Europäischen Patentamt angemeldeten Erfindungen aus China (z.B. durch Huawei) sprunghaft zu.
- 3 Joseph Needham: Science and Civilization in China, Bd. 1 ff., Cambridge 1954 ff.
- 4 Spiegel-Online vom 13.04.2014
- 5 Lena Henningsen: Plagiatkultur zwischen Orientalismus und Okzidentalismus. In: Antje Richter/Helmolt Vittinghoff (Hrsg.): China und die Wahrnehmung der Welt, Wiesbaden 2007, S. 331-349
- 6 Wei Yuan (1794-1857) sprach sich in seiner „Illustrierten Abhandlung über die überseeischen Länder“ (1844) dafür aus, dass China seine Küsten zum Schutz befestigen und sich die Technologien und Fertigkeiten der Europäer aneignen müsse, um selbst eine Seemacht zu werden.
- 7 Jingjing Zhang: Panda Diplomacy, Beijing 2009
- 8 Joseph S. Nye: Soft Power. The Means to Success in World Politics, New York 2004
- 9 China Daily vom 25.11.2011: „China still a developing nation“
- 10 Jinghan Zeng/Yuefan Xiao/Shawn Breslin: Securing China's Core Interests: The State of the Debate. In: International Affairs (91/2015), S. 245-266
- 11 Evan S. Medeiros: China's International Behavior. Activism, Opportunism and Diversification, Santa Monica 2009

Das Geheimschutzabkommen GSOMIA: Kontroversen zwischen Korea und Japan

Oliver Corff

Einleitung

Nach mehrjährigem Vorlauf¹ wurde in Seoul am 23. November 2016² das lange kontrovers verhandelte *Abkommen zur allgemeinen Sicherheit militärischer Informationen* (GSOMIA³, im Folgenden „Geheimschutzabkommen“ oder kurz „Abkommen“) zwischen der Republik Korea⁴ und Japan unterzeichnet. Das Abkommen soll beiden Ländern den direkten Austausch militärischer und nachrichtendienstlicher Informationen zu Nordkorea ermöglichen, ohne dass beide Parteien dazu den bisher praktizierten Umweg über den gemeinsamen Sicherheitspartner USA nehmen müssen. Eigentlich sind Geheimschutzabkommen ein reguläres Instrument militärischer und militärpolitischer zwischenstaatlicher Kooperation, im Falle von Japan und Korea berührt dieses Abkommen jedoch über militärische und sicherheitspolitische Aspekte hinaus grundsätzliche Fragestellungen nationaler Identität, Vergangenheitsbewältigung und Innenpolitik. Angesichts der konstanten Bedrohung durch Nordkorea legen die gemeinsamen Sicherheitsinteressen beider Länder zwar aus externer Perspektive ein Abkommen zum Austausch und Schutz vertraulicher Informationen nahe, jedoch ist es vor dem Hintergrund einer langen Geschichte von Friktionen und Spannungen zwischen den beiden Ländern überraschend, dass dieses Abkommen überhaupt unterzeichnet wurde. Nachdem im Jahr 2019 grundsätzliche Differenzen zwischen Japan und Korea nicht einvernehmlich beigelegt werden konnten, drohte Korea im Sommer 2019 damit, das Abkommen nicht zu verlängern, um schließlich am 23. November 2019 unter dramatischen Umständen (und externem Druck) in letzter Minute doch noch in die Verlängerung einzuwilligen.

Dem Namen und dem Inhalt nach ist das *Abkommen zur allgemeinen Sicherheit militärischer Informationen* bilateral; es kann aber nicht losgelöst von den bilateralen militärischen Beistandsabkommen der USA mit Japan und Korea sowie den Sicherheitsinteressen der USA in der gesamten Region interpretiert werden.

Nachfolgend soll daher das komplexe Umfeld, in welches das Abkommen eingebettet ist, herausgearbeitet werden. Dies betrifft sowohl die historischen und aktuellen Spannungen zwischen Korea und Japan als auch die „größere“

Sicherheitslage in Nordostasien: Nordkorea ist die unmittelbare raison d'être dieses Abkommens, aber die allgemeinen Sicherheitsinteressen der USA in Nordostasien entfalten eine ganz eigene Dynamik.

Nordkorea: Eine geteilte Bedrohungsperzeption

Südkorea und Japan teilen bezüglich Nordkoreas eine gemeinsame Bedrohungsperzeption. Nordkorea erhebt wie Südkorea den Anspruch auf das gesamte Territorium der koreanischen Halbinsel und setzt zur Durchsetzung seiner Interessen auf eine umfassende Militarisierung seines gesamten Staatswesens, wohingegen Südkorea sich in seinem Alleinvertretungsanspruch auf die Resolution 195 (III), Ziffer 2 der Vollversammlung der Vereinten Nationen berufen kann.⁵ Die heiße Phase des Korea-Krieges endete am 27. Juli 1953 mit einem Waffenstillstandsabkommen, dem bis heute kein Friedensvertrag (und damit verbunden die formale Anerkennung Nordkoreas) gefolgt ist. Formal dauert der Kriegszustand somit weiter an. Während sich Südkorea unter US-amerikanischem Einfluss zu einer freien Marktwirtschaft gewandelt und zu einer der führenden Industrienationen der Welt entwickelt hat, hält in Nordkorea mittlerweile mit Kim Jong-un die dritte Generation der Kim-Familie die Macht diktatorisch in der Hand. Land und Gesellschaft werden rigoros von der Außenwelt abgeschirmt, gleichzeitig ist das Land mit rund 1,3 Millionen aktiver Soldaten das am stärksten militarisierte Land der Welt: Auf einen Soldaten kommen etwa 20 Einwohner. Trotz größter wirtschaftlicher Armut und weitreichender internationaler Sanktionen setzt das Regime die Entwicklung ballistischer Flugkörper und von Nuklearwaffen fort. Bisher fanden sechs Kernwafentests statt, der gegenwärtig letzte am 3. September 2017⁶; seit 2012 bezeichnet sich Nordkorea in seiner Verfassung als Nuklearstaat⁷. Am 2. Oktober 2019 wurde ein SLBM getestet, der innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone (EEZ) Japans ins Wasser fiel.⁸ Mehrfach haben nordkoreanische Flugkörper die Hauptinseln Japans überquert.⁹ Der momentan letzte Test von Kurzstreckenraketen fand am 28. November 2019 statt.¹⁰ Frühere Verhandlungsrunden (Sechs-Parteien-Gespräche, 2009 durch Nordkorea abgebrochen) sowie bilaterale Gespräche mit den USA (insgesamt drei Treffen zwischen Präsident Donald Trump und Kim Jong-un¹¹) und Südkorea (wiederholte Phasen der Entspannungspolitik, zuletzt initiiert durch den Präsidenten Südkoreas, Moon Jae-in) verliefen insgesamt ohne greifbare Ergebnisse: Auch nach den Gipfeltreffen wurden die Raketentests fortgesetzt, und eine Annäherung an das

Nordkorea erhebt wie Südkorea den Anspruch auf das gesamte Territorium der koreanischen Halbinsel.

erklärte Ziel einer „vollständigen, unumkehrbaren und verifizierbaren Denuklearisierung“¹² Nordkoreas ist nicht in Sicht. Nordkorea kultiviert im Wesentlichen drei Feindbilder: Südkorea, das ihm den Anspruch auf ganz Korea streitig macht, die USA als Unterstützer und Schutzmacht Südkoreas, sowie Japan, die ehemalige Kolonialmacht Koreas bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs.

Nordkorea kultiviert im Wesentlichen drei Feindbilder: Südkorea, das ihm den Anspruch auf ganz Korea streitig macht, die USA als Unterstützer und Schutzmacht Südkoreas, sowie Japan, die ehemalige Kolonialmacht Koreas bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die Hauptstadt Südkoreas, Seoul, liegt nahe an der innerkoreanischen Grenze (Demilitarisierte Zone [DMZ] entlang des 38. Breitengrades) und in Reichweite nordkoreanischer Artilleriegeschütze. Während Nordkoreas konventionelle Waffen eine unmittelbare Bedrohung für Südkorea darstellen, richtet sich die nukleare Drohung Nordkoreas eher gegen die USA¹³, wohl mit dem langfristigen Ziel, den Beistandswillen der USA für Südkorea zu untergraben.

Für Japan ist neben der Bedrohung durch ballistische Flugkörper das bis heute nicht umfassend geklärte Schicksal zahlreicher Japaner, die von Nordkorea zum Zwecke der Agentenausbildung entführt wurden, von besonderer Bedeutung.

Bedeutung des Geheimschutzabkommens für Korea und Japan

Beide Nationen haben unterschiedliche Informationsquellen, über die die andere Partei nicht verfügt. Japan hat mit seinem AEGIS-System (sowohl see- als auch landgestützt: AEGIS Ashore), seiner maritimen Luftaufklärung und seinen Satelliten technische Möglichkeiten der Nachrichtengewinnung, die die Fähigkeiten Südkoreas in diesem Bereich übersteigen. Das Verteidigungsweißbuch 2016 Südkoreas führt aus:

In November 2016, the ROK-Japan General Security of Military Information Agreement (GSOMIA) was concluded to effectively deter North Korean nuclear and missile threats by utilizing Japanese intelligence capabilities to enhance the ROK's security benefits.¹⁴

Umgekehrt hat Südkorea durch seine räumliche Nähe zu Nordkorea, die Sprache und die Möglichkeit der Befragung von nordkoreanischen Flüchtlingen einzigartige Informationsquellen über Nordkorea, die Japan nicht offenstehen. Ein Abkommen, das beiden Seiten den Zugang zu den jeweiligen exklusiven

Informationen ermöglicht, erscheint daher plausibel, aber nationale Vorbehalte auf beiden Seiten haben dazu geführt, dass es Jahrzehnte (!) vom ersten Vorschlag bis zur Unterschrift gedauert hat.¹⁵ Ein erster Versuch im Juni 2012, das Abkommen zu unterzeichnen, scheiterte Stunden vor der Unterzeichnung, weil der damalige Präsident Südkoreas, Lee Myung-bak, sich starkem antijapanischem Druck beugte.¹⁶ An dieser Stelle ist daher ein Blick auf die Geschichte der Japanisch-Koreanischen Beziehungen erforderlich.

Beziehungen zwischen Korea und Japan: Vorgeschichte – gegenwärtige Probleme

Vorgeschichte

Das Kaiserreich Korea (gegründet 1897 nach einer längerer Phase politischer Wirren) wurde 1905 erst Protektorat Japans, dann schließlich unter dem japanischen Namen Chōsen im Jahr 1910 zur japanischen Kolonie gemacht. Die Kolonialherrschaft Japans endete mit Japans Kapitulation am 15. August 1945. Mit der Teilung der koreanischen Halbinsel entlang des 38. Breitengrades in einen nördlichen und einen südlichen Teil, deren treuhänderische Verwaltung der UdSSR (Norden) und den USA (Süden) übertragen worden waren, war der Grundstein für zwei Staaten auf koreanischem Boden gelegt: Am 15. August wurde die Republik Korea (ROK, Südkorea) gegründet, am 26. August des gleichen Jahres die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea). Beide Staaten beanspruchen bis heute die Hoheit über die gesamte Halbinsel; mit dem Grundlagenvertrag von 1965 erkennt Japan in Übereinstimmung mit Beschluss 195 (III) der Vollversammlung der Vereinten Nationen Südkorea als einzig legitimen Vertreter Koreas an und unterhält mit Nordkorea bis heute keine diplomatischen Beziehungen.

Mit dem Grundlagenvertrag von 1965 erkennt Japan in Übereinstimmung mit Beschluss 195 (III) der Vollversammlung der Vereinten Nationen Südkorea als einzig legitimen Vertreter Koreas an und unterhält mit Nordkorea bis heute keine diplomatischen Beziehungen.

Selbst Jahrzehnte nach der Normalisierung diplomatischer Beziehungen ist das bilaterale Verhältnis durch Vorhalte und Vorwürfe verschiedenster Art beeinträchtigt. Die nachhaltige Erinnerung Koreas an die Kolonialzeit hat lange zu einer Ablehnung jeglicher kultureller Importe (Tonträger, Videos, Spiele etc.) aus Japan geführt, die mit entsprechenden gesetzlichen Verboten verknüpft war; diese Verbote wurden teilweise erst 1998 aufgehoben und 2004 gänzlich

abgeschafft. Jedoch ist bis heute die terrestrische Verbreitung japanischer Fernsehunterhaltungsprogramme in Südkorea de facto verboten.

Gegenwärtige Probleme

Die wichtigsten außenpolitischen Probleme zwischen Japan und Südkorea konzentrieren sich auf die Frage der Kompensationszahlungen und Entschuldigungen Japans für frühere Zwangsarbeiter und an die euphemistisch als „Trostfrauen“ bezeichneten koreanischen Zwangsprostituierten für die japanischen Militärbordelle im II. Weltkrieg, den Inselstreit um die Liancourt-Felsen, militärische Zwischenfälle sowie den aktuellen Handelsstreit um Hochtechnologie-materialien. Damit ist die Liste der Streitigkeiten zwischen beiden Ländern keineswegs erschöpft, allerdings sind dies die Punkte, die in der Tagespolitik momentan das größte Gewicht haben.

Trostfrauen und Zwangsarbeiter

Der Streit um die Entschädigung und Entschuldigung für die Trostfrauen galt eigentlich mit dem bilateralen Abkommen vom 28. Dezember 2015 als „endgültig und unumkehrbar“ beigelegt, wurde allerdings von der koreanischen Regierung 2017 und 2018 erneut thematisiert. Parallel dazu fällte das Höchste Gericht Südkoreas ein Urteil, das ehemaligen koreanischen Zwangsarbeitern den Klageweg gegen japanische Unternehmen öffnete.

Die Liancourt-Felsen

Bei den Liancourt-Felsen handelt es sich um eine kleine Inselgruppe (gesamte Landfläche: ca. 0,2 km²) im Japanischen Meer, die ungefähr auf halber Strecke zwischen Südkorea (Entfernung ca. 217 km) und Japan (Entfernung 211km) liegen. Die Felsen werden sowohl von Südkorea als auch von Japan beansprucht, obwohl ihre historische Zugehörigkeit ungeklärt ist; seit 1954 werden sie von der Küstenwache Südkoreas verwaltet. Zahlreiche Staaten, die USA eingeschlossen, beziehen eine neutrale Haltung in diesem Konflikt, was sich auch in der bevorzugten Verwendung der international gebräuchlichen Bezeichnung Liancourt-Felsen niederschlägt, so benannt nach einem französischen Walfangschiff in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Der koreanische Name lautet Dokdo, der japanische Name lautet Takeshima.¹⁷

Für das Verständnis der Sicherheitskooperation zwischen Korea und Japan spielt der Streit um die Felsengruppe eine große Rolle. Im Hinblick auf die bilaterale militärpolitische Zusammenarbeit führt das koreanische Verteidigungsweißbuch 2016 wie folgt aus:

However, some Japanese political leaders' regressive perception of history and unjust claims of dominion over Dokdo Island have become obstacles to the future development of the relationship between the two countries.

*MND will respond stringently to Japan's unjust claims on Dokdo Island while continuously cooperating on major security issues, including North Korean nuclear threats, for the peace and stability of Northeast Asia.*¹⁸

Außerdem sichert sich die Regierung Koreas gegen jeden Vorwurf der Preisgabe nationaler Sicherheitsinteressen im Kontext des Geheimschutzabkommens mit folgender Formulierung ab:

*The government will deal with Japan's territorial claims on Dokdo island and distortion of history with a stern hand and only exchange intelligence with it insofar as this serves the national security interests of the ROK. Meanwhile, the military will make its best efforts to protect the lives of the people of the ROK and defend the security of the nation.*¹⁹

Zwei Jahre später wandelt sich der Ton auf koreanischer Seite deutlich; die Vorwürfe werden in neutralere Sprache gekleidet, gleichzeitig wird die Bedeutung der Zusammenarbeit unterstrichen:

However, some Japanese political leaders' perception of history and claims of dominion over Dokdo Island have become obstacles to the forward-looking development of the relationship between the two countries.

*The ROK will continue to cooperate with Japan for peace and stability on the Korean Peninsula and Northeast Asia while firmly and strictly responding to Japan's distortion of history and unjust claims on Dokdo Island.*²⁰

Militärische Zwischenfälle

Am 20. Dezember 2018 überflog ein Seeaufklärer P-1 der japanischen MSDF innerhalb der EEZ Japans einen koreanischen Zerstörer in niedriger Höhe; japanischen Angaben zufolge²¹ leuchtete der koreanische Zerstörer daraufhin das japanische Flugzeug mit dem Feuerleitradar an. Seoul wies den Vorwurf zurück und beschuldigte seinerseits das japanische Flugzeug einer bedrohlich dichten Annäherung.²²

Handelsstreit um Hochtechnologiematerialien

Obwohl die Gerichtsurteile von 2018 zur Entschädigungsfrage der Zwangsarbeiter mit Sicherheit die bilateralen Beziehungen belasteten, wurden sie von Japan nicht unmittelbar thematisiert. Japan äußerte Zweifel an der Zuverlässigkeit der koreanischen Exportkontrolle und warf Korea vor, nicht umfassend gegen den potentiellen Abfluß japanischer Technologie nach Nordkorea vorzugehen. In Folge dieser Vorwürfe machte Japan Lieferungen bestimmter Hochtechnologiematerialien nach Korea genehmigungspflichtig und nahm Korea von der Liste der ohne Einschränkung bevorzugten Empfängerländer („white list“). Bei diesen Materialien, die für die Halbleiter- und Bildschirmherstellung benötigt werden, besteht eine kritische wechselseitige Abhängigkeit. Japan ist der weltgrößte Produzent z.B. von fluorierten Polyimiden (Weltmarktanteil ca. 90%), und Korea (mit Herstellern wie z.B. Samsung, LG etc.) ist Weltmarktführer im Bereich Flachbildschirme, die nicht nur unter eigenem Namen vertrieben, sondern vielfach als Zulieferkomponenten für andere Hersteller gefertigt werden.

Korea warf daraufhin Japan vor, auf die Gerichtsurteile zu Zwangsprostituierten und Zwangsarbeitern mit Wirtschaftssanktionen zu antworten und bezeichnete die Maßnahmen als Akt politischer Diskriminierung gegen Korea. Eine entsprechende Klage wurde im September 2019 bei der WTO eingereicht. Der Streit entwickelte sich dann auf zwei Ebenen weiter. In der Bevölkerung gab es einen Boykott japanischer Waren und der Tourismus ging drastisch zurück, während auf politischer Ebene am 22. August 2019 verkündet wurde, dass Südkorea das Abkommen nicht automatisch verlängern würde. Da diese Mitteilung rechtzeitig innerhalb der 90-Tage-Frist erfolgte, die im Abkommen zwecks automatischer Verlängerung vereinbart ist, kam dies einer Kündigung des Abkommens gleich. Am 22. November 2019 teilte Südkorea dann sechs Stunden vor Fristablauf²³ mit, dass es sich doch weiter an das Abkommen

halten werde, wobei sich die USA nachhaltig für eine Weiterführung des Abkommens auch in ihrem Interesse einsetzen, da es ein wichtiger Baustein der Sicherheitskooperation zwischen den USA, Korea und Japan ist.²⁴

Komplexe Pfadabhängigkeiten

Die Abfolge der Ereignisse um die angekündigte und dann doch zurückgenommene Aussetzung des Abkommens wird plausibler, wenn man sich die völlig unterschiedlichen Abhängigkeiten Südkoreas und Japans anschaut. Südkorea setzt einerseits unter Präsident Moon Jae-in wieder verstärkt auf Annäherung an Nordkorea und Entspannung, wohl wissend, dass die dafür nötige Bewegungsfreiheit kaum ohne US-amerikanischen Beistand möglich wäre. Weiterhin ist Korea nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ängstlich auf die Behauptung seiner Souveränität gegenüber Japan bedacht und beobachtet alle Bemühungen Japans zur Neuausrichtung der Sicherheitsdoktrin und der Selbstverteidigungsstreitkräfte mit großer Skepsis:

Weiterhin ist Korea nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ängstlich auf die Behauptung seiner Souveränität gegenüber Japan bedacht und beobachtet alle Bemühungen Japans zur Neuausrichtung der Sicherheitsdoktrin und der Selbstverteidigungsstreitkräfte mit großer Skepsis.

In July 2014, under the mantra of “proactive pacifism,” Japan changed its constitutional interpretation of exercising the right to collective self-defense, and has been since expanding the role of the Japan Self-Defense Forces (JSDF).²⁵

Gleichzeitig muss Südkorea auf entsprechende Vorbehalte seitens der koreanischen Politik wie auch entsprechende Ressentiments seitens der koreanischen Bevölkerung Rücksicht nehmen. Daher wurde das Abkommen auf koreanischer Seite folgender Einschränkung unterworfen:

Under the ROK-Japan GSOMIA, only selective sets of information are shared and exchanged on a case-by-case basis. therefore, this agreement is unrelated to and has no bearing on Japan’s bid to become a regional power and will not lead to the deployment of the Japanese Self-Defense Forces in the Korean peninsula or the integration of the ROK into the regional MD system.²⁶

Die Frage der fortgesetzten Abhängigkeit von den USA als Sicherheitsgarant wird in jüngster Zeit seitens der USA thematisiert. Im Vorfeld der bilateralen Gespräche zwischen den USA und Südkorea, die am 15. November 2019 stattfanden, forderten die USA Südkorea auf, sich in noch stärkerem Maß als bisher an den Stationierungskosten der US-Truppen (host nation support) zu beteiligen, und drohten damit, koreanische Ortskräfte in unbezahlten Urlaub zu schicken.²⁷ Angesichts dieser Drohung war die Einwilligung in die Fortsetzung des Abkommens beinahe das kleinere Übel.

Schließlich hat Südkorea im Kontext seiner eigenen Sicherheitsinteressen als Frontstaat des Korea-Konfliktes auch noch seine ganz eigenen Erfahrungen mit China machen müssen. 2016 gab Südkorea bekannt, dass das Raketenabwehrsystem Terminal High Altitude Area Defense (THAAD) in Südkorea stationiert werde.²⁸ China sah seine Sicherheitsinteressen durch dieses System massiv bedroht²⁹ und griff zu einer indirekten Vergeltungsmaßnahme: Der südkoreanische Mischkonzern Lotte, der auch in China umfangreiche Geschäftsinteressen verfolgte, wurde über zwei Jahre boykottiert, weil er einen seiner Golfplätze in Korea für die Stationierung des THAAD-Systems zur Verfügung gestellt hatte. Südkorea lenkte in diesem Konflikt teilweise ein, indem Moon Jae-in, am 10. Mai 2017 neu gewählt, die Stationierung von THAAD im geplanten Umfang aussetzte.³⁰ Im Herbst desselben Jahres kam es dann zu einer Wiedernäherung zwischen Südkorea und China.³¹

Schlussbemerkung

Die regionale sicherheitspolitischen Lage wird treffend durch das Stichwort „Asiatisches Paradoxon“³² bezeichnet: Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung der Staaten in der Region wird nicht von einer angemessenen Kooperation im Bereich der Sicherheit begleitet. Es zeigt sich deutlich, dass die Sicher-

Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung der Staaten in der Region wird nicht von einer angemessenen Kooperation im Bereich der Sicherheit begleitet.

heit aller Teilnehmer ein höchst prekäres Gut ist, und dass dieses Paradoxon fester Bestandteil des sicherheitspolitischen Kalküls aller Beteiligten ist. Sonst wäre nicht möglich, was im Falle des Geheim-

abkommens zwischen Südkorea und Japan die öffentliche Wahrnehmung zeitweise dominiert hat: Die politischen Konflikte der Parteien bestehen trotz des Willens zur Übereinkunft fort, werden aber auf einer anderen Ebene oder in einem anderen Kontext ausgefochten. Die Vielschichtigkeit historischer, nationaler, kultureller und wirtschaftlicher Konfliktfelder ermöglicht es, zu „gro-

ßen“ Konflikten einen passenden Stellvertreterschauplatz zu wählen, ohne das eigentliche Thema aus den Augen zu verlieren. Was der naive Beobachter als Scheingefechte interpretiert, gehört in Wirklichkeit zur Substanz des Ringens um sicherheitspolitischen Gewinn. Damit wird ein universelles Problem deutlich: Sicherheitspolitik kann nur „funktionieren“, wenn die Politik sich nicht nur auf die Ebene rationalen Kalküls beschränkt, sondern das scheinbar Irrationale zum festen Bestandteil der Entscheidungsfindung macht.

Zum Autor: Dr. Oliver Corff ist Sinologe, Politik- und Wirtschaftsberater. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen

- 1 Jaehan Park und Sangyoung Yun: „Korea and Japan’s Military Information Agreement: A Final Touch for the Pivot? The long-pending General Security of Military Information Agreement (GSOMIA) is finally signed, to Washington’s relief.“ *The Diplomat*, 24. November 2016. <https://thediplomat.com/2016/11/korea-and-japans-military-information-agreement-a-final-touch-for-the-pivot/> (zuletzt aufgerufen am 09. Februar 2020).
- 2 Ministry of Foreign Affairs of Japan: „Signing of the Agreement between the Government of Japan and the Government of the Republic of Korea on the Protection of Classified Military Information“. https://www.mofa.go.jp/press/release/press4e_001363.html (zuletzt aufgerufen am 11. Februar 2020).
- 3 Die Abkürzung steht für General Security of Military Information Agreement, der offizielle englische Name des Abkommens lautet Agreement Between the Government of Japan and the Government of the Republic of Korea on the Protection of Classified Military Information.
- 4 Die Republik Korea, so der offizielle Name, wird je nach Kontext auch als „Südkorea“ oder einfach nur als „Korea“ bezeichnet.
- 5 United Nations General Assembly Resolution 195 (III). The Problem of the independence of Korea. „[t]he General Assembly [...] 2. Declares that there has been established a lawful government (the Government of the Republic of Korea) [...] and that this is the only such Government in Korea.“
- 6 Nordkorea behauptet, dass der fünfte Test einer Kernwaffe am 6. Januar 2016 der erfolgreiche Test einer Wasserstoffbombe gewesen sei. Vgl. *The New York Times*: „North Korea Says It Has Detonated Its First Hydrogen Bomb“, <https://www.nytimes.com/2016/01/06/world/asia/north-korea-hydrogen-bomb-test.html> (zuletzt aufgerufen am 11. Februar 2020).
- 7 Siehe die Präambel der Verfassung der Demokratischen Volksrepublik Korea in der Fassung vom 13. April 2012. https://en.wikisource.org/wiki/Socialist_Con

- stitution_of_the_Democratic_People%27s_Republic_of_Korea_(2012) (zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2020), .
- 8 Kyodo News: „North Korea likely fired submarine-launched ballistic missile: South Korea“ <https://english.kyodonews.net/news/2019/10/bb9c09310edc-breaking-news-n-korea-fires-unidentified-projectile-s-koreas-military.html> (zuletzt aufgerufen am 11. Februar 2020).
 - 9 Eine ausführliche Übersicht über das Raketenprogramm Nordkoreas gibt das Verteidigungsministerium Japans: „Recent Missile & Nuclear Development of North Korea“. November 2019, Japan Ministry of Defense. https://www.mod.go.jp/e/d_act/sec_env/pdf/dprk_d-act_201911_e.pdf (zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2020).
 - 10 Yonhap News: „(3rd LD) N. Korea fires two short-range projectiles toward East Sea: JCS“ <https://en.yna.co.kr/view/AEN20191031011453325> (zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2020).
 - 11 Das erste Gipfeltreffen überhaupt zwischen den USA und Nordkorea fand am 12. Juni 2018 in Singapur statt, gefolgt von einem weiteren Gipfel in Hanoi (27.- 28. Februar 2019), gefolgt von weiteren kurzen Treffen in der DMZ am 30. Juni 2019, an dem auch der Präsident Südkoreas, Moon Jae-in, teilnahm. Keines der Gipfeltreffen brachte bisher nennenswerte Ergebnisse.
 - 12 U.S. Department of State: „Briefing on Secretary Pompeo’s Meeting With Vice Chairman Kim Yong-chol“ May 30, 2018. <https://www.state.gov/briefing-on-secretary-pompeos-meeting-with-vice-chairman-kim-yong-chol/> (zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2020).
 - 13 Choe Sang-Hun, The New York Times: „North Korea Says It’s Now a Nuclear State. Could That Mean It’s Ready to Talk?“ <https://www.nytimes.com/2017/11/29/world/asia/north-korea-nuclear-missile-.html> (zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2020).
 - 14 ROK 2016 Defense White Paper, S. 155.
 - 15 Ministry of National Defense, Republic of Korea (ROK): 2016 Defense White Paper. S. 255. „The ROK-Japan GSOMIA was initially proposed by Japan, in 1989“. http://www.mnd.go.kr/user/mndEN/upload/pblictN/PBLICTN-BOOK_201705180357180050.pdf (zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2020).
 - 16 Karl Friedhoff: Rethinking Public Opinion on Korea-Japan Relations. 14. Oktober 2013. <http://en.asaninst.org/contents/issue-brief-no-73-rethinking-public-opinion-on-korea-japan-relations/> (zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2020).
 - 17 Beiden Lesungen liegt die gleiche Schreibung in chinesischen Schriftzeichen zugrunde, die wörtlich übersetzt „Bambus-Insel“ bedeutet.
 - 18 ROK 2016 Defense White Paper, S. 156.
 - 19 ROK 2016 Defense White Paper, S. 258.

- 20 ROK 2018 Defense White Paper, S. 188. http://www.mnd.go.kr/user/mndEN/upload/pblicitn/PBLICTNEBOOK_201908070153390840.pdf (zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2020).
- 21 Siehe hierzu die umfangreiche Presseverlautbarung des japanischen Verteidigungsministeriums: „MOD’s final statement regarding the incident of an ROK naval vessel directing its fire-control radar at an MSDF patrol aircraft (Provisionial Translation)“, 21. Januar 2019. https://www.mod.go.jp/j/press/news/2019/01/21x_1_e.pdf (zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2020).
- 22 Alexandra Sakaki: Japan-Südkorea-Beziehungen auf Talfahrt. Mehr als „nur“ eine Frage der Geschichte. SWP aktuell, Nr. 42 August 2019 S. 3. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2019A42_skk.pdf (zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2020).
- 23 Kim Tong-hyung: „South Korea Will Keeps Its Military Intelligence Pact With Japan – For Now. Seoul had threatened to withdraw from the agreement amid bilateral tensions with Tokyo.“ 23. November 2019. <https://thediplomat.com/2019/11/south-korea-will-keeps-its-military-intelligence-pact-with-japan-for-now/> (zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2020).
- 24 Joyce Lee, Kiyoshi Takenaka: „South Korea pulls intelligence deal with Japan back from the brink“. Reuters, 22. November 2019. <https://www.reuters.com/article/us-southkorea-japan/south-korea-suspends-move-to-end-intelligence-pact-with-japan-idUSKBN1XW087> (zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2020).
- 25 ROK 2016 Defense White Paper, S. 17; ROK 2018 Defense White Paper, S. 18.
- 26 ROK 2016 Defense White Paper, S. 257.
- 27 Diana Stancy Correll: „Esper says South Korea, which paid 90 percent of costs for Camp Humphreys, needs to increase ‘burden-sharing’ to keep US troops in South Korea“ 15. November 2019. <https://www.militarytimes.com/flashpoints/2019/11/15/esper-says-south-korea-which-paid-90-percent-of-costs-for-camp-humphreys-needs-to-increase-burden-sharing-to-keep-us-troops-in-south-korea/> (zuletzt aufgerufen am 13. Februar 2020).
- 28 USFK THAAD Deployment, 2. THAAD Timelines: Deployment Decision and Site Selection. ROK 2016 Defense White Paper, S. 251.
- 29 Sukjoon Yoon: „THAAD in South Korea: What Does It Really Mean for China? Are China’s concerns over THAAD deployment justified?“ 12. Juli 2016. <https://thediplomat.com/2016/07/thaad-in-south-korea-what-does-it-really-mean-for-china/> (zuletzt aufgerufen am 13. Februar 2020).
- 30 Paul McCleary: „In Nod to China, South Korea Halts Deployment of THAAD Missile Defense. The new government in Seoul moves quickly to stymie a signature part of the U.S. security shield in northeast Asia.“ 7. Juni 2017. <https://foreignpolicy.com/2017/06/07/in-nod-to-china-south-korea-halts-deployment->

of-thaad-missile-defense/ (zuletzt aufgerufen am 13. Februar 2020).

- 31 Bonnie S. Glaser und Lisa Collins: „China’s Rapprochement With South Korea: Who Won the THAAD Dispute?“ *Foreign Affairs*, 7. November 2017 <https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2017-11-07/chinas-rapprochement-south-korea> (zuletzt aufgerufen am 13. Februar 2020).
- 32 ROK 2016 Defense White Paper, S. 13: „The ‘asia’s Paradox’ phenomenon, in which the deepening economic interdependence is not matched by a commensurate level of cooperation in the security field, still lingers in Northeast Asia.“

Nukleare Herausforderungen – Nukleare Anforderungen

Klaus Olshausen

Einleitende Bemerkung

Das Jahr 2019 war durch vielfältige Krisen und Konflikte gekennzeichnet. Sie betrafen den Mittleren und Nahen Osten, Nordafrika und die Sahelzone, aber auch die Auseinandersetzungen in und um Hongkong, die Spannungen um die Kaschmir-Region, aber auch die Unruhen und sich unterschiedlich entladenden Spannungen in Lateinamerika. Diese Hinweise sind nicht vollzählig, zeigen aber, dass auf dem ganzen Globus neue Risiken, ja Gefahren sichtbar und wirksam sind und bleiben.

Allerdings wurde die Entwicklung der Erderwärmung über das zurückliegende Jahr zu einem Schlüsselthema, das in teilweise dramatischer Art die internationalen und nationalen Diskussionen beherrschte. Die Klima-Apokalypse – für das Jahr 2050 beschworen – kennzeichnet das eine Ende des Spektrums. Damit soll alles staatliche, ja gesellschaftliche Handeln auf drastische Maßnahmen zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen fokussiert werden. Dies wird sich auch 2020 und darüber hinaus fortsetzen.

Es gibt aber Risiken, ja Gefahren, die unabhängig von diesen Gefahren für das Klima, die Welt oder Teile davon jederzeit und schon deutlich vor der beschworenen Klima-Apokalypse dramatisch treffen können. Dazu zählen viele Entwicklungen, die zurzeit und absehbar im weiten Bereich atomarer Bewaffnung an Bedeutung gewinnen.

Drei Vorstellungen und Absichten kennzeichnen die Debatte, ja Auseinandersetzung:

1. Wie können Atomwaffen zu einer modernen, glaubwürdigen Abschreckung gegnerischen Handelns beitragen¹.
2. Wie kann die Wirksamkeit eines fragilen, ja brüchigen Nichtverbreitungsvertrages durch nationales und internationales Handeln gestärkt werden².

3. Welche Auswirkungen hat in dieser Entwicklung ein „Atomwaffenvertragsvertrag“ der UN-Generalversammlung, der Atomwaffen als „illegal“ stigmatisiert³.

Die öffentliche Aufmerksamkeit ist gerade auch in Deutschland für diese Thematik mit weitreichenden geopolitischen, ja existenziellen Auswirkungen gering. Das ist an der Art und Weise ablesbar, wie mehrere Sachverhalte des umfangreichen atomaren Wirkungsgeflechtes behandelt werden: das Ende des INF-Vertrags, die nukleare Doktrin Russlands und deren intensive Modernisierung der atomaren Bewaffnung, die amerikanische Überprüfung der nuklearen Lage in der „nuclear posture review 2018“ mit ihren Konsequenzen, aber auch der Blick auf das nukleare China sowie Pakistan und Indien. Die Herausforderungen vermehren sich durch die nukleare Realität in Nordkorea und die weiter hoch aktuelle Frage eines „nuklearen Iran“.

1. Die Herausforderungen nuklearer Mittelstreckenraketen Russlands

Nach der finalen Aufgabe des INF-Vertrags hält Russland an der Entwicklung der Raketen, der Ausstattung von Verbänden mit dem Marschflugkörper SSC-8 und dessen Stationierung fest und leugnet weiter jede vorherige Überschreitung der Reichweiten des INF-Vertrags. Und mit dem angebotenen Moratoriumsvorschlag vom Herbst 2019 für Stationierung von Mittelstreckenraketen dieser Kategorie, der in westlichen Kreisen, z.B. bei Präsident Macron, auf Interesse stieß, will Russland seinen Vorteil für seine nukleare Doktrin begrenzter Einsätze von Atomwaffen aufrechterhalten, ja ausbauen. Der Vorwurf an die Europäer als bloße Vasallen der USA wird von Russland mit der Aufforderung verbunden, sich endlich zu eigenständiger Politik mit Russland zu emanzipieren.

Betrachtet man die Haltung(en) der westlichen Staaten und der Allianz zunächst zu dieser russischen Vertragsverletzung in den zurückliegenden Jahren und seit 1. August 2019 zu der neuen, vertragslosen Lage, fällt auf, dass es eher darauf ankommt, mit einer „gemeinsamen Sprache“ die sehr unterschiedlichen Vorstellungen der Mitgliedstaaten einzufangen, als eine schlüssige Position zu entwickeln, wie die nukleare (Abschreckungs-)Lücke – schon seit der Stationierung der Boden-Boden-Rakete des Typs Iskander in Kaliningrad – gegenüber Russland glaubwürdig geschlossen werden kann.

Aus der schon seit Februar 2019 mehrfach wiederholten Festlegung, dass keine Absicht besteht, landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren⁴, ist ablesbar, dass den innenpolitischen Gegebenheiten in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten Tribut gezollt wird. Über die Auswirkung dieser Festlegung für das nukleare Element der Abschreckung der NATO findet man in den Erläuterungen wenig, lediglich den Hinweis, dass man nicht „spiegelbildlich antworten“ werde.

Dabei muss man sich darüber klar sein, dass rein defensive und ausschließlich konventionelle Maßnahmen nicht ausreichen, um Russland von der Nutzung seines nuklearen Mittelstreckenpotentials für Einschüchterung, Erpressung oder Bedrohung, ja im Extremfall von dessen Einsatz abzuhalten. In einem dpa-Interview am 13. Januar äußerte NATO-Generalsekretär Stoltenberg: *“Wenn es um die SSC-8 geht, werden wir an Luftverteidigungs- und Flugkörperabwehrsystemen arbeiten, an konventionellen Waffen, an erhöhter Alarmbereitschaft und einer Verlängerung der Vorwarnzeiten“.*



Russland hat mit der Indienstellung des Marschflugkörpers SSC-8 (im Bild) für die NATO eine nukleare (Abschreckungs-)Lücke geschaffen.

Die derzeitigen Luftverteidigungs- und Flugkörperabwehrsysteme und vorgesehene Planungen moderner Systeme können nach Art und Anzahl nicht vollständig garantieren, dass das Eindringen von russischen ballistischen Raketen und Marschflugkörpern verhindert wird. Das verursacht ein „reassurance-gap“ für alle, die in der Reichweite solcher nuklear bestückter Waffensysteme liegen. Wie dies durch weitere konventionelle Waffen, durch erhöhte Alarmbereitschaft aufgefangen soll, haben die Verteidigungsminister noch nicht dargelegt.

Auch ist unklar, welche Abschreckungswirkung verlängerte Vorwarnzeiten gegen diese Bedrohung haben können. Selbst wenn damit eine früh- oder rechtzeitige Verstärkung in der gefährdeten Region gemeint ist, so ist doch offensichtlich, dass allein mit derzeit möglichen Verstärkungen „vor Ort“ einer Einschüchterung, Erpressung oder gar offensiven Androhung mit SSC-8-Systemen nur bedingt glaubwürdig begegnet werden kann.

Damit ist zu klären, ob die NATO bereit ist, jedem Angriff eines Gegners nicht nur dort entgegenzutreten, wo er sich selbst Vorteile/Gewinne verspricht. So kann und soll das Kalkül des Gegners, „ungefährdet“ schnelle Erfolge zu erzielen, im Sinn der Abhaltung von spezifisch offensiven Handlungen beeinflusst werden.

Zurzeit ist völlig unklar, ob und v.a wie die NATO die nukleare Lücke durch das Verhalten Russlands in einer Weise schließen wird, die auch künftig eine "erweiterte Abschreckung" durch das Potential der USA für Europa gewährleisten kann. Es ist fraglich, ob die nukleare Option der "dual capable aircraft" (DCA) im möglichst breiten Zusammenwirken zahlreicher europäischen Länder und der USA ein ausreichend glaubwürdiges Element bleiben wird und kann.

Die europäischen Bündnispartner dürfen die USA als die ultimative nukleare Garantiemacht nicht in eine Situation bringen, bei der auf eine nukleare Erpressung Russlands gegen regionale NATO-Mitgliedstaaten nur mit einer nuklearen Option auf der Ebene strategischer Waffensysteme geantwortet werden müsste. Und für die Forderung und Absicht der Allianz zu verstärkter Rüstungskontrolle und Abrüstung muss die Tatsache im Blick bleiben, dass ein Staat, der einen eklatanten Vorteil in nuklearen Waffen- und Einsatzkategorien besitzt, diesen nicht allein durch gutes Zureden vermindern oder gar aufgeben wird. Solange Russland leugnet, Marschflugkörper der INF-Kategorie zu besitzen, und die USA mit ihren NATO-Staaten dem erkannten Verstoß nichts

Ein revisionistisches, offensives, ja teilweise aggressives Russland, das seit vielen Jahren seine Streitkräfte umfassend modernisiert, hat auch seine nuklearen Konzepte und Waffensysteme auf die veränderte geopolitische Lage ausgerichtet.

"Spiegelbildliches" entgegensetzen wollen, sind Überlegungen zu Rüstungskontrollbemühungen in diesem Bereich ohne Basis.

Nach dem Gipfeltreffen der Allianz im Dezember 2019 in London sind Anfang 2020 der Weg, geschweige denn konkrete

Maßnahmen noch nicht erkennbar, wie im komplizierten nuklearen Gefüge einerseits eine tragfähige, auch nukleare Antwort für wirksame und glaubwürdige Abschreckung sowie andererseits ein realistischer Ansatz für beiderseits vorteilhafte Rüstungskontroll- und Abrüstungsgespräche im Feld von Mittelstreckenwaffen und darüber hinaus entstehen kann.

2. Aspekte der nuklearen Doktrin Russlands und die „Nuclear Posture Review“ der USA

Ein revisionistisches, offensives, ja teilweise aggressives Russland, das seit vielen Jahren seine Streitkräfte umfassend modernisiert, hat auch seine nuklearen Konzepte und Waffensysteme auf die veränderte geopolitische Lage ausgerichtet⁵. Natürlich gehören dazu die strategischen Potentiale, die bereitstehen, um im Fall einer Gefahr für das Überleben des Staates eingesetzt werden zu kön-

nen. Diese haben im russischen Konzept auch die Aufgabe, gegen die nach Moskaus Wahrnehmung aggressiven Pläne der NATO abzuschrecken. Das Nuklearpotential taktischer, substrategischer und strategischer Reichweiten und land-, luft- und seegestützter Systeme in Verbindung mit seinen modernen konventionellen Waffen bildet eine Grundlage für Russlands Fähigkeit und Bereitschaft, in der Nachbarschaft zu intervenieren und mit Einschüchterung und Erpressung seinen Einfluss auszudehnen. In einem Beitrag über Russlands Nuklearstrategie folgert Stephan Blank in einem Beitrag für die Zeitschrift Europäische Sicherheit & Strategie, dass „russische Atomwaffen Teil der asymmetrischen Strategie Putins“⁶ sind. Über die Verbesserung militärischer Fähigkeiten hinaus bilden sie den Hintergrund für die Angriffe auf die Krim und den Donbass, stützen auch Interventionen in Syrien und sind ein Mittel, eine weitere NATO-Erweiterung im Nahbereich Russlands abzuwenden und die regionale Hegemonie in Eurasien abzusichern. Für ein offensiv handelndes Russland werden sie bei begrenzten Konflikten zu einem wirksamen Instrument der Eskalationskontrolle und Konfliktregelung⁷.

Es sind die Entwicklungen in Russland, aber auch in China, die wesentlich Darstellung, Analyse und Folgerungen der amerikanischen „Nuclear Posture Review“ (NPR) vom Januar 2018 geprägt haben. Viele Kritiker sehen darin den Neustart eines nuklearen Rüstungswettlaufs, die Abwendung von Rüstungskontrolle und Abrüstung und eine klare Absage an das durch die VN-Generalversammlung ausgesprochene Verbot von Atomwaffen⁸.

Dagegen werden Länder, deren Sicherheit im äußersten Fall an die glaubwürdige nukleare Abschreckung eines verbündeten Staates gebunden ist, die Sicherheitsvorteile betonen, ohne die moralischen Dilemmata zu übersehen. Dieses als „erweiterte Abschreckung“ für andere Staaten bekannte Konzept ist ein unverzichtbarer Teil der Strategie der Nordatlantischen Allianz. Die klaren Festlegungen im Strategischen Konzept 2010 und ihre Umsetzung in der „Deterrence and Defence Posture Review“ (DDPR) von 2012 wurden nach der russischen Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges in der Ostukraine bei den Gipfeltreffen 2014 (Wales), 2018 (Warschau) und 2018 (Brüssel) deutlich bekräftigt. Solange es nukleare Waffen gibt, wird die NATO eine nukleare Allianz bleiben⁹. Ihr Hauptzweck ist, jeden Gegner von einem Angriff auf die NATO insgesamt oder einzelne Mitgliedstaaten abzuhalten.

Solange es nukleare Waffen gibt, wird die NATO eine nukleare Allianz bleiben. Ihr Hauptzweck ist, jeden Gegner von einem Angriff auf die NATO insgesamt oder einzelne Mitgliedstaaten abzuhalten.

Zwar dienen alle Nuklearwaffen in diesem Sinn einer politischen Funktion. Aber sie dürfen nach ihrer Einordnung in mögliche Konfliktszenarien auch nicht von vornherein als nicht einsetzbar (unusable) gelten.

Deshalb ist für Deutschland ebenso wie für alle nichtnuklearen Bündnisstaaten eine Reihe von Aussagen der NPR für ihre Sicherheit im Bündnis von Bedeutung¹⁰:

- Die USA verzichten nicht auf die Drohung mit einem „Ersteinsatz“ (first use). Das richtet sich in der heutigen Lage v.a. gegen Bedrohung oder Einsatz chemischer oder biologischer Waffen. Aber auch Angriffe auf wichtige Komponenten nuklearer Infrastruktur können diesen auslösen. Ob damit künftig auch existenzielle Cyber-Angriffe abgeschreckt werden können, ist noch ein Fragezeichen.
- Gerade in der heutigen Bedrohungslage mit mehreren Nuklearwaffen-Staaten bedarf es auch einer Bandbreite an operativ-nuklearer Flexibilität. Nukleare Minimalabschreckung mit begrenzten Atomwaffen strategischer Reichweite löst in einer konkreten Lage eher Selbstabschreckung der eigenen Bevölkerung aus, als einen Gegner zum Verzicht oder Abbruch seines Angriffs zu veranlassen.
- Eine verbesserte Flexibilität verlangt zielgenaue Nuklearwaffen unterschiedlicher Sprengkraft und Trägersysteme. Das ändert nichts an der besonderen Kategorie dieser Waffen. Das Paradoxon der nuklearen Abschreckung eines Gegners verlangt, dass sie eingesetzt werden können, um nicht eingesetzt werden zu müssen.
- Das Bekenntnis zu den Zielen des Atomwaffen-Sperrvertrages, zu einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen und zu Rüstungskontrollanstrengungen wird unterstrichen. Letzteres allerdings unter dem Vorbehalt einer erkennbaren Aussicht auf Erfolg.

Die nichtnuklearen Länder des Bündnisses nehmen in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO an der kollektiven Verteidigungsplanung nuklearer Rollen teil. Eine glaubwürdige „erweiterte Abschreckung“ erfordert, dass die größtmögliche Zahl der Mitgliedsländer bereit ist, im Frieden nukleare Kräfte auf ihrem Territorium zu stationieren, Plattformen (*wie z.Zt. Kampfflugzeuge in einer Doppelrolle [DCA]*) für U.S. Atomwaffen einzubringen und

an Verfahren zwingender Konsultation und der Führung und Kontrolle mitzuwirken. Nur ein solch überzeugender Verbund kann die „erweiterte Abschreckung“ schaffen, also Gegner abhalten und vor allem die eigenen Mitglieder „rückversichern“.

Für Deutschland erfordert dies eine konstruktive Mitarbeit in der nuklearen Planungsgruppe, klare Aussagen zur künftigen Beteiligung mit modernen Flugzeugen an der Doppelrolle für die nukleare Abschreckung und das Beibehalten der Lagerung nuklearer Waffen auf dem eigenen Territorium. Hier verknüpfen sich die Antworten auf die russische Aufrüstung mit Mittelstreckenwaffen und dem Erhalt des nuklearen Schutzschirms der USA für die Verbündeten.

3. Entwicklung in China – auch für Europas Sicherheit von Bedeutung

Eine Atlantik- und Europa-fokussierte Betrachtung der nuklearen Herausforderungen darf die Bedeutung der nuklearen Konzepte und der Schaffung nuklearer Kapazitäten, insbesondere weitreichender Raketen, in China nicht aus dem Blick verlieren; dies auch vor dem Hintergrund eines territorialen Ausgreifens im südchinesischen Meer und der anhaltenden Modernisierung der Streitkräfte. Wenn die NATO in ihrer Londoner Erklärung auf Herausforderungen Chinas verweist, dann gehört neben der Systemrivalität und der zunehmend nationalistisch ausgerichteten Politik auch eine Analyse der nuklearen Komponente dazu. Es ist richtig, wenn die europäischen Verbündeten für diese Thematik gemeinsam mit Amerika überlegen, wie neben der Abschreckungspolitik, die wesentlich auf Amerikas Schultern ruht, eine sinnvolle Einbindung Chinas – zunächst vor allem in die nukleare Rüstungskontrolle – vorangebracht werden kann. Am 5. Februar 2020 kündigte der Nationale Sicherheitsberater von Präsident Trump an, dass ein U.S. Team zu Gesprächen nach Peking reisen werde, um China in die Rüstungskontrollgespräche der USA mit Russland einzubeziehen¹¹.

4. Nichtverbreitungsvertrag und aktuelle Entwicklungen um den nuklearen „Iran Deal“

4.1 Neben der Auseinandersetzung mit Nordkorea, das bereits über Atomwaffen verfügt, stehen die aktuellen internationalen Aktivitäten, die Entwicklung einer iranischen Atomwaffe zu verhindern, im Fokus der Aufmerksamkeit im Jahr der nächsten Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages von 1968. Iran ist (noch?) Mitglied dieses Vertrags und argumentiert, dass es nur die zivile Nutzung der Kernenergie betreibt.

Die Vereinbarung (JCPOA)¹² zwischen dem Iran und den 5 + 1 vom Juli 2015 sollte dem Misstrauen der internationalen Gemeinschaft Rechnung tragen und durch die Beschränkung iranischer Maßnahmen, insbesondere in der Urananreicherung, eine rasche Entwicklung einer Atomwaffe verhindern.

Auf Seiten der USA, aber auch weiterer westlicher Staaten gab es von Anfang an kritische Stimmen zum JCPOA. Das bezog sich auf inhaltliche Schwächen des Vertrags, auf die begrenzte Geltungsdauer von 10 Jahren und nicht zuletzt auf das Ausklammern der fortgesetzten Entwicklung ballistischer Raketen im Iran.

Jetzt, Anfang 2020 zeigt sich, dass die Aufkündigung des JCPOA durch Präsident Trump vor 18 Monaten und die schrittweise Verletzung der Auflagen des JCPOA durch den Iran eine Lage hervorruft, die für den Iran nach Auslaufen des JCPOA 2025 jede internationale Beschränkung wegfallen lassen würde.

Wenn alle sechs Vertragspartner des JCPOA mit dem Iran erklärtermaßen daran festhalten, dass sie einen Iran mit Nuklearwaffen nicht akzeptieren wollen, dann darf die Anrufung des Schlichtungsverfahrens durch die E 3 nicht nur ein symbolischer Akt bleiben – wie viele vermuten – sondern muss erstens genutzt werden, den Iran zur Einhaltung der Bestimmungen des JCPOA zu veranlassen, aber v.a. – fünf Jahre vor Auslaufen der Vereinbarung – konzentriert an einem neuen, weiter gefassten Abkommen zu arbeiten, das nicht nur einen „nuklearen Iran“ verhindert, sondern die Besorgnisse der internationalen Gemeinschaft über die Raketenentwicklung, v.a. aber hinsichtlich des aggressiven Handelns des Iran in der Region aufgreift. Denn die letzten fünf Jahre haben gezeigt, dass die Erwartung, der Iran werde nach dem JCPOA seine Politik in der Region mäßigen und innenpolitisch moderatere Kräfte stärken, sich nicht nur nicht erfüllt hat, sondern in der Region das hegemoniale Ausgreifen drastisch erhöht hat und dass im Innern die Repression gegen oppositionelle Kräfte fortgesetzt wurde. Wenn die iranischen Verletzungen der Vereinbarung ernstgenommen werden soll und der Iran erkennen muss, dass dies zu einer Behandlung im VN- Sicherheitsrat mit schwerwiegenden Sanktionsfolgen führen kann, dann besteht vielleicht eine Chance, den Beginn neuer Verhandlungen zu erreichen, bevor eine derartige Konsequenz wirksam wird.¹³

4.2 Die nächste Überprüfungskonferenz des NPT im Mai 2020 wird auf den Empfehlungen des Vorbereitungsausschusses vom letzten Mai aufbauen. Dabei wird trotz oder gerade wegen der kritischen Lage rund um den Iran die Reso-

lution von 1995 mit dem Ziel einer nuklearfreien Zone im Mittleren Osten erneut aufgegriffen werden.

Für die drei Pfeiler des NPT – nukleare Abrüstung, Nichtverbreitung nuklearer Waffen und friedliche Nutzung der Atomenergie – sind zahlreiche Verpflichtungen und Maßnahmen empfohlen. Ein Ansatz für weitere nukleare Abrüstung wird sehr davon abhängen, ob Russland und die USA einer Verlängerung von „New START“ zustimmen, das 2020 ausläuft, und erkennen lassen, dass sie bereit sind, über zusätzliche Reduzierung der Zahl der Sprengköpfe zu verhandeln.¹⁴

Es ist nicht anzunehmen, dass die Nuklearstaaten generell auf eine erforderliche Modernisierung ihres Potenzials verzichten oder die Entwicklung neuer nuklearer Waffensysteme ausschließen. Das werden die Nichtnuklearstaaten als groben Verstoß gegen Buchstaben und Geist des NPT brandmarken. Dennoch hat auch die überwiegende Zahl der Nichtnuklearstaaten ein eigenes Interesse daran, jede Proliferation zu verhindern. Dazu gehört auch, dass die Konvention zur Verhinderung von nuklearem Terrorismus vollständig umgesetzt wird und weitere Staaten dieser Konvention beitreten.

4.3 Der Atomwaffenverbotsvertrag (*Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, [TPNW]*) war eine direkte Folge des Misserfolgs der Überprüfungskonferenz des NPT 2015. Schon zwei Jahre später nahm die UN-Generalversammlung den Vertrag mit 122 Stimmen an. Im Januar 2020 haben 80 Staaten den Vertrag unterzeichnet, 34 haben ihn ratifiziert. Sobald 50 Staaten ihn ratifiziert haben werden, tritt er in Kraft, bindend allerdings nur für die Unterzeichner. Die Bündnisstaaten der NATO sprechen sich gegen den Vertrag aus, da er eine entscheidende Waffenkategorie verbietet, ohne einen Weg aufzuzeigen, wodurch in der realen Machtpolitik der Staaten die politischen Sicherheitselemente, die die nukleare Abschreckung für viele – auch nichtnukleare – Staaten bisher gewährleistet hat, ersetzt werden können. Allerdings zeichnet sich ab, dass nach Inkrafttreten des Vertrags Atomwaffen als illegal verteufelt werden können. Dadurch wird die Debatte um die Zukunft nuklearer Waffen weiter polarisiert. Das wird die Politik in demokratischen Gesellschaften weitaus intensiver treffen als autokratische oder diktatorische Staaten mit Nuklearwaffen.

5. Herausforderung und Anforderung – auch für Deutschland

In der deutschen Gesellschaft gibt es keine breite und sachlich fundierte Auseinandersetzung mit den schwierigen politischen, strategischen, technologischen und militärischen Aspekten der nuklearen Massenvernichtungswaffen.

In der deutschen Gesellschaft gibt es keine breite und sachlich fundierte Auseinandersetzung mit den schwierigen politischen, strategischen, technologischen und militärischen Aspekten der nuklearen Massenvernichtungswaffen.

Deutschland hat sich nicht nur verpflichtet, auf jegliche Entwicklung von Atomwaffen zu verzichten, sondern hat 2011 zusätzlich den Entschluss gefasst, bis 2022 endgültig die Nutzung der friedlichen Atomenergie zu beenden. Da erscheint es zunächst einmal wenig überraschend, dass viele Bürger in der Nuklear-Debatte einen Atomwaffenverbotsvertrag der UN für das sinnvolle, ja gebotene Vorgehen halten. Es bedarf deshalb einer klaren und ausführlichen Analyse und Darstellung der konfliktträchtigen Weltlage unserer Tage und den Anteil der Sicherheitsvorsorge durch nukleare Elemente auch für unser Land zu erläutern.

Für die europäischen Staaten in der NATO und der EU ist ein Teil der Sicherheitsvorsorge, ja der Verhinderung von konventionellen Kriegen und des Widerstandes gegen Einschüchterung und Erpressung, auch mittels nuklearer Bedrohung, dem Umstand geschuldet, dass Amerika sich nicht nur durch die Präsenz konventioneller Kräfte zur Sicherheit Europas bekennt, sondern jeden Gegner dieser Bündnis- und EU-Staaten auch mit seinen nuklearen Waffensystemen von offensivem, ja aggressivem Auftreten abhält.

Diesen Sachverhalt in einer amerika-skeptischen, ja oft anti-amerikanischen Stimmung oder gar Überzeugung zu verneinen oder abzulehnen, erhöht die Unsicherheit gegenüber Staaten oder Gruppierungen, die über nukleare Waffen verfügen (auf die 26 von 28 europäischen Bündnisstaaten im NPT verzichtet haben). Die USA können für diese Leistung von den europäischen Partnern erwarten, dass sie einen Teil des Risikos mittragen. Dazu gehört erstens das offensive Vertreten des NATO-Konzepts einer Abschreckung, die auf dem Mix nuklearer und konventioneller Waffen beruht. Zweitens muss jedes Land seine konventionellen und alle sonstigen nichtnuklearen Mittel in einem Umfang bereitstellen, die einem Gegner keine leichten und raschen Erfolge oder *Fait accomplis* ermöglichen. Drittens kommt es darauf an, dass möglichst alle in der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO verantwortungsvoll mitwirken

und so die politische Verantwortung und Last mit Amerika teilen. Viertens sollten möglichst viele Länder, insbesondere die größeren, mit Plattformen für moderne substrategische Atomwaffen das Risiko der Gesamtstrategie teilen. Dazu gehört fünftens auch, dass Länder bereit sind, nukleare Kräfte dieser Kategorie auf ihrem Territorium aufzunehmen.

Von einer solchen breiten, gemeinsam getragenen Basis aus lassen sich viele Initiativen für Rüstungskontrolle und Abrüstung im nuklearen wie konventionellen Bereich mit mehr Aussicht auf Erfolg voranbringen, ohne die politische Stabilität zu gefährden.

Dieser Zusammenhang verlangt auch von der Bundesrepublik Deutschland die konkrete Mitwirkung bei allen fünf oben genannten Bereichen. Das bedeutet, dass Deutschland nach dem endgültigen Ausphasen des derzeit in der DCA-Rolle eingesetzten Kampfflugzeugs Tornado ein modernes Trägersystem verfügbar macht, das für nukleare Aufgaben zertifiziert werden kann. Bisher untersucht die Bundesregierung zwei Optionen: den Kauf des U.S. Kampfflugzeuges F-18 und eine Umrüstung des Eurofighters für diese DCA-Rolle¹⁵. Und es verlangt die Bereitschaft, auch in Zukunft moderne nukleare Kräfte auf deutschem Territorium zu stationieren. Für beides wird jede Regierung kontroverse Diskussionen im Lande führen und bestehen müssen. Gelingt dies nicht, wird die bündnisgemeinsame Abschreckung vor allem gegen nuklearfähige Gegner geschwächt und werden Hebel für Ansätze wirksamer Rüstungskontrolle und Abrüstung aufgegeben. Das bedeutet nicht nur eine Schwächung des Zusammenhalts in der NATO, sondern vermindert auch die Widerstandsfähigkeit gegenüber einem revisionistischen Russland. Beides liegt nicht im wohlverstandenen Interesse Deutschlands als größtem europäischen Mitgliedstaat in der Nordatlantischen Allianz und der Europäischen Union.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft. Von 2006 bis 2013 war er deren Präsident.

Anmerkungen

- 1 Dazu für USA Ryan W. Kort et al, Twenty-First Century Nuclear Deterrence, Operationalizing the 2018 Nuclear Posture Review, ndupress.ndu.edu/Portals/68/Documents/jfq/jfq-94/jfq-94_80-85_Kort-et-al.pdf?ver=2019-07-25-162025
- 2 Preparatory Committee for the 2020 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, siehe: <https://papersmart>.

- unmeetings.org/media2/21492287/nptconf2020pciicrp4rev1-recommendations-to-the-2020-review-conference-002-.pdf
- 3 Rühle Hans, Rühle Michael, Konturen eines dritten nuklearen Zeitalters, KAS, Analysen & Argumente Ausgabe 276, Sept. 2017
 - 4 Zuletzt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 13.01.2020 im dpa-Interview (<https://www.zeit.de/news/2020-01/13/nato-reagiert-auf-russische-marschflugkoerper>)
 - 5 Dazu auch FAZ vom 05.12.2019, Russland bleibt gefährlich, eine Studie des schwedischen Instituts für Verteidigung (FOI)
 - 6 Stephan Blank, Russlands Nuklearstrategie nach dem INF Vertrag, in: Europäische Sicherheit & Technik, 8-2019, S. 24-27
 - 7 Ebenda, S.25
 - 8 dazu Mount Adam, Trump's Troubling Nuclear Plan, How it hastens the Rise of a More Dangerous World, IForeign Affairs, 2.2.2018, https://www.foreignaffairs.com/articles/2018-02-02/trumps-troubling-nuclear-plan?cid=nlc-fa_fatoday-20180202
 - 9 Dazu auch: NATO's nuclear deterrence policy and forces, www.nato.int/cps/en-natohq/topics_50068
 - 10 Zum Folgenden s.a. Rühle, Hans, Rückkehr zum Realismus: Die neue amerikanische Nuklearstrategie, Europäische Sicherheit & Technik, Februar 2018, S.30 f.; auch: Ryan W. Kort (s. Fußnote 1)
 - 11 globalsecurity.org, 2020_02_05
 - 12 Joint Comprehensive Plan of Action
 - 13 siehe auch FAZ vom 21.01.2020, Ross, Andreas: Ein neuer Iran-Deal muss her – Der Atompakt gleicht einer leeren Hülle
 - 14 Dazu siehe auch FAZ vom 7.12.2019, Hoffnungsschimmer aus Sotschi, Putin zu Verlängerung bereit, Washington prüft noch
 - 15 siehe Heinrich Brauß, Christian Mölling, Kaufentscheidung Tornado-Nachfolge ..., DGAP Policy Brief Nr 1, Februar 2020, S. 2ff.

20 Jahre Euro: Zwischenbilanz eines politischen Projekts

Paul Jansen

Überlegungen zu einer Europäischen Währungsunion gab es bereits früh nach Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 1957. Aus deutscher Sicht war lange Zeit wenig bestritten, dass eine Währungsunion nur der letzte Baustein, sozusagen die Krönung, eines weit gediehenen politischen Integrationsprozesses sein könne. Am 1. Januar 1999 wurde der Euro schließlich Realität.

Entscheidende Fahrt nahm das Thema mit dem im April 1989 vorgelegten Delors-Bericht zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion auf, den der Europäische Rat im Juni 1989 umzusetzen beschloss. Bald nach Aufnahme der Gespräche hierzu fiel im November 1989 die Mauer in Berlin. In der Folge verhandelten die beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs den im September 1990 unterzeichneten Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, besser bekannt als „2+4-Vertrag“. Verknüpft mit der Zustimmung zu diesem Vertrag erwartete Frankreich mit Präsident François Mitterand ein klares Bekenntnis Deutschlands zu einer gemeinsamen Währung und einer europäischen Zentralbank, die der Dominanz von D-Mark und Deutscher Bundesbank ein Ende setzt.

Im Vertrag über die Europäische Union (EUV), auf den sich die Staats- und Regierungschefs im Dezember 1991 verständigten und der am 7. Februar 1992 in Maastricht unterzeichnet wurde, wurden vor diesem Hintergrund die rechtlichen Grundlagen für die zu errichtende Europäische Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen. Am 1. Januar 1999 wurde die gemeinsame europäische Währung Realität: zunächst als Buchwährung bei unwiderruflicher Fixierung der Wechselkurse, dann am 1. Januar 2002 durch die Ausgabe des neuen Geldes – des Euro – im Tausch gegen die bisherigen nationalen Währungen.

Für die im Jahr 2010 ausgebrochene Euro-Krise und die Tatsache, dass Europa sich seither in einem nicht enden wollenden Krisenmodus befindet, liegen maßgebliche Ursachen in dem, was seinerzeit mit dem sogenannten Maastricht-Vertrag und den Folgeverträgen vor und nach der Einführung des Euro geregelt oder eben nicht geregelt wurde. In der Rückschau zeigen sich viele Gelegenheiten, bei denen der aus heutiger Sicht beklagenswerten Entwicklung in Europa eine andere Richtung hätte gegeben werden können. Aus Gründen vermeintlicher Sachzwang-Logik, aus politischer Loyalität, aus Fraktionsdis-

ziplin oder auch aus der Befürchtung, ansonsten als Anti-Europäer zu gelten, sind sie ungenutzt geblieben. Dies gilt auch für die Deutsche Bundesbank und das Bundesverfassungsgericht.

Der aktuelle Befund hat auch mit den schwer miteinander zu vereinbarenden wirtschafts- und finanzpolitischen Philosophien und Traditionen sowie unterschiedlichen Zielvorstellungen der Euro-Staaten, vor allem der Kernländer Deutschland und Frankreich, zu tun. Es ist kein Zufall, dass an entscheidenden Wegmarken des Euro deutsche und französische Positionen stets hart gegeneinanderstanden und Konflikte regelmäßig auf der Ebene von deutschem Bundeskanzler und französischem Staatspräsidenten ausgetragen wurden.

Der Euro als tragendes Element oder als Sprengsatz für Europa?

Ziel des Maastricht-Vertrages war es, die Politik der europäischen Integration voranzubringen, die Festlegung auf den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss Europas unwiderruflich und unumkehrbar zu machen sowie insbesondere einen Rückfall in nationalistisches Denken und in nationale Rivalitäten zu verhindern. Doch das Vertragswerk weist erhebliche Mängel auf:

- Zum einen wurde die von Deutschland als Bedingung für eine Wirtschafts- und Währungsunion immer für erforderlich gehaltene politische Union mit den Vereinbarungen zur Außen- und Sicherheitspolitik sowie zur Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik nur rudimentär geregelt; die Zuständigkeiten hierfür blieben letztlich in den Händen der Nationalstaaten.
- Zum anderen wurde allein die geld- und währungspolitische Verantwortung auf europäischer Ebene zentralisiert, während für die Wirtschaftspolitik – insbesondere die Finanz- und Steuerpolitik, die Lohn- und Einkommenspolitik sowie die Sozialpolitik – an dezentraler Gestaltung auf der Ebene der Mitgliedstaaten festgehalten wurde.

Bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1992 über den Maastricht-Vertrag sprach der Abgeordnete Günter Verheugen als Vorsitzender des Sonderausschusses „Europäische Integration“ wohl für viele, als er sagte: „Ein wohlbegründetes Nein zu Maastricht ist denkbar, aber es würde zu einem Nein zu Europa umgedeutet werden.“ Dieser Satz zieht sich bis heute wie ein roter Faden durch deutsche Entscheidungen in Sachen Euro.

Dabei hat es nach Maastricht bis zur Entscheidung des Deutschen Bundestages im April 1998 über den Start der Währungsunion am 1. Januar 1999 an warnenden Hinweisen zu schwerwiegenden Konstruktionsmängeln und deren voraussehbaren Folgen nicht gefehlt: So gab es einen Aufruf von 62 Professoren im Juni 1992 unter dem Titel „Die währungspolitischen Beschlüsse von Maastricht: Eine Gefahr für Europa“ sowie einen von mehr als 160 Professoren unterzeichneten Aufruf vom Februar 1998 mit der Überschrift „Der Euro kommt zu früh“. Auch der Verfasser dieses Beitrags hat damals Besorgnis darüber geäußert, dass sich der Vertrag zu einem „Sprengsatz für Europa“ entwickeln und am Ende genau das fördern könnte, was mit ihm verhindert werden soll: „ein Wiedererstarren nationalistischer Strömungen, verbunden mit einer Untermi- nierung des europäischen Einigungswerks“.

Alle diese Warnungen hatten keine Chance gegen Bundeskanzler Helmut Kohl, der in einem Interview im März 2002 sagte: „Bei der Einführung des Euro war ich wie ein Diktator.“ Er habe die Entscheidung getroffen, weil er den Euro als „ein Synonym für Europa“ und eine einzigartige Chance für das friedliche Zusammenwachsen Europas sehe. Dabei hat Helmut Kohl in der Bundestags- debatte vom 2. April 1998 selbst beschrieben, was Europa droht, wenn der Bau des „Hauses Europa“ nicht fortgeführt und vollendet wird: „Die gemeinsame europäische Währung ist ein tragendes Element beim Bau eines stabilen und wetterfesten Hauses Europa. ... Wir sind auf einem guten Weg, das gemeinsa- me Haus Europa zu errichten. Aber wir wissen auch: Ein Haus, das nur halb vollendet ist, zerfällt wieder. Es wird dem Wind und den Stürmen eines neuen Jahrhunderts, von dem wir alle noch gar nicht wissen, was es uns bringt, auf Dauer nicht standhalten können. Deshalb müssen wir jetzt den Bau des Hauses Europa fortführen und vollenden.“

Entscheidende Weichenstellungen

An jenem 2. April 1998 entschied der Deutsche Bundestag über die Festle- gung des Teilnehmerkreises an der Europäischen Währungsunion. Die soge- nannten Konvergenzkriterien zu Wechselkurs, Zins, Preisstabilität, Haushalt und Verschuldung sollten das Nadelöhr sein, durch das hindurch alle an einer Mitgliedschaft interessierte Staaten ihre „Euro-Reife“ nachweisen. Die Bundes- regierung wollte sich dazu für ihre Entscheidung auf eine Stellungnahme der Deutschen Bundesbank stützen. Obwohl diese Stellungnahme eine Fülle von kritischen Feststellungen enthält, so etwa für Italien den Hinweis, dass „wegen der außerordentlich hohen Schuldenquote ... erhebliche Zweifel an der dauer-

haften Tragfähigkeit der Finanzlage“ bestünden, entschied der Zentralbankrat, das Dokument mit folgendem Satz abzubinden: „Vor dem Hintergrund der erreichten Konvergenzfortschritte in vielen Mitgliedstaaten und nach Abwägung noch bestehender Probleme und Risiken erscheint der Eintritt in die Währungsunion stabilitätspolitisch vertretbar.“

Stabilitätspolitisch vertretbar war für die Politik das erhoffte grüne Licht. Hans-Ulrich Jörges, der damals für die Zeitung „Die Woche“ schrieb, sprach von einem „Pilatus-Bericht: Wir waschen unsere Hände in Unschuld“. Mit Blick auf die von Italien und Frankreich betriebene Bilanzkosmetik zur Einhaltung der Verschuldungsobergrenze von drei Prozent im relevanten Jahr 1997 fragte der Münchener Historiker Christian Meier: „Warum wird diese Währung mit einer so großen Beimischung von Betrug herbeigeführt?“ Leider sollte sich zeigen, dass dies erst der Anfang war und weitere schwerwiegende Rechtsverletzungen folgen sollten.

Punktgenau vor der Bundestagsbefassung hatte auch das Bundesverfassungsgericht ein mögliches Stoppschild für den Start des Euro-Projekts aus dem Weg geräumt: Am 31. März 1998 verwarf der Zweite Senat des Gerichts die Verfassungsbeschwerde von vier renommierten Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlern als „offensichtlich unbegründet“, dies unter Hinweis darauf, dass es bei der Frage nach der Stabilität der seit Maastricht getroffenen und durch das Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 12. Oktober 1993 (mit diesem Urteil war der Weg frei, dass der Maastrichter Vertrag am 1. November 1993 EU-weit in Kraft treten konnte) gebilligten Grundentscheidung über die Mitwirkung Deutschlands an der Währungsunion um politische und wirtschaftliche Einschätzungen gehe, die von den politischen Organen zu verantworten seien. Mit dieser Argumentation vermied es das Gericht, europaweite Empörung auf sich zu ziehen. Frühzeitig war damit aber auch die Linie für alle späteren Gerichtsbefassungen in Sachen Euro vorgezeichnet.

Das Schicksal nahm so seinen Lauf und, um die Hypothek für die gemeinsame Währung noch zu erhöhen, folgte bald die Erweiterung des Teilnehmerkreises um Griechenland. Am 19. Juni 2000 war der Europäische Rat zu der Auffassung gelangt, „dass Griechenland einen hohen Grad an nachhaltiger Konvergenz erreicht habe und daher die notwendigen Voraussetzungen für die Einführung des Euros“ erfülle. So wurde Griechenland am 1. Januar 2001 zwölfter Euro-Mitgliedstaat – ein folgenschwerer Fehler, zumal auch er mit mehr Mut vor Fürstenthronen vermeidbar gewesen wäre.

Vermeintliche Erfolge im ersten Jahrzehnt

All diese Bedenken und Kritik gegen die gemeinsame Währung wären noch vor zehn Jahren verständnislos zur Kenntnis genommen worden. Das erste Euro-Jahrzehnt mit niedriger Inflation, sinkenden Zinsen und beachtlichem Wachstum in Ländern der Peripherie schien alle Zweifler eines Besseren zu belehren. So findet sich in einer Veröffentlichung der Europäischen Kommission vom Mai 2008: „Zehn Jahre nach seiner Einführung kann man sagen, dass der Euro ein voller Erfolg ist. Die einheitliche Währung ist zu einem Symbol Europas geworden, das von den Bürgern ... als eines der positivsten Ergebnisse der europäischen Integration gesehen wird ... Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sichert makroökonomische Stabilität ...“ In einer Rede zum 10. Jahrestag der Euro-Einführung im Januar 2009 feierte der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet den Euro als „historischen Erfolg“.

Bis dahin blieb weitgehend unter der Oberfläche, was im Gefolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ab dem Frühjahr 2010 an Fehlentwicklungen im Euroraum sichtbar werden sollte: der Bau-Boom in Spanien und Irland, eine deutliche Ausweitung der Staatsausgaben in Italien, Portugal und Griechenland sowie – als Folge kräftiger Lohn- und Preissteigerungen – ein signifikanter Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit und damit einhergehend eine Verschlechterung der Leistungsbilanzen vor allem der Staaten Südeuropas.

Auch deutsche Politik hat dazu beigetragen, dass sich die Dinge so entwickeln konnten. Hatte Deutschland, um laxer Haushaltsdisziplin in den Euro-Staaten des Südens vorzubeugen, 1996 noch einen Stabilitäts- und Wachstumspakt mit Biss gefordert, allerdings automatische Sanktionen gegen französischen Widerstand nicht durchsetzen können, gehörte es 2003 zusammen mit Frankreich zu den frühen Sündern gegen diesen Pakt. Gegen beide Länder beantragte die EU-Kommission die bei übermäßigem Defizit vorgesehene Einleitung eines Defizitverfahrens. Nach Interventionen von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Frankreichs Präsident Jacques Chirac entschied der Rat der Europäischen Finanzminister, die Verfahren anzuhalten – mit der Begründung des damaligen Vorsitzenden Giulio Tremonti, es gebe keinen Verstoß gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Der EZB-Rat sah in der Entscheidung ernste Gefahren und bewertete sie als Bruch des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Der griechische Notenbankprä-

sident Panos Garganas äußerte: „Der Stabilitätspakt muss respektiert werden, anderenfalls ist auf mittlere Sicht der Zusammenhalt in der Währungsunion gefährdet.“ Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, sah die Entscheidung als „herben Schlag gegen die Fundamente der Wirtschafts- und Währungsunion“. Und die Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26. November 2003 kommentierte unter der Überschrift „Teurer Bruch“ weitsichtig: „Für diesen Triumph der Herren Schröder und Eichel über Brüssel wird Deutschland noch zahlen, wenn die rot-grüne Bundesregierung Geschichte ist. Die Rechnung wird nicht immer offen ausgewiesen sein, doch wird sie an vielen Stellen präsentiert werden. Und sie wird, da sollte sich niemand täuschen, hoch ausfallen.“

Erstes Rettungspaket für Griechenland

Die Rechnungen werden seit April 2010 mit immer höheren Summen ausgestellt. Ausgangspunkt war bezeichnenderweise Griechenland. Schon im November 2004 hatte der griechische Finanzminister Georgios Alogoskoufis eingestanden, dass sich das Land den Euro-Beitritt mit gefälschten Defizitzahlen erschlichen habe. Nach den Parlamentswahlen vom Oktober 2009 verkündete der neue Finanzminister Giorgos Papakonstantinou ein zu erwartendes Defizit von 12,7 Prozent und korrigierte damit die bisherige Angabe stark nach oben. Alle Bemühungen, die dadurch in Turbulenzen geratenen Finanzmärkte zu beruhigen, schlugen fehl.

Im Gegenteil zeigten sich bald eine beginnende Kapitalflucht und rasch steigende Zinsen wie auch Ausstrahlwirkungen auf Portugal, Spanien und Irland. In der Erklärung zum Europäischen Rat vom 11. Februar 2010 ist so erstmals – zunächst noch abstrakt – von der Möglichkeit einer gemeinsamen Hilfe für Griechenland die Rede. Es heißt dort: „Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebietes werden im Bedarfsfall entschlossen und koordiniert handeln, um die Finanzmarktstabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet zu wahren. Die griechische Regierung hat keinerlei finanzielle Unterstützung beantragt.“

Die Debatten der nächsten Wochen kreisten darum, dass solche Hilfe nötig werden könnte. Hier plädierten Bundeskanzlerin Angela Merkel wie auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble übereinstimmend für „schärfere Regeln“, die „im äußersten Notfall“ auch die Möglichkeit beinhalten müssten, „dass ein Land, das seine Finanzen partout nicht in Ordnung bringt, aus dem Euro-Verbund ausscheidet“. Als dann aber Griechenland am 23. April

2010 aufgrund drohender Zahlungsunfähigkeit Hilfe erbat und Schäuble, flankiert durch EZB-Präsident Jean-Claude Trichet und den Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) Dominique Strauss-Kahn, also zwei Vertreter der französischen Linie, am 28. April in einem Hintergrundgespräch mit den Führungskreisen der Bundestagsfraktionen die Unausweichlichkeit einer Griechenland-Hilfe begründete, war der Weg für das erste Euro-Rettungspaket im Umfang von 110 Milliarden Euro geebnet: 80 Milliarden Euro steuerten die Euro-Mitgliedstaaten bei und 30 Milliarden Euro der IWF. Die deutsche Zustimmung durch Bundestag und Bundesrat erfolgte am 7. Mai 2010.

Noch am gleichen Freitag spitzte sich die Situation auf den Finanzmärkten mit weiter steigenden Risikoaufrschlägen für irische, portugiesische und spanische Staatsanleihen zu. Die für den Abend anberaumte Sitzung der Staats- und Regierungschefs der Eurozone mit Vertretern der Europäischen Kommission und EZB-Präsident Trichet zur Beschlussfassung über die Griechenland-Hilfe stand nun vor weitergehendem Entscheidungsbedarf zur Sicherung der Euro-Zone. Von einer „weltweit organisierten Attacke gegen den Euro“ war die Rede, Bundeskanzlerin Merkel sprach von einem „hohen Maß an Spekulationen gegen den Euro als Ganzes“. Staatspräsident Nicolas Sarkozy brachte nach Vorgesprächen mit seinen Amtskollegen aus Portugal, Italien und Spanien (José Sócrates, Silvio Berlusconi, José Luis Rodríguez Zapatero) seinen Plan der Ausgabe einer europäischen Anleihe vor, für die alle Länder haften. Mit solchen Euro-Bonds gäbe es keine Zinsunterschiede in der Eurozone.

Tür zur Transferunion aufgestoßen

Die Sitzung endete am Samstag früh ohne Ergebnis und wurde am Sonntag – kurzfristig anberaumt – durch die EU-Finanzminister fortgesetzt. Die Runde stand unter massivem Zeitdruck, da vor Öffnung der Börsen in Fernost am Montag früh eine Vereinbarung vorliegen musste. Auch wenn weitergehende Vorstellungen Frankreichs und der Südländer abgewehrt werden konnten, standen am Ende die Verständigung auf einen insgesamt 750 Milliarden Euro umfassenden Rettungsschirm (davon 250 Milliarden Euro IWF-Anteil) sowie die gegen deutsches Votum getroffene Entscheidung der EZB zum Ankauf von Anleihen notleidender Euro-Staaten.

Diese Beschlüsse markieren eine flagrante Verletzung eines Kernelements des Maastrichter Vertragswerks, des No-bail-out-Prinzips, also der Nichtbestands-Klausel. Diese ist in den Verträgen in zweifacher Weise vereinbart: zum einen

mit dem Ausschluss monetärer Staatsfinanzierung durch die EZB; zum anderen mit der Bestimmung, dass die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft nicht für ihre gegenseitigen Schulden haften. So nahm im Mai 2010 die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank erstmals Schaden, und die Tür zur Transferunion in Europa wurde aufgestoßen. Die damalige französische Finanzministerin Christine Lagarde bemerkte dazu: „Wir mussten die Verträge brechen, um den Euro zu retten.“

Man muss die Dramatik dieser Situation vor Augen haben, um die Rede der Bundeskanzlerin nur wenige Tage später bei der Verleihung des Karlspreises in Aachen einordnen zu können. Sie sagte dort den vielzitierten Satz: „Scheitert der Euro, dann scheitert nicht nur das Geld. Dann scheitert mehr, dann scheitert Europa, dann scheitert die Idee der europäischen Einigung.“
Bundeskanzlerin Angela Merkel

Mit diesen Worten hatte sich die Bundeskanzlerin offenbar der Einsicht gebeugt, dass es mit Frankreich keine Verständigung über einen Sanktionsmechanismus gegenüber Schuldnerstaaten geben wird, zu dem auch der Ausschluss eines Mitglieds aus der Währungsunion gehören würde. Entsprechend befinden wir uns bis auf den heutigen Tag im fortgesetzten Krisenmodus.

Krisenpräventionspolitik

In den letzten acht Jahren wurden viele, teilweise sehr kontrovers diskutierte und oft hart umkämpfte Entscheidungen getroffen – Entscheidungen, die immer wieder auch Gegenstand von Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts und Befassungen des Europäischen Gerichtshofs waren. Im Bemühen, die Krisenprävention und Widerstandsfähigkeit der Europäischen Währungsunion zu stärken und diese zu erhalten, wurde weitreichend und tief in das ökonomische, soziale, rechtliche und politische Gefüge Europas und seiner Mitgliedstaaten eingegriffen. Die Entscheidungen lassen sich drei Bereichen zuordnen, auch wenn diese nicht trennscharf voneinander abzugrenzen sind:

1) Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion (Abbildung 1): Besonders umkämpft und umstritten ist die harmonisierte Einlagensicherung als Bestandteil der Bankenunion, also die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung im Euro-Raum; hier steht Deutschland unter besonderem Erwartungsdruck der Partner. Faktisch würde damit ein weiterer Schritt zur Transfe-

union und europäischen Haftungsgemeinschaft getan.

Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion

Haushaltspolitische Überwachung

- Fiskalvertrag
- Reformierter Stabilitäts- und Wachstumspaket
- Europäischer Semester
- Haushaltsplanungs-Überwachungsverfahren

Wirtschaftliche Steuerung

- Euro-Plus-Paket
- Europäisches Semester
- Wirtschaftspolitisches Überwachungsverfahren

Finanzmarktregulierung

- Europäische Bankenunion, u.a.
- Einheitlicher Aufsichtsmechanismus (SSM)
- Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (SRM)
- Harmonisierte Einlagensicherung
- Bankenregulierung (Basel III)

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) und dessen Vorläufer

- Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) – Mittel aus dem EU-Haushalt
- Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) – Mittel der Euro-Staaten

Abbildung 1

2) Hilfsprogramme für in Not geratene Euro-Staaten (Abbildung 2): Fünf Länder sind davon betroffen, darunter Griechenland mit drei Programmen. Angesichts der insgesamt hohen Kreditvolumina und langen Laufzeiten sind von den Gläubigern beträchtliche Risiken und Lasten übernommen worden. Wie sich diese am Ende auswirken, hängt von Entwicklungen ab, die heute nicht absehbar sind. Das lange Ringen um ein drittes Hilfsprogramm für Griechenland, an dem sich der Internationale Währungsfonds aufgrund seiner Zweifel an der Schuldentragfähigkeit des Landes nicht zu beteiligen bereit war, unterstreicht die gläubiger- wie schuldnereitig eingegangenen Wagnisse.

Hilfsprogramme für in Not geratene Euro-Staaten

Land	Jahr	Programmvolumen (in Milliarden Euro)			in Anspruch genommen (in Milliarden Euro)		Kreditlaufzeit (Durchschnitt)
		gesamt	davon Euro- Staaten		gesamt	davon Euro- Staaten	
Griechenland (I)	2010	110,0	80,0		73,0	52,9	zunächst rund 30 Jahre, später weitere Erleichterungen
Irland	2010	67,6	22,5	EFSM	67,5	22,5	rund 21 Jahre, letzte Fälligkeit 2042
Griechenland (II)	2012	163,6	144,5	EFSF	153,6	141,8	zunächst rund 32 Jahre mit letzter Fälligkeit 2056, später weitere Erleichterungen
Spanien	2012	100,0	100,0	ESM	41,3	41,3	rund 12,50 Jahre, letzte Fälligkeit 2027
Zypern	2012	10,0	9,0	ESM	7,2	6,3	rund 15 Jahre, letzte Fähigkeit 2031
Griechenland (III)	2015	86,0	86,0	ESM	62,0	62,0	rund 32 Jahre, Rückzahlung ab 2034, letzte Fälligkeit 2070

Abbildung 2

3) Politik der Europäischen Zentralbank (Abbildung 3): Hierzu gehören die extreme, so nie dagewesene Niedrigzinspolitik mit seit Jahren negativem Einlagenzins, Mario Draghis im Juli 2012 ebenso entschlossene wie machtvolle Ankündigung der Euro-Rettung mit dem berühmten Ausdruck „whatever it takes“, die beiden äußerst umstrittenen Beschlüsse zum Ankauf von Staatsanleihen in den Jahren 2012 und 2015 sowie die gewaltige Bilanzaufblähung der EZB durch das EAPP-Programm (Expanded Asset Purchase Programme) zum Ankauf insbesondere von Staatsanleihen, gegen das bereits seit September 2015 eine Verfassungsklage anhängig ist.

Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion

- **10. Mai 2010**
Securities Markets Programme (SMP): Ankaufprogramm für Wertpapiere öffentlicher und privater Emittenten aus dem Euro-Währungsraum, Aufkauf von Staatsanleihen Griechenlands, später Italiens und Spaniens, danach auch von Portugal und Irland.
- **ab 3. November 2011**
Senkung des Leitzinses (zunächst auf 1,25 %) und des **Zinssatzes für die Einlagenfazilität** (zunächst auf 0,50 %) in Stufen auf 0,0 % bzw. -0,40 % seit 16. März 2016.
- **26. Juli 2012**
EZB-Präsident Mario Draghi: „Within (its) mandate, the ECB is ready to do **whatever it takes** to preserve the euro.“
- **6. September 2012**
Grundsatzbeschluss des EZB-Rates zur Einführung eines neuen Programms zum Kauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt: **Outright Monetary Transactions (OMT)**.
- **4. November 2014**
EZB übernimmt im Rahmen den **Single Supervisory Mechanism (SSM)** die Aufsicht über die größten Banken im Euroraum.
- **22. Januar 2015**
EZB-Beschluss über erweitertes Aufkaufprogramm für Vermögenswerte: **Expanded Asset Purchase Programme (EAPP)**, in dessen Rahmen vorwiegend Staatsanleihen der Euro-Länder gekauft werden. Ab **März 2015** Monatsbeträge zwischen 60 und 80 Milliarden Euro, ab **Januar 2018** Monatsbeträge von 30 Milliarden Euro, **Oktober 2018** bis zur Beendigung der Nettokäufe Ende 2018 monatlich 15 Milliarden Euro -> Ankaufvolumen im Rahmen dieses auch als **Quantitative Easing (QE)** bezeichneten Programms insgesamt rund **2,6 Billionen Euro**; dadurch Erhöhung des Bilanzvolumens der EZB seit März 2015 von rund 2,1 Billionen Euro auf rund 4,7 Billionen Euro.

Abbildung 3

Fragt man nach den Ergebnissen der Euro-Rettungspolitik der letzten acht Jahre, so ist zunächst festzustellen, dass der Euroraum zusammengehalten wurde und durch Neuaufnahmen auf inzwischen 19 Staaten erweitert ist. Auch die wirtschaftliche Lage hat sich zuletzt verbessert: Alle Staaten weisen wieder ein zumindest geringes Wachstum auf. Im Zusammenhang damit zeigen sich positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt wie auch bei der Entwicklung von Nettoneuverschuldung und Gesamtverschuldung der Euro-Staaten. Dies ist zu einem Teil gewiss Ergebnis der Maßnahmen zur Stabilisierung der Währungsunion, zu einem wesentlichen anderen Teil aber der Wirkungen der Niedrigzinspolitik der EZB in Verbindung mit dem massiven Ankauf von Staatsanleihen. Nach einer aktuellen Berechnung der Deutschen Bundesbank beliefen sich die zinsbedingten Einsparungen für den Schuldendienst der Euro-Staaten im Zeitraum 2008 bis 2018 – gemessen am Zinsniveau des Jahres 2007 vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise – auf 1,42 Billionen Euro. Ohne dies ursachengerecht genau zuordnen zu können, dürfte

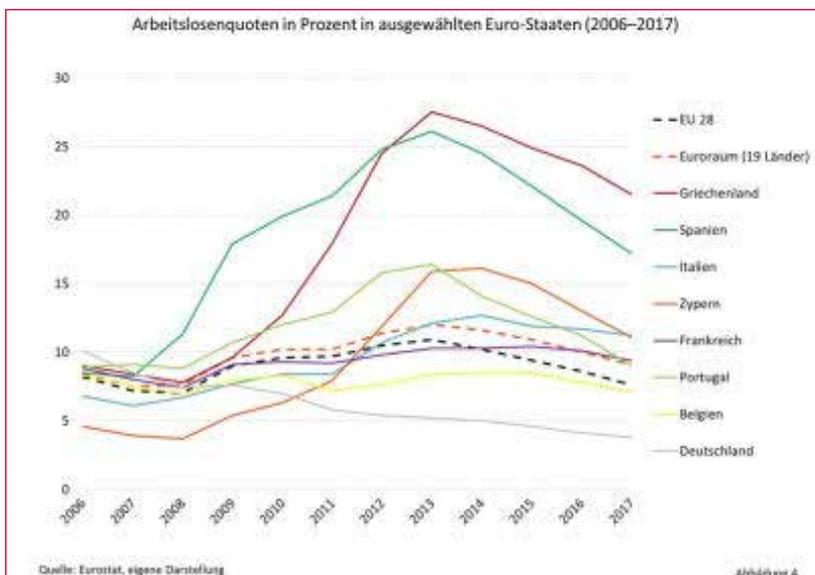
Fragt man nach den Ergebnissen der Euro-Rettungspolitik der letzten acht Jahre, so ist zunächst festzustellen, dass der Euroraum zusammengehalten wurde

der größere Teil dieser haushaltmäßigen Entlastung den Wirkungen der EZB-Politik zuzuschreiben sein.

Die fundamentalen wirtschaftlichen Daten im Euroraum sind indessen weit davon entfernt, auf ein Ende und eine dauerhafte Beherrschbarkeit der Euro-Krise hoffen zu können. Die Arbeitslosigkeit in den Staaten Südeuropas, aber auch in Frankreich, ist weiterhin hoch (Abbildung 4). Die Jugendarbeitslosigkeit liegt aktuell in Griechenland, Spanien und Italien immer noch über 30 Prozent, in Portugal, Frankreich und Belgien bei circa 20 Prozent. Weit oberhalb des Zielwerts von 60 Prozent liegt die Gesamtverschuldung vieler Staaten – Griechenland

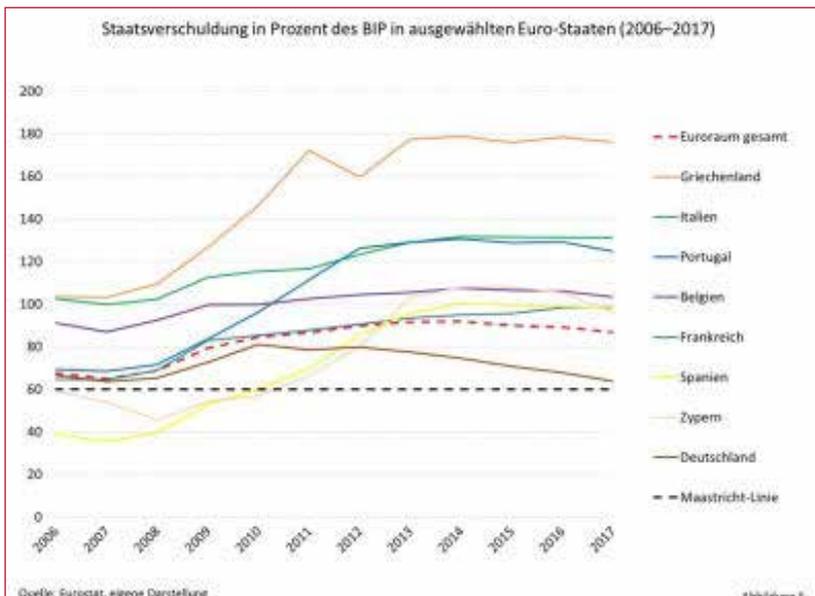
Die fundamentalen wirtschaftlichen Daten im Euroraum sind indessen weit davon entfernt, auf ein Ende und eine dauerhafte Beherrschbarkeit der Euro-Krise hoffen zu können.

an der Spitze mit 176 Prozent, gefolgt von Italien mit 131 Prozent, Portugal mit 125 Prozent sowie Belgien, Frankreich und Spanien mit je rund 100 Prozent (Abbildung 5). Das Bankensystem mit weiter signifikantem Volumen an notleidenden Krediten – besonders in Griechenland, Zypern, Portugal und Italien – sowie mit fortbestehender regulatorischer Privilegierung von Forderungen gegenüber Staaten (hierfür ist weiterhin keine Unterlegung durch Eigenkapital der Banken erforderlich) bleibt krisenanfällig.



Gleichzeitig schränken die Vorgaben des Fiskalpakts – so unverzichtbar die Wahrung von Haushaltsdisziplin ist – die Möglichkeiten nationaler Politikgestaltung ein. Dem Primat des Defizits und seiner Begrenzung beziehungsweise Rückführung sind alle direkt oder indirekt finanzwirksamen Politikbereiche unterworfen. Nachdem mit der gemeinsamen Währung das Instrument der Wechselkursanpassung zum Ausgleich wirtschaftlicher Leistungsunterschiede zwischen den Euro-Staaten bereits entfallen ist, das Wechselkursventil sozusagen verstopft wurde, ist mit dem Fiskalpakt eine Vorgabe hinzugekommen, die die Handlungs- und Gestaltungsspielräume der nationalen Politik weiter einschränkt und – wie erlebt – leicht in eine Spirale von Schuldenanstieg, Sparprogrammen, schrumpfender Wirtschaft und höherer Arbeitslosigkeit führt.

Mit den negativen Begleiterscheinungen der Währungsunion ist die Bereitschaft schwächer geworden, weitere Souveränitätsrechte auf die EU zu übertragen oder auch nur – siehe Migrationskrise – zu gemeinsamen europäischen Antworten zu kommen.



Die Position der italienischen Regierung 2019, so verstörend das Auftreten ihrer beiden Spitzenvertreter Matteo Salvini und Luigi Di Maio auch ist, sich dieser Logik – Salvini spricht von „dämlichen Regeln“ – mit dem Haushalt 2019 nicht weiter zu unterwerfen, und ihr Ziel, Europa samt Architektur der

Währungsunion nach den Europawahlen im Mai 2019 grundlegend zu verändern, findet hier ihren Ausgangspunkt. Sie hat in ihrem Grundanliegen viele Unterstützer; auch Frankreich gehört dazu.

Belasteter Diskurs und gegenseitige Ressentiments

Die Bundesrepublik Deutschland profitiert vom bestehenden System bislang insofern, als ein gemessen an der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (zu) niedriger Euro-Kurs seit Jahren eine außerordentlich gute Beschäftigungslage sichert, Steuern und Sozialabgaben reichlich fließen und die öffentlichen Haushalte trotz permanenter Ausgabenerhöhungen, vor allem im sozialen Bereich, ausgeglichen gestaltet werden (Stichwort „schwarze Null“). Vor allem der seit Jahren hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuss und das hohe deutsche Forderungsvolumen von zuletzt (Dezember 2018) rund 966 Milliarden Euro im nicht besicherten sogenannten Target2-System des Euroraums trüben – neben anderen unerwünschten Folgen der EZB-Politik wie der Enteignung von Sparern durch negative Realzinsen – in dieser Perspektive das Bild.

Man kann sich kaum vorstellen, welchen Zumutungen die Menschen in den Krisenländern, besonders in Griechenland, bei den vielfältigen und tiefen, ja existenziellen Eingriffen in ihre persönlichen Lebensverhältnisse ausgesetzt waren und sind – zumal dort, wo kein soziales Netz und keine gesicherte Gesundheitsversorgung existiert. In einem FAZ-Bericht vom Dezember 2012 ist mit Blick auf die damalige Situation in Griechenland von Verzweiflung, Not, Hilflosigkeit und Traumatisierung der Menschen die Rede, und es wird gefragt, wie viel diese Gesellschaft noch aushalten kann, bevor sie explodiert. Zum Aushalten-Müssen gehört auch, dass vor allem junge, gut ausgebildete Menschen aus ganz Südeuropa in Scharen die Heimat verlassen, um der Perspektivlosigkeit des nationalen Arbeitsmarktes zu entkommen.

Das Auslaufen des dritten Hilfsprogramms für Griechenland am 20. August 2018 ist von manchen als Erfolg gefeiert worden, so von Klaus Regling, dem geschäftsführenden Direktor des ESM, der meinte: „Es sind tolle Neuigkeiten! Das griechische Volk sollte feiern!“ Dazu besteht jedoch wenig Grund. So ist nach Auffassung des früheren Finanzministers Yanis Varoufakis Griechenland keinesfalls gerettet: „Griechenland steht am selben Punkt, im gleichen schwarzen Loch und es versinkt jeden Tag tiefer darin. Auch, weil die Sparvorgaben der Gläubiger Investitionen und den Konsum behindern.“ Der frühere Chef der Euro-Gruppe Jeroen Dijsselbloem wertet die Spar- und Reformauflagen für

Griechenland nachträglich als überzogen: „Bei den Reformen haben wir sehr viel verlangt von der griechischen Bevölkerung, zu viel.“ Pierre Moscovici, EU-Wirtschafts- und Währungskommissar, bemängelt, dass die Euro-Gruppe keiner echten demokratischen Kontrolle unterliege. „Ich selbst fühlte mich unwohl, wenn wir hinter verschlossenen Türen über das Schicksal von Millionen Griechen entschieden... Deshalb habe ich die Situation einen demokratischen Skandal genannt.“

Auch wenn Deutschland bislang nicht so betroffen war und man bedenkt, dass die Euro-Rettungspolitik bis heute nur begrenzte Belastungen für den Steuerzahler mit sich gebracht hat, ist auch für Deutschland festzustellen, dass sich der Euro entgegen seiner Intention mehr und mehr zu einer Belastung des europäischen Diskurses und Zusammenhalts entwickelt hat.

Wer vermag sich auszumalen, zu welchen Reaktionen eine Politik mit derartigen Begleiterscheinungen in Deutschland geführt hätte oder führen würde? Auch wenn Deutschland bislang nicht so betroffen war und man bedenkt, dass die Euro-Rettungspolitik bis heute nur begrenzte Belastungen für den Steuerzahler mit sich gebracht hat, ist auch für Deutschland festzustellen, dass sich der Euro entgegen seiner Intention mehr und mehr zu einer Belastung des europäischen Diskurses und Zusammenhalts entwickelt hat. In den kredit- und garantiegabenden Euro-Ländern sind die Zweifel groß, ob der eingeschlagene Kurs am Ende erfolgreich sein wird. In den Krisenländern werden die Eingriffe in die persönlichen Lebensverhältnisse als ungerecht, unsozial und untragbar empfunden.

An der Tagesordnung sind gegenseitige Schuldzuweisungen – von den Kredit- und Garantiegebern in Richtung der tatsächlichen oder vermeintlichen Schuldensünder und umgekehrt von jenen in Richtung der Kredit- und Garantiegeber, weil sie ihrer europäischen Verantwortung zu wenig gerecht würden. Das macht es umso leichter, von eigenem Politikversagen und fortgesetzten eigenen Versäumnissen abzulenken und die Verantwortung für Fehlentwicklungen Dritten zuzuschreiben. Es erschreckt, in welcher Weise überholt geglaubte Ressentiments gegenüber Deutschland, aber auch zwischen anderen Staaten, wieder zum Vorschein kommen und sich Spannungen, Anfeindungen und Konfliktfelder innerhalb Europas aufbauen, die es – und das ist das Entscheidende – ohne Währungsunion nicht gegeben hätte.

Dieser Befund ist nicht erst jüngerer Datums. Mario Monti, damaliger italienischer Ministerpräsident, sprach schon 2012 gegenüber der Bundeskanzlerin über wachsende Ressentiments im italienischen Parlament gegen die EU, ge-

gen den Euro, gegen die Deutschen und manchmal auch gegen die Kanzlerin selbst. Es sei aber ein Problem, das weit über das Verhältnis von Deutschland und Italien hinausgehe, und er fuhr fort: „Die Spannungen, die in den letzten Jahren die Euro-Zone begleiten, tragen bereits Züge einer psychologischen Auflösung Europas.“ Die Veränderungen im Parteiensystem Europas seit Beginn des Jahrzehnts sind zweifelsohne durch die anhaltende Euro-Krise und die zu ihrer Eindämmung getroffenen Maßnahmen mitbeeinflusst worden. Sie zeigen sich besonders deutlich in Südeuropa, aber beispielsweise auch in Frankreich. In Deutschland sind die Anfänge der AfD beim Thema Euro zu verorten.

Ausblick: Hoffen auf Einsicht

Die hier sichtbar werdenden zentrifugalen Kräfte und eine schwächer werdende Anziehungskraft der europäischen Idee stehen der Erwartung Helmut Kohls entgegen, mit einem Nachvornegehen bei der Währungsunion werde die Integration auch in anderen Bereichen beschleunigt vorankommen. Wir erleben

Zu hoffen ist auf Einsicht der politisch Verantwortlichen, dass ein bedingungsloses Aneinanderketten der Euro-Staaten weder im deutschen noch im europäischen Interesse liegt.

das Gegenteil. Mit den negativen Begleiterscheinungen der Währungsunion ist die Bereitschaft schwächer geworden, weitere Souveränitätsrechte auf die EU zu übertragen oder auch nur – siehe Migrationskrise

– zu gemeinsamen europäischen Antworten zu kommen. Wie realistisch sind in dieser Situation beispielsweise auch Überlegungen zu einer europäischen Armee?

Was ist für die Zukunft zu erwarten? Zu hoffen ist auf Einsicht der politisch Verantwortlichen, dass ein bedingungsloses Aneinanderketten der Euro-Staaten weder im deutschen noch im europäischen Interesse liegt. Im Fall Griechenlands ist die Chance verpasst worden, einem Land die Möglichkeit zu geben, sich mit eigener Währung neu in die internationale Arbeitsteilung einzugliedern und die über die Vorgaben der Hilfsprogramme eingeschränkte Souveränität staatlichen Handelns zurückzugewinnen. Heute würde man vermutlich absehen können, ob dies nicht für Länder, die durch den einheitlichen Wechselkurs überfordert sind, und für die Partnerstaaten der bessere Weg ist.

Mit Blick auf das Machtspiel der italienischen Regierung ist zu hoffen, dass niemand der politisch Verantwortlichen daran denkt, eine Rettungsoperation für Italien starten zu wollen – ob der Größe des Landes mit mehr als 15 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone (Griechenland hat zwei Prozent)

und seiner Probleme: höchste Staatsverschuldung aller Euro-Staaten, höchster Stand an Verbindlichkeiten im Target2-System, höchstes Volumen ausfallgefährdeter Kredite im Bankensektor und ein Bruttoinlandsprodukt, das 2017 immer noch unter dem des Vorkrisenjahres 2007 lag.

Angesichts dieser Fakten würde selbst eine unbegrenzte Haftungsübernahme und Transferunion den Euro und die Euro-Staaten nicht in ruhiges Fahrwasser bringen können. Mit steigendem Druck auf den Finanzmärkten, der rasch auf die gesamte Eurozone übergreifen könnte, wächst das Risiko einer unkontrollierten Entladung. Dies wäre der Worst Case mit unabsehbaren Folgen und Erschütterungen für Europa und die Welt. Als kleineres Übel erscheint demgegenüber ein Rückzug Italiens aus dem Euro, wie ihn Matteo Salvini noch nach der Wahl angekündigt hatte. Aber auch dafür gibt es keine Blaupause. Weitreichende und schwer kalkulierbare Konsequenzen wären auch dann zu erwarten.

Zu vermuten ist, dass die aktuell zugespitzte Lage durch begrenzte Korrektur der italienischen Budgetplanungen sowie gegebenenfalls mit neuerlicher Hilfe der Europäischen Zentralbank einstweilen unter Kontrolle gehalten werden kann. Die gewonnene Zeit sollte genutzt werden, um aus einer vorbehaltlosen gemeinsamen europäischen Lagebeurteilung Schlussfolgerungen zu ziehen, die einem Zerfall des Hauses Europa entgegenwirken und durch geeignete Brandschutzmaßnahmen größeren Schaden von den Bewohnern des Hauses fernhalten. Voraussetzung dafür ist ein durchgehender politischer Wille, gemeinsames europäisches Interesse nicht durch nationale Vorteilerwägungen infrage stellen zu lassen. Es bleibt zu hoffen, dass dies gelingen wird.

Hinweis der Redaktion: Der vorliegende Beitrag von Dr. Paul Jansen basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 26. November 2018 vor dem Regionalkreis West der Clausewitz-Gesellschaft in Bonn gehalten hat.

Zum Autor: Ministerialdirektor a.D. Dipl.-Volkswirt Dr. Paul Jansen hat nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg promoviert. Einer Tätigkeit beim Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus in Essen folgte der Eintritt in die Bundesverwaltung. Als Persönlicher Referent des Bundesministers der Finanzen Dr. Stoltenberg wechselte er mit ihm 1989 zunächst in gleicher Funktion ins Bundesministerium der Verteidigung, in dem er später überwiegend in der Haushaltsabteilung verwendet wurde – von 2008 bis 2014 als deren Leiter.

Kapitel II

Strategie, Wille und Führung

WILLE

Seine Wirkungsmacht in der politisch-strategischen und militärischen Sphäre

Christian E. O. Millotat

Manuela R. Krueger

Annäherung an den Begriff Wille

Der Begriff Wille und seine ihm zugeschriebene Wirkungsmacht begegnen uns in der Philosophie, als Volksweisheit, in der Literatur, Politik und vor allem beim Militär. Dort durchzieht er seit Generalmajor Carl von Clausewitz die deutschen Dienstvorschriften sowie das militärische Schrifttum und gründet auf seinen Gedanken. Im Bereich der politisch-strategischen Ebene wird Wille mit Ausdrücken wie Absicht oder politisches Ziel umschrieben.

„Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ und „Der Wille versetzt Berge“ sind Volksweisheiten.

Leo Trotzki hat einmal gesagt: „Das Glück besteht nicht darin, dass du tun kannst, was du willst, sondern darin, dass du auch immer willst, was du tust.“

Johann Wolfgang von Goethe hat über Wille formuliert: „Es ist nicht genug, zu wissen – man muss es auch anwenden. Es ist nicht genug, zu wollen - man muss es auch tun!“

Und Erasmus von Rotterdam (1466-1536) wird die Aussage zugeschrieben: „Viele Male schaut der Wille durchs Fenster, ehe die Tat durch das Tor schreitet.“⁴¹

Das deutsche Kommando Spezialkräfte hat sich den Satz *Facit Omnia Voluntas*, „Alles entscheidet der Wille“, als Leitspruch gewählt.

Im Wörterbuch der Psychiatrie und medizinischen Psychologie von 1984 wird der Begriff Wille wie folgt beschrieben:

„Wille (m). Menschliche Fähigkeit, unter Beteiligung der Gesamtpersönlichkeit ein bestimmtes Ziel zu intendieren und sich zwischen verschiedenen Möglichkeiten zu entscheiden.“²

Im Folgenden wird die Wirkungsmacht von Wille in der politisch-strategischen sowie militärischen Sphäre mit ihren Ebenen Militärstrategie, Operative Führung und Taktik untersucht. Wie Strategien auf der politisch-strategischen Ebene entwickelt werden und wie sie auf der militärischen Ebene umgesetzt werden sollten, haben wir in unserem Beitrag „Entwickeln und Umsetzen einer Strategie und die Notwendigkeit des Ineinandergreifens ihrer Elemente im Lichte von Carl von Clausewitz“ bei der Wiener Strategie-Konferenz 2017 vorgestellt.³ Die dort vorgestellte Analyse liegt diesem Beitrag zugrunde

Für beide sich überlappende Sphären und der Bedeutung der Wirkungsmacht des Willens in ihnen hat Generaloberst Hans von Seeckt, Chef der Heeresleitung von 1920 bis 1926 der Reichswehr, in seinem Buch, „Gedanken eines Soldaten“ von 1929 scharfsinnig und mahnend folgende Auffassung vertreten:

Der Wille entspringt dem Charakter, dieser ist für den Handelnden entscheidender als der Geist. Geist ohne Willen ist wertlos, Willen ohne Geist ist gefährlich.

„Das Wesentliche“, hat er ausgeführt, „ist die Tat. Sie hat drei Abschnitte, den aus dem Gedanken geborenen Entschluss, die Vorbereitung der Ausführung oder den Befehl, die Ausführung selbst; in allen drei Stadien der Tat leitet der Wille. Der Wille entspringt dem Charakter, dieser ist für den Handelnden entscheidender als der Geist. *Geist ohne Willen ist wertlos, Willen ohne Geist ist gefährlich.*“⁴

Wenn im Folgenden Politiker und Soldaten gemeinsam gemeint sind, werden sie als Verantwortliche bezeichnet.

Wir befassen uns zunächst mit der militärischen Sphäre. Dies deshalb, weil für die militärische sowie die politisch-strategische Sphäre in gleicherweise gilt, dass keine Strategie und ihre Umsetzung ohne Entscheidungsprozess mit einer Beurteilung der Lage entwickelt und umgesetzt werden sollte. Dessen Elemente könnten von der politisch-strategischen Ebene zum Entwickeln eines eigenen strategischen Entscheidungsprozesses genutzt werden.⁵ Dies ist noch nicht der Fall.

Clausewitzens „Wunderliche Dreifaltigkeit“ mit ihren Elementen „ursprüngliche Gewaltsamkeit des Krieges“, „Spiel der Wahrscheinlichkeit und des Zufalls“

sowie „untergeordnete Natur des politischen Werkzeugs Militär“, die in den Phasen Lagefeststellung und Kontrolle, Entscheidungsfindung, Planung- und Befehlsgebung des militärischen Führungsprozesses untersucht werden, könnten als Mittel der Analyse zur Durchleuchtung jeder Zweck-Mittel-Relation in beiden Sphären herangezogen werden, um die Proportionen von übergeordnetem, politischem Zweck zu den militärischen Zielen und Mitteln schlüssig herauszuarbeiten.⁶ Auf der politisch-strategischen Ebene sind jedoch strukturierte Entscheidungsprozesse noch nicht die Regel, auch weil Politiker oft intuitiv, aus dem Bauch heraus aus wahltaktischen und aus anderen Gründen entscheiden.⁷

Wille und seine Wirkungsmacht in der militärischen Sphäre

Die Bedeutung von Wille in der militärischen Sphäre ist uns erst während des Quellenstudiums für diesen Beitrag voll bewusst geworden. Auch durch Seeckts

Anstatt „Truppenführung ist eine Kunst, eine auf Charakter, Können und geistiger Kraft beruhende schöpferische Tätigkeit“ wäre es besser zu formulieren: „Truppenführung ist eine Kunst, eine auf Charakter, Können und Willen beruhende schöpferische Tätigkeit.“

ts zitierten Ausführungen angeregt, sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass ein Begriff in einer auf Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke zurückgehenden, in Dienstvorschriften früherer deutscher Armeen und beispielsweise in der HDv 100/100, „Truppenführung 2000“,

der Bundeswehr wie folgt beschriebenen zeitlosen Erkenntnis mit dem Begriff „Wille“ ausgetauscht werden sollte:

Anstatt „Truppenführung ist eine Kunst, eine auf Charakter, Können und geistiger Kraft beruhende schöpferische Tätigkeit“ wäre es besser zu formulieren: „Truppenführung ist eine Kunst, eine auf Charakter, Können und Willen beruhende schöpferische Tätigkeit.“⁸

Der Begriff „Wille“ drückt unseres Erachtens besser als die Formulierung „geistige Kraft“ aus, was dieses Axiom der preußisch-deutschen Militärkultur bedeutet: vom Wille des Verantwortlichen ausgelöster und geleiteter Führungsprozess, von ihm persönlich zu fassender Entschluss auf allen Führungsebenen und seine konsequente Umsetzung durch Führungskunst mit allen ihren Facetten.⁹

Bei der Behandlung des Begriffs Wille gehen wir von Carl von Clausewitz aus. Er beschreibt die Wirkungsmacht des Willens im Ersten Buch seines Werks

„Vom Kriege“ wie folgt: „Der Krieg“, sagt er, „ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“¹⁰

Physische Gewalt, also das Mittel, dem Feind unseren Willen aufzudrängen, ist für ihn der Zweck. Um ihn zu erreichen, müsse der Feind wehrlos gemacht werden.¹¹ Der menschliche Wille erhalte seine Stärke nie durch logische Spitzfindigkeiten, sagt er¹², und im siebenten Kapitel, Friktion, d.h. im Kampf auftretende Schwierigkeiten, mit denen niemand bei der Planung rechnen konnte, hat er formuliert:

Ein mächtiger eiserner Wille überwindet diese Friktion, er zermalmt die Hindernisse [...]. Wie ein Obelisk, auf den die Hauptstraßen eines Ortes zugeführt sind, steht in der Mitte der Kriegskunst gebieterisch hervorragend der feste Wille eines stolzen Geistes.

„Ein mächtiger eiserner Wille überwindet diese Friktion, er zermalmt die Hindernisse [...]. Wie ein Obelisk, auf den die Hauptstraßen eines Ortes zugeführt sind, steht in der Mitte der Kriegskunst gebieterisch hervorragend der feste Wille eines stolzen Geistes.“¹³

Die folgenden Beispiele zeigen, wie Clausewitzens Auffassungen von der Bedeutung des Willens in spätere deutsche Dienstvorschriften und im militärischen Schrifttum Eingang gefunden haben:

In „Aus den Verordnungen für die höheren Truppenführer“ vom 24. Juni 1869 hat Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke im Abschnitt „I. Allgemeines“ gesagt:

„Der Sieg in der Waffenentscheidung ist der wichtigste Moment im Kriege. Der Sieg allein bricht den Willen des Feindes und zwingt ihn, sich dem unsrigen zu unterwerfen“.¹⁴

Hierauf aufbauend wurde in der HDv 100/100 formuliert:

„Im Kampf prallt der **Wille** des Feindes auf den eigenen. Die eigene **Absicht** muss sich gegen ihn durchsetzen. Das Verhalten des Feindes bleibt oft ungewiss. Häufig erzwingt der stärkere Wille den Erfolg.“¹⁵

Moltkes Neffe, Generaloberst Helmuth von Moltke, formulierte in den „Grundzüge der höheren Truppenführung“ vom 01. Januar 1910 als Chef des Generalstabes der Armee:

„Der ausdrückliche und feste Wille zum Siege muss dabei den Führer beseelen und alle seine Maßregeln durchdringen. Dieser Wille teilt sich schnell der Truppe mit, erhöht ihre Kraft und Zuversicht und reißt sie mit sich fort.“¹⁶

Von Seeckt hat in seinem zitierten Buch für die Umsetzung von Wille gefordert:

„Daher ist es nun die große Aufgabe des Feldherrn, den eigenen Willen so stark in die Gefäße hineinzuzwingen, dass sein Pulsschlag noch in den äußersten Verästelungen fühlbar bleibt. Der Wille Friedrichs und Napoleons lebte in ihrem letzten Grenadier“¹⁷.

Und in der HDv 100/100 wurde über die Bedeutung der Sprache zur Verdeutlichung des Willens der Verantwortlichen formuliert:

„Die Sprache ist das entscheidende Mittel des militärischen Führers, seine Gedanken auszudrücken, seinen Willen mitzuteilen und unmissverständliche Befehle zu geben. Sie muss aussagekräftig, klar und verständlich sein. Einheitliche und verbindliche Begriffe sind daher zu verwenden.“¹⁸

In keiner der bisherigen Dienstvorschriften „Truppenführung“ der Bundeswehr, das ist erstaunlich, wird von militärischen Führern Wille oder Willenskraft als unerlässliche Eigenschaft ausdrücklich gefordert, zu der sie durch Erziehung und Ausbildung befähigt werden können.

In keiner der bisherigen Dienstvorschriften „Truppenführung“ der Bundeswehr, das ist erstaunlich, wird von militärischen Führern Wille oder Willenskraft als unerlässliche Eigenschaft ausdrücklich gefordert, zu

der sie durch Erziehung und Ausbildung befähigt werden können. Der Begriff Wille ist auch nicht in der HDv 100/900, „Führungsbegriffe“, für die deutsche Militärsprache definiert worden.¹⁹ Nur die HDV 100/200 von 1998, „Führungsunterstützung im Heer“, benutzt offenbar diesen Begriff in der Nr. 103 als Forderung an den militärischen Führer:

„Der Persönlichkeit des militärischen Führers“, wird dort ausgeführt, „seinem Verantwortungsbewusstsein, seiner Willensstärke, seiner Urteilskraft und seinem fachlichen Können kommt [...] eine ausschlaggebende Bedeutung zu.“²⁰

Warum ist das so? Wurde und wird vorausgesetzt, dass genügend Willenskraft militärischen Führern angeboren ist und man sie durch Erziehung und Ausbildung weder trainieren noch ausbauen kann?

Die mit dem Erarbeiten der Dienstvorschriftenreihe HDv 100 von 1993 bis 1998 unter Leitung des Verfassers verantwortlichen Offiziere haben in die Nr. 322 der HDv 100/100 2000 folgende Forderungen an unverzichtbare Eigenschaften von militärischen Führern eingebracht: Initiative, Beweglichkeit im Denken und Handeln, Widerstandsfähigkeit, Kritikfähigkeit, Zivilcourage, Einfühlungsvermögen, Entscheidungsfreude und Kompromissfähigkeit, nicht aber den Begriff „Wille“.²¹ Bei der Vorbereitung dieses Beitrags ist diese Unterlassung als Fehler deutlich geworden.

Der Begriff Wille wird seit Clausewitz für die militärische Sphäre als Beschreibung einer bei Planung und Truppenführung nie versiegenden, ständig wirkenden Antriebskraft der Verantwortlichen gebraucht, profan ausgedrückt, als Schmierfett beim Planen und als Treibstoff bei seiner Umsetzung durch bewegliches, Friktionen überwindendes, kühnes Führen bis zur Überwindung des Gegners.

Im militärischen Schrifttum diente er häufig zur Beurteilung von Soldaten. So urteilte beispielsweise General Erich Ludendorff in seinem Buch „Mein militärischer Werdegang“ von 1933 über den 1914 in der ersten Marneschlacht gescheiterten Chef des Generalstabes des Feldheeres – das war die Bezeichnung des Chefs des Generalstabes der Armee im Krieg – Generaloberst Helmuth von Moltke:

„Er hatte [...] einen vortrefflichen, strategischen Blick und ein sehr feines Begreifen strategischer Lagen. Er hätte ein ganz großer Soldat werden können, wenn er einen harten, unbeugsamen Willen gehabt hätte.“²²

Soldaten²³ wird die Bedeutung des Willens in der Erziehung und Ausbildung, in Übungen und im Einsatz deutlich. Planung und Umsetzung sind in der militärischen Sphäre verzahnt und werden vom Willen der Verantwortlichen durchgängig geprägt. Das erleben Soldaten täglich. Weniger häufig gilt dies so stringent für die politisch-strategische Ebene, wo die Strategien entwickelt werden, wo aber offensichtlich allzu oft der Treibstoff für ihre Umsetzung fehlt. Wir kommen darauf zurück.

Wille und seine Wirkungsmacht in der politisch-strategischen Sphäre

Die Wirkungsmacht von Wille in der politisch-strategischen Sphäre wird anhand zweier Thesen behandelt. Dazu werden historische und Beispiele aus aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland herangezogen.²⁴

Erste These: Starker und unbeugsamer, vom Rat herausragender Fachleute eingehogter Wille der Verantwortlichen, die Bereitschaft, deren Rat zu folgen, visionäre Phantasie, Kühnheit, Risikobereitschaft und ausreichende Kräfte und Mittel sind Voraussetzungen zur Entwicklung und Durchführung einer wirkungsvollen Strategie.

Beispiele:

Am 10. Mai 1940 trat der englische Premierminister Neville Chamberlain angesichts des sich abzeichnenden Verlusts des Feldzugs in Frankreich, Belgien

Starker und unbeugsamer, vom Rat herausragender Fachleute eingehogter Wille der Verantwortlichen, die Bereitschaft, deren Rat zu folgen, visionäre Phantasie, Kühnheit, Risikobereitschaft und ausreichende Kräfte und Mittel sind Voraussetzungen zur Entwicklung und Durchführung einer wirkungsvollen Strategie.

und den Niederlanden zurück. Winston Churchill wurde sein Nachfolger. In Churchills Kriegskabinett kämpfte Außenminister Lord Halifax für einen Ausgleich mit Hitler durch Vermittlung von Benito Mussolini oder des amerikanischen Präsidenten, Franklin Delano Roosevelt. Dies lehnte Churchill ab. Am 27. Mai 1940 begann die Wehrmacht den endgültigen Angriff

auf die im Raum von Dünkirchen zusammengedrängten britischen sowie französischen Soldaten. Am 04. Juni war es den Engländern gelungen, 338.226 einschließlich 125.000 französische Soldaten nach England über den Kanal zu retten.²⁵

Drei Tage später gab Churchill seine Strategie für die Weiterführung des Kriegs gegen Deutschland in einer Rede bekannt:

Unter dem seinen Willen zusammenfassenden Leitgedanken, „[...] we shall never surrender,“ hieß das Weiterkämpfen, Verteidigung Englands, koste es, was es wolle, mit Hilfe der Flotte, den Kraftquellen des Empire und der Royal Airforce, „[...] until,“ so endete seine Rede, „in God’s good time, the new world, with all its power and might, steps forth to the rescue and the liberation of the old“.²⁶

Sein unbeugsamer Wille hatte sich gegen die *Appeaser*, die zum Ausgleich mit Hitler weiterhin bereiten englischen Politiker, vor allem Lord Halifax, durchgesetzt.

Wie und warum die *Appeaser* scheiterten und was Churchills Aufstieg zum Motor des Krieges gegen Hitler bis zum Kriegseintritt der USA im Jahre 1941 kennzeichnete, hat Tim Bouverie in seinem soeben erschienen Buch „Appeasing Hitler. Chamberlain, Churchill and the Road to War“ überzeugend auf der Grundlage seiner Forschungsergebnisse mit neuen Akzenten gedeutet.²⁷

Am 22. Juni 1940 kapitulierte Frankreich. Mit hoher Risikobereitschaft und der visionär geäußerten Gewissheit, die er in seiner Strategie formuliert hatte, dass die USA in den Krieg gegen Deutschland irgendwann eintreten werde, setzte Churchill seine Strategie durch, oft auch mit fragwürdigen Mitteln. Am 03. Juli 1940 ließ er alle französischen Schiffe, die in britischen Häfen lagen, beschlagnahmen und die Besatzungen internieren. Zur gleichen Zeit vernichtete das britische Mittelmeergeschwader in Mers-el-Kébir bei Oran die vor Anker liegende französische Schlachtflotte, damit sie nicht in deutsche Hände fallen konnte.²⁸

In seinem mit großer Aufmerksamkeit und Zustimmung aufgenommenen Buch von 2018, „Churchill. Walking with Destiny“, hat Andrew Roberts die doppelte strategische Dimension von dessen starkem Willen entsprungener Strategie wie folgt gewürdigt:

„The important point about Churchill in 1940“, sagte er, „is not that he stopped a German invasion that year, but that he stopped the British Government from making peace.“²⁹

Die oft zu wenig gewürdigte bedeutende innenpolitische Dimension von Churchills Strategie von 1940 ist damit ins rechte Licht gerückt worden.

Churchill, bereits im Ersten Weltkrieg gescheiterter Dilettant auf dem Gebiet der Strategie, mit oft abenteuerlichen Ideen zur weiteren Kriegsführung gegen Hitler, benötigte hoch qualifizierte, durchsetzungsfähige und nie ermüdende Berater, die in spannungsreichem Ringen seine Phantasie und seinen starken Willen einhegen und in realistische Bahnen lenken konnten.



Mit hoher Risikobereitschaft und der visionär geäußerten Gewissheit, die er in seiner Strategie formuliert hatte, dass die USA in den Krieg gegen Deutschland irgendwann eintreten werde, setzte Churchill seine Strategie durch

An erster Stelle war dies Feldmarschall Alan Brooke, *Chief of the Imperial General Staff*.

[...] [H]e had a peculiar ability to protect Churchill from his worst strategic excesses, those potentially most damaging to Britain's interests."³⁰ John Keegan hat dies in der Einführung des Buches "Churchill's Generals" von 1991 über



Ardennenoffensive: Adolf Hitlers Wille, alle seine vorhandenen Reserven für einen Angriff im Westen im November 1944 in der Ardennenoffensive einzusetzen, war ein strategisches Vabanquespiel.

Alan Brooke als dessen herausragendem Berater während des Zweiten Weltkriegs zutreffend ausgeführt.³¹ Sein Rat hegte Churchills Wille zum Wohle der Kriegsführung gegen Deutschland ein.

Festgehalten soll werden, dass Churchill nicht beratungsresistent war und Alan Brooke als Berater an der Seite dieses schwierigen Politikers trotz zahlreicher Auseinandersetzungen blieb. Bis zum Eintritt der USA in den Krieg musste Churchill seine Strategie alleine mit Englands Kraftquellen realisieren und konnte sein Credo, „we shall never surrender,“ unter großen

Opfern verwirklichen.³² Nach Hitlers Überfall der Sowjetunion im Juni 1941 wurde England erstmals im Zweiten Weltkrieg militärisch entlastet.³³

Churchills Strategie war voller Risiken. Er hatte großes Glück, dass sie so erfolgreich war. Sein oft unrealistischer und häufig fantastische Ziele ersinnender Verstand sowie Wille, sie im Krieg gegen Deutschland umzusetzen, wurde durch qualifizierte Beratung eingehegt.

Adolf Hitlers Wille, alle seine vorhandenen Reserven für einen Angriff im Westen im November 1944 in der Ardennenoffensive einzusetzen, war dagegen ein strategisches Vabanque. In seinem Befehl für den Aufmarsch und die Bereitstellung zum Angriff vom 10. November 1944 wird sein ungezügelter, von keiner fachlich qualifizierten Beratung erfolgreich eingehegter Wille deutlich:

„Ziel der Operation ist [...]“, hat er dort befohlen, „eine entscheidende Wendung des Westfeldzuges und damit vielleicht sogar des ganzen Krieges herbeizuführen. Ich bin entschlossen, an der Durchführung der Operation unter Inkaufnahme des größten Risikos auch dann festzuhalten, wenn der feindliche Angriff beiderseits Metz und der bevorstehende Stoß auf das Ruhrgebiet zu großen Gelände- und Stellungsverlusten führen sollten.“³⁴

Trotz Deutschlands überraschender Anfangserfolge scheiterte die Ardennenoffensive wegen unzureichender Kräfte und Mittel der deutschen Seite, vor allem an Betriebsstoff und Kampfflugzeugen. Sie war ein hirnrissiges Vabanquespiel.³⁵ Hitlers Wille verpuffte unter unersetzbaren Verlusten an Soldaten und gepanzerten Kampftruppen, die zur Abwehr der Roten Armee an der Ostfront gebraucht worden wären. Er hatte das Pech, dass das plötzlich umschlagende Wetter den Einsatz der den Deutschen weit überlegenen alliierten Luftstreitkräfte ermöglichte, die zu Beginn der Offensive nicht in die Kämpfe eingreifen konnten. Hitlers fanatischer, nicht durch Beratung eingegerter Wille wirkte sich verhängnisvoll aus.

Zweite These: Die Umsetzung des Willens der Verantwortlichen, auch wenn er auf solidem Fundament gründet, kann durch Friktionen, Widerstände, Pech, Glück sowie postmoderne Entwicklungen gelähmt werden oder wirkungslos bleiben.

Beispiele:

Der Vorsitzende der renommierten Münchner Sicherheitskonferenz, Botschafter a.D. Wolfgang Ischinger, hat in der Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 27. März 2019 unter der Überschrift „Vor harten Entscheidungen nicht wegducken“ daran erinnert, dass 2014 Bundespräsident Joachim Gauck gefordert habe, „Deutschland müsse auf der weltpolitischen Bühne ‚mehr Verantwortung‘ übernehmen.“³⁶ Der Begriff sei zwar Bestandteil des Vokabulars der deutschen Außenpolitik geworden, so Ischinger, Klarheit darüber, wie eine verantwortungsvolle deutsche Außen- und Sicherheitspolitik auszusehen habe, sei seither jedoch nicht erzielt worden. Deutschland tue sich schwer mit den derzeitigen epochalen geopolitischen Veränderungen. Denn sie verlangten außenpolitische Festlegungen, welche die Bundesregierung lieber vermeide. Um die Bundeswehr zu befähigen, durch Abschreckung Bevölkerung und Grenzen zu sichern sowie Krisen einzudämmen und zu bewältigen bedürfe es der Zusammenlegung von militärischen Fähigkeiten und Beschaffungsverfahren mit den EU-Partnern. Das aber verlange strategische Festlegungen und eine offene Auseinandersetzung mit Zielkonflikten. Deutschland mangle es an einem Instrumentarium, um seine Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik effektiv zu koordinieren. Immer wieder passiere es, dass die Bundesregierung mit unterschiedlichen Meinungen aufwarte, je nachdem, welches Ministerium sich gerade äußere. Durch ein derartiges uneinheitliches Auftreten werde Deutschlands außenpolitisches Gewicht verringert.³⁷

Der Wille des deutschen Bundespräsidenten, die Entwicklung einer Strategie darüber auszulösen, wie die zukünftige deutsche Außen- und Sicherheitspolitik gestaltet werden müsse, wurde noch nicht mit einem großen Wurf umgesetzt. In ihr sollten eine breitgefächerte visionäre sicherheitspolitische Vorausschau für eine deutsche Sicherheitsarchitektur angestellt und zukünftige Szenarien sowie das Abschätzen ihrer Risiken und Gefahren behandelt werden. Dass Deutschland seine bisherige strategische Kultur der Zurückhaltung nicht länger mit dem Verweisen auf Fesseln durch seine Geschichte begründen kann, ist offenkundig.

Wir weisen erneut darauf hin, dass die Stringenz, mit der in der militärischen Sphäre der Wille der Verantwortlichen umgesetzt wird, auf der politisch-strategischen Ebene allzu oft schwach ausgeprägt ist, dass der Treibstoff für ihren Umsetzungsprozess nicht vorhanden ist oder zu häufig versickert, weil es keine

Dass Deutschland seine bisherige strategische Kultur der Zurückhaltung nicht länger mit dem Verweisen auf Fesseln durch seine Geschichte begründen kann, ist offenkundig.

strukturierten Entscheidungsprozesse gibt.

Als weiteres Beispiel haben wir die Aufnahme und Behandlung der zukunftsweisenden Willenserklärung von Staatspräsident

Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel vom November 2018 gewählt, eine Europäische Armee aufzustellen.³⁸ Sie illustriert Botschafter Ischingers Kritik darüber, dass allzu oft Angehörige der Bundesregierung zum gleichen Sachverhalt unterschiedliche Deutungen vorbringen. Eine auf Macrons und Merkels Willenserklärung gründende Strategie müsste beantworten, ob es beiden Politikern visionär um die zukünftigen Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Europa geht, in denen die Nationen nur Glieder eines großen Ganzen sind, an dessen Spitze ein Präsident als Befehlshaber steht, einer Armee, deren Einsätze allein in Brüssel entschieden würden. Oder geht es ihnen um eine Armee der Europäer, in der die Nationalstaaten weiterhin das letzte Wort haben im Unterschied zu einer „Europäischen Armee“, die von Brüssel mandatiert würde?³⁹

In ihrem Beitrag „Schritte zu einer Armee der Europäer“ hat die damalige deutsche Verteidigungsministerin in der FAZ vom 16. November 2018 das Wollen von Macron und Merkel interpretiert. Nach ihrer Auffassung solle nicht eine Europäische Armee, sondern eine Armee der Europäer geschaffen werden.⁴⁰ Sie begründete ihre Präferenz mit den Vorteilen der eingeschlagenen sicherheitspolitischen Entwicklungen: Europäische Verteidigungsunion, vereinbarte ständige Zusammenarbeit (PESCO)⁴¹, immer enger werdende Verzahnung der

Streitkräfte Europas und Vorteile für die NATO.⁴² Die deutsche Lösung einer „Parlamentsarmee“ mit der Institution des Parlamentsvorbehalts hält sie für „klug“, weil sie auf breiter Zustimmung der Bevölkerung baue. Die französische Lösung, dass der Präsident Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, hat sie nicht kommentiert, ihre Vor- und Nachteile gegenüber den deutschen Verhältnissen nicht gegeneinander abgewogen.

Es gibt mindestens zwei Pfade, dieses Thema zu behandeln. Den von der früheren Bundesministerin von der Leyen und vielen anderen europäischen Politikern favorisierten Weg, eingeschlagene Pfade einfach weiterzugehen, ist bequem, weil politisch wohlfeil. Der andere Pfad, Schaffung einer Europäischen Armee, die von Macron und Merkel offensichtlich gewollt ist, aber mühsam, weil ihre Realisierung die schwierige und langfristige Änderung von Strukturen voraussetzen würde, die für Viele in Deutschland zu Erbhöfen geworden sind. Die Aufstellung einer Europäischen Armee hätte z.B. tiefgreifende Konsequenzen für die bisherigen deutschen Befehls- und Kommandostrukturen und bedeutete einen Paradigmenwechsel für die Verantwortlichen. Er würde, wie gesagt, mit politischen und juristischen Erbhöfen sowie festgefahrenen Überzeugungen kollidieren, die voraussichtlich mit Zähnen und Klauen verteidigt würden, sobald sie auf den Prüfstand kämen. Und das müssten sie.⁴³

Und hier sind wir wieder bei Clausewitzens Friktionen, die bei jedem komplexen Führungsprozess auftreten können, die, wie wir eingangs zitiert haben, nur ein mächtiger, eiserner Wille zermalmen kann.⁴⁴

Nach Clausewitz sind es folgende friktionalen Einflüsse:

„Wellenschlag von falschen oder wahren Nachrichten; von Fehlern aus Furcht, Nachlässigkeit und Übereilung; Widerspenstigkeiten aus wahrer oder falscher Ansicht bzw. Pflichtgefühl, üblem Willen, Trägheit oder Erschöpfung sowie Zufälle, an die niemand gedacht hat.“⁴⁵

Den Lesern sei es überlassen, zuzuordnen, unter welche Friktion die Interpretation von Macron und Merckels Willen, eine Europäische Armee aufzustellen, durch die Gegner dieser zukunftsweisenden Willenserklärung fällt. Wir haben den Eindruck, dass beide Politiker eine kühne Vision einer Europäischen Armee vorgestellt haben. Aber, wo ist ihr mächtiger und eiserner Wille, sie gegen einen Berg von Bedenken und Widerständen in eine Strategie zu fassen und diese durch politische Kunst zu realisieren? Wünschen wir ihnen neben der

größtmöglichen Willensstärke auch herausragende Unterstützung durch EU-Staaten und Glück.

Fazit, Glück und Pech der Verantwortlichen, Fragen

Es ist herausgearbeitet worden wie entscheidend und wirkungsmächtig der Wille der Verantwortlichen in der politisch-strategischen und militärischen Sphäre die Planung von Strategien und ihre Umsetzung beeinflussen. Dabei haben wir verdeutlicht, dass Planungen mittels politischer und militärischer Führungskraft, die einem starken Willen entspringen, wenn sie umgesetzt werden, auf vielerlei Widerstände und Unwägbarkeiten des Kampfes treffen. Der Wille der Verantwortlichen sollte Absicht, Intensität und Tempo dieses Prozesses vorgeben und bestimmen.

Für die Soldaten ist das vom Wille der Handelnden ausgelöste und durchtränkte militärische Führen, oft in ungeklärter Lage, vielfach von Intuition und instinktmäßigem Erfassen von Handlungsmöglichkeiten und dem Wille geprägt, alles auf eine Karte zu setzen, Inhalt ihrer Erziehung und Ausbildung. Das militärische Führungs- und Entscheidungssystem strukturiert das Planen und Handeln auf allen Ebenen.

Auf der politisch-strategischen Ebene gilt das in gleicher Weise. Die Um- und Durchsetzung des Willens würde erleichtert, wenn diese entlang strukturierter Führungsprozesse erfolgten. Aber immer gilt für die Verantwortlichen, dass ihr

Aber auch die genialsten Soldaten und talentiertesten Politiker brauchen Glück beim Verwirklichen einer, bzw. ihrer Strategie, was die folgenden Beispiele zeigen.

Wille von den Axiomen der eigenen Führungskultur, vor allem in den Bereichen Menschenbehandlung, Recht, und unüberschreitbare sittliche Handlungsgrenzen eingehegt sein muss und sie dazu den

Rat ihrer Führergehilfen und Berater annehmen. Mit Menschen aus dem gleichen Kulturraum mit in Jahrhunderten entwickelten Regeln und Verständnis wäre es voraussichtlich leichter.

Aber auch die genialsten Soldaten und talentiertesten Politiker brauchen Glück beim Verwirklichen einer, bzw. ihrer Strategie, was die folgenden Beispiele zeigen.

Am Abend des 16. Juni 1815 hatte der Oberbefehlshaber der preußischen Truppen gegen Napoleon, Generalfeldmarschall Fürst Blücher von Wahlstatt, die

Schlacht bei Ligny gegen Teile von Napoleons Armee verloren. Blücher, von seinem verletzten Pferd abgeworfen, war als Armeeführer vorübergehend ausgefallen. Generalleutnant August Neidhardt von Gneisenau, sein Chef des Generalstabs, befahl selbstständig, die geschlagenen Preußen dem britischen Oberbefehlshaber, Herzog von Wellington, zuzuführen, anstatt die geschlagene Truppe zurückzuziehen oder rasten zu lassen. Dieser Entschluss eines Chefs des Generalstabs, ohne vorher die Zustimmung seines Oberbefehlshabers einzuholen, ist für uns die Reifeprüfung des preußisch-deutschen Generalstabssystems. Napoleon hatte am 18. Juni 1815 in der Schlacht von Waterloo das Pech, dass Blüchers, von Gneisenaus Willen angespornte und eingesetzte Preußen für ihn zu früh zur Unterstützung Wellingtons in die Schlacht eingreifen konnten und dessen Sieg ermöglichten. Ohne die Preußen hätte Napoleon die Schlacht gewonnen. Gneisenaus Wille war auf den Napoleons geprallt und hatte gesiegt.⁴⁶



Generalleutnant August Neidhardt von Gneisenau

Die Deutschen verloren 1916 die Schlacht um Verdun, weil sie die raschen Gegenreaktionen der Franzosen nicht ins Kalkül gezogen hatten, unverzüglich starke Reserven auf das Schlachtfeld zu werfen, dieses mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften zu behaupten und das nationale Prestigeobjekt, Verdun, zu halten.⁴⁷ Der Wille des Chefs der Zweiten Obersten Heeresleitung, General Erich von Falkenhayn, mit seiner von ihm ersonnenen Strategie die Franzosen bei Verdun „auszubluteten“, um die Weichen für die Beendigung des Ersten Weltkriegs zu stellen, unterlag dem des Generals Pétain, dem Sieger der Schlacht. Kaiser Wilhelm II. ließ seinem Generalstabschef bei der Entwicklung und Umsetzung von dessen Strategie vollkommen freie Hand und versagte als Oberster Kriegsherr. So kam es, dass Falkenhayn die Schlacht aus der Hand lief. Falkenhayns Wille scheiterte am Gegenwillen der Franzosen.

Napoleon hatte am 18. Juni 1815 in der Schlacht von Waterloo das Pech, dass Blüchers, von Gneisenaus Willen angespornte und eingesetzte Preußen für ihn zu früh zur Unterstützung Wellingtons in die Schlacht eingreifen konnten und dessen Sieg ermöglichten.

Adolf Hitler hatte 1940 das Glück, durch einen kühnen Operationsplan, der von den Planungen des Generalstabs des Heeres abwich, die Schlacht um Frankreich gegen einen um das Doppelte überlegenen Gegner überraschend rasch zu gewinnen. So entstand die Blitzkriegslegende, die der Historiker Karl-Heinz Frieser widerlegt hat.⁴⁸ Hitlers Wille triumphierte über seine Gegner im Gegensatz zu seiner Ardennenoffensive vier Jahre später.

Churchill hatte das Glück, dass er seinen Willen in die Strategie fassen konnte, England zu verteidigen, „we shall never surrender“, und keinen Ausgleich mit Hitler zu suchen.

Wir können abschließend feststellen, dass sowohl in der politisch-strategischen als auch in der militärischen Sphäre der Wille der Verantwortlichen der Motor für visionäre Strategien und ihrer Verwirklichung ist und beenden unseren Vortrag mit einigen Fragen:

- Wie stark muss Wille bei den Verantwortlichen der politisch-strategischen und militärischen Sphäre ausgeprägt sein und ihr Handeln leiten?
- Ist Wille angeboren, kann man ihn messen und in ein in Prozenten ausgedrücktes Verhältnis mit anderen zu fordernden Eigenschaften der Verantwortlichen setzen? In seiner Geschichte der Kriegskunst hat sie Hans Delbrück am Beispiel Friedrichs des Großen wie folgt aufgeschlüsselt: Stärke der Persönlichkeit, Entschlusskraft, Schnelligkeit des Blicks, Fruchtbarkeit des Geistes und Festigkeit des Willens.⁴⁹

Kann man durch Ausbildung und Erziehung vorhandenen Willen stärken sowie auf diese Weise willensstarke Persönlichkeiten schaffen?

Der Beitrag ist entstanden auf der Grundlage des Vortrags von Generalmajor a.D. Christian E.O. Millotat und Manuela R. Krueger, B.A., B.Ed., bei der Wiener Strategie-Konferenz 2019

Zu den Autoren:

Generalmajor a.D. Christian E. O. Millotat war von 1963-2004 Soldat der Bundeswehr; Panzergrenadiertruppe, deutsche und kanadische Generalstabsausbildung, US Army War College. Nationale und internationale Verwendungen, u.a. als Stabsabteilungsleiter FüH III im BMVg, Kommandeur 11.MotSchtzDiv, Brigadekommandeur, Stellvertreter des Kommandierenden Generals des II. (GE/US) Korps sowie Stellvertreter und Kommandeur der Kosovo Force. Befehlshaber im Wehrbereich II. Nach Zurruesetzung 2005/2007 Director of the Department of Security Cooperation der OSZE und Sicherheitsberater des Hohen Beauftragten für Bosnien-Herzegowina. Leiter des Regionalkreises Südwest der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und Leiter des Forum Mainz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V.. Zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland über militärhistorische und Fragen der operativen Führung.

B.Ed. Manuela R. Krueger ist selbstständige Friseurmeisterin und Masterstudentin an der Technischen Universität Darmstadt in den Fachbereichen Geschichte und Körperpflege. Managerin des Forum Mainz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V. Veröffentlichungen zu militärhistorischen und Fragen der Führung sowie Buchbesprechungen im In- und Ausland. Mitarbeiterin an der Wiener Sicherheitskonferenz.

Anmerkungen

- 1 Zitate nach Suchen.de Willen <http://www.zitate-suche.de/willen.html>
- 2 Peters, Uwe Henrik: Wörterbuch der Psychiatrie und medizinischen Psychologie, Urban und Schwarzenberg: München/ Wien/ Baltimore, 1984, Sp. 2, S. 619.
- 3 Vgl. Krueger, Manuela R.; Millotat, Christian E.O.: Entwickeln und Umsetzen einer Strategie und die Notwendigkeit des Ineingreifens ihrer Elemente im Lichte von Carl von Clausewitz, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.): Wiener Strategie-Konferenz 2017, Strategie neu denken, Carola Hartmann Miles: Berlin 2018, S.35-50.
- 4 Seeckt, Hans von: Gedanken eines Soldaten, Verlag für Kulturpolitik:Berlin 1929, S. 171.
- 5 Vgl. Krueger, Manuela R.; Millotat, Christian E.O.: Der militärische Beitrag zum strategischen Denken und Handeln, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.): Wiener Strategie-Konferenz 2016. Strategie neu denken, Carola Hartmann Miles: Berlin 2017, S. 45.
- 6 Ebenda, S. 45-49. Vgl. ebenso Freudenberg, Dirk: Theorie und Methode des Carl von Clausewitz, in: ÖMZ 02/2019, S. 198
Vgl. ebenso Hahlweg, Werner (Hrsg.): Carl von Clausewitz. Vom Kriege, Ferd. Dümmers Verlag: Bonn 18 1973 S. 212 f.
- 7 Vgl. Krueger; Millotat: Militärischer Beitrag zum strategischen Denken S. 46 f.
- 8 HDv 100/100, Truppenführung 2000, Nr. 402
- 9 Vgl. HDv 100/200, Führungsunterstützung im Heer 1998, Nr. 646
- 10 Hahlweg: Carl von Clausewitz, S.191f.
- 11 Ebenda
- 12 Ebenda
- 13 Ebenda, S. 261 f.
- 14 Moltke, Helmut, Graf von: Aus den Verordnungen für die höheren Truppenführer vom 24.Juni 1869, in: Moltkes Taktisch-strategische Aufsätze aus den Jahren 1857 bis 1871.Hrsg.vom Großen Generalstab, Abtheilung für Kriegsgeschichte I, Berlin 1900, Nr. 5, Abschnitt 1, S. 173.
- 15 HDv 100/100 2000, Nr. 2332.
- 16 D.V.E. Nr.53: Grundzüge der höheren Truppenführung vom 1. Januar 1910,

- Berlin 1910, II. Führung, Nr. 18, S. 21.
- 17 Seeckt, Gedanken eines Soldaten, S. 178.
- 18 HDv 100/100 2000, Nr.323.
- 19 Vgl. HDv 100/900, 1997, Führungsbegriffe.
- 20 HDv 100/200 1998, Führungsunterstützung im Heer, Nr. 103.
- 21 HDv 100/100 2000, Nr.322.
- 22 Ludendorff, Erich: Mein militärischer Werdegang, München 1941, S. 88f.
- 23 Der Begriff Soldat umfasst selbstverständlich auch „Soldatinnen“
- 24 Vgl.Millotat; Krueger: Der militärische Beitrag zum strategischen Denken S.42-56. und. Millotat; Krueger: Entwickeln und Umsetzen einer Strategie und S. 35 – 50.
- 25 Vgl. Bouverie, Tim: Appeasing Hitler. Chamberlain, Churchill and the Road to War, London , 2019, S. 410 – 412.
- 26 Ebenda S. 411
Vgl. ebenso Roberts, Andrew: Churchill. Walking with Destiny ,Viking 2018, S. 978 ff
- 27 Vgl. Bouvery, Appeasing Hitler, insb S. 400 ff.
- 28 Vgl. Magenheimer, Heinz: Die deutsche militärische Kriegsführung im II. Weltkrieg, Osning Verlag GmbH, Bielefeld- Garmisch-Partenkirchen 2019, S. 45.
- 29 Roberts, S . 978
- 30 Keegan, John, Churchill's Generals, New York 1991, S.11.
- 31 Ebenda, S. 10.
Vgl. ebenso Roberts, S. 978 – 980.
- 32 Bouvery, S. 411.
- 33 Vgl. Magenheimer, S. 85 ff.
- 34 Befehl für den Aufmarsch und die Bereitstellung zum Angriff, Oberkommando der Wehrmacht Nr.31/44 g.k. Chfs.St.WFSt/Op (H), 2. Ausfertigung, vom 10. November 1944.
- 35 Vgl. Magenheimer, S. 237 ff.
- 36 Vgl.Ischinger, Wolfgang, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. März 2019, S. 8.
- 37 ebenda
- 38 Vgl. Gutschker, Thomas: Armee der Europäer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. November 2018
- 39 Ebenda
- 40 Vgl. von der Leyen, Ursula: Schritte zu einer Armee der Europäer, in: Fremde Federn, Frankfurter Allgemeine Zeitung,16. November 2018
- 41 Permanent Structured Cooperation
- 42 ebenda
- 43 Vgl. griephan Special, Mai 2019: Hintergrund-Informationen zum Geschäftsfeld

äußere & innere Sicherheit, DVV Media Group GmbH Hamburg2, S.2

- 44 Hahlweg: Carl von Clausewitz, S. 261f. und S. 371 Vgl. ebenso Knoll, Stefan: Preußen. Ein Beispiel für Führung und Verantwortung, Berlin,2010, S. 224-226
- 45 ebenda
- 46 Vgl. Millotat, Christian E.O.: Das preußisch- deutsche Generalstabssystem. Wurzeln- Entwicklung-Fortwirken, vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich 2000, S. 58 ff.
- 47 Vgl. Millotat, Christian E.O.; Krueger, Manuela R.: Die Schlacht um Verdun 1916. Ein fataler deutscher strategischer Alleingang, Tübingen 2016, insb. S.48 ff
- 48 Vgl.Frieser, Karl- Heinz: Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940, München 1995
- 49 Vgl. Delbrück, Hans: Geschichte der Kriegskunst, Band IV, Berlin,1920, S. 442

Strategisch-operative Aspekte der Willensbeeinflussung im Cyber- und Informationsraum (CIR)

Kurt Herrmann

1. Einleitende Bemerkungen

Mit der Bedeutung des Begriffs Wille haben sich vor allem Philosophen und Psychologen immer wieder auseinandergesetzt. Für die nachfolgenden Betrachtungen wird der Wille – zugegebener Maßen sehr vereinfacht – als Ergebnis eines Entscheidungsaktes und als daraus resultierende Haltung eines Menschen bei der Umsetzung von entsprechenden Zielen und Motiven durch Handeln oder ggf. auch Unterlassung von Handlungen betrachtet.

Frei nach Clausewitz ist das ursprüngliche Wesensmerkmal eines Krieges oder eines gewaltsamen Konflikts die konkrete Gewaltanwendung eines Aggressors zur Durchsetzung seiner Ziele¹. Der Aggressor will damit einem Gegner seinen Willen aufzwingen. Der Verteidiger seinerseits will den Angreifer durch Gewaltandrohung oder im äußersten Fall auch durch Gewaltanwendung von der Aussichtslosigkeit seiner aggressiven Bemühungen oder den zu erwartenden unverhältnismäßig hohen Kosten seines Vorhabens überzeugen.

Gewaltanwendung zur Beeinflussung des gegnerischen Willens oder zur Durchsetzung des eigenen Willens wurde in allen Konflikten und Kriegen der Vergangenheit vorrangig durch Waffen unterschiedlichster Ausprägung, aber auch durch verdeckte oder offene, subtile bis brutale psychologische Beeinflussung, Nötigung, Erpressung oder gar Folter ausgeübt. Heute kann Gewaltanwendung sowohl durch den Einsatz modernster kinetischer Waffen, bis hin zu Massenvernichtungswaffen, aber auch durch nicht-kinetische Mittel des Cyber- und Informationsraums (CIR) erfolgen. Letztere können Ausmaße und Wirkungen erzielen, die früher in solchen Dimension unerreichbar und sogar undenkbar gewesen wären.

2. Begriffe und grundlegende Fragen

Der Sammelbegriff Cyber-Raum² bezeichnet allgemein die Gesamtheit aller Informationstechnischen (IT) Systeme, Komponenten oder Dienste zur Vernetzung, Steuerung und Anwendung von digitalisierten Kommunikations- und Informationssystemen. Dieser virtuelle Raum erstreckt sich weltweit und

ist grenzenlos; seine Hauptbasis ist das Internet, sein wesentliches Trägermedium das elektromagnetische Spektrum.

In dem eng damit verknüpften Informationsraum werden Informationen erzeugt, gespeichert, verarbeitet – d.h. analysiert, fusioniert, verdichtet, verknüpft, interpretiert, zweckorientiert aufbereitet – und verbreitet bzw. verteilt, auch mit dem Ziel, Denken und Handeln zu beeinflussen

In den nachfolgenden Betrachtungen sollen folgende Fragen bzw. Themen behandelt werden:

- Welche Bedeutung haben die von Clausewitz erkannten Wesensmerkmale eines Krieges oder gewaltsamen Konfliktes³ unter den heutigen Bedingungen des alle Lebensbereiche durchdringenden CIR?
- Welche passiven und aktiven Potentiale, Fähigkeiten und Möglichkeiten zur „Willensbeeinflussung“ sind heute im CIR verfügbar?
- Welche Anforderungen an Strategien und Lösungsansätze für die Integration der operativen Domäne CIR in eine gesamtstaatliche, multinationale oder vernetzte Verteidigung sind (prioritär) zu berücksichtigen mit spezifischem Schwerpunkt der Willensbeeinflussung?
- Welche Perspektiven zur Willensbeeinflussung sind für die weitere Zukunft zu erwarten?

Willensbildung und Willensbeeinflussung sind eng verbunden mit moralischen Faktoren. Clausewitz definiert die „moralischen Potenzen“ im Krieg als ein Produkt aus den drei Variablen

- Genius des Feldherrn,
- Eigenschaften des Volkes und
- Kriegerische Tugend des Heeres⁴.

Bei diesen Faktoren kommt jeweils dem Willen der Akteure, Beteiligten oder Betroffenen eine entscheidende Bedeutung zu.

Clausewitz versteht die Theorie des Krieges als schwebend zwischen drei Tendenzen und fasst das in seinem Modell der „Wunderlichen Dreifaltigkeit“ zusammen⁵:

- Der Krieg ist ein rationales Werkzeug und wird von der politischen Führung geleitet.
- Das Spiel der Wahrscheinlichkeiten und Zufälle ist durch die freie schöpferische Tätigkeit der Führung von Streitkräften zu bewältigen.
- Die ursprüngliche Gewaltsamkeit wirkt wie ein blinder Naturtrieb und ist dem historisch gewachsenen Charakter des Volkes entsprechend verwurzelt. Sie entlädt sich in einem Krieg, geprägt von Gewaltsamkeit, Hass und Feindschaft, oder sie moderiert ihn durch absolute Friedenssehnsucht und stoische Duldsamkeit.

Gerade in diesem dynamischen Zusammenspiel der drei Bereiche, Tendenzen oder Vektoren bieten sich in der heute umfassend vernetzten Welt vielfältige und weitreichende Wirkungsmöglichkeiten zur Beeinflussung von Willen der Handelnden und der betroffenen Bevölkerung durch CIR-Operationen an (siehe auch Abbildung 1).

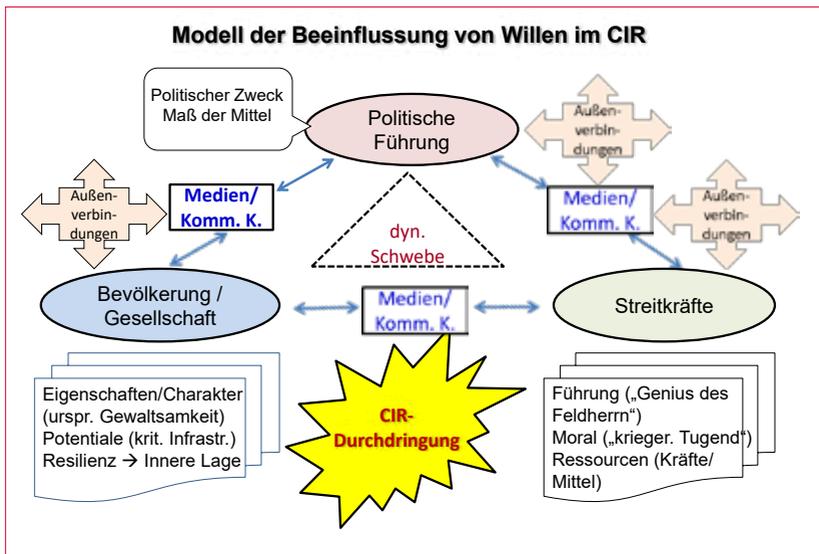


Abbildung 1

3. Welche Bedeutung haben die von Clausewitz erkannten Wesensmerkmale eines Kriegs oder gewaltsamen Konfliktes unter den heutigen Bedingungen des alle Lebensbereiche durchdringenden CIR

Bei der Definition und Entscheidung des politischen Zwecks für einen Krieg oder eine gewaltsame Auseinandersetzung spielen in allen unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftsformen die Prozesse der Meinungs- und Willensbildung eine wichtige Rolle. Sie zu beeinflussen gehört seit jeher zu den grundlegenden Herausforderungen von Politik und Diplomatie. Angesichts der heute verfügbaren Mittel und Möglichkeiten des CIR haben sich allerdings die zeitlichen Kriterien, die spezifische Dosierung und die potentiellen Dimensionen von Ausmaß und Wirkung in vorher ungeahnter Weise erweitert und zugleich dramatisch verschärft.

Die russische Einflussnahme auf den US-Präsidentenwahlkampf und die diversen Skandale oder Vorfälle mit Facebook⁶ oder anderen „Sozialen Netzwerken“ liefern deutliche Hinweise, wie schnell, weiträumig und sehr gezielt bestimmte Kreise oder gar ganze Bevölkerungsgruppen beeinflusst bzw. manipuliert werden können. Der Chef des Generalstabes der Streitkräfte der Russischen Föderation, Armeegeneral Walerij Wassiljewitsch Gerassimow, bezeichnete bereits 2013 die „Nutzung des Protestpotentials der Bevölkerung“ als Teil der „weitreichenden Anwendung politischer, militärischer, wirtschaftlicher, informationeller, humanitärer und anderer nicht-militärischer Maßnahmen“, die traditionelle Formen der Kriegsführung in ihrer Effektivität zur Erreichung der politischen und strategischen Ziele sogar übertreffen⁷.

Die Zielgruppen für CIR-Operationen zur Willensbeeinflussung gegen einen Staat können z.B. sein:

- Staatsführung bzw. Regierung
- Parlament und politische Parteien
- Staatliche Sicherheitsstrukturen bzw. Institutionen oder Organisationen, insbesondere Streitkräfte, Polizei und Nachrichtendienste
- Elektronische und Print-Medien
- Nicht-Regierungs-Organisationen
- Sicherheitsrelevante Bereiche von Wirtschaft, Handel und Banken; insbesondere solche, die für den Betrieb „Kritischer Infrastrukturen“⁸ verantwortlich sind.

Zur Bestimmung der Art und des Maßes der Mittel, welche für einen Krieg oder eine gewaltsame Auseinandersetzung aufgeboten werden müssen, sind folgende Faktoren von wesentlicher Bedeutung⁹:

- Der eigene politische Zweck und der vermutliche oder anzunehmende politische Zweck des Feindes/Gegners
- Das wirtschaftliche, gesellschaftliche und finanzielle Potential des feindlichen/gegnerischen Staates im Verhältnis zu den eigenen Potentialen
- Die sicherheitspolitisch bzw. militärisch relevanten und verfügbaren Kräfte des feindlichen/gegnerischen Staates im Verhältnis zu den eigenen Kräften
- Der Charakter, die Struktur und vor allem auch die Resilienz der Regierung und der Bevölkerung des feindlichen/gegnerischen Staates im Verhältnis zu der inneren Lage des eigenen Staates
- Die politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, gesellschaftlichen und auch militärischen Verbindungen des feindlichen/gegnerischen Staates zu anderen Staaten und deren anzunehmende Wirkungen, welche ein Krieg oder eine gewaltsame Auseinandersetzung hervorbringen kann.

Bei all diesen bestimmenden Faktoren sind teilweise komplizierte Prozesse der Lagebeurteilung, Willensbildung und Entscheidung von fundamentaler Bedeutung. Mit geeigneten, spezifisch und gezielt eingesetzten Mitteln des CIR kann in individueller und geschickt getarnter Form Einfluss auf die Prozesse zur Willensbildung genommen werden (siehe auch Abbildung 1), um somit den eigenen Willen entsprechend der politischen Absicht oder dem damit verfolgten Zweck durchzusetzen. Die Clausewitzschen Erkenntnisse sind auch im modernen, CIR-durchdrungenen Umfeld grundsätzlich relevant und bedeutsam.

4. Welche passiven und aktiven Potentiale, Fähigkeiten und Möglichkeiten zur „Willensbeeinflussung“ sind heute im Cyber- und Informationsraum verfügbar?

Für die nachfolgenden Betrachtungen gilt es an dieser Stelle einige Charakteristika des CIR in Erinnerung zu rufen:

Der alle Lebensbereiche durchdringende CIR hat nahezu unbegrenzte positive Fähigkeiten und Anwendungsmöglichkeiten geschaffen. Zugleich sind jedoch erhebliche Verwundbarkeiten und Gefahren entstanden.

Risiken und Gefährdungen im CIR bestehen einerseits vor allem durch unerlaubte Informationsweitergabe, Spionage, Sabotage, Erpressung¹⁰ oder Verweigerung von Kommunikations- und Informationsdiensten¹¹; andererseits durch Propaganda oder gezielte Verfälschung sowie Manipulation von Information zur Beeinflussung von einzelnen Personen bis hin zu ganzen Bevölkerungsgruppen.

Angriffe im CIR sind insbesondere zu erwarten gegen die Nutzung von Systemen und Diensten in allen staatlichen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen und privaten Bereichen und letztlich auch gegen lebenswichtige kritische Infrastrukturen und Prozesse.

Die spezifische Brisanz von Risiken und Bedrohungen im CIR liegt darin, dass die Gefährdungen in kürzester Zeit, unmittelbar, massiv und grenzüberschreitend auf Entscheidungs-, Führungs- und Steuerungsprozesse in allen Bereichen und auf allen Ebenen von Politik, Verwaltung, Sicherheitskräften und Unternehmen einwirken können. Damit kann bei CIR-Angriffen relativ leicht und schnell die Schwelle zu einer Bedrohung von wahrhaft strategischer Dimension überschritten werden. Das immense Schadenspotential von CIR-Angriffen erreicht beispielsweise im Bereich der Wirtschaft bereits heute jährlich zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge. Und dabei ist wahrscheinlich nur die Spitze eines gewaltigen „Eisberges“ sichtbar geworden.

Die spezifische Brisanz von Risiken und Bedrohungen im CIR liegt darin, dass die Gefährdungen in kürzester Zeit, unmittelbar, massiv und grenzüberschreitend auf Entscheidungs-, Führungs- und Steuerungsprozesse in allen Bereichen und auf allen Ebenen von Politik, Verwaltung, Sicherheitskräften und Unternehmen einwirken können.

In Kriegen oder gewaltsamen Konflikten ist normalerweise mit situationsbedingten Überraschungen und hinderlichen Unwägbarkeiten („Friktionen“¹² im Clausewitzschen Sinne) zu rechnen, sowohl hinsichtlich der Zeit als auch der Konzentration von Kräften und Mitteln. Angriffe im CIR haben hierzu völlig neue Dimensionen erschlossen. Sie können fast ohne Vorwarnzeit ausgeführt werden, mit Potenzial zur globalen Machtprojektion und der Fähigkeit zur äußerst schnellen sowie unvorhersehbaren Schwerpunktbildung von Wirkungsmöglichkeiten.

Angriffsfähigkeiten im CIR sind heute Realität. Gängige Cyber-Angriffsmittel, -Techniken und -Verfahren sind beispielsweise:

- Schadsoftware wie Viren, Trojaner, Würmer, etc.
- Denial of Service (DoS) Angriffe
- Botnets¹³,
- Sniffing¹⁴,
- Phishing¹⁵,
- Defacement¹⁶
- Exploiting¹⁷.

Die entsprechenden Angriffs-Mittel (Werkzeuge) sind zum Teil relativ leicht und kostengünstig zu erwerben.

Im Informationsraum kommen neben den eher klassischen Mitteln der Propaganda¹⁸ und der Psychologischen Kriegsführung¹⁹ heute zunehmend komplexe Software-gestützte Mittel und Verfahren zum Einsatz. Die modernen „Werkzeuge“ für Informationsoperationen sind in einem weiten Spektrum skalierbar und ermöglichen es, spezifisch ausgewählte Informationen direkt an Individuen oder bestimmte Zielgruppen zu adressieren. Somit können z.B. auch manipulierte Informationen, wie „Fake News²⁰“ oder „Deep Fakes²¹“, sehr schnell, im Grunde weltweit und sehr gezielt versandt werden. Die Auswahl der Adressaten und auch der spezifischen Informationen kann z.B. auf der Grundlage von sehr persönlichen Daten und mittels spezieller Filterprogramme erfolgen. Für die massenhafte Verbreitung kommen in der Regel Automaten, „Social Bots“²² genannt, zum Einsatz.

Der Skandal um Cambridge-Analytica und Facebook im Rahmen des letzten US-Präsidentenwahlkampfes hat ein Schlaglicht auf die Möglichkeiten und zugleich auch auf die Gefahren der o.g. Mittel und Verfahren geworfen. Mit-

Es ist zu befürchten, dass Angriffsfähigkeiten im CIR sich immer mehr zu einem strategischen Instrument zwischenstaatlicher Konfliktaustragung und ebenfalls zu wesentlichen, auch strategisch bedeutsamen Mitteln in asymmetrischen Konflikten entwickeln.

hilfe einer Umfrage in dem Sozialen Netzwerk wurden – angeblich zu Forschungszwecken – in großem Umfang persönliche Daten von Nutzern gesammelt. Diese Daten wurden vermutlich unrechtmäßig an die Beratungsfirma Cambridge Analytica weitergegeben. Cambridge Analytica wiederum steht unter dem Verdacht, Millionen von Wähler in den Vereinigten Staaten über soziale Medien gezielt mit unerlaubter Wahlwerbung für Donald Trump beeinflusst zu haben.

derum steht unter dem Verdacht, Millionen von Wähler in den Vereinigten Staaten über soziale Medien gezielt mit unerlaubter Wahlwerbung für Donald Trump beeinflusst zu haben.

Es ist zu befürchten, dass Angriffsfähigkeiten im CIR²³ sich immer mehr zu einem strategischen Instrument zwischenstaatlicher Konfliktaustragung und ebenfalls zu wesentlichen, auch strategisch bedeutsamen Mitteln in asymmetrischen Konflikten entwickeln.

Die gezielte, gut getarnte und damit nur schwer erkennbare Willensbeeinflussung kann bei all den genannten Fähigkeiten jeweils eine herausragende Rolle²⁴ einnehmen.

Die Vielfalt potenzieller Akteure²⁵ und ihrer Motive sowie komplexe Tarn- und Täuschungsmöglichkeiten erschweren die Erkennung, Identifizierung und Zuordnung, also die Attribution von CIR-Angriffen erheblich. Für das grundlegende Problem der Attribution im CIR existieren bisher noch keine hinreichend zufriedenstellenden Lösungen. Da Angreifer im CIR in der Regel eine mehrstufige, indirekte Vorgehensweise zur Anonymisierung oder Verschleierung wählen und stets versuchen, ihre Spuren zu verwischen, sind sie nur schwer zu fassen.

Massive Breitenwirkung und Sättigungseffekte lassen sich zudem vor allem mit Automaten, insbesondere den bereits erwähnten „Social Bots“, erzielen. Diese können, u.a. in Verbindung mit der Nutzung „Künstlicher Intelligenz“ (KI), eine kaum abschätzbare Wirkungsbreite und Wirkmächtigkeit zur Willensbeeinflussung entfalten.

5. Grundlegende Herausforderungen an die Abwehr und Verteidigung im CIR

Angesichts der Dimension und Wirkmächtigkeit von Gefährdungen im CIR ist die Gewährleistung von Sicherheit im CIR als eine gesamtstaatliche Aufgabe zu betrachten. Sie stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Auf das gesamte breite Spektrum präventiver Maßnahmen zur Sicherheitsvorsorge im CIR einzugehen, würde den Rahmen dieser Abhandlung sprengen. Im Folgenden sollen deshalb nur einige ausgewählte, verteidigungspolitisch relevante Aspekte beispielhaft erörtert werden.

Vorrangiges Ziel von Abwehr oder Verteidigung²⁶ im CIR ist es, das Eindringen von Schadsoftware in Netze, Systeme oder Anlagen zu verhindern. Bei der Abwehr und Verteidigung gegen Informationsoperationen gilt es insbesondere, Falschinformationen, Propaganda oder sonstige zur schädlichen Willensbeein-

flussung angewandte Mittel zu erkennen und zu analysieren. Letztlich ist es erforderlich, geeignete Schutz- bzw. Abwehrmaßnahmen gegen Verunsicherung, Irreführung, Panikmache, psychologische Destabilisierung oder auch Aufwiegelung zu entwickeln und im Bedarfsfall rechtzeitig zur Anwendung zu bringen.

Wesentliche Voraussetzungen für erfolgreiche Abwehr/Verteidigung im CIR bestehen darin,

- eine hinreichende Frühwarnfähigkeit zu erlangen und
- eine hohe Widerstandsfähigkeit („Resilienz“) der zu schützenden kritischen staatlichen Strukturen, Einrichtungen und Prozesse zu erreichen und nachhaltig zu gewährleisten.

Auf der operationellen Ebene gilt es, den Betrieb und eine zuverlässige Funktionsweise der potentiellen Angriffsziele, also der kritischen Systeme und Dienste im CIR, auch nach massiven Attacken oder Sicherheitsvorfällen aufrecht zu erhalten.

Es ist anzunehmen, dass die Fähigkeiten potenzieller Gegner im CIR bis zu ihrem Einsatz verborgen bleiben. Da es sich bei der IT-Technologie in weitem Umfang um eine Technologie mit doppeltem Verwendungszweck²⁷ handelt, ist eine sich dynamisch entwickelnde Verbreitung von Fähigkeiten im CIR praktisch unvermeidlich. Daher stellt die Schaffung und Entwicklung einer angemessenen Frühwarnfähigkeit und Reaktionsfähigkeit im CIR weiterhin eine besondere Herausforderung dar. Die Errichtung eines Non-Proliferations-Regimes für sensitive CIR-Technologie erscheint zudem nahezu unmöglich.

Der Fokus muss insbesondere auf der schnellen Erkennung und Analyse von Fähigkeiten, Absichten, der Identität von Angreifern und der Bewertung konkreter Auswirkungen oder Schäden liegen.

Gemeinsame Überwachung und Aufklärung – möglichst in Kooperation mit vertrauenswürdigen Partnern – sowie deutlich verbesserte forensische Fähigkeiten gelten daher als vorrangige Aufgaben der Abwehr und Verteidigung im CIR.

Grundsätzlich ist im CIR eine gestaffelte Abwehr in der Tiefe vorzusehen. Dabei sind geeignete Kombinationen aus Taktik, Technik und Verfahren zu

wählen. Die komplexen Abwehr-Systeme bestehen aus Organisationsstrukturen, Technologien und Prozessen.

Bei der Analyse von Cyber-Angriffsversuchen oder tatsächlichen Angriffen im CIR spielt nicht zuletzt der Zeitfaktor eine erhebliche Rolle. Bisherige Analysefähigkeiten der Cyber-Forensik sind höchst komplex und benötigen immer noch relativ viel Zeit. Leistungsfähige, zuverlässige Forensik-Werkzeuge, die in Echtzeit (on-line) eingesetzt werden können und nahezu zeitverzugslos Ergebnisse liefern, stehen derzeit zwar (noch) nicht zur Verfügung, intensive Bemühungen um deren Bereitstellung sind jedoch im Gange.

Ähnliche Herausforderungen bestehen bei der Erkennung und Identifizierung von gefährdenden Informationsoperationen²⁸, z.B. „Fake News“ oder „Deep Fakes“. Hohe Erwartungen hinsichtlich der notwendigen Analysefähigkeiten richten sich u.a. an den technischen Fortschritt bei der ehrgeizigen Entwicklung von „Supercomputern“ und „Künstlicher Intelligenz“ (KI).

Für Informationsoperationen sind die Fähigkeiten sozialer Medien höchst bedeutsam und wichtig. In Verbindung mit KI bzw. leistungsfähigen Algorithmen – z.B. für „Social Profiling“²⁹ – bieten sie Möglichkeiten, einzelne Personen oder auch große Bevölkerungsgruppen schnell und direkt zu erreichen und ggf. massiv sowie spezifisch gezielt zu beeinflussen. Die Wirkungsmöglichkeiten übersteigen heute bei weitem die Fähigkeiten und Möglichkeiten, die man bei „Psychologischer Kriegsführung“ früherer Zeiten kannte und einsetzte.

Als besondere Herausforderung erweist sich die Abschätzung von Qualität und Quantität potentieller Gefährdungen, aber auch die von einem tatsächlichen Schadensausmaß im CIR. Ein grundsätzlich erheblicher Unsicherheitsfaktor besteht darin, dass sehr wahrscheinlich mit einer großen Vielfalt von verschiedenartigen und weitgefächerten Angriffstechniken und Angriffsmitteln gerechnet werden muss, die auch durch intensive Aufklärung nicht oder zumindest nicht frühzeitig erkennbar sind.

Die im CIR erreichbare Eskalationsdominanz und Informationsüberlegenheit verschafft einem Angreifer einen strategisch relevanten Vorteil bei der direkten Beeinflussung des Willens seines Gegners oder seiner Gegner. Allerdings verlangen auch die hierzu notwendigen politischen Entscheidungen ebenfalls einen festen Willen auf Seiten des Angreifers zur Durchsetzung entsprechender Maßnahmen und zur Kalkulation der damit verbundenen Risiken³⁰.

Aus der hier lediglich grob skizzierten Lage ergibt sich, dass eine enge Zusammenarbeit mit Partnern als zwingend erforderlich anzusehen ist. Ein vorrangiges Ziel wird dabei sein, die Anzahl der nutz- und verfügbaren Sensoren weltweit zu erhöhen und damit eine hinreichend umfassende Datenmenge für die Gefährdungsanalyse und vor allem die frühzeitige Erkennung von Gefährdungsindikatoren zu gewinnen. Dies gilt zudem als eine Grundvoraussetzung für jedwede Art von verbesserter Frühwarnfähigkeit.

In gleicher Weise bedeutend und wichtig sind Fähigkeiten zur schnellen Erfassung und Erkennung von Eindringversuchen. Hierzu wird es künftig verstärkt erforderlich sein, sehr leistungsfähige Systeme oder „Werkzeuge“ für online-Forensik zu implementieren. Letztendlich soll damit eine hinreichend schnelle und gezielt wirksame Reaktionsfähigkeit gewährleistet werden. Darüber hinaus bedarf es angemessener Fähigkeiten zur erweiterten, ganzheitlichen Erfassung, Fusion und Auswertung eines vollständigen und inhaltlich zuverlässigen Lagebildes im zu beobachtenden CIR.

Gerade in hybriden Szenarien stellt die Erkennung, Analyse und Bewertung von „Willens-beeinflussenden“ Informationsoperationen eine besondere Herausforderung dar.

Von hoher Dringlichkeit wird es jeweils sein, im Falle erfolgter Angriffe sehr rasch eine angemessene, umfassende und hinreichend zuverlässige Schadenserfassung und -bewertung zu erstellen und daraus resultierend geeignete Schutz-, Abwehr- und Verteidigungsmaßnahmen zu entwickeln und zu ergreifen. Diese Maßnahmen können von kinetischer, nicht-kinetischer oder gemischter Art sein.

6. Auswirkungen des CIR auf die Sicherheitspolitik und Strategie

Der sich weiterhin dynamisch entwickelnde CIR hat die Anforderungen und Bedingungen moderner Sicherheitspolitik radikal verändert. Inzwischen ist der CIR als die fünfte operationelle Domäne³¹ der Sicherheitspolitik und Kriegsführung etabliert, gleichberechtigt mit den Domänen Land, Luft, See und Weltraum.

Da der CIR die vier anderen Domänen stark durchdringt, können die Gefährdungen und potenziellen Bedrohungen, die durch Angriffe im CIR hervorgerufen werden, als explosiver Krisenschub wirken. Fähigkeiten im CIR sind zu-

dem als Katalysatoren oder Wirkungsverstärker für die Entwicklung und den Einsatz klassischer operativer Kapazitäten in gewaltsamen Konflikten/Kriegen einzustufen. Sie wirken zwar im Grunde vergleichbar wie Kraft- oder Leistungsverstärker im kinetischen Bereich, ihre Brisanz und häufig unkalkulierbare Wirkungsbreite sprengen allerdings zunehmend traditionelle Vorstellungen.

Insbesondere in hybriden Bedrohungsszenarien können CIR-Operationen in höchst subtiler Weise zur Beeinflussung des Willens von Opponenten sehr speziell eingesetzt werden.

Die begrenzten Fähigkeiten zur frühzeitigen Aufklärung, die schwierige Attribuierung von Angreifern aufgrund komplexer Tarn- und Täuschmöglichkeiten und die extrem kurzen Reaktionszeiten zur Abwehr oder zumindest Milderung der Wirkung von Cyber- und Informations-Angriffen stellen Staat, Gesellschaft und alle vitalen Bereiche eines Angegriffenen oder Verteidigers vor erhebliche Probleme. Dabei verwischen sich zudem sehr weitgehend die Grenzen zwischen Bedrohung von außen und innen.

Um den Risiken und Bedrohungen aus dem CIR wirksam zu begegnen, sind folglich ganzheitliche sicherheitspolitische Ansätze erforderlich. Hieraus erwächst die Forderung, Sicherheit und Abwehr sowie Verteidigung im CIR in alle einschlägigen Prozesse zur Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit zu integrieren.

Die begrenzten Fähigkeiten zur frühzeitigen Aufklärung, die schwierige Attribuierung von Angreifern aufgrund komplexer Tarn- und Täuschmöglichkeiten und die extrem kurzen Reaktionszeiten zur Abwehr oder zumindest Milderung der Wirkung von Cyber- und Informations-Angriffen stellen Staat, Gesellschaft und alle vitalen Bereiche eines Angegriffenen oder Verteidigers vor erhebliche Probleme.

Die Entscheidungen der Politik zum Einsatz von Gewalt folgen in der Regel dem Hauptachsensystem Zweck – Ziel – Mittel³² und werden quantifizierbar mit dem Maß der Mittel. Das Maß der Mittel bestimmt als Kern einer Strategie die Möglichkeiten des Handelns, die Stärke und die Fähigkeiten der einzusetzenden zivilen und militärischen Kräfte sowie letztlich auch die gesamtstaatlichen Anstrengungen, die zu leisten sind. Die im CIR einsetzbaren Mittel sind zunehmend leichter und (kosten-)günstiger verfügbar. Im Verhältnis der Kosten zu den Mitteln erweist sich der CIR mit seinen nahezu unbegrenzten Ressourcen als äußerst effektiv, strategisch relevant und besonders effizient, um politisch definierte Zwecke oder strategische Ziele zu erreichen. Folglich werden die operationellen offensiven Mittel des CIR – insbesondere als integrale Be-

standteile von hybriden Bedrohungen – die Ziel-Mittel- oder Kosten-Nutzen-Berechnung in Konflikten auch künftig erheblich verändern.

Die strategischen Faktoren Raum, Zeit und Kräfte haben im CIR eine völlig neue Bedeutung erlangt. Besonders markant sind zudem die höchst flexiblen und komplexen Fähigkeiten zur globalen Macht- oder Wirkungsprojektion und zur raschen Schwerpunktbildung von Operationen/Maßnahmen im CIR. Glaubwürdigkeit und Erfolgswahrscheinlichkeit einer Strategie hängen letztlich sowohl von der Verfügbarkeit und Einsatzbereitschaft der notwendigen Ressourcen als auch vom Willen ab, diese Ressourcen im äußersten Fall eines Krieges oder gewaltsamen Konflikts tatsächlich einzusetzen und zur Wirkung zu bringen.

Gelegentlich wird der Versuch unternommen, Analogien zwischen Strategien zur Abwehr nuklearer Bedrohung einerseits und Bedrohungen im CIR andererseits herzustellen bzw. diese vergleichend zu analysieren. Hierbei gilt es, vor allem die strategischen Konsequenzen für Abschreckung aus dem Übergang von der bipolaren Konstellation des kalten Krieges zur heutigen multipolaren Welt im Auge zu behalten. Gerade im CIR sind jedoch in jüngster Zeit die essentiellen Voraussetzungen und Einflussfaktoren des Multilateralismus – Vertrauenswürdigkeit und Zuverlässigkeit – massiv beeinträchtigt und beschädigt worden. Non-Proliferations-Regime sowie Rüstungskontroll-, Rüstungsbegrenzungs- oder gar Abrüstungsmaßnahmen sind heute auch im nuklearen Bereich sehr viel schwieriger erreichbar als zur Zeit der Bipolarität. Für den CIR stellen sie sich nochmals deutlich komplexer dar.

Beim Vergleich strategischer Aspekte des nuklearen Bereichs und des CIR kommt insbesondere der äußerst beschränkten Frühwarnfähigkeit, Transparenz und Berechenbarkeit, aber auch der sehr unwahrscheinlichen Wirksamkeit von vertrauensbildenden, Rüstungskontroll- oder Abrüstungs-Maßnahmen im CIR (s.o.) herausragende Bedeutung zu. Es zeigen sich vielfach höchst deutliche Unterschiede. Übereinstimmung zwischen dem nuklearen Bereich und dem CIR besteht allerdings eher darin, dass beide Bereiche künftig sowohl unvermindert hohe Aufmerksamkeit und entsprechende Berücksichtigung in der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge als auch in der Verteidigungsstrategie von Bündnissen, Unionen und Koalitionen erfordern.

7. Welche Fähigkeiten und Mittel mit strategisch relevantem Potential sind konzeptionell zur Beeinflussung von sicherheitsrelevanter Willensbildung im CIR in Betracht zu ziehen?“

Angesichts der ungebrochen dynamischen Entwicklung des „Internet of Things“, der „Künstlichen Intelligenz“, Massendatenverarbeitung, Robotik und Systeme mit autonomen Fähigkeiten sind Risiken und potentielle Gefährdungen im CIR zu verzeichnen, die unglaublich schnell, grenzüberschreitend mit Schadenspotential von strategischer Dimension zum Einsatz kommen können.

Aber nicht nur den Angreifern stehen im CIR vielfältige und höchst leistungsfähige Mittel/Werkzeuge zur Verfügung, die heute relativ leicht und günstig erworben werden können. In gleicher Weise trifft das grundsätzlich auch auf die Abwehr und Verteidigung zu. Allerdings sind gerade im CIR etliche Vorteile auf Seiten des Angreifers, u.a. das Überraschungsmoment (wegen schwieriger Frühwarnung), die hohe Flexibilität (Vielfalt der Mittel), die rasche, kaum vorhersehbare Schwerpunktbildung und das nahezu unermesslich breite Spektrum an relativ kostengünstigen Sättigungsmöglichkeiten zur Überflutung von Schutz- oder Abwehrsystemen.

Die Abwehr oder Verteidigung gegen Angriffe im und aus dem CIR sind in diesem Umfeld zwangsläufig gesamtstaatliche Aufgabe. Vorkehrungen zum Schutz kritischer Infrastrukturen sowie zur Stärkung ihrer Resilienz, also vor allem zur raschen Wiederherstellung ihrer Funktionsfähigkeit nach erfolgten Angriffen, müssen frühzeitig eingeleitet und wirksam umgesetzt werden. Den präventiven Schutz- und Sicherungsmaßnahmen, wie der Systemhärtung und Erhöhung der Resilienz, ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Auch hier wird künftig „Künstlicher Intelligenz“, also KI-Technologie, eine besondere Bedeutung beizumessen sein.

Nicht nur die Hard- und Software-mäßige Härtung von Systemen, sondern auch die umfassende Aufklärung, Schulung, letztlich die „kognitive und psychische Härtung“ der Nutzer gegen subtile Willensbeeinflussung sind dringend erforderlich.

Die Vielfalt und immense Leistungsfähigkeit der bereits heute verfügbaren und künftig zu erwartenden Kräfte, Mittel und Verfahren im CIR für gezielte und präzise dosierbare Beeinflussung von Willen in allen staatlichen, gesellschaftlichen und privaten Bereichen sind gewaltig. Diese sicherheits- und verteidigungs-

gungspolitisch sowie militärstrategisch effektiv zu nutzen, erfordert neuartige strategische Konzepte. Dabei gilt es alle sicherheitsrelevanten Strukturen und Prozesse zu berücksichtigen und sie – im Sinne einer gesamtstaatlichen Aufgabe und Verantwortung – in einen vernetzten, vollständig integrierten Gesamtansatz einzubinden.

Die Führungsstrukturen und -prozesse aller relevanten Ebenen und Bereiche sind dabei an die spezifischen Kriterien des Effekt-basierten Einsatzes aller verbundenen Systeme anzupassen. Im Sinne der Zweck-Ziel-Mittel-Relation ist in diesem Kontext den relativ kostengünstigen, aber hoch wirksamen CIR-Potentialen und Fähigkeiten stets besondere Beachtung zu schenken.

8. Bewertung der Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes von CIR-Fähigkeiten zur Effekt-basierten Willensbeeinflussung

Analog zum „Kampf der verbundenen Waffen“ in den traditionellen operativen Domänen der Kriegsführung gilt es, Planung und Durchführung von Verteidigungsoperationen im CIR zur Beeinflussung von Willen künftig als voll integrierte Anteile im Rahmen von „Gesamt-Operationen“ zum Krisenmanagement sowie zur Konfliktverhütung oder Konfliktlösung einzubinden. Zur Gewährleistung hinreichender operationeller und taktischer Potentiale, vor allem auch möglichst großer Flexibilität, sind sowohl passive als auch aktive bzw. offensive Fähigkeiten im CIR erforderlich. Die Kernaspekte und inhaltlichen Schwerpunkte der potentiellen Willensbeeinflussung durch passive und aktive Operationen im CIR, die in einer Gesamtstrategie für umfassend vernetzte Verteidigung Berücksichtigung finden sollten, sind nachfolgend in Stichworten zusammengestellt.

Bei Cyber-Operationen sind

- als passive Maßnahmen natürlich alle „state-of-the-art“ Technologien und Verfahren für die
 - Härtung von Systemen,
 - Prävention, Erkennung und Abwehr von Angriffen,
 - forensische Analyse zur Attribution,
 - umfassende Lagedarstellung und Beurteilung,
 - flexible/versatile Reaktion zur Vermeidung von Störung/Verhinderung essentieller Dienste³³ und
 - Verteidigung in der Tiefe in Ansatz zu bringen.

- Als aktive Maßnahmen kommen sowohl der Einsatz kinetischer Waffen als auch offensive Cyber-Maßnahmen in Betracht, also z.B. Gegenangriffe mit
 - Schadsoftware, wie Viren, Trojaner, Würmer etc.,
 - „Hack-backs“,³⁴
 - „Denial-of-Service“ Angriffe,
 - Botnets,
 - Sniffing,³⁵
 - Phishing,
 - Defacement oder
 - Exploiting.

Die aktiven Verteidigungsfähigkeiten sollten insbesondere zielsicher einsetzbar und skalierbar sein, um unnötige Kollateralschäden oder unkontrollierte Eskalationen zu vermeiden. Angesichts weltweiter Vernetzung im Internet gilt es zugleich, negative Aus- oder Rückwirkungen auf die eigenen Infrastrukturen oder Potentiale zu verhindern oder auszuschließen.

Zudem sind auch im CIR die Vorgaben/Begrenzungen des humanitären und Kriegs-Völkerrechts zu beachten und einzuhalten, insbesondere

- das Exzess-Verbot bzw. das Gebot zur Verhältnismäßigkeit angewandter Mittel, zur Vermeidung unnötiger Kollateralschäden,
- das Trennungsgebot zum Schutz ziviler, humanitärer Einrichtungen,
- das Verbot zur Anwendung heimtückischer Angriffstechniken und
- das Verbot der Missachtung des Kombattantenstatus.

Aktive oder offensive Cyber-Operationen bedürfen zudem in der Regel einer politisch legitimierten Mandatserteilung.

Bei Informations-Operationen sind

- als passive Maßnahmen insbesondere alle verfügbaren Technologien und Verfahren heranzuziehen für die
 - Erkennung von Propaganda, gefälschten oder intriganten Informationen und kompromittierenden Meldungen/Daten,
 - Erkennung von Nachrichten sendenden oder verstärkenden Automaten („Social Bots“),
 - Identifizierung/Attribuierung von Sendern gefälschter Nachrichten/ Informationen und

- Erfassung, Bewertung und Darstellung einer hinreichend umfassenden sowie zuverlässigen Lage.
- Als aktive Maßnahmen der operativen Kommunikation kommen vor allem in Betracht, z.B.:
 - Spezifische Informationen an definierte Zielgruppen, die mittels „Social Screening/Profiling“ ermittelt werden und die
 - Nutzung aller verfügbaren Medien und Kanäle für gezielte Informationsübermittlung.

Auch hierbei sind die geltenden Gesetze und Verordnungen unserer rechtsstaatlichen Systeme zu beachten. Ebenfalls bedarf es grundsätzlich einer entsprechenden politischen Mandatierung.

Insgesamt erscheint es wichtig und vordringlich, alle verfügbaren Fähigkeiten, Kräfte und Mittel für die Willensbeeinflussung im CIR in einer Gesamtstrategie auszuweisen und den CIR vollständig in alle Planungs- und Durchführungsprozesse von Landes-, Bündnis- oder Koalitionsverteidigung zu integrieren.

9. Aspekte der Realisierung von CIR-Fähigkeiten

Entscheidend für eine reaktionsfähige, effiziente gesamtstaatliche Abwehr/Verteidigung gegen Angriffe im CIR auf Kritische Infrastrukturen und den Willen von Entscheidungsträgern, Akteuren oder Betroffenen in Politik, Sicherheitskräften, Unternehmen und Bevölkerung im weitesten Sinne sind ein ausreichendes Maß an Resilienz, leistungsfähige Führungsstrukturen sowie Entscheidungs- und Durchführungsprozesse und – nicht zuletzt – die dafür erforderliche Bereitstellung hinreichender Ressourcen.

Insgesamt erscheint es wichtig und vordringlich, alle verfügbaren Fähigkeiten, Kräfte und Mittel für die Willensbeeinflussung im CIR in einer Gesamtstrategie auszuweisen und den CIR vollständig in alle Planungs- und Durchführungsprozesse von Landes-, Bündnis- oder Koalitionsverteidigung zu integrieren.

Um vor allem auch im hybriden Umfeld Angriffe aus dem CIR frühzeitig zu erkennen und wirksame Abwehr-/Verteidigung

zeitverzugslos entscheiden und einleiten zu können, bedarf es im Grunde eines permanent besetzten Exekutivgremiums auf hoher politischer Ebene. In dieser Institution sollten alle für Sicherheit relevanten Ressorts der politischen Führung/Regierung vertreten sein. Sie sollte stets unverzüglich und umfassend vom Lagezentrum des CIR-Abwehrzentrums³⁶ mit allen entscheidungsrelevanten Informationen versorgt werden.

Darüber hinaus sollte eine gemeinsame „Strategische Operationszentrale“ im CIR-Abwehrzentrum über Kompetenzen und Fähigkeiten verfügen, um sowohl alle zivilen Abwehr- als auch militärischen Verteidigungsmaßnahmen zu veranlassen und Ressort übergreifend zu führen.

Die operative und taktische Führung entsprechender (Teil-)Operationen für Abwehr/Verteidigung sollte dann durch die nachgeordneten Behörden/Kommandos erfolgen. Bei den Streitkräften bzw. Organisationsbereichen sollten CIR-Operationen – z.B. analog den Planungen für Heer, Luftwaffe, Marine und Streitkräftebasis – vollständig in gemeinsame, verbundene Verteidigungsoperationen³⁷ integriert werden. Grundsätzlich gilt es, alle geeigneten passiven und aktiven Maßnahmen in Betracht zu ziehen, um ein hinreichendes Maß an operativer sowie taktischer Flexibilität zu gewährleisten.

Abbildung 2 zeigt hierzu eine vereinfachte Darstellung zu Überlegungen für eine künftige nationale Führungsstruktur:



Abbildung 2

Der „Nationale Sicherheitsrat“ ist ein für „24/7-Betrieb“ ausgelegtes permanent besetztes Exekutivgremiums, in dem Angehörige aller mit Sicherheitsfragen be-

fassten Ressorts der Bundesregierung vertreten sind. Der Sicherheitsrat erhält vom „CIR-Abwehrzentrum“ die aktuelle CIR Lage, kann diese im Gesamtkontext aller sicherheitsrelevanten Lagedaten beurteilen und reaktionsschnell die strategisch notwendigen Entscheidungen über gesamtstaatliche Abwehr- bzw. Verteidigungsmaßnahmen treffen. Sofern Mandate für aktive Maßnahmen erforderlich werden, kann der Sicherheitsrat diese direkt beim Bundestag beantragen.

Das „Nationale CIR-Abwehrzentrum“ ist eine Weiterentwicklung des bereits bestehenden Nationalen Cyber Abwehrzentrums. Dieses sollte insbesondere durch spezielle Elemente für die Abwehr von Informationsoperationen ergänzt werden. Auch die Bundesländer sollten direkt eingebunden sein. Die „Gemeinsame Strategische Operationszentrale“ kann ein integraler Teil des „Nationalen CIR Abwehr-Zentrums“ sein. In dieser Operationszentrale werden sowohl alle zivilen Abwehr- als auch militärischen Verteidigungsmaßnahmen zentral veranlasst und auf höchster Ebene Ressort übergreifend geführt.

Die Durchführung der operativen und taktischen Maßnahmen liegt dann in der Verantwortung der jeweiligen zivilen Behörden und militärischen Kommandostellen.

Bei den Streitkräften bzw. Organisationsbereichen sollten CIR-Operationen – z.B. analog den Planungen für Heer, Luftwaffe, Marine und Streitkräftebasis – vollständig in gemeinsame, verbundene Verteidigungsoperationen integriert werden. Grundsätzlich gilt es, alle geeigneten passiven und aktiven Maßnahmen in Betracht zu ziehen, um ein hinreichendes Maß an operativer sowie taktischer Flexibilität zu gewährleisten.

Bei der gesamtstaatlichen Abwehr/Verteidigung ist stets enge Kooperation im Rahmen von Allianzen (z.B. NATO), Unionen (z.B. EU) oder Koalitionen geboten.

Um hinreichende Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der Abwehr und/oder Verteidigung im CIR – vor allem auch zur Vermeidung schädlicher Willensbeeinflussung – zu erzielen, gilt es ebenfalls, unbedingt auch der Gewinnung, Ausbildung und Inübhaltung qualifizierten Personals hohen Stellenwert einzuräumen. Es bedarf außerdem regelmäßiger Übungen der zivil-militärischen Zusammenarbeit auf allen Ebenen und unter Beteiligung aller Verantwortlichen, um die notwendige Effizienz und Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

10. Perspektiven der weiteren Entwicklung

Eine anhaltend hohe Evolutionsgeschwindigkeit im CIR erfordert, dass der dynamische Zyklus für Sicherheit im CIR, bestehend aus Prävention, Abwehr/Verteidigung, Restitution und Nachsorge, effizient und flexibel anpassbar ausgelegt und ausgestattet wird. Höchstmögliche Ausfallsicherheit, extrem kurze Reaktionsfähigkeiten und rasche Wiederherstellbarkeit sind von zentraler Bedeutung, um die Unterdrückung oder Störung von vitalen oder entscheidenden Diensten (DOS, s.o.) zu vermeiden und eine fortlaufende Führung, Steuerung und Kontrolle auf allen Ebenen aller wichtigen Bereiche zu gewährleisten.

Potentielle Angreifer dürften auch künftig alle Kräfte und Mittel aufwenden, um sich die für erfolgreiche Operationen erforderlichen Vorteile zu verschaffen. Sie verfügen in der Regel über entsprechende finanzielle und technische Ressourcen und werden weitgehend das Tempo des „Wetlaufs“ bestimmen.

Zur Gewährleistung von ausreichender Cyber- und Informationssicherheit durch hinreichende Fähigkeiten für Prävention, Abwehr und Verteidigung werden deshalb die Verteidiger auch künftig immer wieder erhebliche Investitionen für Hardware (z.B. auch „Supercomputer“) und Software (für moderne Schutz-/Abwehrsysteme, z.B. unter Nutzung von „Künstlicher Intelligenz“ und „Big Data“ für on-line Forensik und Attribution), aber auch für die Gewinnung von Personal sowie für die Aus- und Weiterbildung aufwenden müssen.

Letztlich bedarf es nicht nur einer Gesamtstrategie, sondern vor allem auch eines festen gemeinsamen Willens aller Verantwortlichen, die strategisch-operative Domäne CIR zur Durchsetzung des eigenen politischen Willens im Krieg oder gewaltsamen Konflikt effektiv und effizient zu nutzen.

Nicht zuletzt aufgrund des erforderlichen hohen Investitionsaufwands für die Bereitstellung entsprechender Schutz-, Abwehr- und Verteidigungsfähigkeiten im CIR bedarf es der gezielten und umfassenden Bündelung aller verfügbaren Kräfte und Mittel in geeigneter Form. Synergien sollten extensiv erschlossen und effizient genutzt werden.

Da Risiken und Gefahren im CIR ein transnationales Problem darstellen, ist auch künftig in der Abwehr/Verteidigung im CIR auf effiziente multinationale Kooperation mit vertrauenswürdigen Partnern zu setzen.

Die Implementierung kooperativer Sicherheits-, Abwehr- und Verteidigungsstrukturen im CIR und die Umsetzung sowie erfolgreiche Anwendung der

entsprechenden Operationspläne im Bedarfsfall³⁸ gelten als Grundvoraussetzungen für wirksame Sicherheitsvorsorge.

Intensive Abstimmung und bindende Vereinbarungen für wechselseitige vertrauensvolle Zusammenarbeit im CIR sind notwendig. Die dafür erforderlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen bedürfen in hohem Maße politischer Vorbereitung, Begleitung und Unterstützung. Ein gemeinsames Verständnis der potentiellen Gefahren und vor allem auch der eigenen Fähigkeiten im CIR sind dafür entscheidende Voraussetzungen.

Letztlich bedarf es nicht nur einer Gesamtstrategie, sondern vor allem auch eines festen gemeinsamen Willens aller Verantwortlichen, die strategisch-operative Domäne CIR zur Durchsetzung des eigenen politischen Willens im Krieg oder gewaltsamen Konflikt effektiv und effizient zu nutzen.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dipl.-Inform. (univ.) Kurt Herrmann war von 2002 bis 2004 der erste Kommandeur des Kommandos Strategische Aufklärung der Bundeswehr und von 2009 bis 2012 Direktor der NATO Communication and Information Systems Services Agency (NCSA). In der letztgenannten Verwendung war er Mitglied des Cyber Defence Management Boards der NATO und ihm war u.a. die NATO Computer Incidence Response Capability (NCIRC) unterstellt. Generalleutnant a. D. Herrmann ist seit 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen

- ¹ Carl von Clausewitz: „Vom Kriege“, Erstes Buch, Kapitel I, Absatz 2
- ² Quelle: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, BSI
- ³ Angesichts hybrider Konfliktszenarien, die in ihrer Auswirkung durchaus kriegsgleiche Dimensionen erreichen, jedoch formal juristisch unter der Schwelle eines traditionellen Krieges bleiben, werden im Vortrag sowohl die Bezeichnung Krieg als auch gewaltsamer Konflikt für die hier betrachteten Szenarien verwendet.
- ⁴ Carl von Clausewitz: „Vom Kriege“, Drittes Buch, Kapitel III und IV
- ⁵ Siehe hierzu Prof. Dr. Lennart Souchon: „Carl von Clausewitz – Strategie im 21. Jahrhundert“, E.S. Mittler & Sohn Verlag, Kapitel 3
- ⁶ Die illegale Nutzung privater Daten von Millionen Facebook Nutzern durch die Firma Cambridge Analytica .
- ⁷ vgl. Hanna Griniger, Christoph Bilban in Military Power Revue der Schweizer Armee – Nr. 1/2019, S.14
- ⁸ „Kritische Infrastrukturen sind Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger

Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.“ Quelle: Deutsches Bundesministerium des Innern: Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRTIS-Strategie) vom 17.06.2009

⁹ Siehe auch Prof. Dr. Lennart Souchon: „Carl von Clausewitz – Strategie im 21. Jahrhundert“, E.S. Mittler & Sohn Verlag, Seite 85ff

¹⁰ z.B. durch „Ransomware“: Abgeleitet vom englischen Begriff „ransom“ für Lösegeld; Erpressungssoftware, mit deren Hilfe Angreifer in Systeme/Computer eindringen und den Zugriff von Nutzern auf ihre Daten oder die gesamte Nutzung des infizierten Systems/Computers verhindern können. Für die Entschlüsselung oder Freigabe wird dann i.d.R. ein Lösegeld gefordert.

¹¹ Denial of Services (DOS)

¹² Carl von Clausewitz: „Vom Kriege“, Erstes Buch, Kapitel VII

¹³ Ein Botnetz basiert normalerweise auf unzureichend geschützten IT-Systemen, die durch Schadsoftware oder automatisierte Angriffe über das Internet gekapert und zu kriminellen Zwecken missbraucht werden.

¹⁴ bezeichnet Software, die den Datenverkehr in einem Netzwerk erfassen, aufzeichnen und ggf. auswerten kann. Ein Netzwerk-Sniffer kann z.B. verwendet werden, um Passwörter auszuspionieren oder übertragene Daten zu sichten.

¹⁵ Mittels Phishing (Angeln nach Passwörtern mit Ködern) werden Daten von Internetnutzern bspw. über gefälschte Internetadressen, E-Mails oder SMS abgefangen.

¹⁶ Unberechtigtes Verändern einer Website; der sichtbare Bereich einer Webseite wird durch fremde Texte oder Grafiken verunstaltet und somit kompromittiert.

¹⁷ Systematische Ausnutzung von Schwachstellen (Sicherheitslücken und Fehlfunktionen) in einem IT-System, die bei der Entwicklung von Software entstanden sind .

¹⁸ Propaganda umfasst alle zielgerichteten Versuche, politische Meinungen oder öffentliche Sichtweisen zu formen, Erkenntnisse zu manipulieren und das Verhalten in eine vom Propagandisten oder Herrscher erwünschte Richtung zu steuern.

¹⁹ Unter Psychologischer Kriegsführung werden im Allgemeinen alle Methoden und Maßnahmen zur Beeinflussung des Verhaltens und der Einstellungen von gegnerischen Streitkräften sowie fremder Zivilbevölkerungen im Rahmen oder im Vorfeld militärischer Operationen zusammengefasst. Die NATO verwendet die Bezeichnung „Psychological Operations (PSYOPS)“.

²⁰ Fake News: Manipulativ verbreitete, vorgetäuschte Nachrichten, die vor allem im Internet, insbesondere über sogenannte „soziale Netzwerke“ verbreitet werden.

²¹ Deep Fakes: Wort-Zusammenstellung aus „deep learning“ and „fake“; Deep Fakes sind z.B. durch „Künstliche Intelligenz (KI)“ Technologien erzeugte Pro-

dukte wie Videos, Audios oder Texte, die vollständig erfunden oder gefälscht sind. Ihre Echtheit bzw. ihre Quelle kann im Grunde nur der Erzeuger bestätigen. Ihre Qualität und somit ihr Täuschpotential sind beeindruckend und in hohem Grad gefährlich.

- 22 Social Bots oder “Social Networking Bots” (von engl. Robot) sind Programme, die in sozialen Netzwerken (wie Facebook oder Twitter) menschliche Verhaltensmuster simulieren. Sie arbeiten weitgehend automatisch sich wiederholende Aufgaben ab, ohne dabei auf eine Interaktion mit einem menschlichen Benutzer angewiesen zu sein; in sozialen Medien werden „soziale Bots“ z.B. auch eingesetzt, um automatische Antworten zu setzen.
- 23 Advanced Persistent Threat (ATP), eine ständige (latente) Bedrohung auf hohem Niveau
- 24 Einige Experten behaupten, dass die Kommunikationslenkung in sozialen Netzwerken nach den Grundlagen der Informationskriegsführung („Information Warfare“) funktioniere und u.a. Propaganda auf der Basis exakt vermessener Internethenutzer betrieben werde. (vgl. Artikel „Der Kontrollverlust“ von Oliver Jung in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.07.2019)
- 25 z.B. Einzeltäter (Hacker), Organisierte Kriminalität, terroristische und/oder politisch/ideologisch motivierte Gruppen/Aktivisten, staatlich geduldete/unterstützte/geförderte Angreifer, staatliche/ geheimdienstliche/militärische Institutionen/ Angreifer (Propaganda, Spionage, Sabotage, etc.), Innentäter.
- 26 Cyberabwehr oder Cyberverteidigung sind Maßnahmen zum Schutz vor Cyberangriffen und Erhöhung der Cybersicherheit. Der Begriff Cyberabwehr betont eher den Anteil ziviler Sicherheitsinstitutionen/-kräfte, der Begriff Cyberverteidigung eher den militärisch relevanten Anteil; die Grenzen sind jedoch fließend.
- 27 Dual use Technologie; zivil/kommerziell und militärisch nutzbar
- 28 Der Kampf um „Informationsüberlegenheit“ stellt eines der wichtigsten Mittel politischer, wirtschaftlicher und militärischer Auseinandersetzungen dar.
- 29 Erstellung von Nutzerprofilen anhand der in sozialen Netzwerken vorhandenen Daten
- 30 Z.B. Eskalationsrisiken, u.a. durch unvorhersehbare Kollateralschäden, oder auch Selbstschädigung durch Rückwirkungen auf eigene Systeme in der global vernetzten Welt.
- 31 Sowohl die 2016 veröffentlichte „Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland“ als auch die aktuelle NATO Strategie beschreiben den Cyber-Raum als Operationsraum.
- 32 Vgl. Lennart Souchon: „Carl von Clausewitz – Strategie im 21. Jahrhundert“, E.S. Mittler & Sohn Verlag, Kapitel 3, Seite 88ff
- 33 „Denial of Services“ (DOS)

- ³⁴ Cyber-Gegenangriffe; aktive Abwehr von Cyberangriffen z.B. durch Eindringen in die Systeme von Angreifer(n); problematisch sind dabei insbesondere die Attribution von Angriffen und die Eskalationsgefahr.
- ³⁵ Siehe auch o.a. Abschnitt 4
- ³⁶ einer Nation, eines Bündnisses oder einer Koalition
- ³⁷ Vergleichbar bereits bisher bekannter „Combined Joint Operations“
- ³⁸ z.B. funktionale Eventualfallpläne („Functional Contingency Plans“) für besonders kritische Szenarien

Auftragstaktik für Unternehmen in volatilen und unsicheren Umwelten: ein kompetenzbasierter Ansatz

Jochen Wittmann

1. Einleitung

Erfolgreiche Unternehmen und ihre Manager zeichnen sich durch Antizipation externer und interner Entwicklungen sowie durch eine proaktive Ausrichtung ihres Verhaltens darauf aus.¹ Zunehmende Umweltvolatilität, -unsicherheit und -komplexität gefährden jedoch diese erfolgreiche Unternehmensführung. Zudem sind Management- und Führungskonzepte, wie das *Management by Objectives*², das Harzburger Modell³, das Kaizen⁴ und das Agilitäts-Konzept⁵, nur eingeschränkt anpassungsfähig bei größeren, unvorhersehbaren Ereignissen in volatilen Umwelten. Auf der Suche nach flexiblen Management- und Führungskonzepten für Hochleistungsorganisationen⁶ rücken Bereiche in den Vordergrund, die die Auswirkungen einer Kombination aus hoher Komplexität und hoher Unsicherheit erfolgreich meistern, wie z. B. das Militär.⁷ Militärische Führungsverfahren fokussieren auf die Reduktion von Unsicherheit und Komplexität, die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität, die Erfüllung von Aufträgen unter Berücksichtigung des ökonomischen Prinzips.⁸ Doch sowohl Teile der Wirtschaft⁹ als auch der Wissenschaft¹⁰ konnotieren häufig das militärische „Befehlssystem“ negativ und betrachten rigide Führungsregeln sowie Mikromanagement mit streng hierarchischen und konservativen Strukturen als typische Merkmale des Militärs. Shilling et al. weisen dagegen auf die innovative und anpassungsfähige Seite der Auftragstaktik (AT) als Führungskonzept hin.¹¹ Auch Dupuy und Creveld betonen den großen Einfluss von AT auf die militärische Leistungsfähigkeit.¹² Doch gibt es bisher nur wenige Versuche, militärische Erfahrungen mit AT in die Unternehmenswelt und andere Bereiche zu übertragen. Hinks et al. weisen auf den Vorteil der Innovationskraft der AT hin als wichtige Voraussetzung für Innovationen im Facility Management.¹³ Suparamaniam et al. erkennen die Diskrepanz zwischen Verantwortung und Autorität bei Katastrophenhilfemaßnahmen und schlagen den Einsatz von AT zur Neuverhandlung von Befugnissen zwischen den Führungsebenen des Projektmanagements vor.¹⁴

Auf der Suche nach flexiblen Management- und Führungskonzepten für Hochleistungsorganisationen rücken Bereiche in den Vordergrund, die die Auswirkungen einer Kombination aus hoher Komplexität und hoher Unsicherheit erfolgreich meistern, wie z. B. das Militär.

Dieser Beitrag vergleicht den Nutzen von AT mit den Vor- und Nachteilen des kompetenzbasierten Ansatzes, einem etablierten Managementansatz für unsichere und dynamische Märkte.¹⁵

Der folgende Abschnitt beschreibt die Grundlagen von AT. Herausforderungen des Managements und der kompetenzbasierte Ansatz stehen im Mittelpunkt des darauffolgenden Kapitels. Die Antworten auf die Frage „Wie kann AT die Management- und Führungsherausforderungen von Unternehmen lösen, die der kompetenzbasierte Ansatz beinhaltet?“ bilden die Ergebnisse des Beitrages, gefolgt von einem kurzen Ausblick.

2. Das militärische Führungskonzept der AT

2.1 Der Ursprung der AT – von Clausewitz bis Moltke

Der Militäranalytiker Carl von Clausewitz (1780-1831) beschreibt den Krieg als chaotisch, unsicher („Nebel der Ungewissheit“) und häufig mit unvorhersehbaren Ereignissen, sog. „Friktionen“, verbunden.¹⁶ Deshalb sind Prinzipien, Regeln und sogar Strategiesysteme in einer Welt des Zufalls, der Unsicherheit und Mehrdeutigkeit oft irreführend.¹⁷ Helmuth v. Moltke der Ältere (1800-1891) argumentiert in der Tradition von Clausewitz, dass Strategie ein System operativer Aktionen und Reaktionen (Aushilfen) in volatilen Umwelten wie Krieg und Konflikt ist. „Kein Operationsplan reicht daher mit einiger Sicherheit über das erste Zusammentreffen mit der feindlichen Hauptmacht hinaus.“¹⁸ Moltke fordert deshalb „nach unten hin wegen der Unmöglichkeit, mit einem festen Plan auch den unabhängigen Willen des Gegners sowie weitere Friktionen überwinden zu können, Handlungsspielräume zu eröffnen“.¹⁹

Moltke fordert deshalb „nach unten hin wegen der Unmöglichkeit, mit einem festen Plan auch den unabhängigen Willen des Gegners sowie weitere Friktionen überwinden zu können, Handlungsspielräume zu eröffnen“.

Ad-hoc-Entscheidungen und Echtzeitereignisse führen erforderlichenfalls zur Überarbeitung und Aktualisierung des strategischen Plans, um der Absicht der übergeordneten Führung zu entsprechen. Dieses Verständnis von Führung ermöglicht eine schnelle und flexible Anpassung an sich situativ ändernde Umweltbedingungen und eine Chancenausnutzung auf taktischer und operativer Ebene mit entscheidenden Auswirkungen auf strategische Pläne und Entscheidungsprozesse. Moltke bevorzugt deshalb ein dezentrales Führungssystem (AT).

Die Entwicklung der AT als militärisches Führungssystem geht auf das 19. Jahrhundert zurück. Das preußisch-deutsche Generalstabssystem entwickelt es unter der Ägide von Moltke und der Generalstab nimmt AT erstmals 1888 in die Dienstvorschriften der deutschen Infanterie auf.²⁰

Die englischsprachige Literatur bevorzugt die Fachbegriffe *Mission Command*²¹ bzw. *Directive Control*²², aber auch der Begriff „Auftragstaktik“ ist weit verbreitet.²³ Es bestehen jedoch Unterschiede im Verständnis und der Anwendung der AT aufgrund unterschiedlicher militärischer Kulturen und Traditionen.²⁴

2.2 Das Wesen der AT

a) Die Definition der AT

AT ist das Führungssystem der Bundeswehr,²⁵ die die HDv 100/100 von 2000 so definiert: „Sie beruht auf gegenseitigem Vertrauen und verlangt von jedem Soldaten neben gewissenhafter Pflichterfüllung und dem Willen, befohlene Ziele zu erreichen, die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, zur

Der militärische Führer unterrichtet über seine Absicht, setzt klare, erfüllbare Ziele und stellt die erforderlichen Kräfte und Mittel bereit. Einzelheiten zur Durchführung befiehlt er nur, wenn Maßnahmen, die dem gleichen Ziel dienen, miteinander in Einklang zu bringen sind oder politische oder militärische Auflagen es erfordern.

Zusammenarbeit und zu selbständigem, schöpferischem Handeln im Rahmen des Auftrags.

Der militärische Führer unterrichtet über seine Absicht, setzt klare, erfüllbare Ziele und stellt die erforderlichen Kräfte und Mittel bereit. Einzelheiten zur Durchführung befiehlt er nur, wenn Maßnahmen,

die dem gleichen Ziel dienen, miteinander in Einklang zu bringen sind oder politische oder militärische Auflagen es erfordern. Unterstellten Führern gewährt er Freiheit bei der Durchführung des Auftrags. Sie ist Voraussetzung für schnelles, entschlossenes Handeln und stärkt die Eigenverantwortlichkeit. Militärische Führer werden dazu erzogen, diesen Freiraum zu nutzen. Führungsstil und Dienstaufsicht müssen dem Rechnung tragen.

Auftragstaktik setzt die Bereitschaft des Vorgesetzten voraus, das Auftreten von Fehlern in der Durchführung hinzunehmen. Dies findet jedoch seine Grenzen, wenn die Erfüllung des Auftrags oder Leib und Leben von Soldaten unnötig gefährdet werden.“²⁶

b) Der Entscheidungsprozess der AT

AT konzentriert sich auf die Beziehung zwischen einem Vorgesetzten und seinem Untergebenen, dabei erfolgen verschiedene miteinander verknüpfte Grundschritte:

Im ersten Schritt erhält der Untergebene einen Befehl mit der Absicht, dem Auftrag und den zugewiesenen und abgeleiteten Aufgaben des übergeordneten Führers. Zentral dabei ist die Absicht der übergeordneten Führung. Der Untergebene analysiert die Absicht des übergeordneten Führers, wertet den Auftrag sowie die zugewiesenen und abgeleiteten Aufgaben aus und leitet daraus seinen eigenen Auftrag ab. Zur Beurteilung der Lage gehören die Beurteilung der Feindlage, der eigenen Lage sowie der vielfältigen lokalen geographischen Bedingungen. Zusammengefasst ergeben die Absicht, der Auftrag des übergeordneten Führers, die zugewiesenen und abgeleiteten Aufgaben, der eigene Auftrag und die Lagebeurteilung die Identifizierung eines Problems und das Erfordernis zum Handeln. Unter Berücksichtigung aller fünf Kriterien fasst der Untergebene einen Entschluss zur Lösung des Problems.²⁷

Folgende Führungsgrundsätze sind für den Untergebenen relevant:

1. Betonung der Geschwindigkeit bei der Anpassung an veränderte und neue Lagen,
2. Betonung der Geschwindigkeit bei der Aufrechterhaltung der Initiative,
3. die Bereitschaft, Verantwortung für selbständige Entscheidungen zu übernehmen und
4. die Erlaubnis, einen Auftrag bei Bedarf abubrechen, solange der Untergebene nach der Absicht des übergeordneten Führers handelt.²⁸
5. „Unentschlossenheit und zögerliches Handeln sind meist verhängnisvoller als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel.“²⁹

Untergebene dürfen ausdrücklich selbständig handeln, solange sie dies in Übereinstimmung mit der Absicht des übergeordneten Führers tun. Selbständiges Handeln beinhaltet dabei auch anomisches Verhalten.³⁰ „Sicherlich kann der Feldherr, welcher in unseren Tagen nicht mehr eine geschlossene Phalanx, sondern verschiedene Armeen auf verschiedenen Kriegsschauplätzen zu leiten hat, des selbsttätigen Handelns der Unterführer nicht entbehren. Der Sieg, welcher ohne, zuweilen selbst gegen die Anweisung von oben erfochten wird, geht der Gesamtheit nicht verloren, denn jeder Sieg trägt weitreichende Wirkung in sich selbst. Der Feldherr wird ihn in seine Berechnung ziehen wie alle anderen

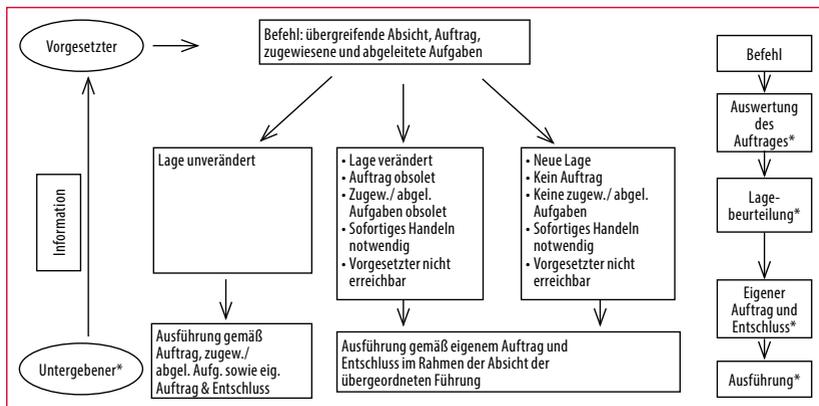
Tatsachen, die ja im Laufe des Feldzuges den ursprünglich gefassten und stetig festgehaltenen Gedanken fortwährend modifizieren.⁴³¹

Gemäß der ZDv 10/1 müssen Vorgesetzte „gegebenenfalls andere als die eigenen Lösungsansätze akzeptieren.“⁴³² Die AT erlaubt dem Untergebenen bei Erfüllung folgender Kriterien von einem Auftrag abzuweichen:

1. Die Situation ändert sich erheblich oder es tritt eine völlig neue Situation ein.
2. Sofortiges Handeln ist dringend erforderlich.
3. Der Vorgesetzte ist derzeit nicht erreichbar.³³

Im Falle einer Abweichung von einem Auftrag muss der Untergebene den Vorgesetzten so bald wie möglich ohne Begründung informieren.³⁴

Abbildung 1 zeigt den Entscheidungsprozess und die relevanten Entscheidungsfälle.



Entscheidungsprozess und Entscheidungsfälle der AT³⁵

Das abweichende Verhalten im Rahmen der AT ermöglicht eine schnelle Anpassung an Lageänderungen und schafft sinnvolle Ausnahmen zur traditionellen, retrograden Vorgehensweise im Führungsprozess.³⁶

Die Akzeptanz anomischen Verhaltens in Führungsprozessen ist ein Alleinstellungsmerkmal der AT. Beispielsweise berücksichtigt das anerkannte Führungs-

modell von Vroom und Yetton³⁷ zwar einen partizipativen Führungsstil, aber kein anomisches Verhalten.

Das Abweichen von der übergeordneten Absicht bildet jedoch keine Auftrags-taktik ab. Wittmann bezeichnet dieses Führungsprinzip „Entschlusstaktik“.³⁸ Kleists' literarischer Fall des Prinzen von Homburg, der abweichend vom Auftrag und von der Absicht des Kurfürsten von Brandenburg in der Schlacht bei Fehrbellin handelt,³⁹ ist dafür ein Beispiel.

c) Der heterarchische Charakter der AT

Das Konzept der Heterarchie als Koordinationsform (von unten nach oben) innerhalb der Transaktionskostentheorie⁴⁰ untermauert den (situativ) nichthierarchischen Charakter⁴¹ der AT. Heterarchie spiegelt das Prinzip fluktuierender hierarchischer Verhältnisse wider, die sich situations- und kontextabhängig ändern.⁴² Im militärischen Sinne ist dies der Fall, wenn sich eine Situation ändert und ein Untergebener von einem Auftrag abweicht. Die Auslöser für die Feststellung von Lageänderungen sind häufig Informations-, Wissens- bzw. Kompetenzvorteile des Untergebenen.

Einheitliche Führung mag ein ideales Prinzip der Führung in einer Hierarchie sein. Führung in Heterarchien ersetzt das Prinzip der einheitlichen Führung situativ und temporär durch das Prinzip der „gemeinsamen Absicht“. Dieses Prinzip bildet den Handlungsrahmen für heterarchische Führungsprozesse im Rahmen der AT.

Viele Vorteile der Heterarchie spiegeln sich auch in der AT:

1. Autonomie und Selbstkontrolle,
2. eine hohe intrinsische Motivation der Beteiligten,
3. die Ausnutzung von Freiräumen durch Eigeninitiative, Neugierde, Improvisation und Exploration,
4. gemeinsame Grundsätze wie Offenheit, Toleranz, Ehrlichkeit und Kameradschaft,
5. die Schaffung einer Organisation, die auf gegenseitigem Vertrauen beruht,
6. Reduzierung der Transaktionskosten (Unterstützung des ökonomischen Prinzips) und,
7. ein hohes Maß an Lernfähigkeit (voneinander).⁴³

Folgende Nachteile einer Heterarchie gelten auch für die AT:

1. Eine hohe Zahl an Beteiligten kann die Entscheidungsfindung erschweren, verzögern oder unmöglich machen.
2. Ein hohes Kostenniveau von erforderlichen Qualifikationen und Kompetenzen.⁴⁴

Heterarchiebasierte Entscheidungen im militärischen Kontext können das strategische Denken, die Strategieformulierung, die Überwachung der Strategie beeinflussen. Denn die Informationen, Kenntnisse und Kompetenzen, die den nachgeordneten Experten (Untergebener) zur Verfügung stehen, wirken auf die strategische Ebene und fließen in den Entscheidungsprozess ein.

Einheitliche Führung mag ein ideales Prinzip der Führung in einer Hierarchie sein. Führung in Heterarchien ersetzt das Prinzip der einheitlichen Führung situativ und temporär durch das Prinzip der „gemeinsamen Absicht“. Dieses Prinzip bildet den Handlungsrahmen für heterarchische Führungsprozesse im Rahmen der AT.

d) Beispiele der Anwendung der AT in heterarchischen Situationen

In der Schlacht von Colombey (1870) bemerkt Generalmajor von der Goltz, Kommandeur einer Infanteriebrigade, einen unerwarteten Rückzug der französischen Truppen in Metz, Frankreich. Er wartet nicht auf einen neuen Auftrag, sondern entschließt sich, die französischen Streitkräfte sofort anzugreifen.⁴⁵ Er handelt nach der gemeinsamen Absicht der eigenen Führung, den Gegner bis zum Eintreffen der Verstärkungskräfte in Metz zu binden.⁴⁶

Oberleutnant Rommel, Kommandeur einer Gebirgsschützenabteilung, erhält 1917 während seines Vorgehens gegen italienische Verteidigungsstellungen einen nicht mehr lagegerechten Auftrag zum Halten. Er entschließt sich dennoch für die Fortsetzung des Angriffs zur Wegnahme des Monte Matajur.⁴⁷ Diese erfolgreiche Aktion ist eine der Ursachen für den Zusammenbruch der gegnerischen Verteidigung in der Region.⁴⁸

3. Unternehmen und die Management- und Führungsherausforderungen des kompetenzbasierten Ansatzes

3.1 Unternehmen in volatilen und unsicheren Umwelten

„Nicht die Struktur eines Unternehmens gilt es zu optimieren, sondern dessen Wandelfähigkeit als Voraussetzung zum Überleben.“⁴⁹ Gerade in volatilen und unsicheren Umwelten gewinnt ein angemessener Umgang mit unerwarteten, ungewöhnlichen und auf Friktionen beruhenden Erfahrungen für das Management von Unternehmen immer höhere Relevanz.⁵⁰

Der Autohersteller GM gilt als Beispiel für die mangelnde Anpassung an die Umweltbedingungen, die eine spätere Sanierung nach US-Insolvenzrecht erforderlich macht.⁵¹ Ebenso führen Studeny et al. den VW-Abgasskandal auf ein fehlendes wirtschaftlich nachhaltiges Geschäftsmodell des Volkswagen Konzerns zurück.⁵² Start-ups aus dem Silicon Valley und neue Technologieunternehmen wie Google und Uber reklamieren für sich, anpassungsfähige Organisationen basierend auf Dezentralisierung, Autonomie und kompetenzbasierten Hierarchien zu sein.⁵³ Doch ihre oftmals aggressive Managementkultur und ihre diskriminierenden Verhaltensweisen führen zur Kritik.⁵⁴

„Nicht die Struktur eines Unternehmens gilt es zu optimieren, sondern dessen Wandelfähigkeit als Voraussetzung zum Überleben.“ Gerade in volatilen und unsicheren Umwelten gewinnt ein angemessener Umgang mit unerwarteten, ungewöhnlichen und auf Friktionen beruhenden Erfahrungen für das Management von Unternehmen immer höhere Relevanz.

Im Folgenden gilt der kompetenzbasierte Ansatz u.a. aufgrund seiner häufigen Anwendung als repräsentativ für die aktuelle Managementforschung zu Unternehmen in volatilen und unsicheren Umwelten.⁵⁵ „The competence perspective is making plain the need for *theory in strategy* that recognizes more fully the realities – above all, the *uncertainties* – faced by managers and organizations in the *practice of strategic management*.“⁵⁶

3.2 Grundlagen des kompetenzbasierten Ansatzes

Ziel des kompetenzbasierten Ansatzes ist der Aufbau einer kompetenten, wertschaffenden Organisation für die Aufrechterhaltung ihrer Aktivitäten.⁵⁷ Die kompetenzbasierte Sichtweise betrachtet Unternehmen als offene Systeme, die strategische Ziele definieren, die für jedes Unternehmen spezifisch sind.⁵⁸ „*Competences* mean a repeatable, non-random ability to render competitive output.“⁵⁹

Drei Säulen kennzeichnen den kompetenzbasierten Ansatz:

- Strategische Flexibilitäten
- Regelkreise zur Anpassung an dynamische Umwelten
- Erzielen von Wettbewerbsvorteilen mit Organisationskompetenzen

a) Strategische Flexibilitäten

Die strategische Entscheidungsfindung besteht darin, strategische Flexibilitäten zu identifizieren und zu schaffen, um Organisationsarchitekturen an dynamische Umgebungen anzupassen.⁶⁰ Strategische Flexibilitäten verkörpern meistens Produkt-Flexibilitäten, denen folgende strategische Optionen zugrunde liegen:

1. technologisches und organisatorisches Lernen zu initiieren, um kundenorientierte Produkteigenschaften und -funktionen zu verbessern,
2. Marktreaktionen und technologischen Fortschritt in Bezug auf modulare Architekturelemente (z. B. komponentenbasierte Funktionen und Merkmale) zu testen und zu analysieren sowie
3. die Produkte zu entwickeln und in Märkte auf Basis von inhärenten modularen Architekturen einzuführen.⁶¹

Strategische Flexibilitäten hängen in hohem Maße von Ressourcenflexibilität ab, die auf der Verfügbarkeit von Mehrzweckressourcen sowie der Koordinations- und kognitiven Flexibilität von (strategischen) Managern basiert.⁶²

Kognitive Flexibilitäten unterstützen die Entwicklung einer neuen, strategischen Logik durch Integration neuer Kompetenzen sowie durch die Entwicklung von Managementprozessen für die Anwendung einer neuen, strategischen Logik.⁶³

Koordinationsflexibilität strategischer Manager bedeutet die effektive Koordination der Nutzung bestehender und neuer Kompetenzen.⁶⁴

b) Regelkreise zur Anpassung an dynamische Umwelten

Es gibt strategische (übergeordnete) und operative (untergeordnete) Regelkreise, um die Anpassung zu steuern:

1. Regelkreise höherer Ordnung verwenden häufig externe, strategische Daten, die sich auf grundlegende Änderungen der strategischen Logik

und der Managementprozesse beziehen sowie

2. Regelkreise niedrigerer Ordnung verwenden aktuelle Betriebsdaten und konzentrieren sich auf inkrementelle, oft produktbezogene Änderungen.⁶⁵

Strategische Manager erhalten eine hohe Autonomie und eine frühzeitige Einbindung in die strategischen Phasen, indem sie strategische Flexibilitäten installieren und strategische Optionen schaffen. Umgekehrt konzentrieren sich Mittelmanager hauptsächlich auf die Ausführung operativer und taktischer Aufgaben.⁶⁶ Sanchez et al. sind der Ansicht, dass „organizations managed through lower-order control loops are likely to be unable to identify opportunities to become product innovators, to adopt new technologies, or to experiment with new organizational forms.“⁶⁷

c) Erzielen von Wettbewerbsvorteilen mit Organisationskompetenzen

Organisationskompetenz ist die Fähigkeit einer Organisation, „to sustain coordinated deployments of resources in ways that help the organization to achieve its goals.“⁶⁸ Organisationskompetenzen umfassen eine Reihe spezifischer Fähigkeiten wie Ressourcenkoordination, Anerkennung und Wertschätzung, Problemlösung und insbesondere Komplexitätsreduktion. Diese Fähigkeiten schaffen Wettbewerbsvorteile für das Unternehmen.⁶⁹ So ist bspw. das effektive Management der Modularisierung eine Organisationskompetenz.⁷⁰ Die bessere Integration von strategischem Lernen und Wissensmanagement ist für den Aufbau und die Nutzung von Organisationskompetenzen besonders relevant.⁷¹

3.3 Die Management- und Führungsherausforderungen des kompetenzbasierten Ansatzes Sanchez et al. identifizieren vier Management- und Führungsherausforderungen:⁷²

a) Eingeschränkte Entscheidungsfähigkeit von Managern durch unsichere Daten

Unsichere Daten erschweren das Erkennen unerwarteter und ungewöhnlicher Vorfälle und Konfliktpotentiale und führen zu hohen Managementrisiken für das Unternehmen. Weiterhin behindert eine unsichere Datenlage die Formulierung strategischer Pläne und sie erhöht den Zeitaufwand zur Identifizierung und Beschaffung dringend benötigter Ressourcen.⁷³

b) Eingeschränkte Regelungsmechanismen in Unternehmen als offene Systeme⁷⁴

1. Das Regelkreiskonzept ist ein zweistufiges, hierarchisches System, das die strategische und die operative Ebene klar voneinander trennt und die umfassende Bewertung und Koordination von Ressourcen einschränkt.
2. Die Prämisse des kompetenzbasierten Ansatzes, dass Regelkreise niedrigerer Ordnung lediglich inkrementelle Änderungen ermöglichen, widerlegen Manager auf mittlerer Ebene durch effektive Evaluierung und Koordination marktlicher und technologischer Chancen, z. B. aus Ideen des Vertriebspersonals bzw. *Open Innovations*⁷⁵.
3. Der kompetenzbasierte Ansatz postuliert, dass strategische Regelkreise nicht einfacher geändert werden können als betriebliche, produktbezogene Regelkreise. Dies widerspricht jedoch den Erfahrungen aus Branchen mit langen Produktentwicklungszyklen, wie der Automobilindustrie.⁷⁶

c) Eingeschränkte Koordination

1. Das Regelkreiskonzept schränkt die Koordinationsprozesse für den internen Kompetenzaufbau und zum Austausch zwischen strategischen und mittleren Führungskräften stark ein.
2. Der zentralistische Modularisierungsansatz verringert die Anpassungsfähigkeit an marktliche und technologische Anforderungen und Chancen und lässt Informationen, Wissen und Kompetenzen von Mittelmanagern und Mitarbeitern oft unberücksichtigt.
3. Die Umsetzung eines modularen Entwicklungsprozesses mit absoluter Stringenz⁷⁷ reduziert ebenso Freiräume für Kreativität und Initiative sowie die Motivation von Mittelmanagern und Mitarbeitern.⁷⁸

d) Vernachlässigung des strategischen Lernens und Wissensmanagements auf unteren Hierarchieebenen

1. Der Fokus der Lerneffekte auf der Ebene des strategischen Managers führt dazu, dass sowohl Lerneffekte auf den unteren Hierarchieebenen als auch Lerninterdependenzen auf allen Hierarchieebenen vernachlässigt werden.
2. Der eingeschränkte Zugang von Managern auf mittlerer Ebene zu strategischem Lernen und Wissensmanagement verringert die Koordinations- und kognitive Flexibilität von Managern auf mittlerer und strategischer Ebene.

3. Die Kluft zwischen strategischen Managern und Managern auf mittlerer Ebene kann auch dazu führen, dass gemeinsames Verständnis und Ziele fehlen und sich die Managementleistung auf allen Hierarchieebenen aufgrund von Informations- und Wissensasymmetrien verringert.

4. Wie kann AT diese Management- und Führungsherausforderungen bewältigen?

4.1 Wie kann AT das gegenseitige Verständnis von Managern und Mitarbeitern verbessern, um strategische Flexibilität und Optionen besser zu identifizieren?

Die spezifische Sichtweise von AT zur Rolle der Manager besteht im Wesentlichen darin, dass sie Freiräume für Entscheidungen und Handlungen der Untergebenen in Bezug auf die schnellere Identifizierung und Nutzung von strategischen Flexibilität und Optionen einräumen und bereit sind, Fehler der Untergebenen zu akzeptieren. Nach den AT-Grundsätzen sollen Manager nur eingreifen, wenn die Einhaltung der Strategien und Geschäftspläne oder die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter gefährdet sind. Diese Grundsätze ermöglichen es den Mitarbeitern, mit Veränderungen und Friktionen in Bezug auf die schnellere Identifizierung und Nutzung von strategischen Flexibilität und Optionen erfolgreich umzugehen.

Die spezifische Sichtweise von AT zur Rolle der Manager besteht im Wesentlichen darin, dass sie Freiräume für Entscheidungen und Handlungen der Untergebenen in Bezug auf die schnellere Identifizierung und Nutzung von strategischen Flexibilität und Optionen einräumen und bereit sind, Fehler der Untergebenen zu akzeptieren.

4.2 Wie kann AT die Regelungsmechanismen in Unternehmen als offene Systeme verbessern?

AT ermöglicht einen Transmissionsriemen über alle Hierarchieebenen hinweg, der die Einbindung von Untergebenen am Entscheidungsprozess gewährleistet. Damit schließt die AT die Lücke zwischen strategischen, operativen Managern und Mitarbeitern. Eine schnellere Bewertung und Koordinierung von Ressourcen sowie ihre schnellere Umwandlung in Kompetenzen sind dadurch möglich.

4.3 Wie kann AT die Koordinierung des Kompetenzaufbaus verbessern?

AT mit seinen heterarchischen Merkmalen verbessert die Koordination des Aufbaus und der Nutzung von Kompetenzen seitens der Manager und Mitarbeiter auf schnelle und effektive Weise und ermöglicht die Wertschöpfung durch Kommunikation und Partizipation auf verschiedenen Ebenen. Die Anwendung von AT innerhalb des modularen Ansatzes macht diesen Ansatz anpassungsfähiger und durchlässiger für Bottom-up-Ideen und verbessert dadurch den Aufbau und die Integration neuer Kompetenzen in und zwischen Unternehmen gestützt auf frühzeitige Lieferantenintegration und offene Innovationstools.

4.4 Wie kann AT strategisches Lernen und Wissensmanagement fördern?

Die in der AT enthaltenen Freiräume für Selbststeuerung, Eigeninitiative und Motivation ermöglichen bessere Prozesse für den Wissens- und Kompetenzaustausch über alle Hierarchieebenen hinweg. Diese unterlegt mit Bottom-up-Informationen fördern strategisches Lernen und Wissensmanagement auf allen Hierarchieebenen. Ähnlich dem preußisch-deutschen Verfahren zur Dokumentation und Auswertung militärischer Erfahrungen in Dienstvorschriften etc.⁷⁹ schlagen Garud et al. ein kontinuierliches Lernen für Unternehmensorganisationen auf der Grundlage außergewöhnlicher Erfahrungen vor, wie es bspw. die 3M Corporation anwendet.⁸⁰

5. Ausblick

Die Verbesserungen des kompetenzbasierten Ansatzes mittels AT konzentrieren sich auf die folgenden Aspekte:

- a. Eine bessere Identifizierung und schnellere Bewertung strategischer Flexibilität und Optionen.
- b. Eine schnellere Bewertung und Koordinierung von Ressourcen sowie ihre schnellere Umwandlung in neue Kompetenzen.
- c. Ein bessere Koordination des Aufbaus und der Nutzung von Kompetenzen in und zwischen Unternehmen.
- d. Ein besseres organisatorisches Lernen und Wissensmanagement auf allen Hierarchieebenen.

Diese erhöhen die Fähigkeit von Unternehmen, sich schnell an unsichere und volatile Umweltbedingungen anzupassen und strategische Flexibilitäten und Optionen unter besonderer Berücksichtigung der (nicht nur situativen) Informations-, Wissens- und Kompetenzvorteile des mittleren Managements und der Mitarbeiter zur Erreichung der Unternehmensziele zu nutzen.

Hinweis: Dieser Beitrag ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung von „Auftragstaktik for Business Organizations in Volatile and Uncertain Environments: a Competence-Based View“, in: IAFOR Journal of Business and Management, 2. Jg. 2017, Nr. 2, S. 29-49.

Herrn Generalmajor a. D. C.E.O. Millotat danke ich für seine Anregungen.

Zum Autor: Dr. rer. pol. Jochen Wittmann MBA war langjährig Manager auf der zweiten Führungsebene der Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG. Er ist als Berater tätig. Zuletzt erschien „Akzeptanz disruptiver Technologien – exemplifiziert am automatisierten Autofahren“ im Springer Verlag. Dr. Wittmann ist Absolvent des Royal Military College of Canada und Oberstleutnant der Reserve.

Literatur:

Altman, E. I.: Testimony of Dr. Edward I. Altman before the House of Representatives Committee on Financial Services' Hearing on "Review of Industry Plans to Stabilize the Financial Condition of the American Automobile Industry", 5. Dezember 2008, Washington, DC, S.1-9, unter: <https://de.scribd.com/document/38466367/Testimony-of-Dr-Edward-I-Altman-before-the-House-of-Representatives> (abgerufen am 26. Oktober 2019).

Bellmann, K.: Bionomik – können Unternehmen von Organismen lernen?, in: Forschungsmagazin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, 11. Jg. 1995, Nr.1, S. 14-21.

Bellmann, K.: Heterarchische Produktionsnetzwerke – ein konstruktivistischer Ansatz, in: Bellmann, K. (Hrsg.): Kooperations- und Netzwerkmanagement, Berlin 2001, S. 31-54.

Bundesministerium der Verteidigung BMVg: Innere Führung. Zentrale Dienstvorschrift 10/1 ZDv. 28. Januar 2008, Bonn, unter: https://www.offiziere.ch/wp-content/uploads-001/2016/07/ZDv_10_1_Internet_72dpi.pdf (abgerufen am 9. Oktober 2019).

Bundesministerium der Verteidigung BMVg: Truppenführung, Heeresdienstvorschrift 100/100 HDv, Bonn 2000 (Auszug), in: Millotat, C. E. O., Foreword, S. 5-7, zitiert in: Wittmann, J.: Auftragstaktik – Just a Command Technique or the Core Pillar of Mastering the Military Operational Art?, Berlin 2012.

Bungay, S.: The Art of Action, London/Boston 2011.

Canadian Defence Academy CDA: Leadership in the Canadian Forces: Conceptual Foundation, Ottawa 2005.

Chesbrough, H. W.: The Era of Open Innovation, in: MIT Sloan Management Review, 44. Jg. 2003, Nr. 3, S. 35-41.

Clausewitz, C. v.: Vom Kriege, 18. Aufl., Reinbek 2010.

Command and General Staff College US Army CGSC: Auftragstaktik: The Basis for Modern Military Command?, Damascus, MD 2014.

Crevelde, M. L. van: Command in War, Cambridge, MA/London 1985.

Crevelde, M. L. van: Kampfkraft, 3. Aufl., Graz 2007.

Deutsche Gesellschaft für Qualität DGQ; Sommerhoff, B.: Agilität und Qualitätsmanagement, S.1-4. Veröffentlicht 03/2014, unter: <https://www.dgq.de/wp-content/uploads/2014/03/Agiles-QM.pdf> (abgerufen am 10. September 2019).

Donker, P.: Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung as the First Version of Clausewitz' Masterpiece, in: Research Paper 108, Netherlands Defence Academy, Breda 2016.

Dupuy, T. N.: A Genius for War, New York 1977.

Freiling, J.; Gersch, M.; Goelke, C.: On the Path towards a Competence-Based Theory of the Firm, in: Organization Studies, 29. Jg. 2008, S. 1143–1164.

Garud, R.; Dunbar, R.L.M.; Bartel, C.A.: Dealing with Unusual Experiences: A Narrative Perspective on Organizational Learning, in: Organization Science, 22. Jg. 2011, Nr. 3, S. 587-601.

Gebert, D.: Führung im MbO-Prozeß, in: Kieser, A.; Reber, G.; Wunderer, R. (Hrsg.): Handwörterbuch der Führung, 2. Aufl., Stuttgart 1995, Sp. 426-436.

Goltz, W. L. C. Frhr. v. d.: Colombey. Initiative oder Kampfeslust, in: Militär-Wochenblatt, 56. Jg. 1891, Sp.1435-1441.

Griffith, E.: A Blind Eye to the Truth, in: Fortune, Europe Edition, 176. Jg. 2017, Nr. 2, S. 31.

Großer Generalstab GroGSt (Hrsg.): Moltkes Militärische Schriften, IV. Teil Kriegslehren, Berlin 1911.

Grunwald, W.; Bernthal, W. F.: Controversy in German Management: The Harzburg Model Experience, in: Academy of Management Review, 8. Jg. 1983, Nr. 2, S. 233-241.

Häußler, J.: Pour le Mérite, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): Mythos Rommel, Ulm 2008, S. 20-37.

Hinks, J.; Alexander, M.; Dunlop, G.: Translating Military Experiences of Managing Innovation and Innovativeness into FM, in: Journal of Facilities Management, 5. Jg. 2007, Nr. 4, S. 226-242.

Hughes, D. J.: Auftragstaktik, in: Dupuy, T. N.; Margiotta, F. D.; Johnson, C.; Motley, J. B.; Bongard, D. L. (Hrsg.): International Military and Defense Encyclopedia, Bd. I, New York 1993, S. 328-333.

Hurst, D. K.: Drucker's Intent and Why MBO Fails. Veröffentlicht am 10. Dezember 2013, unter: <http://www.davidkhurst.com/druckers-intent-and-why-mbo-fails/> (abgerufen am 26. Oktober 2019).

Imai, M.: Kaizen, the Key to Japan's Competitive Success, New York et al. 1986.

Ismail, S.; Malone, M. S.; Geest, Y. van: Exponential Organizations, New York 2014.

Kleist, H. v.: Prinz Friedrich von Homburg: ein Schauspiel, Stuttgart 2011.

Kortzfleisch, G. v.: Militärorganisation, in: Grochla, E. (Hrsg.): Handwörterbuch der Organisation, Stuttgart 1969, Sp. 990-1000.

Kortzfleisch, G. v.: Wehrwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 11. Jg. 1961, Heft 6, S. 301-311.

Lashinsky, A.: What Could Take Down Uber?, in: Fortune, Europe Edition, 175. Jg. 2017, Nr. 7, S. 26-28.

Leistenschneider, S.: Die Entwicklung der Auftragstaktik im deutschen Heer und ihre Bedeutung für das deutsche Führungsdenken, in: Groß, G. P. (Hrsg.): Führungsdenken, Hamburg et al. 2001, S. 175-190.

Lutz, R. A.: Car Guys vs. Bean Counters: the Battle for the Soul of American Business, New York 2013.

Lutz, R. A.: Icons and Idiots: Straight Talk on Leadership, New York 2013.

March, J. G.; Weissinger-Baylon, R.: Introduction, in: March, J. G.; Weissinger-Baylon, R. (Hrsg.): Ambiguity and Command, Marshfield, MA 1986, S. 1-7.

Mildenberger, U.; Khare, A.: Planning for an Environment-Friendly Car, in: Technovation, 20. Jg. 2000, S.205-214.

Millotat, C. E. O.: Das preußisch-deutsche Generalstabssystem, Zürich 2000.

Moltke, H. v., zitiert in: Major Bigge: Ueber Selbstthätigkeit der Unterführer im Kriege, in: Beihefte zum Militär-Wochenblatt, Berlin 1894, S. 17-55.

Oetting, D. W.: Das Chaos beherrschen, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, 44. Jg. 2000, Nr. 5, S. 349-355.

Reihlen, M.: Führung in Heterarchien. Arbeitsbericht Nr. 98 des Seminars für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftliche Planung und Logistik der Universität Köln, Köln 1998.

Rommel, E.: Infanterie greift an, Salzburg 1995.

Samuels, M.: Command or Control?, London 1995.

Sanchez, R.; Heene, A.: Competence-Based Strategic Management: Concepts and Issues for Theory, Research, and Practise, in: Heene, A.; Sanchez, R. (Hrsg.): Competence-

Based Strategic Management, Hoboken, NJ 1997, S. 3-41.

Sanchez, R.; Heene, A.: Managing for an Uncertain Future, in: International Studies of Management & Organization, 27. Jg. 1997, Nr. 2, Summer, S. 21-42.

Sanchez, R.; Heene, A.: The New Strategic Management: Organization, Competition and Competence, New York 2004.

Sanchez, R.: Architecting Organizations: A Dynamic Strategic Contingency Perspective, in: Sanchez, R.; Heene, A. (Hrsg.): A Focused Issue on Competence Perspectives on New Industry Dynamics (Research in Competence-Based Management, Nr. 6), Bingley/UK 2012, S. 7-48.

Sanchez, R.: Building Real Modularity Competence in Automotive Design, Development, Production, and After-Service, in: International Journal of Automotive Technology and Management, 13. Jg. 2013, Nr. 3, S. 204-236.

Sanchez, R.: Product, Process, and Knowledge Architectures in Organizational Competence, in: Sanchez, R. (Hrsg.): Knowledge Management and Organizational Competence, Oxford 2001, S. 227-250.

Schössler, D.: Betriebswirtschaftslehre und Militärwissenschaft – Widerspruch oder Kooperation?, in: Kersten, W.; Wittmann, J. (Hrsg.): Kompetenz, Interdisziplinarität und Komplexität in der Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 2013, S. 289 – 296.

Schössler, D.: Clausewitz – Engels – Mahan: Grundriss einer Ideengeschichte militärischen Denkens, Berlin 2009.

Schreyögg, G.; Kliesch, M.: Organisationale Kompetenzen und die Möglichkeiten ihrer Dynamisierung: Eine strategische Perspektive, in: Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Weiterbildungsforschung e. V. (Hrsg.): Individuelle und organisationale Kompetenzen im Rahmen des strategischen Managements, QUEM-report, Nr. 94, Berlin 2005, S. 3-49.

Shilling, C.; Slavin, D.; Shamir, E.; Linkov, I.: Enabling Organizational Innovation: Scientific Process and Military Experience, in: US Army Engineer Research and Development Center US DOD (Hrsg.): C2 for Complex Endeavors, Command and Control Research Program, Concord, MA 2008 (in Druck), unter: <https://apps.dtic.mil/dtic/tr/fulltext/u2/a486973.pdf> (abgerufen am 26. Oktober 2019).

Sigg, M.: Der Unterführer als Feldherr im Taschenformat, Paderborn 2014.

Simpkin, R. E.: Command from the Bottom Up, in: *Infantry*, 75. Jg. 1985, Nr. 2, S. 34-37.

Sonnenberger, M.: Initiative within the Philosophy of Auftragstaktik, Master's Thesis, U.S. Army Command and General Staff College, Fort Leavenworth, KS, 13. Dezember 2013, unter: <https://apps.dtic.mil/dtic/tr/fulltext/u2/a599111.pdf> (abgerufen am 25. September 2019).

Studený, M.; Bartels, A.; Rauch, M.; Scheiblich, M.; Just, V.; Buchmüller, M.: Innovation Management, Environmental Sustainability, and Market Competitiveness, Wien 2017, o. S., unter: https://www.researchgate.net/publication/317552088_Innovation_Management_Environmental_Sustainability_and_Market_Competitiveness (abgerufen am 12. Oktober 2019).

Suparamaniam, N.; Dekker, S.: Paradoxes of Power: the Separation of Knowledge and Authority in International Disaster Relief Work, in: *Disaster Prevention and Management: An International Journal*, 12. Jg. 2003, Nr. 4, S. 312-318.

Uhle-Wettler, F.: Auftragstaktik, in: *Mars – Jahrbuch für Wehrpolitik und Militärwesen*, 1. Jg. 1995, Nr.1, S.422-437.

Uhle-Wettler, F.: Höhe- und Wendepunkte deutscher Militärgeschichte, Graz 2006.

Ulrich, P.; Fluri, E.: *Management*, 7. Aufl., Bern et al. 1995.

US Department of the Army USDoA: Army Doctrine Reference Publication ADRP 6-0 (Change 2) Mission Command, 28. März 2014, Washington, DC, unter: <https://de.scribd.com/document/295471938/ADRP-6-0-Change-2> (abgerufen am 26. Oktober 2019).

Vroom, V. H.; Yetton, P. W.: *Leadership and Decision-Making*, Pittsburgh 1973.

Weber, H.; Königstein, U.; Töpsch, K.: *Hochleistungsorganisation*, München 1999.

Weissenberger-Eibl, M. A.: Agility and Resilience as a Strategy for Sustainability, in: Schröder, M.; Wegner, K. (Hrsg.): *Logistik im Wandel der Zeit*, Wiesbaden 2019, S. 709-717.

Wittmann, J.: Auftragstaktik – Just a Command Technique or the Core Pillar of Mastering the Military Operational Art?, Berlin 2012.

Wittmann, J.: Networks, Anomy and Open Innovation: Some Conceptual Views, in: Kersten, W.; Wittmann, J. (Hrsg.): Kompetenz, Interdisziplinarität und Komplexität in der Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 2013, S. 373-385.

Wolf, J.: Organisation, Management, Unternehmensführung, 5. Aufl., Wiesbaden 2013.

Wunderer, R.: Delegative Führung, in: Kieser, A.; Reber, G.; Wunderer, R. (Hrsg.): Handwörterbuch der Führung, 2. Aufl., Stuttgart 1995, Sp. 227-240.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Ulrich, P. et al., a.a.O., S. 107.
- ² Vgl. Gebert, D., a.a.O., Sp. 426 ff. Vgl. Hurst, D. K., a.a.O., o. S.
- ³ Vgl. Grunwald, W. et al., a.a.O., S. 237. Vgl. Wunderer, R., a.a.O., Sp. 229 f.
- ⁴ Vgl. Imai, M., a.a.O., S. 23 ff.
- ⁵ Vgl. DGQ et al., a.a.O., S. 2. Vgl. Weissenberger-Eibl, M.A., a.a.O., S. 714 f.
- ⁶ Vgl. Weber, H. et al., a.a.O., S. 7.
- ⁷ Vgl. Shilling, C. et al., a.a.O., o. S. Vgl. Bungay, S., a.a.O., S. 83 ff. Zu Unterschieden zum zivilen Management: Vgl. Schössler, D., Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S. 295. Vgl. CDA, a.a.O., S. 11.
- ⁸ Vgl. Creveld, M. L. van, Command, a.a.O., S. 1 ff. Vgl. Kortzfleisch, G. v., Wehrwissenschaft, a.a.O., S. 305.
- ⁹ Vgl. Shilling, C. et al., a.a.O., o. S. Vgl. Lutz, R.A., Icons, a.a.O., S. 161.
- ¹⁰ Vgl. March, J. G. et al., S. 1 f. Vgl. Schössler, D., Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S. 289.
- ¹¹ Vgl. Shilling, C. et al., a.a.O., o. S.
- ¹² Vgl. Dupuy, T. N., a.a.O., S. 307. Vgl. Creveld, M. L. van, Kampfkraft, a.a.O., S. 191.
- ¹³ Vgl. Hinks, J. et al., a.a.O., S. 230 f.
- ¹⁴ Vgl. Suparamaniam, N. et al., a.a.O., S. 316 f.
- ¹⁵ Vgl. Sanchez, R. et al., Competence-Based, a.a.O., S. 5.
- ¹⁶ Vgl. Donker, P., a.a.O., S. 49, S. 53 ff.
- ¹⁷ Vgl. Clausewitz, C. v., a.a.O., S. 49 ff.
- ¹⁸ GroGSt, a.a.O., S. 71.
- ¹⁹ Schössler, D., Clausewitz, a.a.O., S. 243.
- ²⁰ Vgl. Leistenschneider, S., a.a.O., S. 178.
- ²¹ Vgl. USDaA, a.a.O., S. i.

- 22 Vgl. Simpkin, R. E., a.a.O., S. 34.
- 23 Vgl. CGSC, a.a.O., S. 5.
- 24 Vgl. Millotat, C.E.O., a.a.O., S. 41 f., 163.
- 25 Vgl. BMVg, Innere Führung, a.a.O., S. 8, 13.
- 26 Dasselbe, Truppenführung, a.a.O., S. 5 f.
- 27 Vgl. Hughes, D. J., a.a.O., S. 429. Vgl. Simpkin, R. E., a.a.O., S.35 f.
- 28 Vgl. Uhle-Wettler, F., Auftragstaktik, a.a.O., S. 427 f., S.434 f.
- 29 BMVg, Truppenführung, a.a.O., S. 6.
- 30 Vgl. Wittmann, J., Networks, a.a.O., S. 377 f.
- 31 Moltke, H. v., a.a.O., S. 17.
- 32 BMVg, Innere Führung, a.a.O., S. 25.
- 33 Vgl. Oetting, D. W., a.a.O., S. 353.
- 34 Vgl. Kortzfleisch, G. v., Militärorganisation, a.a.O., Sp. 998.
- 35 Vgl. Wittmann, J., Auftragstaktik, a.a.O., S. 42. Andere Auffassungen: Nur das Abweichen vom Auftrag charakterisiert für Sigg die AT; Sonnenberger akzeptiert auch das Abweichen von der übergeordneten Absicht als relevant für die AT. Vgl. Sigg, M., a.a.O., S. 461 f. Vgl. Sonnenberger, M., a.a.O., S. 9.
- 36 Vgl. Moltke, H. v., a.a.O., S. 17.
- 37 Vgl. Vroom, V. H. et al., a.a.O., S. 182 ff.
- 38 Vgl. Wittmann, J., Auftragstaktik, a.a.O., S. 75.
- 39 Vgl. Kleist, H. v., a.a.O., S. 30 f. Vgl. auch Oetting, D. W., a.a.O., S. 354 f.
- 40 Vgl. Bellmann, K., Produktionsnetzwerke, a.a.O., S. 38.
- 41 Vgl. Simpkin, R. E., a.a.O., S. 35. Vgl. Oetting, D. W., a.a.O., S. 351.
- 42 Vgl. Bellmann, K., Produktionsnetzwerke, a.a.O., S. 38.
- 43 Vgl. Reihlen, M., a.a.O., S. 11 ff.
- 44 Vgl. ebenda, S. 11 ff.
- 45 Vgl. Goltz, W. L. C. Frhr. v. d., a.a.O., Sp. 1436 ff.
- 46 Vgl. Uhle-Wettler, F., Wendepunkte, a.a.O., S. 136 ff.
- 47 Vgl. Rommel, E., a.a.O., S. 248.
- 48 Vgl. Häußler, J., a.a.O., S. 27.
- 49 Vgl. Bellmann, K., Bionomik, a.a.O., S. 18.
- 50 Vgl. Garud, R. et al., a.a.O., S. 598.
- 51 Vgl. Altman, E. I., a.a.O., S. 2. Vgl. Lutz, R. A., Car, a.a.O., S. 167 ff.
- 52 Vgl. Studeny, M. et al., a.a.O., o. S.
- 53 Vgl. Ismail, S. et al., a.a.O., S. 104 f.
- 54 Vgl. Lashinsky, A., a.a.O., S. 26. Vgl. Griffith, E., a.a.O., S. 31.
- 55 Vgl. Wolf, J., a.a.O., S. 593 f.
- 56 Sanchez, R. et al., Competence-Based, a.a.O., S. 5.
- 57 Vgl. dieselben, New, a.a.O., S. 7.

- 58 Vgl. dieselben, *Competence-Based*, a.a.O., S. 7.
- 59 Freiling, J. et al., a.a.O., S. 1151.
- 60 Vgl. Sanchez, R. et al., *Competence-Based*, a.a.O., S. 18.
- 61 Vgl. Sanchez, R., *Product*, a.a.O., S. 238 f.
- 62 Vgl. Sanchez, R. et al., *Managing*, a.a.O., S. 37.
- 63 Vgl. Sanchez, R., *Architecting*, a.a.O., S. 22 f.
- 64 Vgl. Sanchez, R. et al., *Managing*, a.a.O., S. 38 f.
- 65 Vgl. ebenda, S. 30.
- 66 Vgl. Sanchez, R., *Building*, a.a.O., S. 217 f.
- 67 Sanchez, R. et al., *Managing*, a.a.O., S. 36.
- 68 Dieselben, *New*, a.a.O., S. 7.
- 69 Vgl. Schreyögg, G. et al., a.a.O., S. 5.
- 70 Vgl. Sanchez, R., *Building*, a.a.O., S. 230.
- 71 Vgl. Sanchez, R. et al., *Competence-Based*, a.a.O., S. 37.
- 72 Vgl. ebenda, S. 36 ff.
- 73 Vgl. Sanchez, R. et al., *Managing*, a.a.O., S. 37.
- 74 Vgl. dieselben, *Competence-Based*, a.a.O., S. 38.
- 75 Vgl. Chesbrough, H. W., a.a.O., S. 37 f.
- 76 Vgl. Mildenberger, U. et al., a.a.O., S. 206.
- 77 Vgl. Sanchez, R., *Building*, a.a.O., S. 218.
- 78 Vgl. derselbe, *Product*, a.a.O., S. 248.
- 79 Vgl. Samuels, M., a.a.O., S. 270 ff.
- 80 Vgl. Garud, R. et al., a.a.O., S. 596 f.

Kapitel III

Geschichtliche Ereignisse und ihre Folgen

Versailles 1919

„Die Stunde der Abrechnung ist da“¹

„Dieser Frieden ist ein langsamer Mord des deutschen Volkes, die Nichtunterzeichnung ist der Selbstmord“²

Ulrich C. Kleyser

Drei Vorbemerkungen

Erstens ist der Diktatfrieden von Versailles ohne einen Blick auf die lange Geschichte deutsch-französischer Zusammenarbeit, Rivalität und tragischer Gegensätze nicht zu verstehen und einzuordnen. Diese reicht von der Schlacht bei Bouvines 1214³, den französischen Siegen über die deutschen Kaiser Otto IV. und Franz I. bis hin zu der Niederlage der französischen Armee bei Pavia 1525. Weitere historische Ereignisse waren der Westfälische Frieden von 1648, die Reunionskriege Ludwig XIV. („bruler le Palatinat“), der spanische Erbfolgekrieg, die Schlacht von Roßbach am 05. November

Dieser Frieden ist ein langsamer Mord des deutschen Volkes, die Nichtunterzeichnung ist der Selbstmord.

1757, die unkluge kaiserliche „Pillnitzer Deklaration“ zu Gunsten Ludwig XVI. und das darauf folgende überaus törichte Manifest des Herzogs von Braunschweig vom Juli 1792. Zu dieser Aufzählung gehören auch der Friedensvertrag von Tilsit 1807, die Jahre 1813 bis 1815 und die gefühlte politische französische Niederlage von Sadowa (Königgrätz) 1866. Die Aufzählung lässt sich fortsetzen mit der französischen Niederlage von Sedan am 2. September 1870 und der Ausrufung des vollkommen neugestalteten und historisch anderen Kaiserreichs im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1919. Diese historischen Ereignisse ziehen sich neben einer Reihe weiterer Auseinandersetzungen wie Traumata durch die gemeinsame deutsch-französische Geschichte. Es ist dies eine im Grunde tragische Geschichte der beiden Brudervölker aus dem Reich Karls des Großen, zudem mit kultureller Nähe und vielseitigem gegenseitigem Austausch. Dabei darf nicht vergessen werden, dass das Territorium des Reiches, beginnend mit den Religionskriegen und dem Dreißigjährigen Krieg über die territorialen

Binnenkriege bis zum Jahr 1866 hin zu einem nationalen wie teilweise europäischen Schlachtfeld wurde. Auch diese Geschehnisse lösten Traumata aus.

Im Folgenden werden diese Ereignisse und Ängste nur auszugsweise angesprochen, insbesondere wenn diese im Verständnis von Fernand Braudels Geschichtslehre der „longue durée“ über Jahrhunderte hinweg ihre Auswirkungen bis hin zu Versailles 1919 haben. Der Philosoph und Clausewitz-Kenner René Girard bezeichnet diese historische Linie als „rivalité mimétique“, als sich gegenseitig nachäffende Gegensätze⁴. Trotz oder sogar gegen die Intentionen der Erneuerung des Elysee-Vertrages von 1963 in dem Vertrag von Aachen 2019 konnte in diesem Verständnis der französische Präsident Macron – auf deutscher Seite weitgehend unbeachtet – noch rechtzeitig vor der Erinnerung an Versailles 2019 das Jahr 2018 zum „Jahr Clemenceau“ erklären⁵.

Zweitens verbrachte der Verfasser fast acht hochinteressante Jahre dienstlich in Frankreich, erwarb viele Freundschaften und gewann eine besonders herzliche Beziehung zu diesem Nachbarn, seiner Kultur, seiner Geschichte und seiner Bevölkerung und deren Mentalität. Dies darf nicht daran hindern, durch eine vermeintliche „political correctness“ oder der Verhinderung von nationalen Emotionen gebremst, auf eine offene, sachliche und faktenbezogene historische Darstellung zu verzichten. Darüber hinaus ist jede historische Betrachtung, ausgehend von denselben Geschehnissen, abhängig von der Perspektive des Betrachtenden und kann auch persönlich geprägte Narrative entwickeln.

Drittens danke ich meiner Clausewitz-Gesellschaft dafür, eine historische Bewertung des „Friedens“ von Versailles veröffentlichen zu können, die nicht dem schuldverschriebenen „Mainstream“ aktueller Geschichtspolitik und damit verbundener - Darstellung entspricht⁶. Denn es geht nicht um die bis heute oft leidenschaftlich geführte Debatte, wer der „eigentliche Feind“ Deutschlands gewesen sei – Russland, Großbritannien oder Frankreich⁷, sondern um eine, wenn auch nicht alle Aspekte umfassende Untersuchung der Geschichte vor, um und nach dem „Friedensschluss“.

Historische Einordnung.

Eine Darstellung des „Friedens“⁸ von Versailles und seines politisch wie historischen Umfeldes in und für Europa muss spätestens mit der „Frühen Neuzeit“ beginnen. Zuerst mit König Franz I, der als „allerchristlichste Majestät“

als erster christlicher Herrscher eine Kapitulation mit dem „Diwan“⁹ gegen die christliche Macht des deutschen Habsburgerreiches abschloss und 1525 bei Pavia eine vernichtende Niederlage mit Gefangenschaft erlitt¹⁰. Die Sorge vor der Einkreisung durch das Kaiserreich Karls V., der eigene nationale Anspruch auf Hegemonie auf dem Kontinent und die spätere Forderung Richelieus (vom 13. Januar 1629) nach den natürlichen Grenzen, zu denen insbesondere der Rhein, die „banane bleu“, die zentrale europäische Kultur- und Wirtschaftsschiene, gehörte, sollten fortan die französische Politik bestimmen¹¹. Die geopolitische Mitte des Reiches in Europa war also Last und Herausforderung zugleich – im Übrigen bis heute und wieder verstärkt seit der Wiedervereinigung von 1990¹².

Vor allem jedoch ist – im Gegensatz zu der Ansicht von Herfried Münkler – der Westfälische Frieden dann als ein politischer Sieg Frankreichs zu verstehen. Nicht nur hatte sich das katholische Frankreich auf die Seite der Protestanten geschlagen, sondern sich neben dem zweiten Signatarstaat Schweden (Vorpommern mit Stettin, einschließlich Bremen und Verden) auch endgültig Metz, Toul und Verdun sowie den größten Teil des Elsass und Lothringens als „Vermittlungsbeute“ gesichert. 1681 folgte dann mit Straßburg der Rest. Wesentlicher noch muss die innere Situation des Reiches für die Entwicklung angesehen werden. Nicht nur die Zersplitterung auf über 300 Territorien, die nun garantierte, weitgehend vom Kaiser unabhängige Macht der Territorialfürsten einschließlich ihrer weitgehend eigenständigen Außenpolitik¹³ begründeten die machtpolitische Ohnmacht des Reiches. Habsburg war zudem im Südosten

Die geopolitische Mitte des Reiches in Europa war also Last und Herausforderung zugleich – im Übrigen bis heute und wieder verstärkt seit der Wiedervereinigung von 1990.

mit den Türkenkriegen beschäftigt. So lässt sich faktisch – wenn auch nicht formal – mit Münster und Osnabrück das Ende des Reiches konstatieren, sodass 1806 im Grunde nur noch eine Formalie war.

Nicht nur Pufendorf sah dies 1667 schon zu seiner Zeit mit der Feststellung „Deutschland als unregelmäßiges und einem Monstrum ähnelndem Staatsgebilde“¹⁴, als einem Mittelding aus Monarchie als „Dachverband“ und Föderation. Zudem hat dieser Frieden gerade einmal neunzehn Jahre gehalten und wurde mit dem Beginn der Devolutions- bzw. Reunionskriege Ludwig XIV. 1667 beendet. Diesen folgten dann der spanische Erbfolgekrieg und weitere Kriege, so dass von einer bis 1789 andauernden europäischen Friedensordnung mitnichten zu reden ist. Der Friede von Tilsit 1807 kann als ein frühes Versailles gesehen werden, eine französische Besatzungsmacht (auch in Magdeburg!), die Wegnahme der westlichen preußischen Provinzen und hohe Kontri-

butionen machten Preußen faktisch zu einem französischen Satellitenstaat. Die der napoleonischen Ordnung folgende Deutsche Bundesakte vom 9. Juni 1815 als Teil der Wiener Kongressakte und unter der Garantie von ausländischen Signatarmächten, folgte der politischen Idee von 1648. Die mindestens undiplomatische Ausrufung des neuen deutschen Kaiserreiches, eben keiner Erneuerung des „Alten Reiches“ am 18. Januar 1871, ausgerechnet symbolträchtig im Spiegelsaal zu Versailles und die verspätete „Rückgabe“ von Elsass-Lothringen im Frankfurter Frieden trug naturgemäß nicht zu einer Befriedung bei¹⁵. Der durchaus nachvollziehbare Revanchegedanke sollte fortan die französische Politik bestimmen. Ohne diese historische Linie ist Versailles 1919 nicht zu verstehen.

Unter diesen historischen und aus französischer Sicht belastenden Geschehnissen und Lagen ist es dann auch durchaus verständlich, dass Clemenceau und vor allem Foch für Versailles 1919 noch härtere Bedingungen vorsahen, wie die gesamte Rheingrenze und die territoriale Zerstückelung des Reiches. Ziele, welche weder 1648, 1807 noch 1815 erreicht wurden. Versailles sollte der Abschluss der Jahrhunderte alten französischen Politik werden, einen „cordon sanitaire“ gegen und um das Deutsche Reich zu legen¹⁶. Diesem Ziel stemmte sich 1919 insbesondere Großbritannien unter seiner klassischen politischen Leitlinie, der „balance of power“ auf dem Kontinent erfolgreich entgegen, gleichzeitig aber auch, um ein mögliches Überspringen der bolschewistischen Revolution nach Westen durch ein einigermaßen strukturiertes, demokratisches und territorial geschlossenes Deutschland zu verhindern.

Versailles sollte der Abschluss der Jahrhunderte alten französischen Politik werden, einen „cordon sanitaire“ gegen und um das Deutsche Reich zu legen.

Der „Friedensvertrag“: Seine Vorgeschichte.

Die Darstellung des „Friedensvertrages“ muss auch im Gesamtzusammenhang der Geschichte des Weltkrieges gesehen werden. Insbesondere aber auch im Hinblick auf die Ereignisse vom November 1918.

Der Beginn, die Auslösung des Weltkrieges durch die unterschiedlich handelnden Personen soll hier nicht weiter untersucht werden; schließlich scheint die Debatte um die jeweilige Verantwortung durchaus noch nicht abgeschlossen. Einige „Eckdaten“ sollten dazu herangezogen werden. Der unverhältnismäßig hohe, möglicherweise auch unverantwortlich hohe Anteil von weitgehend unausgebildeten Reserveformationen zu Beginn des Krieges (der im August

1914 gefallene Kriegsfreiwillige Hermann Löns ist nur ein Beispiel) mit entsprechend hohen Verlusten mag als ein Indiz dafür gelten, dass das Reich militärisch nicht so vorbereitet war, wie es für einen Krieg, insbesondere für einen Zweifrontenkrieg, erforderlich gewesen wäre¹⁷. Die erste entscheidende Zäsur liegt in der letztlich verlorenen Marneschlacht¹⁸. Dieser folgt am 23. Mai 1915 der Eintritt Italiens mit der Eröffnung einer dritten Front für Österreich-Ungarn¹⁹, wenn man die unzureichend unterstützte osmanische Front herauslässt. Die nächste große Zäsur ist der von der OHL vollkommen unterbewertete Kriegseintritt der USA am 6. April 1917. Der durch den genialen Trotzki verzögerte wie verschleppte Frieden von Brest-Litowsk, statt möglicherweise schon im Dezember 1917 erst im März 1918 abgeschlossen, verhinderte die Verlegung der im Osten noch benötigten Divisionen an die Westfront²⁰. Unabhängig von dem Fehler Ludendorffs, in der allein schon kritischen Entscheidung für die „Operation Michael“ im März 1918, wie auch in den folgenden vier Operationen auch noch mit unterschiedlichen Schwerpunkten gleichzeitig anzutreten, fehlten die entscheidenden Reserven für einen tatsächlichen strategischen Durchbruch²¹. Die ausgezehrten Kräfte konnten dann auch mit dem 8. August, dem „Schwarzen Tag des Deutschen Heeres“, nicht mehr länger standhalten. Dem Teufelskreis aus pausenlosen Angriffen des Gegners, der Grippeepidemie, den Rückzugsgefechten, der Ausblutung durch gestiegene Verluste und allgemeiner Erschöpfung, auch des Willens, konnte die Truppe nichts mehr entgegensetzen²². Der Ausstieg der anderen Mittelmächte²³ und die rasante, so nicht erwartete zahlenmäßige Verstärkung (bis Ende 1918 ca. zwei Millionen Mann) und Steigerung der Kampfkraft der US-Truppen taten dann ein Übriges, um die OHL, oder genauer Ludendorff am 29. September 1918 zu veranlassen, die bisher weitgehend unbeteiligte Regierung zu sofortigen Verhandlungen über einen Waffenstillstand aufzufordern. Fast gleichlaufend hatte Kronprinz Rupprecht von Bayern gefordert: „Wir müssen unbedingt Frieden schließen, es ist nichts mehr zu machen!“. Dieses Eingeständnis schockierte die unaufgeklärte und unvorbereitete Regierung wie die Bevölkerung und wirkte sich nachhaltig aus.

Die Geschehnisse in Kiel am 5. November waren gegen die landläufige Meinung keine Revolution, sondern eine Meuterei, auch wenn es dafür gute Gründe gab und das soldatische Verhältnis auf den Schiffen weder eine „Grabenkämpfergemeinschaft“ schaffen konnte, noch auch mit damaligen Vorstellungen von Menschenführung im Einklang stand. Die „Innere Führung“ der Bundewehr braucht hierzu nicht einmal bemüht zu werden.

Der 9. November in Berlin – vielleicht mit Ausnahme in München – war ebenfalls keine Revolution, sondern ein folgenschwerer politischer Umsturz, den Andreas Platthaus zu Recht als einen „doppelten [sozialdemokratischen, der Verf.] Staatsstreich“²⁴ wertete, ging aber auch einher mit gesellschaftlichen Umbrüchen. Diese waren allerdings mit einer Radikalisierung der Politik und revolutionären Bestrebungen, Umtrieben und Bewegungen unterschiedlicher Couleur verbunden, die sich bis in die Jahre 1923 hinziehen sollten. Das innenpolitische Chaos in der Anfangszeit des weiterbestehenden „Deutschen Reiches“, der Weimarer Republik, berechtigt allerdings nicht zu der Bezeichnung einer Revolution. Die tatsächliche Revolution begann ab dem 30. Januar 1933 unter den nationalsozialistischen „Heilsversprechen“.

Und schließlich, der 11. November war kein Waffenstillstand, sondern eine Kapitulation oder „*ein Waffenstillstand, der einer Kapitulation gleichkommt*“, so wie von Foch als alliiertem Bevollmächtigtem vorgesehen²⁵. Die historische Bedingung eines Waffenstillstands – das vorläufige Anhalten der Feindseligkeiten mit bestimmten, zumeist humanitären Bedingungen und dem Verbot weiterer militärischer Verstärkungen für beide Seiten – blieb außer Acht. Mit diesem „Waffenstillstand“ und mit seinen Folgen wurde das Reich in einem so starken Maße demilitarisiert und vor allem logistisch-wirtschaftlich beeinträchtigt, dass allein daraus an eine Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Kämpfe, unabhängig von der unruhigen innenpolitischen Lage im Reich, den fehlenden wirtschaftlichen Grundlagen und einer nun fehlenden Resilienz der Bevölkerung, nicht mehr zu denken war. Hierzu gehören auch die Folgen des Hungerwinters („Steckrübenwinter“) von 1916/17 sowie die Auswirkungen der in ihrer Bedeutung erst später erkannten „Spanischen Grippe“. Hinzu kam die anhaltende, äußerst effektive, aber völkerrechtswidrige Seeblockade seit dem 2. November 1914 durch Großbritannien, die im „Waffenstillstand“ bestätigt wurde und noch über den 28. Juni hinaus bis zum 12. Juli 1919 dauern sollte. Die einerseits durchaus verständliche Mischung aus „Freude und Hass“ beim Sieger blieb andererseits weder den Unterhändlern um Erzberger noch im Reich verborgen und führte nicht zu friedensersnender Gelassenheit. Die mit dem 11. November eingesetzte „ständige internationale Kommission“ zur Kontrolle des Abkommens sollte noch weit in den späteren „Frieden“ hineinarbeiten und wurde erst im Spätsommer 1920 (sic!) aufgelöst²⁶. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass an diesem 11. November eine Puppe des

Der 11. November war kein Waffenstillstand, sondern eine Kapitulation oder „ein Waffenstillstand, der einer Kapitulation gleichkommt“, so wie von Foch als alliiertem Bevollmächtigtem vorgesehen.

Kaisers zwischen zwei Wolkenkratzern in New York als symbolische Verurteilung aufgehängt wird²⁷.

Die gelungene Rückführung der Truppen aus dem westlichen Kriegsschauplatz innerhalb der geforderten 15 bzw. 31 Tage über den Rhein bleibt dagegen historisch als eine organisatorische, logistische und auch disziplinar militärische Glanzleistung bestehen. Sie ermöglichte zudem den Erhalt von einsatzbreiten Truppenteilen zu Eberts Händen.

Ablauf, Zielsetzung und wesentliche Inhalte des Vertrags

Am 22. Januar 1917 formulierte der US-Präsident Wilson ein erstes Friedensprogramm für einen „peace without victory“, welches zunächst auf beiden Seiten nur wenig Resonanz fand. Erst seine am 8. Januar 1918 in einer Ansprache an den Kongress vorgestellten 14 Punkte fanden eine größere Resonanz, insbesondere als Wilson am 11. Februar, ebenfalls vor dem Kongress, formulierte *“es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder Schadensersatz geben, der den Charakter der Strafe trägt...Das Selbstbestimmungsrecht ist nicht eine bloße Phrase.”*²⁸ Die anfangs vorsichtige Forderung nach einer Abdankung des Kaisers und damit einem möglichen Wechsel des Regierungssystems

*„...es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder Schadensersatz geben, der den Charakter der Strafe trägt...Das Selbstbestimmungsrecht ist nicht eine bloße Phrase...“
(US-Präsident Wilson)*

*satz geben, der den Charakter der Strafe trägt...Das Selbstbestimmungsrecht ist nicht eine bloße Phrase.”*²⁸ Die anfangs vorsichtige Forderung nach einer Abdankung des Kaisers und damit einem möglichen Wechsel des Regierungssystems

wurde erst im September/Oktober 1918 laut. Wilsons sowohl realpolitischer [die USA als „arbitrary power“] wie demokratieorientierter und vor allem moralischer Ansatz sah zuerst keine Demütigung des Verlierers vor. Dies änderte sich mit seiner Rede vom 27. September 1918, in der er die 14 Punkte nun auf 24 Punkte erweiterte²⁹. Die zwar harten, aber letztlich zu akzeptierenden Bedingungen, vor allem der Punkt VII, der die Aufhebung des Frankfurter Friedens von 1871 mit dem Satz vorsah *„hinsichtlich des Frankreich angetanen Unrechts“* schmerzten. Der Zeitdruck und das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der 14 Punkte, bei einer erst im Nachhinein festzustellenden Überbewertung von Wilsons tatsächlichem Einfluss und seinem Durchsetzungswillen, gaben den Ausschlag. Daher richtete die Reichsregierung am 5. Oktober eine Note an Wilson, indem diese die 14 Punkte annahm und um die Aufnahme von Friedensverhandlungen bat. Wilson antwortete am 5. November, mit den andern Mächten abgestimmt, zum Friedensschluss einzuwilligen mit dem Zusatz, dass Marschall Foch bevollmächtigt sei, die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen. Eine Grundlage für die Entscheidung

war Wilsons Idee der Gründung eines Völkerbundes „to make the world safe for democracy“. Im Vertrauen darauf und auf die ersten 13 Punkte glaubte die neue Reichsregierung, nach der Abkehr von den lang gehegten Forderungen eines „Siegfriedens“ auf erträgliche Bedingungen. Doch schon die Forderung nach der „Freiheit der Meere“, Wilsons Punkt zwei, war aufgehoben.

Der Beginn der „Friedensverhandlungen“ lag am 18. Januar (18. Januar 1871!) mit Beteiligung von 27 Nationen, darunter auch nur sogenannte Sieger³⁰, ohne die Besiegten als besondere Neuerung und ohne das nun bolschewistische Russland. Die Vertragsvorbereitung indes lag tatsächlich nur in den Händen der „großen Vier“, Italien dabei in der Situation des „band-wagon“-Teilnehmers, wobei es bei entscheidenden Fragen ausgeschlossen blieb. In 52 Fachkommissionen wurde das Vertragswerk bis in Detailfragen hinein erarbeitet. Offiziell galt das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Leitidee, wenn auch in der Realität mit zweierlei Maß. Um ein Fazit vorweg zu nehmen: Alle beteiligten Nationen handelten nach ihren eigenen nationalen Interessen, was auch untereinander die Verhandlungen nicht erleichterte.

Die Übergabe der Artikel an die deutsche Delegation erfolgte am 7. Mai, gezielt an dem Jahrestag der Torpedierung der „Lusitania“. Das Verhalten des deutschen Außenministers, Graf Brockdorff-Rantzau, war zwar höchst undiplomatisch, muss aber dennoch im Zusammenhang der Emotionen im Reich gesehen werden. Zur Besänftigung der Sieger trug es allerdings nicht bei – im Gegenteil.

Am 21. Juni folgte die Selbstversenkung der Flotte vor Scapa Flow. Auch diese Aktion war aus dem Geist der Zeit, nach internationalem Marinekodex und in Folge der nun öffentlich diskutierten Friedensbedingungen nachvollziehbar – wenn auch diplomatisch unklug. Dennoch, der Flottenverband war nur interniert, also in gewisser Sicht „souverän“, und so verstieß die Selbstversenkung nicht gegen internationales Recht. Diesem Ereignis folgte die in der ausländischen Presse mehr als im Inland verfolgte Verbrennung der im Berliner Zeughaus gelagerten erbeuteten französischen Kriegsfahnen von 1870/71, die laut Vertrag an Frankreich (Art. 245) zurückgegeben werden sollten. Diese Aktion von Studenten und Freikorpskämpfern (Oberleutnant Simon und Martin Kirschbaum) schlug naturgemäß in Frankreich hohe Wellen.



Der Vertreter der deutschen Reichsregierung, Kurt Freiherr v. Lersner, bei der Unterzeichnung von Verträgen zum Friedensvertrag im Uhrensaal des Außenministeriums in Paris.

Die Unterzeichnung des Vertrags erfolgte dann in einem abermals absichtlich demütigenden Rahmen am 28. Juni, dem Tag der Ermordung des Thronfolgers in Sarajewo, im symbolträchtigen Spiegelsaal zu Versailles durch die beiden Bevollmächtigten Hermann Müller und Johannes Bell. In diesem Zusammenhang müssen weitere folgenschwere demütigende Rahmenbedingungen angeführt werden. Einmal die bewusst langsamen Zugfahrten der deutschen Delegationen durch das zerstörte Kriegsgebiet von Nordostfrankreich, vor allem aber die durch Clemenceau persönlich angeordnete „Zur Schau Stellung“ der Gesichtsverwundeten, der „cinq geules cassées“, die so öffentlich instrumentalisiert der Weltöffentlichkeit die deutsche Schuld nochmals besonders augenfällig machen sollten.

Nach langer und ernsthafter Debatte hatte die Deutsche Nationalversammlung am 22. Juni mit deutlicher Mehrheit von 237 gegen 138 Stimmen für die Annahme des Vertrages gestimmt. Ein schriftlicher Vorbehalt gegen die Kriegsschuldartikel (Art. 227 bis 231) wurde von Clemenceau abgelehnt, so dass am 23. Juni erneut über die Ermächtigung zur Unterzeichnung abgestimmt werden musste. Zwei Stunden vor Ablauf der Frist teilte die Reichsregierung die Annahme mit dem Zusatz mit, dass sie „der übermächtigen Gewalt weichend und ohne die Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben“ zur Unterzeichnung bereit sei.

Inwieweit sich die Reichsregierung hierbei unter einem französischem Invasionsdruck sah, muss offen bleiben. In der Tat hatte Groener einen militärischen Widerstand, auch nach möglichen Anfangserfolgen im Osten des Reiches, als erfolglos und undurchführbar ausgeschlossen. Auf französischer Seite hatte Marschall Foch für den Fall einer Nichtannahme in der Zeit vom 16. bis 22. Mai detaillierte Einsatzbefehle für zwei Armeen (VIII. und X. mit über 30 Divisionen, dazu mit Luftstreitkräften) herausgegeben, um mit amerikanischen, britischen und belgischen Verstärkungen mit den Schwerpunkten über das Ruhrgebiet nach Norden Richtung Weser und in einer Durchtrennung des Reiches beiderseits des Mains vorerst bis auf die Linie Gießen - Würzburg anzugreifen. Gleichzeitig setzte er auf die, wenn auch vereinzelt, separatistischen Bestrebungen in den rheinischen Gebieten und im süddeutschen Raum. Der Angriffsbeginn war für den 24. Juni vorgesehen. Nach der Abstimmung im Reichstag wurden die Angriffsvorbereitungen eingestellt, die Reservisten verblieben aber bis zum 1. Juli 1919 in ihren Truppenteilen³¹.

Der Vertrag besteht aus 440 Artikeln, die auch heute nur mit Herzblut zu verstehen sind, mit zahlreichen Anlagen und vorangestellten Bestimmungen für den zukünftigen Völkerbund als Teil dieses Vertrages. Mit Masse handelt es sich um sogenannte „Verzichtserklärungen“ – wie hier nur als Beispiel angeführt, dem Verzicht auf die bisherigen Rechte an 400 000 km Überseekabeln (Art. 244, Anl. VII.) oder dem Verzicht auf bisherige rechtskonforme Befugnisse im Rahmen von „*finanziellen oder wirtschaftlichen Organisationen internationalen Charakters*“ (Art. 258).

Im Folgenden sollen aus der Gesamtbelastung nur die aus Sicht des Verfassers für die spätere Auseinandersetzung wesentlichen Artikel herausgegriffen werden:

1. Mit Sicherheit stehen vorweg die „Strafbestimmungen“ (Artikel 227 - 230) mit dem Kriegsschuldartikel (Alleinschuld nach Art. 231), der zudem mit der Auslieferung von „Kriegsverbrechern“ (u. a. des Kaisers und Ludendorffs³²) und der Befugnis für alliierte Militärgerichte verbunden war und die „rechtliche“ Grundlage für die „Wiedergutmachungsartikel“ der Reparationsforderungen und Gebietsabtretungen legen sollte. Dazu trat das einseitige Verbot von Ersatzansprüchen oder Anklagen gegen mögliche Handlungen der Ententemächte oder ihrer Personen im Kriege (Art. 298 §2). Diese gewollte Demütigung wurde auch als solche empfunden. Sie ist aus Sicht des Verfassers das entscheidende Momentum für die innere Ablehnung des Vertrages und für die andauernde Forderung nach seiner Revision. Diese Demütigung wurde durch die Wegnahme der Kolonien (Art 119) mit der Feststellung der „Kolonialschuld“ ergänzt, nach der das Reich „*der hilflosen Bevölkerung einiger Kolonien, die sie sich selbst angeeignet hatte, untragbare Lasten und Ungerechtigkeiten aufgebürdet habe*“, und, „*Deutschland sei zivilisatorisch unfähig, Kolonien zu führen*“³³. Wilsons Punkt 5 über eine allgemeine Kolonialfrage war damit aufgehoben und die spätere – vermeintlich weiche - Mandatsregelung der Verteilung der Kolonien unter den Siegermächten schmerzte doppelt. Erzberger sagte vor dem Reichstag am 2. Februar 1919 hierzu: „*Der Kolonialraub in*

Diese Demütigung wurde durch die Wegnahme der Kolonien (Art 119) mit der Feststellung der „Kolonialschuld“ ergänzt, nach der das Reich „der hilflosen Bevölkerung einiger Kolonien, die sie sich selbst angeeignet hatte, untragbare Lasten und Ungerechtigkeiten aufgebürdet habe“, und, „Deutschland sei zivilisatorisch unfähig, Kolonien zu führen“.

„Der Kolonialraub in Paris bringt kein Glück. Er ist der Tod des Völkerfriedens“

*Paris bringt kein Glück. Er ist der Tod des Völkerfriedens*³⁴. Letztlich waren diese Abtretungen auf die Gesamtbevölkerung bezogen ein emotional überhöhter „Phantomschmerz“³⁵. Dennoch, diese und andere Feststellungen der Mantelnote vom 16. Juni, die als eine Einleitung zum Gesamtvertrag zu verstehen ist, wurde noch 1999 von Gerd Krumeich mit dem Ausdruck „von exemplarischer Brutalität“ bewertet³⁶. Ebenso gehört hierzu der nach Artikel 247 geforderte „adäquate Ersatz“ von im Krieg vernichtetem oder zerstörtem Kulturgut, darunter die im Reich befindlichen, 1821 regulär gekauften sechs Flügeltafeln des berühmten Genter Altars oder die ebenfalls rechtmäßig erworbenen Flügel des „Löwener Altars“.

2. Sodann die Gebietsabtretungen im Reich (Art. 31 – 158) mit über 70 000 Quadratkilometern, etwa 13 Prozent des Reichsgebiets mit fast sieben Millionen zumeist deutscher Bevölkerung (unabhängig von dem höher anzusetzenden Verlust an Wirtschaftsleistung), insbesondere diejenigen, welche mit darauf folgenden fragwürdigen oder gar völkerrechtswidrigen Abstimmungsverfahren verbunden waren).
3. Die Nichtaufnahme in den Völkerbund, dem hehren politischen Ziel des US-Präsidenten. Das Reich musste sich zu Recht als politisch ausgestoßener „Paria“ fühlen. Hierzu zählen auch die „Entwaffnungsbestimmungen“ (Art. 159 – 231) mit der Reduzierung auf ein 100 000-Mann-Heer ohne Wehrpflicht, ohne Panzer, ohne Luftwaffe, mit einer eingeschränkten Marine von 15 000 Mann und ohne einen Generalstab. Insgesamt also eingeschränkte Kräfte, die aus Sicht der Sieger nur für innere, eher polizeiliche Aufgaben vorgesehen werden konnten. Dazu kamen noch das Schleifen von Grenzbefestigungen und die Errichtung einer alliierten Kontrollkommission. Durch die „Freistellung“ von über fünf Millionen Soldaten³⁷ bis zum 31. März 1920 (Art. 160), darunter viele ehemalige Kriegsfreiwillige, ergab sich daraus nicht nur ein personelles Potential für die Freikorps, sondern nach deren Auflösung ein politisch wie sozial brodelndes Gemenge einer aus ihrem normalen Leben gerissenen Generation mit nur geringer Zukunftsperspektive, zudem in einer durch innere Unruhen, Arbeitslosigkeit und Inflation zusätzlich gebeutelten Republik. Die Situation des „*Schöner Gigolo, armer Gigolo*“ von 1919 ist hier vergleichsweise harmlos, wenn auch bezeichnend. Ein Bodensatz für Radikalismus jeder Art war mit diesen Maßnahmen vorbestimmt.

4. Die Nichtaufhebung der an sich schon völkerrechtswidrigen Seeblockade durch Großbritannien, welche weitere 100 000 Hungertote forderte³⁸ (Aufhebung erst am 13. Juli 1919 nach der Ratifizierung des Vertrags durch das Reich).
5. Das völkerrechtswidrige und den Ideen des Selbstbestimmungsrechts der Völker des neuen Völkerbunds widersprechende Verbot, dass sich das gerade gegründete „Deutsch-Österreich“ dem Reich angliederte. Aus den oben geschilderten Gründen hat sich insbesondere Frankreich dieser Angliederung verweigert.
6. Mit dem Artikel 241 *„Deutschland verpflichtet sich, alle Gesetze, Bestimmungen und Verordnungen zu erlassen, zu verkünden und in Kraft zu lassen, die etwa nötig sind, um die vollständige Erfüllung der gegenwärtigen Vertragsabmachungen zu sichern“*, erhielt der Versailler Vertrag eine Art Verfassungsrang. Die über Jahre festgesetzte interalliierte Kontrollkommission in ihrer Verbindung zu der Wiedergutmachungskommission mit geheimen Beratungen ging mit ihren Vorleistungen und späteren Forderungen in Sachleistungen weit über die finanziellen Reparationen hinaus, deren Höhe im Übrigen noch gar nicht festgelegt war. Hierdurch und beispielsweise der Internationalisierung der nationalen Wasserwege lässt sich feststellen, dass das Reich über – mindestens – 15 Jahre (Art. 430) hinweg praktisch unter politischer, militärischer wie wirtschaftlicher Kuratel zu stehen hatte.

Diesem Kontext der Kontrollmaßnahmen ist die Zeit der vor allem französischen Besetzung zuzuordnen, welche mit dem Schlagwort „die Schwarze Schmach“ eine zusätzliche emotionale wie rassistisch geprägte und vor allem in den Nationalsozialismus einmündende Überspitzung erfuhr. Reiner Pommerin hat hierzu eine sehr sachliche Studie veröffentlicht³⁹. Auslöser war der wiederum als Demütigung gedachte Einsatz französischer Kolonialsoldaten – im Gegensatz zu der britischen oder amerikanischen Besetzung – in der Rheinzone südlich der Mosel; ab 1923 nach Abzug der Amerikaner auch bis südlich von Bonn. Aus der Gesamtzahl von ca. 85 000 dort stationierten Soldaten schwanken die anteiligen Zahlen der afrikanischen Kolonialsoldaten, auch abhängig von den Jahreszeiten, zwischen 30 000 und 40 000⁴⁰; der deutsche Außenminister Köster (SPD) sprach im Juni 1920 von bis zu 50 000 schwarzen Truppen und be-

Die drei zusammenhängenden Ziele des „Vertrages“ schienen erreicht: „Bestrafung, Entschädigungszahlungen und Vorbeugung“.

zeichnete dies als „ein Vergehen an Gesamteuropa“⁴¹. Die für die damalige Zeit außergewöhnliche Belastung soll die Lage im Regierungsbezirk Wiesbaden im Dezember (Winter!) 1920 erläutern: Den ungefähr 165 000 Einwohnern standen 12 069 Besatzungssoldaten gegenüber, davon 5 571 Kolonialsoldaten. Die Herausforderungen und allgemeinen Probleme dieses „Zusammenlebens“ brauchen hier nicht weiter erörtert zu werden.

Insgesamt ist aus dem Blick der Siegermächte auf das Vertragswerk festzustellen:

Die drei zusammenhängenden Ziele des „Vertrages“ schienen erreicht: „*Bestrafung, Entschädigungszahlungen und Vorbeugung*“⁴².

Ein Fazit.

Foch, wie schon hervorgehoben, zweifelte nicht zu Unrecht an der Dauerhaftigkeit dieses Friedens, der ihm nicht weit genug ging. Schon 1919 stellte er fest: „*Das ist kein Frieden. Es ist ein Waffenstillstand auf zwanzig Jahre*“⁴³. Dagegen schrieb Keynes, ebenfalls 1919: „*Die Politik der Versklavung Deutschlands für ein Menschenalter, der Erniedrigung von Millionen lebendiger Menschen und der Beraubung eines ganzen Volkes sollte abschreckend und verwerflich sein*“⁴⁴.

Der „Frieden“ von Versailles 1919 bleibt zu Recht umstritten und ist mit seinen Folgen durchaus unterschiedlich zu bewerten. Während die weitgehend in Vergessenheit geratenen sogenannten Vorortverträge⁴⁵, insbesondere die Zerschlagung des Habsburgerreiches und des Osmanischen Reiches mit neuen – teil-

*weise spätkolonialen und erhebliche ethnische Minderheiten trennende wie einschließende – Grenzziehungen, welche bis heute in Osteuropa und im Nahen Osten ihre Spätfolgen zeigen, ist Versailles selbst in der allgemeinen politischen Diskussion nicht mehr relevant. Nichtsdestotrotz entstanden aus den Ruinen der erloschenen Reiche des Zaren und der Habsburger neun neue Demokratien*⁴⁶, auch aufgrund des auch anderweitig kritisch zu sehenden Frieden von Brest-Litowsk. Dem Ziel Wilsons der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker wurde durch das Anlegen von zweierlei Maß Grenzen gesetzt. Insofern kann das Jahr 1919 auch als das Jahr

Die Bevölkerung des Reichs, der Weimarer Republik empfand unisono, von links, beginnend mit kommunistischen und nationalbol-schewistischen Strömungen bis rechts, quer durch die soziale Schichtung hindurch und einschließlich der Kirchen, diesen in der Tat demütigenden „Frieden“ als ehrenrührig, als ein ungerechtes Diktat.

der „zerplatzten Träume“ gesehen werden, wobei dem zuvor messianisch überhöhten US-Präsidenten ein nicht geringer Anteil zuzuschreiben ist.

Völkerrechtlich neu ist die Abkehr von dem abendländischen Verständnis und der daraus folgenden Praxis des „lex oblivio“, dem Gesetz des Vergessens, der Begnadigung oder der Amnestie, also mit dem Verständnis, spätestens mit dem Frieden den Feind nicht als Verbrecher, sondern als „hostis iustus“ zu betrachten und zu behandeln. Carl Schmitt hat diesen Aspekt 1952 in seinem Werk „Nomos der Erde“ besonders anschaulich herausgestellt.

Mit einer Sicht sollte hingegen allerdings aufgeräumt werden: Versailles war nur indirekt ein Auslöser für den Aufstieg des Nationalsozialismus. Dessen „Erfolg“ war vielschichtiger und komplexer. Auch wenn heute kaum noch vorstellbar und in der historischen Bewertung vernachlässigt ist die folgende Tatsache: Die Bevölkerung des Reichs, der Weimarer Republik empfand unisono, von links, beginnend mit kommunistischen und nationalbolschewistischen Strömungen⁴⁷ bis rechts, quer durch die soziale Schichtung hindurch und einschließlich der Kirchen⁴⁸, diesen in der Tat demütigenden „Frieden“ als ehrenrührig, als ein ungerechtes Diktat. Der Vertrag wurde zum Trauma⁴⁹.



Protestkundgebung gegen die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages vor dem Reichstagsgebäude in Berlin, Juni 1919

Die vorstehende Feststellung gilt unabhängig von der unseligen „Dolchstoßdebatte“, die Hindenburg aus einer anonymen Schweizer Zeitungsnotiz über den britischen General Sir Frederic Maurice übernahm⁵⁰. Die Wirkung dieser Legende wird erst verständlich, wenn man die für die Masse der Deutschen überraschende Niederlage bei einem noch im Feindesland stehenden Heer und weitgehend unzerstörter Heimat zu Grunde legt. Trotzdem lässt sich von einem „Dolchstoß“ zweierlei Art sprechen, allerdings von vorne. Zum Einen bezogen auf die in dieser Härte so nicht erwarteten Kapitulations- und späteren Friedensbedingungen, zum anderen bezogen auf die geplatzten Hoffnungen, die in Wilson gesetzt worden waren.

Die deutsche Bevölkerung erwartete von jeder Regierung, alles zu tun, um diesen Vertrag zu verändern, zu revidieren oder aufzuheben. Interessanterweise spielten die Reparationen im Bewusstsein der Bevölkerung - abgesehen von gezielter politischer Propaganda und unterstützt durch Keynes' Formulierung des „Kartagofriedens Clemenceaus“⁵¹ - eine geringere Rolle als oft hervorgehoben⁵². Dies

gilt auch dann, wenn die Reparationen ein Dauerthema der Weimarer Politik und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen blieben und Auswirkungen auf die innere wirtschaftliche Lage hatten. Der spätere „Ruhrkampf“ von seinem Beginn am 11. Januar bis zu seinem Scheitern am 26. September 1923 ist hier einzuordnen⁵³. Der neue französische Außenminister Poincaré stand Clemenceau in nichts nach. Albert Leo Schlageter, der Kriegsfreiwillige und mit dem EK I. dekorierte Leutnant der Reserve, Freikorpskämpfer und Widerstandskämpfer im Ruhrkampf spielte hier eine Rolle. Er wurde nach mehreren Sabotageanschlägen gefasst und nach seinem durch ein französisches Gericht ausgesprochenes Todesurteil am 26. Mai 1923 bei Düsseldorf hingerichtet. Schlageters Hinrichtung löste einen reichsübergreifenden Proteststurm aus, und trotz auch kritischer Stimmen durchaus nicht nur im nationalkonservativen Lager, verbunden mit zahlreichen Gedenkfeiern und der späteren Errichtung von etwa 100 Gedenkstätten⁵⁴ im Reich. Obwohl Schlageter in einer späteren Liste der GDAP (Großdeutschen Arbeiterpartei/NSDAP) geführt wird, bleiben seine Mitgliedschaft und sein Engagement umstritten, vor allem, weil er erst später durch die NS-Propaganda zum „ersten Soldaten des Dritten Reiches“ hochstilisiert und mit einem entsprechenden Mythos versehen wurde. Handlung und Wirkung Schlageters bleiben aber ein Beispiel für die anhaltende innere Erregung über den „Friedensvertrag“. Historisch interessant ist, dass eine denkbare und mögliche Analogie zu dem Fall Ferdinand von Schill im Jahr 1809 nie gezogen wurde.

Die Frage nach einem Zusammenhang von Versailles und dem Nationalsozialismus bedarf schließlich noch eines weiteren kurzen geistesgeschichtlichen Exkurses. Der Weg vom „Augusterlebnis“ des Jahres 1914 über das Kriegserlebnis des Ersten Weltkriegs in seinen unterschiedlichen Schattierungen bis hin zu einer unerwarteten Niederlage und mit dem Abschluss eines „Friedens“, der Deutschland „gefühlte“ aus dem Kreis der „Kulturnationen“ ausschloss, führte auch zu einer geistigen Leere, einer politischen wie geistesgeschichtlichen Orientierungslosigkeit, die sich mit Rilkes Ausruf vom 12. Januar 1920 „Wie heimatlos sind wir doch alle!“ gut beschreiben lässt⁵⁵. Nicht von ungefähr analysierte Oswald Spengler fast gleichlaufend zwischen 1913 und 1918 diese nicht nur deutsche Geisteskrise in seinem Werk „Der Untergang des Abendlandes“. Zudem traten in diese Leere teilweise verschwommene oder polemische Vorstellungen über die geistige „Gesundung Deutschlands“, verbunden mit wachsendem Antisemitismus und einer von dem Gespenst des Bolschewismus „als Lehre vom tausendjährigen [sozialistischen, d. Verf.] Reich“⁵⁶ geprägten kommunistischen Vision. Insgesamt eine Leere, die der junge Nationalsozialismus mit seinen Heilsversprechungen auszufüllen schien.

Insofern ist es historisch billig, alle Bemühungen zu einer Revision – letztlich auch die hierbei erfolgreichen des Dritten Reiches von 1934 bis 1936 unter stillschweigender Zustimmung der Entente-Mächte – als völkerrechtlichen Vertragsbruch einfach vorschnell abzutun. Schwerwiegend und ausschlaggebend für den nationalen Drang nach einer Aufhebung waren die oben ausführlich beschriebenen sechs Punkte des Vertrages.

Max Webers Warnung, der Vertrag werde zu einer schweren Hypothek für die junge deutsche Demokratie werden, bestätigte sich in der Folgezeit. Daher kann der Überlebensfähigkeit der Weimarer Republik in diesen Jahren und unter den oben geschilderten Rahmenbedingungen dieses Vertrages nur höchster Respekt gezollt werden.

Das Vertragswerk ließ schließlich über Versailles hinaus eine Vertragslücke in Osteuropa, neben der Auflösung des Habsburgerreiches auch durch die Nicht-einbeziehung des bolschewistischen Russlands. Die USA zogen sich entnervt im November 1919 aus Europa zurück, ratifizierten den Vertrag nicht und traten auch nicht dem Völkerbund bei. Und schließlich, mit der Aufteilung [Protektoratsverwaltungen] des Osmanischen Reiches weitgehend unter die Kriegsgewinner Frankreich und Großbritannien, wurde eine Zerfallszone, eine „Shatterzone of Empires“, mit weitreichenden Auswirkungen bis heute geschaffen⁵⁷. Die bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse in Russland bis 1923, in Südosteuropa mit ersten Vertreibungen, Irlands „schmutziger Bürgerkrieg“ bis 1922 sowie der türkische Zerfalls- und Abwehrkrieg bis 1923 lassen sich mit Bezug auf Versailles ebenfalls hier einordnen. Hinzu traten die Folgen der vorhergehenden Mobilmachung von über zwei Millionen indigener Kolonialsoldaten und -arbeitern, davon etwa 644 000 als Soldaten allein auf europäischem Boden eingesetzt⁵⁸. Europa insgesamt verlor seinen moralischen Kredit, welches die bald einsetzenden weltweiten Dekolonisationsbestrebungen mit heraufbeschwor oder verstärkte. Neben Lenin hat auch Trotzki diese Sicht vertreten, wenn er im März 1923 schreibt, *„...für die Bourgeoisie sei dies ein äußerst riskantes Spiel, denn der Einsatz von Kolonialtruppen zwischen den Bourgeoisien der verschiedenen Nationen... werde zu einem raschen Wandel der... Mentalität der Afrikaner führen und sie revolutionären Ideen zugänglich machen“*⁵⁹.

So kann zu Recht auch von einer tatsächlichen weltweiten und friedlichen Neuordnung, wie sie das Programm des Völkerbundes vorsah, nicht gesprochen werden. Eine Thematik, die in diesem Essay bewusst nicht weiter verfolgt wurde.

Abschließend lässt sich für das Reich feststellen: Der „Frieden“ war zu hart oder zu demütigend, um ein gedeihliches Nebeneinander in Europa zu bewirken, er war nicht politisch vorausschauend genug, um – zumindest mittelfristig – das

Der „Frieden“ war zu hart oder zu demütigend, um ein gedeihliches Nebeneinander in Europa zu bewirken, er war nicht politisch vorausschauend genug, um – zumindest mittelfristig – das Reich langfristig als zweit- bis drittrangigen Staat aus diesem Europa auszuschließen.

Reich langfristig als zweit- bis drittrangigen Staat aus diesem Europa auszuschließen. Und um auf die historische Einleitung zurück zu kommen, das lange erstrebte historische Ziel Frankreichs wurde nicht erreicht. Der Rhein blieb – weitgehend – deutsch, und auch die gewünschte politische Umklammerung Deutschlands

wurde mit der Neugründung eines unabhängigen Polens als, wenn auch so nicht gewolltem, Pufferstaat zwischen dem Reich und Russland in das Gegenteil verkehrt⁶⁰.

Zum Autor: Ulrich C. Kleyser, Offizier der Panzeraufklärungstruppe, Oberst a.D., ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und Alter Herr des Corps Rhenania zu Tübingen. Er durchlief die Generalstabsausbildung in Hamburg und Rio de Janeiro und war u.a. Leiter Heereshauptverbundungsstab Frankreich sowie im Einsatz bei SFOR und KFOR. 2010 M.A. in Geschichte.

Literaturverzeichnis.

Afflerbach, Holger, Auf Messers Schneide. Wie das Deutsche Reich den ersten Weltkrieg verlor, München 2018.

Bundezentrale für politische Bildung (Hrsg.), Pariser Friedensordnung. Aus Politik und Zeitgeschichte 15/2019, Bonn 2019.

Clemenceau, Georges, Grandeurs et Misères d'une Victoire, Paris 1973.

Conze, Eckart, Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt, München 2018.

Delbrück, Hans, Der Friede von Versailles, Berlin 1930.

Elz, Wolfgang, Versailles und Weimar, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50-51/2008, Bonn 2008, 31 – 38.

Fenske, Hans, Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen, München 2013.

Hornung, Klaus, Alternativen zu Hitler, Wilhelm Groener, Graz 2008.

Janz, Oliver, Der Grosse Krieg, Frankfurt/Main 2013.

Keynes , John Maynard, Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrages von Versailles, Berlin 2006.

Koller, Christian, 'Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt', Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialsoldaten in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914 - 1930), Stuttgart 2001.

Kraus, Hans-Christian, Versailles und die Folgen, Außenpolitik zwischen Revisionismus und Verständigung 1919 -1933, Bonn 2014.

Krumeich, Gerd, Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkrieges und die Weimarer Republik, Freiburg 2018.

Leonhard, Jörn, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2 2014.

Leonhard, Jörn, Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918 – 1923, Bonn 2019.

MacMillan, Margaret, Die Friedensmacher, Wie Versailles die Welt veränderte, Berlin 2015.

Münkler, Herfried, Der Grosse Krieg. Die Welt 1914 – 1918, Berlin 2013.

Moser, Otto von, Das militärisch und politisch Wichtigste vom Weltkriege, Stuttgart 1927.

Platthaus, Andreas, Der Krieg nach dem Krieg, Deutschland zwischen Revolution und Versailles 1918/19, Bonn 2018.

Raphael, Lutz, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1900-1945, Bonn 2014.

Reichsregierung(Hrsg.), Gesetz über den Friedensschluss, Berlin o. J. (vermutlich 1922).

Schönplflug, Daniel, Kometenjahre. 1818: Die Welt im Aufbruch.

Anmerkungen

- 1 Eröffnungssatz des französischen Premierministers Georges Clemenceau am 07. Mai 1919 in der Sitzung in Versailles zur Entgegennahme der Friedensbedingungen durch die deutsche Delegation..
- 2 Reichsjustizminister Otto Landsberg (SPD) nach Erhalt des Vertragsexemplars vom 07. Mai. Zitiert nach Hans Fenske, Der Anfang vom Ende des alten Europa, München2013, 99.
- 3 Georges Duby, Der Sonntag von Bouvines, .27. Juli 1214, Berlin 1988. Duby ordnet diesen „ersten Sieg der Franzosen über die Deutschen“, über den „furor teutonicus“, ein in einen vor allem kulturellen Überlegenheits- und Erinnerungsmythos, der sich von 1214, verstärkt noch nach 1870, bis zum II. Weltkrieg hinzieht.
- 4 René Girard, Achever Clausewitz, Paris 2007, 13.
- 5 Dies ist besonders unter dem Aspekt bemerkenswert, dass Clemenceau, „le tigre“ und Motor wie Seele des Vertrages, „hostile à tout compromis“ bis zu seinem Tod 1929 nicht von seiner „germanophobie et sa haine de l’Autriche-Hongrie catholique“ abrückte. Zitiert nach Philippe Conrad, La Grande Guerre, in enquête sur l’histoire, Nr. 12/94, Paris 1994, 37.
- 6 Neben dem berühmten Aufsatz von Max Weber „Zum Thema der <Kriegsschuld>“ vom 17. Januar 1919 ist hier vor allem Sebastian Haffner anzuführen, der in seinen Erinnerungen hinsichtlich Versailles ähnlich schreibt: „Die zweite Gefahr war Verbitterung – masochistische Selbstausslieferung an Hass, Leiden und schrankenlosen Pessimismus. Es ist fast die natürlichste deutsche Reaktion auf Niederlagen“. Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Erinnerungen 1914 -1933, München 8 2001, 189.
- 7 Herfried Münkler, Der Grosse Krieg. Die Welt 1914 – 1918, Berlin 3 2013, 771.
- 8 Im Folgenden wird dieser Vertrag der historischen Betrachtung gemäß in Parthese gesetzt.
- 9 Der Begriff “Kapitulation” galt für die vor allem handelsorientierten Verträge christlicher europäischer Staaten mit dem “Diwan”, der Regierung der “Hohen Pforte”, vom 16. bis zum 18. Jahrhundert.
- 10 Den darauf folgenden Friedensvertrag brach er allerdings schon nach seiner Freilassung 1526 und führte seit 1531 fast ununterbrochen Kriege gegen das Reich und Habsburg. Die in der damaligen christlichen Welt umstrittene Kapitulation mit dem „Diwan“ erfolgte 1536.

- 11 Siehe hierzu u. a. Ulrich C., Kleysler, Lazare Carnot, Berlin 2016, 85.
- 12 Siehe hierzu Herfried Münkler, Der Große Krieg. Die Welt 1914 -1918, Berlin 2013, 767 ff.
- 13 Die Einschränkung, dass sich diese Außenpolitik nicht gegen das Reich richten dürfe, blieb eine Formalie und in der historischen Realität eine Fiktion.
- 14 Samuel von Pufendorf, Über die Verfassung des deutschen Reiches, Berlin 1922, 94.
- 15 Bismarck wehrte sich anfangs gegen diese Rückgabe, musste sich aber Moltke und dem nationalen Impetus beugen. Interessant hierbei ist, dass Gneisenau 1815 diese Rückgabe – möglicherweise mit einem anderen Integrationserfolg – gefordert hatte, aber an der Weigerung Großbritanniens scheiterte. Für Frankreich gilt das geflügelte Wort „Nie davon sprechen – immer daran denken“ und die schwarz verhüllte Brunnenfigur der Maas auf der place de la Concorde in Paris, somit auch hier den „Revanchegedanken“ pflegend. Im Übrigen waren die zwar hohen Kontributionen von 5 Milliarden Goldfranc (Vgl. 1807) nicht überzogen. Frankreich zahlte überraschend schnell und löste – Ironie der Geschichte – u. a. damit den Gründerkrach von 1873 mit aus. Im Übrigen wurde in Versailles festgelegt, diese Kontribution zurückzuzahlen. Die preußische Lösung, Elsass-Lothringen als Reichsunmittelbares Gebiet zu betrachten und unter preußische Verwaltung zu stellen, trug zudem nicht zu einer erfolgreichen Integration (Zabern-Affäre 1913) bei.
- 16 Wolfgang Mommsen, Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters, Bonn 2004, 204.
- 17 Die einzelnen Regimentsgeschichten geben hierzu mehrheitlich ein erschütterndes Bild gerade für die ersten Monate des Krieges. So ist hierbei auch über die Verantwortung oder Rücksichtslosigkeit der militärischen Führung zu sprechen.
- 18 Es gibt gute Gründe, hierin schon die Unmöglichkeit eines deutschen Sieges in diesem Weltkrieg zu sehen. Die Möglichkeit eines Sieges an der Marne und damit einer, wie von Schlieffen geplant, Nordwestumfassung von Paris durch klare Schwerpunktbildung [Flügel], entsprechenden Kräfteansatz und mutige operativ-strategische Führung bleibt historisch umstritten.
- 19 Unter dem Versprechen der Entente, Südtirol und das Trentino als Kriegsbeute zu erhalten, erklärte Italien Österreich – Ungarn den Krieg. Das Reich folgte de jure am 28.08. 1916.
- 20 Lenins maßvolles „Dekret über den Frieden“ vom 9. November 1917, dem Angebot eines sofortigen Waffenstillstands, hätte eine gute Voraussetzung für einen frühen Frieden im Osten sein können. Am 21. März 1918 standen noch eine Million deutscher Soldaten im Osten.
- 21 In knapper Form und in bestechender Logik bewertet Otto von Moser diese mi-

- litärischen Operationen. In.: Das militärisch und politisch Wichtigste vom Weltkrieg, Stuttgart 1927.
- 22 Holger Afflerbach, Auf Messers Schneide. Wie das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg verlor, München 2018, 460.
- 23 Bulgarien am 29. September mit der Unterbrechung der Landverbindung zum Osmanischen Reich; das Osmanische Reich am 30. Oktober und Österreich-Ungarn am 3. November nach frühzeitigen, geheimen Friedensfühlern.
- 24 Andres Platthaus, Der Krieg nach dem Krieg. Deutschland zwischen Revolution und Versailles 1918/19, Bonn 2018, 87.
- 25 Daniel Schönflug, Kometenjahre. 1918: Die Welt im Aufbruch; Bonn 2018, 32. Die wesentlichen Bedingungen sind: Sofortiger Rückzug aus allen besetzten Gebieten, einschließlich Elsass-Lothringens, Räumung der linksrheinischen Gebiete binnen 31 Tagen –[diese Bestimmung wurde erfüllt, was von einer hervorragenden Leistung der Generalstäbe und einer – noch – strikten Disziplin der Truppe unter erschwerten Bedingungen spricht], entmilitarisierte Zonen um die Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz, zehn Kilometer neutrale Zone auf dem gesamten rechten Rheinufer, einseitige Übergabe der Kriegsgefangenen, Übergabe der Kriegsflotte, von 1700 Flugzeugen, 25 000 MG und Artillerie, dazu Tausende von Lastwagen, Eisenbahnwaggons und Lokomotiven. Ebenfalls die Annullierung des Friedens von Brest-Litowsk, mit dem Art.116 in Versailles bestätigt. Holger Afflerbach spricht von einem „conditional surrender“ .
- 26 Platthaus a. a. O., 125.
- 27 Ebda., 11.
- 28 Zitiert nach Keynes, a. a. O., 82.
- 29 Platthaus, a. a. O., 217f.
- 30 Darunter Brasilien, welches als letztes Land am 26. Oktober 1917 dem Reich den Krieg erklärte. Ebda. 293.
- 31 Colonel Paoli, L'offensive avortée sur Berlin en juin 1919, mit Kopien der Angriffsbefehle, SHAT – Vincennes o. J.
- 32 Ursprünglich standen auf dieser Liste 1590 Namen, 1920 auf 890 reduziert.. Die Reichsregierung blieb hart mit dem Hinweis, dass diese Auslieferung national nicht durchsetzbar sein. Als „Angebot“ wurden 1921 in Leipzig sechs nationale Verfahren eröffnet.
- 33 Gisela Graichen, Horst Gründer Deutsche Kolonien, Traum und Trauma. Berlin 2005, 370 f. Der vollständige Text ist Teil der Antwort auf den Protest der Nationalversammlung (414 Stimmen gegen 7) vom Mai 1918 mit der Forderung „Deutschland wieder in seine kolonialen Rechte einzusetzen“. Mantelnote der „Großen Vier“ vom 16. Juni 2019, Teil IV., Deutsche Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands, u. a. mit dem Satz “Deutschlands Versagen auf dem Gebiet

- der kolonialen Zivilisation ist zu deutlich klargestellt worden....“ In Reichsregierung (Hrsg.), Gesetz über den Friedensschluss, a. a. O., 34.
- 34 Zitiert nach Christian Koller, Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt, Stuttgart 2001, 191.
- 35 Dirk van Laak, Deutschland in Afrika, APuZ 4/2005, Bonn 2005, 10.
- 36 Gerd Krumeich, Die Stunde der Abrechnung ist da, Militärgeschichte 3/199, 9. Jahrgang, Hamburg 1999, 53.
- 37 Neben etwa 800 000 bis 1920 entlassenen Kriegsgefangenen handelte es sich vor allem um über 3,2 Millionen Soldaten des Westheeres und noch etwa 500 000 Soldaten aus dem Ostheer, von den demobil gemachten Soldaten im Reich und etwa weiteren über 4 Millionen kriegsbeschädigten ehemaligen Verwundeten ganz zu schweigen.
- 38 Als Folge der Blockade bis 1919 werden zwischen 400 000 und 700 000 Tote der Zivilbevölkerung angeführt. Janz spricht von insgesamt 800 000 Zivilisten (s: 129). Dies gilt unabhängig von den Opfern der o. a. „Spanischen Grippe“, auch wenn die Blockade deren Ausweitung ermöglicht hatte.
- 39 Reiner Pommerin, „Sterilisierung der Rheinlandbastarde“. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918 -1937, Düsseldorf 1997.
- 40 siehe hierzu Christian Koller, a. a. O., 202. Auch wenn dies in seiner Wirkung auf das Reich insgesamt nicht überschätzt werden sollte, die Vorgehensweise der französischen Regierung gab auch international zu Kritik Ansatz. 1929 standen noch 1 000 Kolonialsoldaten im Rheinland (ebda.332). (Im Übrigen nach den Vorstellungen des damaligen Oberstleutnants und späterem Generals Mangin von 1907 über eine „armée noire“ für den Einsatz in Europa. Dem entspricht auch die weitgehend vergessene Besetzung durch französische Kolonialtruppen um Fiume oder in Südungarn von 1919 bis März 1929 (ebda. 336).
- 41 Ebda., 215.
- 42 Margaret MacMillan, Die Friedensmacher, Berlin 2015, 225
- 43 Zitiert nach Ian Kershaw, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, Bonn 2016, 139
- 44 Keynes, a. a. O., 105.
- 45 Die Verträge von St. Germain–en-Laye mit Österreich am 10. September 1919; von Neuilly mit Bulgarien am 17. November 1919; von Trianon mit Ungarn am 4. Juni 1920 und von Sèvres mit dem Osmanischen Reich am 10. August 1920. Letzterer wurde nach den inneren Kriegen und dem erfolgreichen gegen Griechenland in Lausanne 1923 zu Gunsten der Türkei verändert. Viele Deutsche sahen an diesem Beispiel eine eigene verpasste Möglichkeit aus dem Jahr 1919.
- 46 Finnland, Estland, Lettland, Litauen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen und Ungarn und Österreich selbst.
- 47 Christian Koller, a. a. O., 234. Koller führt als ein Beispiel Hans von Hentig an,

- der am 3. Februar 1921 zum kommunistischen Aufstand gegen das „Versailler Diktat“ aufrief.
- 48 So wurde auf dem ersten evangelischen Kirchentag überhaupt, in Dresden im September 1919, der Vertrag in vier von fünf offiziellen Verlautbarungen kritisiert und als „furchtbarer Friedensschluss“ bezeichnet.
- 49 Ein Beispiel hierfür: Der Vater des Verfassers erhielt 1924! zu seiner Konfirmation! das Buch „Und was der Feind uns angetan – Das Buch vom Raubfrieden“.
- 50 Siehe hierzu u.a Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt 2013, 294f. Hindenburgs Anhörung im November 2019 vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung. Allerdings gebrauchten auch die Ententemächte ab 1916 diesen Begriff, um die Moral ihrer eigenen Truppen zu stärken (siehe auch Janz, 322f). Diese Debatte fand ihren Höhepunkt, von der späteren Ausschlichtung durch die Nationalsozialisten abgesehen, im sogenannten „Dolchstoßprozess“ in München 1924, in der diese Legende als „teilweise irrig und unrichtig“ rechtlich bewertet wurde (Gerhard P. Groß, Das Ende des Ersten Weltkriegs und die Dolchstoßlegende, Stuttgart 2018, 138 f.).
- 51 John Maynard Keynes. Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles, Berlin 2 2006, 78.
- 52 Siehe u. a. Margret MacMillan, Die Friedensmacher, Berlin 2015, 250.
- 53 Nach Rückständen in der Kohlereparation entschied Poincaré am 11. Januar 1923 den Einmarsch in das Ruhrgebiet mit 5 französischen und 1 belgischen Division mit insgesamt 100 000 Soldaten. Das Reich antwortete mit einem passiven Widerstand, der schnell in einen aktiven Widerstand mit Sabotageakten umschlug, jedoch erfolglos blieb und die wirtschaftlich-soziale Notlage noch verstärkte. Nach dem Abbruch des Widerstands am 26. September verblieb die Besetzung noch bis zum Juli/August 1925.
- 54 Selbst Karl Radek oder Martin Heidegger wiesen positiv auf Schlageter hin, und Sebastian Haffner bewertet das „1923-Erlebnis“ als „phantastische groteske Übersteigerung von alledem auf einmal – Revolution, soziale Krisen, Streiks, Vermögensumschichtungen, Geldentwertungen“, ohne direkt auf Versailles einzugehen, in: Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen, Erinnerungen 1914 – 1933, Stuttgart München 2001, 53.
- 55 Zitiert nach Wolfgang Martynkewicz, Salon Deutschland, Geist und Macht 1900-1945, Bonn 2011, 339.
- 56 Ebda. 356.
- 57 Eckart Conze, Die Grosse Illusion, München 2018, 21.
- 58 Christian Koller, Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt, Stuttgart 2001, 96.
- 59 Ebda. 313
- 60 Siehe hierzu Jörg Friedrich, 14/18 Der Weg nach Versailles, Berlin 2014, 1002 f.

Militär und heimliche Rüstung in Deutschland 1918 bis 1933 – Vorbereitung auf den nächsten Krieg ?

Michael P. Vollert

I. Kriegsende 1918

In aussichtsloser politischer und militärischer Lage akzeptierte das Deutsche Reich am 9. November 1918 die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten. Binnen fünfzehn Tagen mussten große Mengen an Kriegsmaterial an die Siegermächte abgeliefert werden, darunter 5.000 Geschütze, 25.000 Maschinengewehre, 1.700 Flugzeuge sowie 5.000 Lokomotiven und 15.000 Eisenbahn-Waggons. Die bisher besetzten Gebiete in Frankreich und Belgien und das linke Rheinufer waren in diesem Zeitraum zu räumen.

Der am 10. Januar 1920 in Kraft getretene Versailler Vertrag schränkte das militärische Potential Deutschlands noch weiter ein. Das Heer, gegliedert in sieben Infanterie- und drei Kavallerie-Divisionen, wurde auf ein Berufsheer von 100.000, die Marine auf 15.000 Mann begrenzt. Außerdem bestimmte der Vertrag die Abschaffung der Wehrpflicht, die Auflösung des Generalstabes, das Verbot einer Luftwaffe, von Panzern, Schlachtschiffen und schwerer Artillerie. Nur noch 102.000 Gewehre wurden dem künftigen Heer belassen. Eine Internationale Militär-Kontroll-Kommission (IMKK) sollte bis 1927 die Einhaltung dieser Bestimmungen überwachen. Damit war das Deutsche Reich nahezu wehrlos. Die »Alte Armee«, bis 1918 das wichtigste außenpolitische Machtinstrument des Reiches und Ordnungsfaktor im Innern, existierte nicht mehr.

Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs war die Revision des Versailler Vertrages mit seinen einschneidenden Begrenzungen des militärischen Potentials und damit der politischen und militärischen Handlungsfähigkeit des Reiches das erklärte Ziel aller deutschen Regierungen – gleich welcher Couleur. Dazu versuchte Deutschland regelmäßig und zumeist heimlich, die Vertragsbestimmungen zu umgehen und die Voraussetzungen für eine spätere Wiederaufrüstung zu schaffen.

Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs war die Revision des Versailler Vertrages mit seinen einschneidenden Begrenzungen des militärischen Potentials und damit der politischen und militärischen Handlungsfähigkeit des Reiches das erklärte Ziel aller deutschen Regierungen.

Als nach der November-Revolution 1918 der »Rat der Volksbeauftragten« die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, wurde Gustav Noske, bisher Reichstagsabgeordneter der SPD, der den Kieler Matrosenaufstand unter Kontrolle gebracht hatte, zum »Beauftragten für Heer und Marine« ernannt. Seine wichtigste Aufgabe war es, die bis in die ersten Wochen des Jahres 1919 andauernden Aufstandsbewegungen im Raum Berlin niederzuschlagen, die noch nicht festgelegten Grenzen im Osten militärisch zu schützen und die weitere Demobilisierung zu regeln.



Reichwehrminister Gustav Noske (links) im Gespräch mit General Maerker und Soldaten der Reichswehr, 1919

Erstmals erscheint im »Gesetz über die vorläufige Reichswehr« vom 6. März 1919 diese Bezeichnung für die künftigen Streitkräfte der Weimarer Republik. Dieses Gesetz bestimmte, dass die Armee des Kaiserreiches aufzulösen und eine »Vorläufige Reichswehr« mit dem Auftrag zu bilden sei, die Reichsgrenzen zu schützen, Ruhe und Ordnung zu sichern und den Anordnungen der Regierung Geltung

zu verschaffen – eine in den nächsten Monaten mit den verbliebenen geringen Kräften kaum lösbare Aufgabe. Der Personalumfang sollte zunächst noch 400.000, ab 1. Oktober 1919 noch 200.000 und ab Januar 1920 die im Versailler Vertrag festgelegten 100.000 Mann für das Heer und 15.000 für die Marine nicht überschreiten.

In der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wurden die Streitkräfte der jungen Republik als »Wehrmacht« bezeichnet. So heißt es im Artikel 47: »Der Reichspräsident hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches«. Auch in den Artikeln 50, 133, und 140 ist von »Wehrmacht« die Rede, in weiteren Gesetzen und Verordnungen danach jedoch von »Reichswehr«, der zuständige Minister hieß »Reichswehrminister«.

Der Begriff »Schwarze Reichswehr« entstand in den folgenden Jahren bei den kontroversen, oft polemisch geführten innenpolitischen Auseinandersetzungen über das Militär, aber auch in Reichstagsausschüssen als politischer Kampfbegriff. Schöpfer dieser Bezeichnung war der Reichstagsabgeordnete Albrecht von Graefe. Otto Geßler, 1920 Reichswehrminister, und der Chef der Heeresleitung, seit 1920 General Hans von Seeckt wandten sich jedoch wiederholt gegen die Nutzung dieses Begriffs im Zusammenhang mit den »Zeitfreiwilligen« und den »Einwohnerwehren«. Lediglich die so genannten »Arbeitskommandos« dürften als Schwarze Reichswehr bezeichnet werden, räumte Geßler 1923 ein.

Da bereits Ende 1918, besonders in den ersten darauf folgenden Jahren erkannt wurde, dass der Schutz der Grenzen, die Sicherung von Ruhe und Ordnung sowie die Bekämpfung der zahlreichen Aufstände von links und rechts weder mit der vorläufigen Reichswehr noch mit dem künftigen 100.000-Mann-Heer zu bewältigen wären, trafen Reichsregierung und Reichswehrführung bis zum Ende der Weimarer Republik mehrfach und zumeist heimlich politische oder militärische Gegenmaßnahmen, um diese Mängel zu beheben. Vor allem die ungesicherte, zunächst noch nicht festgelegte Ostgrenze, ständig bedroht durch die Armeen oder irreguläre Kräfte der neu entstandenen Staaten Polen und Tschechoslowakei, konnte weder von der Reichswehr noch von den dort zeitweilig stationierten Truppen der Siegermächte erfolgreich verteidigt werden.

Die in den folgenden Jahren als »Schwarze Reichswehr« bezeichneten, zumeist paramilitärischen Formationen, waren eine Reaktion auf die weder von der Polizei noch von der Reichswehr zu bewältigenden Konflikte im Innern und an der Ostgrenze. Bis zum Ende der 1920er Jahre folgten jedoch weitere militärische und politische Maßnahmen, häufig ohne Kenntnis oder gar Billigung der Regierung, die weit über den Grenzschutz oder die Sicherung von Ruhe und Ordnung hinausgingen. Fast immer waren diese Maßnahmen innen- und außenpolitisch bedenklich und nur in Ausnahmefällen durch entsprechende Gesetze oder Beschlüsse der Regierung gedeckt.

II. »Schwarze Reichswehr« – Organisationen und Handlungsfelder

Die unscharfe Bezeichnung »Schwarze Reichswehr« betraf vor allem die folgenden Organisationen und deren Handeln:

1. Freikorps

Bereits in den letzten Kriegstagen des Jahres 1918 forderte der Oberbefehlshaber Ost, Generalfeldmarschall Leopold Prinz von Bayern, unter dem Eindruck der Auflösungserscheinungen bei der Rückführung des Heeres aus dem Osten, dass eine zuverlässige Truppe aus Freiwilligen gebildet werden müsse, um die Bahnlinien zu sichern und das Übergreifen der russischen Revolution auf Deutschland zu verhindern. Am 16. November 1918, also nach dem Waffenstillstand, stimmte die Oberste Heeresleitung (OHL) dieser Forderung zu und bewilligte Vergünstigungen wie bessere Verpflegung und höheren Sold für diese Soldaten. Auch der Rat der Volksbeauftragten schloss sich, wenn auch nicht einstimmig, den Plänen für eine derartige Truppe an. Für die in den nächsten

Tagen sich formierenden Freikorps, so deren vorläufige Bezeichnung, gab es keine einheitliche Führung. Die OHL war froh, wenn einzelne Offiziere die Aufstellung selbst in die Hand nahmen.

In den nächsten Monaten entstanden so etwa 100 Freikorps zur Sicherung der Rückführung des Ostheeres, zum freiwilligen Grenzschutz, jedoch nur wenige für den Einsatz im Innern, zum Beispiel die 1. Marine-Brigade, die auf Veranlassung Noskes aufgestellt worden war und 1920 beim Kapp-Putsch noch einen Rolle spielen sollte. Unter den Freikorps hatte das Landesjägerkorps unter Generalmajor Georg Maerker eine besondere Bedeutung, da es die in Weimar tagende Nationalversammlung schützen sollte. Das Landesjägerkorps rettete die Regierung, die in den revolutionären Wirren während der Weihnachtstage 1918 unterzugehen drohte.

Gleichzeitig mussten Aufstände im Raum Posen und in Westpreußen niedergeschlagen werden. Da Polen und die Tschechoslowakei die Grenzen und Ergebnisse der Abstimmungen über die künftige Zugehörigkeit der umstrittenen Gebiete nicht anerkennen wollten, marschierten ab dem 20. Januar 1919 Truppen der Alliierten in Schlesien ein, denen es jedoch nicht gelang, Ruhe und Ordnung herzustellen. Daraufhin setzte die Reichsregierung auch hier Freikorps ein. Die schweren Ausschreitungen zwischen Polen und Deutschen im August 1919 konnten von den Freikorps niedergeschlagen werden, und im Mai 1921 wurde das von Polen besetzte Annaberg im 3. Polnischen Aufstand zurückerobert. »Grenzschutz Ost« war der Sammelbegriff für alle dort eingesetzten sehr unterschiedlichen militärischen Verbände, also nicht nur für die Freikorps.

Diese waren nicht Teil des ab November 1918 in Auflösung befindlichen deutschen Heeres. Ihre Aufstellung und Einsätze wurden von den Alliierten zunächst jedoch geduldet, um die Ausbreitung der Russischen Revolution zu verhindern und Deutschland nicht im Chaos versinken zu lassen. Als ab 1920/21 die Freikorps auf Druck der Alliierten aufgelöst werden sollten, hatten sie bereits ein solches Eigenleben entwickelt, dass ihre Auflösung nur mit größter Mühe und auch nicht vollständig durchgesetzt werden konnte. Ihre Angehörigen, zumeist perspektivlose ehemalige Soldaten, erhielten Sold und Verpflegung und wären bei ihrer Entlassung arbeitslos geworden. Sie entwickelten sich zu einem Sammelbecken republikfeindlicher Kräfte, die die Weimarer Republik ablehnten. Die durch Baltikum-Kämpfer verstärkte »Brigade Erhardt« trug Hakenkreuze an den Stahlhelmen, ein sichtbares Zeichen ihrer politischen Gesinnung. Der Auflösungsbefehl wurde von der Brigade nicht befolgt.

Die Freikorps wurden nicht als »Schwarze Reichswehr« bezeichnet, als Truppe außerhalb des 100.000-Mann-Heeres waren sie es aber faktisch. Als der Versailler Vertrag am 10. Januar 1920 in Kraft trat, gab es noch einige hunderttausend Freikorps-Angehörige, die nicht gewillt waren, nach Hause zu gehen. Wie erwähnt waren sie ab Dezember 1918 mit Zustimmung des Rates der Volksbeauftragten, danach mit zeitweiliger Billigung des Reichsregierung entstanden, gleichwohl Verbände, die weit über die Umfangszahlen für das Heer nach dem Versailler Vertrag hinausgingen, was die Alliierten regelmäßig beanstandeten. Zum Schutz der Ostgrenze waren sie jedoch vorerst unentbehrlich. Problematisch war ihre innenpolitische Rolle, 1920 die Beteiligung am Kapp-Putsch sowie ihre Nähe zu rechtsradikalen und republikfeindlichen Gruppen. Ihre Weigerung, sich aufzulösen, war schwerer Ungehorsam.

Die Freikorps wurden nicht als »Schwarze Reichswehr« bezeichnet, als Truppe außerhalb des 100.000-Mann-Heeres waren sie es aber faktisch.

2. Einwohnerwehren

Zusätzlich zu den bis 1920 offiziell, tatsächlich weit länger bestehenden Freikorps und dem Grenzschutz Ost wurden nach Kriegsende so genannte »Einwohnerwehren« als lokale Bürgerwehren, vor allem in Ostdeutschland zur Übernahme von Polizeiaufgaben gebildet. Im Reichswehrministerium wurde eine Zentrale zu deren Koordinierung eingerichtet. Diese paramilitärischen Verbände sollten vor allem den ländlichen Raum in Schlesien und Ostpreußen sichern. Bei den Regierungspräsidien und Kreisverwaltungen berieten ehemalige Offiziere als »Kreiskommissare« die Behörden, die auch die Erfassung der wehrfähigen Bevölkerung regeln sollten. Hauptaufgabe war der Schutz der Grenzen gegen Übergriffe durch Polen. In einigen Fällen kam es aber auch zu Geländebesprechungen und Instruktionsstunden durch Reichswehroffiziere mit Angehörigen »Vaterländischer Verbände«. Nicht nur bei der bereits genannten Schlacht um Annaberg, sondern auch bei anderen Gelegenheiten versorgte die Reichswehr die Freikorps und Einwohnerwehren mit Waffen und Munition.

Als im Januar 1920 der Versailler Vertrag in Kraft trat, forderten die Alliierten die Auflösung der Einwohnerwehren wie zuvor der Freikorps und der übrigen paramilitärischen Verbände. Erst als Sanktionen angedroht wurden, wie der Einmarsch in das Reichsgebiet, erfolgte deren Demobilisierung, auch weil sie sich inzwischen zu einem Sammelbecken rechtsradikaler und republikfeindli-

cher Kräfte entwickelt hatten. Zu einer besonderen Entwicklung kam es in Bayern. Der Freistaat weigerte sich, die dort als Einwohnerwehr entstandene »Organisation Escherich« (Org Esch) aufzulösen. Dies wäre ein Eingriff des Reiches in die inneren Angelegenheiten Bayerns, so die Begründung. Die Auflösung erfolgte dann doch, auch aufgrund der angedrohten Sanktionen der Alliierten. Danach schlossen sich die verbliebenen Teile der Org Esch dem Bund der Frontsoldaten »Stahlhelm«, an.



Generaloberst Hans von Seeckt,
Chef der Heeresleitung

1923 vereinbarte Seeckt mit dem preußischen Innenminister Carl Severing die Beendigung der militärischen Unterstützung aller nichtstaatlichen paramilitärischen Organisationen durch die Reichswehr. Severing forderte zu Recht, dass die Auflösung illegaler Wehrverbände und Waffenlager Aufgabe der Polizei, nicht des Militärs sei. Gleichwohl dauerte die Zusammenarbeit einzelner Reichswehrdienststellen mit den so genannten »nationalen Verbänden« weiter an.

1926 übernahm die Reichswehr die Aufgaben des heimlichen Grenzschutzes, ab 1928 wuchs die Befürchtung, dass die NSADP Zugriff auf die weiterhin bestehenden heimlichen Waffenlager erhalten könnte.

Im gesamten Reichsgebiet gab es solche Waffenlager, die teilweise weder dem Militär noch der Polizei bekannt waren. Zwischen der Reichswehrführung und dem Land Preußen kam es dabei zu einer Auseinandersetzung über die Zuständigkeit für deren Auflösung, die die Reichswehr immer wieder hinauszögerte. Vor allem Seeckt sperrte sich gegen die Vernichtung der Waffen und forderte die weitere Lagerung in Depots, die von »national gesinnten Kreisen« bewacht werden sollten. An dem Verbleib des 1918 nach Auflösung des Millionen-Heeres in großen Mengen zurückgebliebenen Wehrmaterials entzündeten sich während der gesamten Weimarer Zeit Konflikte im Innern und mit den Siegermächten.

3. Arbeitskommandos

Ein weiterer Personenkreis zur heimlichen Verstärkung der Reichswehr waren die so genannten »Arbeitskommandos«, eigentlich zivile Arbeiter, die jedoch uniformiert und kaserniert waren. Reichswehrminister Geßler verteidigte sie als »Reste aus den Kämpfen in Oberschlesien«. Die Arbeitskommandos sollten die im Reichsgebiet versteckten Waffen sammeln und zerstören, sie bei Bedarf auch zur Grenzsicherung einsetzen. Da das Heer 1920 noch nicht seine Stärke

von 100.000 Mann erreicht hatte und die Ostgrenzen unverändert bedroht waren, rechtfertigte das Reichwehrministerium auch damit die Existenz der Arbeitskommandos und deren militärische Aufgaben.

Geführt wurden die Arbeitskommandos von den sieben Wehrkreiskommandos, der Schwerpunkt lag beim Wehrkreiskommando III (Berlin und Brandenburg). Obwohl sie den Status von zivilen Arbeitern und Angestellten hatten, wurden sie von ehemaligen Offizieren militärisch ausgebildet. Die Bezahlung erfolgte zum Teil aus privaten Spenden der ostelbischen Landwirtschaft und Industrie, auch weil die reguläre Bezahlung durch die Reichswehr sehr niedrig war.

Bei dem Arbeitskommando in der Festung Küstrin unter dem Major a. D. Ernst Buchrucker, das die Waffen der 1921 aufgelösten »Org Esch« zum Teil übernommen hatte, kam es zu einer besonderen Entwicklung. Buchrucker erweiterte eigenmächtig den Personalumfang des dortigen Kommandos und bildete seine Männer trotz eines Verbots durch das Wehrkreiskommando III intensiv an Waffen aus. Im Oktober 1923 versuchte er einen Staatsstreich, bei dem er Seeckt, Geßler und selbst Reichspräsident Friedrich Ebert mitreißen wollte. Nachdem das Wehrkreiskommando III ihn vergeblich zum Einlenken überredet hatte, erließ Geßler gegen ihn einen Haftbefehl. Buchruckers Versuch, die Festung Küstrin zu besetzen, scheiterte an dem dortigen loyalen Festungskommandanten. Generaloberst von Seeckt soll informiert gewesen sein, hat dies jedoch später bestritten. Was genau passierte, konnte nie aufgeklärt werden. Unklar blieb auch, ob Buchrucker nur die 400 Mann seines Arbeitskommandos oder über 18.000 bewaffnete Unterstützer hinter sich hatte, wie später behauptet wurde. Abgesehen von der Festung Küstrin gab es unter Buchruckers Führung in zahlreichen Brandenburger Orten weitere Verbände, formal »Arbeitskommandos«, eingekleidet, besoldet und versorgt von örtlichen Reichswehr-Dienststellen.

Ein Untersuchungsausschuss des Reichstags, bei dem der Begriff »Schwarze Reichswehr« genannt wurde, kam zu keinem Ergebnis. Das Reichwehrministerium löste im Oktober 1923 sämtliche Arbeitskommandos auf. Buchrucker wurde zu zehn Jahren Festungshaft wegen Hochverrats verurteilt, aber bereits 1929 begnadigt.

Aus Gründen der Geheimhaltung hatten alle Beteiligten keine schriftlichen Unterlagen, was sowohl die Aufklärung durch den Untersuchungsausschuss des Reichstags wie auch die historische Forschung bis heute erschwert hat.

1926 gab der Chef der Heeresleitung an, dass die Reichswehr 350.000 Gewehre, 12.000 Maschinengewehre, 600 Minenwerfer, 600 leichte und 75 schwere Geschütze im Bestand hätte. Zulässig waren nur 102.000 Gewehre und schwere Artillerie überhaupt nicht. Ein Jahr später erklärte Kurt von Schleicher, 1932 kurzzeitig Reichswehrminister und 1932/33 letzter Reichskanzler vor Hitler, dass die Arbeitskommandos nicht etwa nur versteckte Waffen einsammeln und zerstören, sondern diese auch instand halten und fachgerecht lagern sollten. Er bestätigte damit Jahre nach der Auflösung der Arbeitskommandos, dass diese weit mehr als unbewaffnete zivile Hilfskräfte waren.

4. Zeitfreiwillige

Eine weitere Gruppe außerhalb des festgelegten Personalumfangs der Reichswehr waren die so genannten Zeitfreiwilligen. Zunächst gab es genügend Bewerber für das 100.000-Mann-Heer. Da nur wenige Männer sich auf zwölf Jahre bei den sehr geringen Aufstiegsmöglichkeiten verpflichten wollten, warb man für kurze Dienstzeiten Freiwillige an, die in achtwöchigen Lehrgängen bei der Truppe ausgebildet wurden.

Das System »Zeitfreiwillige« war ein klarer Verstoß gegen den Versailler Vertrag, daher hätten diese Soldaten spätestens im April 1920 entlassen werden müssen. Gleichwohl wurden einige Tausend von ihnen bei den Aufständen in Sachsen und im Ruhrgebiet im Dienst behalten, einige sogar bis 1923, um Personallücken zu schließen. Im September 1923 genehmigte Reichswehrminister Geßler die Einstellung von uniformierten Zeitfreiwilligen mit der Rechtsstellung eines Soldaten für Wach- und Arbeitsdienste. Enttarnt wurde diese bis dahin weitgehend geheim gehaltene Maßnahme, als 1925 bei einer Übung 70 Soldaten ums Leben kamen, die zum Teil zu den an sich unzulässigen Zeitfreiwilligen gehörten.

Bemerkenswert ist, dass die Zeitfreiwilligen sich vorwiegend aus kriegsgedienten Verbindungsstudenten und Mitgliedern nationalistischer Verbände rekrutierten, die die demokratische Ordnung der Weimarer Republik ablehnten.

5. Geheime Zusammenarbeit mit der Sowjetunion

Nachdem die gravierenden Beschränkungen für die Armee und die Rüstungsindustrie durch den Versailler Vertrag bekannt geworden waren, suchten Reichsregierung und Reichswehrführung nach Möglichkeiten, diese Restrikti-

onen zu umgehen. Wegen der Kontrollen durch die IMKK in Deutschland war man dafür auf das Ausland angewiesen. Da die westlichen Siegermächte aus nachvollziehbaren Gründen für eine Kooperation nicht in Frage kamen, verhandelte Seeckt bereits 1921, zum Teil in seiner Berliner Privatwohnung, mit Vertretern der neuen sowjetischen Regierung, unter anderem mit deren Kriegskommissar (Kriegsminister) Leo Trotzki. Reichskanzler Josef Wirth bewilligte auf Vorschlag Seeckts 150 Millionen Reichsmark, unter anderem für den Bau einer Flugzeugfabrik durch die Dessauer Junkers-Werke in der Sowjetunion. Dies war bei den drückenden Reparationszahlungen ein ungeheurer Betrag, der zeigt, wie wichtig der Politik diese Projekte waren. Da Reichspräsident Friedrich Ebert und der Kanzler im Falle einer Aufdeckung politisch nicht beschädigt werden sollten, wurden die weiteren geheimen Verhandlungen auf Arbeitsebene geführt. Im Juli 1923 wurde ein Vertrag über den Bau von Rüstungswerken in der Sowjetunion und die künftige verdeckte Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee paraphiert.



Der sowjetische Kriegskommissar Leo Trotzki. Mit ihm verhandelte der Chef der deutschen Heeresleitung, Generaloberst von Seeckt, die geheime Zusammenarbeit beider Länder.

Ebenfalls im Jahre 1923 folgte der Reichswehrminister dem Vorschlag, zur Verschleierung weiterer Rüstungsprojekte in der Sowjetunion eine »Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmen« (Gefu) als GmbH durch Strohmänner zu gründen. Initiator war das Truppenamt im Reichswehrministerium, das seit 1919 die Funktion des verbotenen Generalstabes übernommen hatte. Die leitenden Angestellten waren Offiziere, die in Zivil und zum Teil unter Decknamen ihre Tätigkeit in den Berliner und Moskauer Büros der Firma ausübten. Auftrag der Gefu war es, die Moskauer Niederlassung der Junkers-Flugzeugwerke für die Reichswehr zu nutzen und in der Sowjetunion den chemischen Kampfstoff »Lost« weiterzuentwickeln, der zuvor in Deutschland auf dem Truppenübungsplatz Breloh unter Laborbedingungen erprobt worden war. Die Sowjetunion und die Reichswehr hielten je fünfzig Prozent der Anteile an der Gefu, die Produktion begann 1925.

In der russischen Kleinstadt Fili sollte das dortige Junkers-Zweigwerk 1923 mit der Serienherstellung von Militärflugzeugen beginnen. Dazu mussten heimlich Bauteile aus dem Junkers-Stammwerk in Dessau dorthin transportiert, die Produktion in der Inflationszeit mit US-Dollars bezahlt und weitere organisatorische und finanzielle Probleme gelöst werden. Statt der hundert vereinbar-

ten Flugzeuge waren 1924 gerade sechs im Bau. Außerdem gab es erhebliche Abstimmungsprobleme mit den Sowjets. Aufgrund der Schwierigkeiten in Fili bestellte die Reichswehr bei Fokker in den Niederlanden hundert andere Flugzeuge, was die Sowjets verständlicherweise verärgerte. Weiteres Geld musste nachgeschossen werden. Wegen der Erfolglosigkeit und nach 20 Millionen Goldmark »sunk cost« forderte die Reichsregierung seit 1923 die Beendigung des Flugzeugbaus in der Sowjetunion, die aber erst 1927 erfolgte, ein Beispiel dafür, wie Rüstungsindustrie und Reichswehr politische Vorgaben jahrelang ignorierten.

Da die Lieferung der hundert Fokker-Maschinen vor der IMKK nicht zu verbergen war, wurden die Flugzeugteile in Kisten verpackt und heimlich in die Sowjetunion gebracht. Verhandelt und organisiert wurde dies von Oberst a. D. von der Lieth-Thomsen, im Ersten Weltkrieg Chef des Stabes des Feldflugwesens, der in Moskau unter dem Decknamen Oberingenieur Lieth für die fliegerischen Aktivitäten der Reichswehr in der Sowjetunion zuständig wurde. Als Gegenleistung bot er der Roten Armee die Erfahrungen deutscher Weltkriegs-

Piloten an. Zehn ehemalige Fliegeroffiziere, in Uniformen der sowjetischen Luftflotte, übernahmen diese Beratungsaufgabe.



Ausbildung deutscher Piloten an der Flugschule in Lipeck, Sowjetunion - im Bild: Vier Kampfflugzeuge Heinkel D 17

Seeckt hatte frühzeitig erkannt, dass für eine künftige deutsche Luftwaffe Reichswehroffiziere zu Piloten ausgebildet werden müssten, was aufgrund des Versailler Vertrages in Deutschland nicht möglich war. Dazu wurde 1926 auf dem Flugplatz Lipeck bei Woronesch in der Sowjetunion eine Fliegerschule gegründet, die in Kisten gelagerten Fokker-Maschinen sollten dabei genutzt werden. Die Marine hatte ähnliche Probleme: Zehn Seekriegsflugzeuge wurden in Schweden endmontiert und dort vorübergehend gelagert. Von den einhundert Fokker-Maschine wurden fünfzig ins Ausland verkauft, von dem dabei erzielten Erlös der bis dahin kaum nutzbare Flugplatz Lipeck ausgebaut. Leiter der dortigen Flugschule wurde Major a. D. Stahl, auch er ein ehemaliger Weltkriegs-Pilot.

Bis zum Beginn des Schulbetriebs waren immense finanzielle, organisatorische und logistische Probleme zu bewältigen: Verträge mit der Regierung in Moskau, die Finanzierung, der Ausbau des Flugplatzes durch die Rote Luftflotte nach deutschen Vorstellungen, die Einstellung und Ausbildung von sowjetischen Mechanikern, der Transport von Kraftstoff, Waffen und Munition, zum Teil

aus Deutschland. Neben dem Schulleiter kamen zwei Fluglehrer und weiteres Personal, ebenfalls aus Deutschland, zu dem zeitweilig auch Hauptmann Hugo Sperrle gehörte, im Zweiten Weltkrieg Generalfeldmarschall der Luftwaffe.

1929 kam die Ausbildung von Piloten in Lipeck zum Erliegen und wurde 1932 endgültig beendet. Die Reichswehr hatte ihre Ziele weitgehend erreicht: Sechs Flugzeugtypen, Bomben, Bordwaffen und Funkgeräte konnten dort bis zur Serienreife entwickelt werden.

Im Jahre 1926 wurde von der Heeresleitung mit dem sowjetischen Kriegskommissariat der Bau einer Panzerschule in Kasan an der Wolga vereinbart, Unterkünfte, Werkstätten und ein Kasino mussten gebaut werden. Da das deutsche Heer im Ersten Weltkrieg kaum Erfahrungen mit Panzern sammeln konnte und nach dem Versailler Vertrag deren Produktion und Erprobung verboten war, musste die Reichswehr dazu in die Sowjetunion ausweichen. Nachdem das Vorhaben 1927 aufgedeckt worden war, kamen Ausbildung und Erprobung zeitweilig zum Erliegen. Erst nachdem der deutsche Botschafter eine von Moskau geforderte »Legalitätserklärung« abgegeben hatte, konnten im Frühjahr 1928 die Ausbildung und Erprobung fortgesetzt werden. Mit dieser Erklärung legalisierte die Reichsregierung das Projekt, das gleichwohl weiterhin geheim bleiben sollte.

Da das deutsche Heer im Ersten Weltkrieg kaum Erfahrungen mit Panzern sammeln konnte und nach dem Versailler Vertrag deren Produktion und Erprobung verboten war, musste die Reichswehr dazu in die Sowjetunion ausweichen.

Zwei dafür erworbene britische und einige sowjetische Panzer entsprachen nicht den deutschen Vorstellungen, so dass 1929 nach vielfältigen konzeptionellen und technischen Schwierigkeiten die Prototypen eines deutschen Großtraktors, deklariert als landwirtschaftliche Geräte der Firma Krupp, vier Leichttraktoren und einige Halbkettenfahrzeuge geliefert wurden. Reichskanzler Gustav Stresemann und Reichswehrminister Groener forderten, dass diese Geräte auf keinen Fall als deutsche Produkte erkannt werden dürften. Die Fahrzeuge trafen im Juli 1929 in Kasan ein.

Leiter der Schule war zunächst Major Ritter von Radlmeier, danach Oberst Oswald Lutz, im Zweiten Weltkrieg General der Panzertruppen. Zum Stammpersonal gehörten deutsche Soldaten und Mechaniker, sowjetisches Hilfspersonal, zwölf Ingenieure von Krupp und Rheinmetall. Mit 1,5 Millionen Reichsmark war der Jahresetat etwa halb so groß wie der der Fliegerschule in Lipeck.

Aufgabe der Schule in Kasan waren die Erprobung von Kampfwagen, deren Weiterentwicklung sowie die Ausbildung von Panzerbesatzungen auf den Gebieten Taktik und Technik. Bis 1932 fanden mehrere Lehrgänge für Offiziere statt. Die Zusammenarbeit mit der Roten Armee war aufgrund konzeptioneller Meinungsunterschiede nicht frei von Spannungen. Als 1932 nach vier Jahren die Schule geschlossen wurde, hatten gleichwohl 30 deutsche und 90 sowjetische Offiziere die Lehrgänge erfolgreich beendet.

III. Die Lohmann-Affäre

Auch die Reichsmarine hatte einen, wenngleich unrühmlichen Anteil an dem, was als »Schwarze Reichswehr« bezeichnet wurde. Im Jahre 1923 wurde der Kapitän zur See Walter Lohmann, seit 1920 Leiter der Seetransport-Abteilung der Marine und erfahren in internationalen Geschäften, mit Wissen und Zustimmung seiner Vorgesetzten zum Verwalter der „Schwarzen Kassen“ der Marine bestimmt. Aus dem heimlichen Verkauf von Kriegsschiffen, die nach dem Versailler Vertrag eigentlich hätten verschrottet werden müssen, hatte die Marine 100 Millionen Goldmark eingenommen. Davon wurden nur 12 Millionen an die Reichsregierung überwiesen, die damit 1923 den militärischen Widerstand während der Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich und Belgien finanzieren wollte. Mit diesem Geld wurden dort mit Billigung von Regierung und Reichswehr Sabotageakte gegen die französischen und belgischen Truppen finanziert. Lohmann sollte die Angelegenheit absolut geheim halten, und im Falle der Aufdeckung diese als Privatsache deklarieren.

Die Marine plante die Nutzung des Geldes zur Finanzierung der folgenden Maßnahmen:

- Kauf von Waffen.
- Aufbau eines Marine-Nachrichtendienstes.
- Entwicklung von modernen U-Booten (was nach dem Versailler Vertrag verboten war). Ein niederländisches Ingenieurbüro sollte die Bauplanung übernehmen. Gebaut werden sollten die U-Boote in Spanien, nach Vermittlung durch Korvettenkapitän Wilhelm Canaris, im Zweiten Weltkrieg Admiral.
- Bau von Flugzeugen durch die Firmen Heinkel und Dornier.
- Gründung der Seeflugversuchsanstalt »Severa« zur Ausbildung von Marinefliegern und Entwicklung von Seeflugzeugen.
- Erwerb der Travemünder Yachthafen AG zur Entwicklung von Schnell-

booten.

- Gründung des Deutschen Hochseesportverbands Hansa zur Förderung des Offizernachwuchses der Marine.

Außerdem engagierte sich Lohmann bei rein kommerziellen Projekten, z.B. durch Beteiligung an der Phoebus Film AG, die auch Werbefilme für die Marine produzieren und in ihren Auslandsbüros Agenten zur Nachrichtengewinnung einsetzen sollte. Als die Phoebus in finanzielle Schwierigkeiten geriet, erwirkte Lohmann eine Bürgschaft des Reiches, was nicht verhinderte, dass die verschachtelte Firmenkonstruktion 1926 zusammenbrach.

Aufgedeckt wurde die Angelegenheit durch das »Berliner Tageblatt«, das ein ehemaliger Mitarbeiter der Phoebus informiert hatte. Unter Androhung eines Strafverfahrens wegen Landesverrats konnte die Reichsregierung die Veröffentlichung in der Presse verhindern. Reichswehrminister Geßler musste 1928 zurücktreten. Unter seinem Nachfolger, dem Weltkriegs-General Wilhelm Groener, bewilligte der Reichstag 26 Millionen Reichsmark zur Abwicklung der Affäre. Geßler entließ Lohmann und den Chef der Reichsmarine, Admiral Hans Zenker, der mit gekürzter Pension in den Ruhestand versetzt wurde. Künftig unterlag der Haushalt für die geheime Rüstung der Kontrolle durch den Rechnungshof, die Lufthansa übernahm die Severa.

IV. Der Beitrag der Lufthansa zur geheimen Rüstung

Bis 1922 blieb der Bau von Flugzeugen in Deutschland verboten. Dieses Verbot wurde danach schrittweise gelockert, und 1925 erhielt das Reich im Vertrag von Locarno wieder die Lufthoheit; eine eigene Luftwaffe war jedoch weiterhin unzulässig. Die Reichsregierung strebte jedoch bereits seit 1919 an, wieder Luftgeltung zu erhalten sowie eine eigene Luftfahrtindustrie aufzubauen. Mit der Gründung der Danziger Deutschen Luftpost GmbH 1920 konnten die Beschränkungen des Versailler Vertrages für die Luftfahrt erstmalig umgangen werden, da die Stadt jetzt nicht mehr zum Deutschen Reich gehörte. Chef der Gesellschaft wurde der Hauptmann a. D. Erhard Milch, im Zweiten Weltkrieg Generalfeldmarschall der Luftwaffe, 1926 bei Gründung der Lufthansa deren Technischer Direktor. Hauptmann a. D. Ernst Brandenburg, auch er ein Weltkriegs-Pilot, koordinierte im Reichverkehrsministerium als Abteilungsleiter für Luftfahrt die Vorbereitungen für eine künftige Luftwaffe.

Seit ihrer Gründung war die Lufthansa in Deutschland der wichtigste Erfah-

Träger für Flugzeuge, deren Motoren, Navigations- und Funkgeräte. Untersucht wurde, ob Lufthansa-Flugzeuge kurzfristig zu Bombern oder Aufklärern umgebaut werden könnten. Obwohl die Reichswehr dafür 12 Millionen Reichsmark ausgegeben hatte, waren bis 1928 kein fronttaugliches Flugzeug, keine geeigneten Bomben oder Bildgeräte entwickelt worden.

In einer Planübung untersuchte die Reichswehr, wie in einem künftigen Luftkrieg das Personal, das Material und die Bodenorganisation der Lufthansa genutzt werden könnten. Eine günstige Voraussetzung dafür war, dass noch 1928 zwei Drittel der Lufthansa-Piloten ehemalige Militärflyer waren. Damit hatte die Lufthansa auch einen Anteil an der heimlichen Aufrüstung, was Carl von Ossietzky, pazifistischer Redakteur in der Zeitschrift »Weltbühne« aufdeckte. Die bereits erwähnte paramilitärische Severa musste aufgelöst werden und wurde jetzt unter dem Namen »Luftfahrtendienst GmbH« eine Tochtergesellschaft der Lufthansa.

Als 1932 die Beschränkungen der Rüstung durch den Versailler Vertrag weiter gelockert wurden, plante die Reichswehr den Kauf von 200 Kampfflugzeugen, zuzüglich weiterer 120 als Reserve, die bei der Lufthansa geparkt werden sollten. Damit leistete dieses kommerzielle Verkehrsunternehmen einen wichtigen Beitrag zur heimlichen Aufrüstung in der Weimarer Republik, auch wenn dafür nicht der Begriff »Schwarze Reichswehr« genutzt wurde.

V. Aufdeckung

In der gesamten Weimarer Zeit wurde die geheime Aufrüstung immer wieder enttarnt. Frühzeitig hatten die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in Preußen auf die Existenz der geheimen Waffenlager und die teilweise illegalen Aktivitäten der Reichswehr hingewiesen, die 1923 mit dem bereits erwähnten Abkommen zwischen Seeckt und dem preußischen Innenminister Severing beendet wurden. 1926 forderte die SPD im Reichstag umfassende Informationen dazu. Versuche, durch die Aufdeckung der von der Reichsregierung weitgehend geduldeten Maßnahmen deren Sturz herbeizuführen, scheiterten jedoch. Die Partei konnte aber die Begrenzung der Haushaltsmittel für Heer und Marine und deren künftige Kontrolle durch das Parlament durchsetzen. Als 1926 Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden sollte, sprach sich Seeckt dagegen aus, weil er die Aufdeckung der heimlichen Rüstung befürchtete. Ebenfalls 1926 veröffentlichte die Presse die Ausbildung von Piloten und die Erprobung von Fluggeräten in der Sowjetunion.

Nachdem der Druck von allen Seiten zunahm, die heimlichen Rüstungsmaßnahmen bloßzulegen, entschloss sich General Wilhelm Heye, Nachfolger Seeckts als Chef der Heeresleitung, 1927 zu einem umfassenden Bericht an die Reichsregierung – vermutlich, um reinen Tisch zu machen. Er informierte über den Grenzschutz Ost, die geheimen Waffenlager und die Zusammenarbeit mit der preußischen Regierung, er missbilligte die Teil-Finanzierung der Arbeitskommandos durch örtliche Gutsbesitzer und die Industrie. Damit wurden jedoch keineswegs alle Aktivitäten im Bereich der heimlichen Rüstung und Schwarzen Reichswehr beendet, die teilweise bis in die 1930er Jahre andauerten.



General Heye, Chef der Heeresleitung, 1927

IV. Schlussbetrachtung

Während der gesamten Weimarer Zeit entzündeten sich an der heimlichen Aufrüstung beziehungsweise der Schwarzen Reichswehr schwerwiegende Konflikte:

Zwischen der Reichsregierung und den Siegermächten:

Die IMKK stellte regelmäßig Verstöße gegen den Versailler Vertrag fest, bei denen der Personalumfang des 100.000-Mann-Heeres überschritten wurde. Dies wurde nur ausnahmsweise und kurzzeitig zur Bekämpfung von Unruhen im Innern und für den Grenzschutz Ost geduldet.

Zwischen dem Reich und Preußen:

Der preußische Innenminister Carl Severing beanspruchte die Kontrolle über die entdeckten geheimen Waffenlager und deren Zerstörung durch die Landespolizei. Außerdem widersprach er polizeilichen Einsätzen der Reichswehr. Erst durch das Seeckt-Severing-Abkommen von 1923 wurde dieser Konflikt gelöst.

Zwischen dem Reich und Bayern:

Dieser Streit entzündete sich 1920 an der Weigerung der bayerischen Regierung, die so genannte »Org Esch« aufzulösen, obwohl die Alliierten mit dem Einmarsch in das Reichsgebiet gedroht hatten. Im Widerspruch zur Weimarer Reichsverfassung (Artikel 6,4, 47 und 79) unterstellte sich die bayerische Regierung 1923 die dort stationierte 7. Division der Reichswehr und verpflichtete sie auf den Freistaat, obwohl nach Artikel 176 alle Soldaten auf die Reichsver-

fassung zu vereidigen waren. Bei einer Übung dieser Division im Herbst dieses Jahres sollte die Verstärkung von deren Infanterie-Verbänden auf das Dreifache und die Aufstellung zusätzlicher Einheiten erprobt werden. Dazu kam es jedoch nur ansatzweise. Dies war ein weiterer Versuch, den Personalumfang des 100.000-Mann-Heeres unzulässigerweise erheblich zu erweitern.

Zwischen der Reichsregierung und der Reichswehr.

Um die Restriktionen des Versailler Vertrages zu umgehen, ergriff die Reichswehr-Führung, in vielen Fällen ohne Billigung und Kenntnis der Regierung, politisch und rechtlich unzulässige Maßnahmen. Die Schwarzen Kassen bei der Lohmann-Affäre und bei anderen Gelegenheiten waren Verstöße gegen das Budgetrecht des Reichstages und geltendes Haushaltsrecht.

Ein eindeutiger Verstoß gegen internationales Recht waren die Aktivitäten der Reichswehr in der Sowjetunion. Wenn die Presse die heimliche Rüstung aufdeckte, darüber berichtete und die Regierung dagegen mit Strafverfahren wegen Landesverrats vorging, so entsprach dies vermutlich dem Rechtsverständnis des Militärs in der Weimarer Republik,

Irgendwann, so glaubten das Militär und weite Teile der Öffentlichkeit, werde Deutschland wieder eine Großmacht mit einer den Siegermächten ebenbürtigen Armee sein und die Schmach der Niederlage überwinden. Dafür nahm man Rechtsverstöße billigend in Kauf.

nicht jedoch den heutigen Vorstellungen von Pressefreiheit.

Unabhängig von den genannten Rechtsverstößen wurde das Handeln der Reichswehr, zum Teil auch der Politik, damit gerechtfertigt,

dass Deutschland sich von den Fesseln des Versailler Vertrages befreien müsse. Irgendwann, so glaubten das Militär und weite Teile der Öffentlichkeit, werde Deutschland wieder eine Großmacht mit einer den Siegermächten ebenbürtigen Armee sein und die Schmach der Niederlage überwinden. Dafür nahm man Rechtsverstöße billigend in Kauf.

Das Handeln des Militärs ergab sich auch aus dessen Sozialisation im Kaiserreich, in dem die Armee eine zentrale Rolle gespielt hatte, und der Ablehnung des politischen Systems von Weimar. In einem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten Gustav von Kahr vom 23. November 1923 hatten Seeckt wie auch andere Offiziere mehrfach bei anderen Gelegenheiten ihre Distanz zu der neuen politischen Ordnung erklärt. Und wer Jahrzehnte dem König von Preußen oder einem anderen Landesherrn die Treue geschworen hatte, war in aller Regel ab 1918 kein überzeugter Republikaner.

Während der Weimarer Zeit diente die zumeist heimliche Aufrüstung, die Aufstellung zusätzlicher Truppenteile über den im Versailler Vertrag festgelegten Personalumfang hinaus dem Schutz der bedrohten Ostgrenze sowie der Bekämpfung der zahlreichen Aufstände im Innern. Der heimliche Aufbau der an sich verbotenen Luftwaffe und die Entwicklung einer künftigen Panzerwaffe waren jedoch Vorbereitungen auf einen künftigen Krieg, der 1939 – jetzt unter andern politischen Umständen – von Deutschland entfesselt wurde.

Das Handeln des Militärs ergab sich auch aus dessen Sozialisation im Kaiserreich, in dem die Armee eine zentrale Rolle gespielt hatte, und der Ablehnung des politischen Systems von Weimar ... und wer Jahrzehnte dem König von Preußen oder einem anderen Landesherrn die Treue geschworen hatte, war in aller Regel ab 1918 kein überzeugter Republikaner.

Hinweis: Die vorstehende Veröffentlichung basiert auf einem Vortrag, den der Verfasser am 25. November 2019 vor dem Regionalkreis West der Clausewitz-Gesellschaft e.V. gehalten hat.

Zum Autor: Oberst a.D. Michael P. Vollert diente über dreißig Jahre im Truppen- und Generalstabsdienst in der Bundeswehr. Nach seinem Ausscheiden war er acht Jahre Abteilungsleiter in einem Kölner Industrieunternehmen. Im Ruhestand Studium der Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Promotion 2008.

Quellen und Literatur (Auswahl):

Francis L. Carsten: Reichswehr und Politik 1918 – 1933, 2. Auflage, Köln und Berlin 1965.

Patrick Oliver Heinenmann: Rechtsgeschichte der Reichswehr 1918 – 1933. Paderborn 2018.

Heinz Hürten: Militär und Innenpolitik. Düsseldorf 1977.

Michael Salewski: Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919 – 1927. München 1966.

Otto-Ernst Schüddekopf: Heer und Republik. Quellen zur Reichswehrrführung 1918 – 1933. Hannover und Frankfurt/M. 1955.

Hagen Schulze: Freikorps und Republik 1918 – 1920. Boppard 1969.

Thilo Vogelsang: Reichswehr und die Politik 1918 – 1934. Hannover 1959.

Michael P. Vollert: Die Geschichte der Lufthansa 1926 – 1945 in: BWV Bundeswehrverwaltung, Heft 4, Bonn 2018.

Rainer Wohlfeil: Reichswehr und Republik, in: Handbuch der Deutschen Militärgeschichte 1648 – 1939 Teil VI, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Freiburg i. B.

Kapitel IV

Clausewitz und die Schweiz – gestern und heute

Clausewitz und der Feldzug Suworows in den Schweizer Alpen im Jahre 1799

Alois Camenzind

Vorbemerkung

Dieser Beitrag basiert inhaltlich in wesentlichen Teilen auf dem im Literaturverzeichnis angegebenen und zitierten Werk von Carl von Clausewitz über die Feldzüge von 1796 und 1799 in Italien und in der Schweiz sowie der Publikation von Alois Camenzind „Maultiere machen Geschichte oder Suworows Krieg in den Schweizer Alpen im Jahre 1799“ mit den dort zitierten Literaturangaben.

1. Einleitung

Der russische General Alexander Wassiljewitsch Suworow hat sich im Jahre 1799 knapp vier Wochen in der Schweiz aufgehalten. Seine Soldaten haben nach beschwerlichen Märschen über den Gotthard- (mit Umgehungen über den Lukmanier-, Oberalp- sowie den Chrüzlipass), den Chinzig-, den Prugel- und zuletzt den Panixerpass im Oktober 1799 die Schweiz verlassen. Von rund 21.000 Soldaten, die aus Oberitalien kommend am Luganersee in die Schweiz einmarschiert sind, haben am 10. Oktober noch rund 15.000 Mann Chur erreicht. Circa 10.000 Mann sollen noch kampffähig gewesen sein.¹

Dass es so weit gekommen ist, war auf verschiedene Umstände zurückzuführen. Neben dem komplizierten Kriegsplan und dessen Umsetzung, den schwierigen Geländeverhältnissen und der Witterung war es vor allem auch die verspätete und stark reduzierte Lieferung von Maultieren, die zu einer wesentlichen Verzögerung beim Abmarsch in Taverne führte.^{2, 3}

Dies wiederum erlaubte es den Franzosen unter General André Masséna, die Russen unter General Alexander Michailowitsch Rimski-Korsakow in der zweiten Schlacht von Zürich und einen weiteren Verbündeten, General Friedrich von Hotze, an der Linth einzeln zu schlagen, bevor die Vereinigung mit Suworow gelingen konnte.⁴

Die Kämpfe in den Schweizer Alpen standen im Zeichen des 2. Koalitionskrieges (1799 bis 1802) und waren für den ganzen Krieg von entscheidender Bedeutung. Clausewitz umschreibt dies wie folgt: «Wir kommen jetzt zu dem wichtigsten Abschnitte des ganzen Krieges, wo ein Wechsel in der grossen Rollenvertheilung für Feldherren und Armeen eintritt, neue Feldherren berufen werden und neue Kriegstheater sich aufthun;»⁵

2. Inhaltsübersicht

Inhaltlich werde ich nach dieser kurzen Einleitung (1.) und der Inhaltsübersicht (2.) auf das politische Umfeld und die Einbettung des Alpenfeldzuges von Suworow in den zweiten Koalitionskrieg zu sprechen kommen (3.) und dann den Feldzug im Überblick inklusive der Kriegspläne und der tatsächlichen Umsetzung darstellen (4.). Danach wird auf die verschiedenen Optionen und deren Beurteilung durch Clausewitz eingegangen (5.), bevor auf Unklarheiten und Kontroversen hingewiesen wird (6.) und zum Schluss eine summarische Beurteilung mit Schlussbemerkungen erfolgt (7.).

3. Politisches Umfeld und Ausgangslage

Die Französische Revolution und die damit verbundene Proklamation von Freiheitsrechten sowie der Sturz und die Hinrichtung des französischen Herrscherpaares hatten zum ersten Koalitionskrieg geführt (1792 – 1797). Bei diesem stand eine Koalition, bestehend aus Preussen, Österreich, England und Spanien, Frankreich gegenüber. Anfänglich siegten die Verbündeten. Dann waren es aber vor allem die Erfolge Frankreichs über die Österreicher in Oberitalien, bei denen sich ein junger, sehr engagierter General, Napoleon Bonaparte, hervortat⁶, die zur Niederlage der Koalition und zum Frieden von Campo Formio im Jahre 1797⁷ führten. Dabei mussten Belgien und das linke Rheinufer im Tausch gegen Venedig und Teilen von Istrien und Dalmatien an Frankreich abgetreten werden. Zudem wurden sukzessive verschiedene Tochterrepubliken (Cisalpinische, Ligurische, Helvetische, Batavische beziehungsweise die Parthenopeische Republik) gebildet, mit denen Frankreich sein Satellitensystem ausbaute und festigte.⁸

Weil Frankreich seine Expansionspolitik intensiv weiterverfolgte, wurde bald eine zweite Koalition gebildet, mit der die Bourbonen wieder als Herrscher in Frankreich eingesetzt werden sollten. Sie bestand aus England, Österreich, Russland, Neapel, Portugal und dem Osmanischen Reich. Die Aussichten

schienen deshalb günstig, weil Napoleon sich mit einem Teil der französischen Armee in Ägypten befand und der Koalition mit Erzherzog Karl und Suworow zwei überaus begabte und kampferprobte Heerführer zur Verfügung standen. Daneben fügte die englische Flotte unter Admiral Nelson den Franzosen im Mittelmeer vernichtende Niederlagen zu.

Der zweite Koalitionskrieg dauerte von 1799 bis 1802.⁹ Er war geprägt durch zwei völlig unterschiedliche Gesichter.¹⁰ Als Hauptkriegsschauplätze sind neben der Schweiz vor allem Süddeutschland, Italien und Holland sowie das Mittelmeer, Ägypten und Syrien zu erwähnen.

Das erste Kriegsjahr 1799 stand zuerst im Zeichen der Koalition. Das heißt, im Norden mit den Siegen von Erzherzog Carl von Österreich-Teschén über General Jean-Baptiste Jourdan im Süddeutschen Raum bei Osterach und Stockach im März 1799 sowie über Masséna in der ersten Schlacht bei Zürich im Juni. Hinzu kamen im Süden die Erfolge von Suworow in Italien über General Jean-Victor Moreau bei Cassano im April, General Jacques Macdonald an der Trebbia im Juli und General Barthélémy Joubert bei Novi im August. Nach den militärisch unglücklichen Umstrukturierungen auf den beiden Kriegsschauplätzen aufgrund von Anordnungen der beiden Höfe in Wien und Petersburg mussten sich die Russen unter Korsakow in der zweiten Schlacht bei Zürich Ende September Masséna geschlagen geben. Der Zug Suworows über die Alpen mit verschiedenen Gefechten war schließlich nutzlos.

Das Jahr 1800 war geprägt durch das Erscheinen von General Napoleon Bonaparte, der noch Ende 1799 seine Armee in Ägypten verlässt, das Direktorium stürzt und sowohl militärisch als auch politisch das Heft fest in die Hand nimmt. Vor allem sein Sieg bei Marengo nach der überraschenden Überquerung des Großen St. Bernhard und der Sieg Moreaus bei Hohenlinden zusammen mit dem Austritt Russlands aus der Koalition führten zur endgültigen Niederlage der Gegner Frankreichs und endete 1801 im Frieden von Lunéville. Damit mussten im Wesentlichen die Bedingungen des Friedens von Campo Formio aus den Jahre 1779 anerkannt werden. Erst 1802 war auch England bereit, dem Friedensvertrag beizutreten.

4. Der Feldzug Suworows in der Schweiz im Überblick

Die Schweiz stand im Jahre 1799 im Zeichen intensiver Kämpfe. Schon 1798 war die morsche Eidgenossenschaft zusammengebrochen. Sie wurde trotz der

heldenhaften Kämpfe der Innerschweizer durch die französischen Revolutionsheere besetzt. Strategisch kam ihr als Bindeglied zwischen dem Süden und dem Norden und auf Grund der verschiedenen Übergänge zusammen mit dem Tirol und dem Veltlin eine wesentliche Bedeutung zu, was von beiden Kriegsparteien rasch erkannt wurde.

Das Jahr 1799 war für die Schweiz gekennzeichnet durch die Kämpfe in Graubünden im März und April, die Volkserhebungen in der Innerschweiz und im Wallis im Mai, die Offensive der Österreicher und die erste Schlacht bei Zürich im Juni, die Umgruppierungen bei den Verbündeten und der Ersatz der Truppen von Erzherzog Karl durch die Russen unter General Korsakow vor Zürich, die zweite Schlacht bei Zürich Ende September, Suworows Alpenüberquerung im September/Oktober mit einem geplanten Zusammenschluss der russischen Verbände im Raum des Zürichsees sowie dem Rückzug der Russen aus der Schweiz im Monat Oktober/November.¹¹

4.1 Ausgangslage und Kriegsplan Suworows im Lager von Asti

Suworow hatte sich gegen den Abmarsch in die Schweiz gewehrt und verließ Italien nur widerstrebend, zumal vorerst unklar war, ob Erzherzog Carl mit seinen Österreichern im Raum Zürich blieb und sich dort zusammen mit Korsakow gegen Masséna stellte. Er musste sich aber den Anordnungen der Höfe in Wien und Petersburg fügen.^{12, 13}

Nach dem Abmarsch des Erzherzogs aus der Schweiz präsentierte sich die Ausgangslage für Suworow bei seinem Eintreffen im Hauptquartier in Asti Ende August wie folgt:

Auf Seiten der Verbündeten¹⁴ stand Korsakow mit dem Gros, rund 53.000 Mann zwischen Rhein und Zürich. Hotze befand sich mit dem Gros seines Verbandes, insgesamt rund 17.000 Mann, zwischen Rapperswil und Walenstadt. Seine Unterstellten, Jellachich zwischen Walenstadt und der Luziensteig, Linken zwischen der Luziensteig und Reichenau sowie Auffenberg bei Disentis. Dieser wurde Suworow direkt zugeteilt und machte den ganzen Feldzug über die Alpen ab Disentis mit. Hinzu kamen kleinere Verbände von der Italienarmee im Aostatal und die Brigade Strauch mit rund 4.600 Mann in der Leventina, die im Bedrettotai bei Airolo zum Flankenschutz stehen gelassen wurde .



General Suworow

Suworow selber verfügte gemäss den Angaben bei von Reding¹⁵ über rund 21.000 Mann, die in zwei Korps (Hauptkorps Derfelden mit rund 14.000 Mann sowie Rosenberg mit rund 7.000 Mann) mit etwas Kavallerie (Maultiere und Kosaken), Artillerie (umgruppiert für das Gebirge) und Genie gegliedert wurden. Wesentlich war zudem, dass man Suworow für den Zug über die Alpen rund 1.400 Maultiere in Aussicht stellte. Geliefert wurde dann jedoch lediglich knapp die Hälfte.¹⁶ Dies hatte, zusammen mit den Umgruppierungen und der Bereitstellung der Versorgung, zeitliche Verzögerungen zur Folge, die sich sehr ungünstig für den Angriff Suworows auswirkten.¹⁷

Die Franzosen waren unter dem Oberkommando von General Masséna in der Schweiz wie folgt gegliedert.^{18, 19}

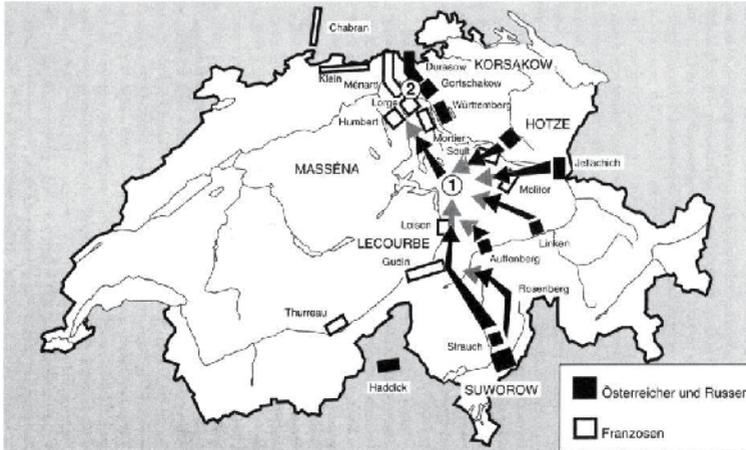
Der rechte Flügel mit der Division Thureau stand im Wallis, die Division Lecourbe mit drei Brigaden im Raum Gotthard, Urserental, Oberalppass (Gudin), im Reusstal (Loison), im Glarnerland (Molitor). Die Division Soult stand zwischen Reichenburg und Horgen, das Zentrum mit den Divisionen Mortier am Albis bis Birmensdorf sowie Lorges im Limmattal zwischen Altstätten und Spreitenbach.

Der linke Flügel mit den Divisionen Ménard, Klein, Chabran stand entlang dem Rhein von Baden bis Basel und Montchoisy im Innern der Schweiz. Hinzu kam noch eine kleinere Reserve Infanterie und Artillerie.

Von Reding nennt für die gesamte Armee Massénas in der Schweiz insgesamt rund 92.000 Mann.²⁰

Zum Kriegsplan Suworows liegt eine deutsche Fassung vor. Dass ein solcher Plan in deutscher Sprache vorgelegen hat, mag damit begründet sein, dass der Stabschef Suworows, Oberst Weyrother, Österreicher war, der Plan sich unter anderem auch an deutsch sprechende Verbündete (Hotze, Auffenberg u.a.) richtete und Suworow, wie man dem Einzug in Altdorf entnehmen kann,²¹ zudem der deutschen Sprache teilweise mächtig war. Clausewitz demgegenüber vertritt die nachvollziehbare Auffassung, dass es sich dabei um eine schlechte Übersetzung aus dem Französischen handelt, was er aus dem «Kauderwelsch»²² schliesst, mit welcher die deutsche Übersetzung²³ teilweise daherkommt.

ANGRIFFSPLAN SUWOROWS Variante: Gotthard / ausgeführter Angriffsplan



Wir basieren deshalb hier auf der französischen Fassung, wie sie bei Clausewitz in der französischen Übersetzung seines Werkes über den Feldzug wiedergegeben wird.²⁴

«**Circulaire du Maréchal Souwarov aux généraux Hotze, Korsakof et Linken.**

Asti le 5 Septembre 1799.

« *Les troupes impériales de Russie, qui jusqu'à présent, étaient à l'armée d'Italie, partiront le 8. Septembre du Piémont, pour se rendre en Suisse, et je compte arriver avec elles le 17 à Airolo, au pied de ce côté du Saint-Gothard que je me propose d'attaquer le 19. »*

« *Comme les troupes du Colonel Strauch, celles du prince Victor Rohan, et du Comte Haddick, doivent coopérer à l'attaque, il sera très nécessaire que les armées des deux cours impériale, réunies en Suisse, fassent avec fermeté et constance une attaque générale simultanée et combinée sur toutes les positions de l'ennemi; mais surtout l'aile gauche, sous les ordres de M. le baron de Linken, réunira tous ses moyens, fera tous ses efforts, peut-être même avec des renforts préalables, pur faciliter et soutenir le passage du corps d'armée russe, par le mont St. Gothard, la haute vallée de la Reuss et celle de la Linth. De même qu'il sera possible d'attaquer l'ennemi à revers,*

on pourra aussi par la jonction rapide de l'aile gauche de l'armée impériale, et en avançant de concert, empêcher l'ennemi de culbuter le corps russe d'Italie et de le détruire en détail ».

« Comme je ne n'ai pas eu connaissance exacte des positions des deux armées impériales en Suisse, et que seulement par des rapports pris au passant, je dois présumer que le corps de troupes russes, sous les ordres du général Korsakov, est posté entre Zurich et l'Aar, le long de la rive droite de la Limmat, celui des troupes impériales et royales, sous les ordres de M. le baron de Hotze, entre le lac de Zurich et celui de Wallenstadt, par Maienfeld dans le Rheintal jusqu'à Disentis; je dois, avant tout, attendre la jonction des troupes de ce dernier. Je désire d'apprendre de lui-même, comme connaissant mieux les localités, où, et comment l'opérer. De même, de mon côté, dès que la jonction aura réussi, je pense que les troupes russes d'Italie, ne pouvant plus être arrêtées, pénétreront sur les deux rives du lac de Lucerne, celles de MM. de Linken et Hotze entre les lacs de Zurich et Zug, et enfin la réunion totale des troupes russes du général Korsakov près la rive droite de la basse Reuss et de l'Aar ; ce sera la seule manœuvre qui puisse promettre un résultat décisif pour les opérations ultérieures ».

« Comme je me hâterai de vous faire connaître, de Bellinzona, l'arrivée de la colonne des troupes russes d'Italie, c'est aussi à Bellinzona, au plus tard, à moins que vous ne le puissiez plus tôt, par la route de Novara et Varèse, que vous me ferez connaître, par courriers, la position et la force de toutes les troupes, tant russes que royales-impériales, qui se trouvent réunies en Suisse, ainsi que les positions de l'ennemi, ses forces et leur distribution. Je désire aussi, que MM. Les généraux baron de Hotze et de Linken me communiquent leurs avis et leurs connaissances locales sur le terrain et la manière de faire la guerre dans ce pays, en indiquant comment la coopération précipitée de toutes les troupes que sont déjà en Suisse, et de celles qui y marchent d'ici peut être le plus efficacement et les plus utilement exécutée ; je serai par là en état de préparer mon attaque et d'en déterminer le jour et l'heure positifs. »

Clausewitz geht davon aus, dass die Idee für diesen Angriffsplan vom österreichischen Generalstab (Oberst Weyrother) stammt, der Suworow zur Verfügung stand, nachdem Zar Paul I. Stäbe in seiner Armee verboten hatte. Die Redaktion selber sei aber durch Suworow oder durch jemanden aus dem unmittelbaren Umfeld erfolgt. Er weist im Weiteren darauf hin, dass nach den Feststellungen von Erzherzog Carl ein wesentlich präziserer Plan vom 10. September stamme, wonach Suworow am 24. den Gotthard eingenommen, am 25. in Altdorf und am 26. in Schwyz sein wollte, von wo aus er am 27. und gleichzeitig auf der anderen Seeseite via Engelberg gegen Luzern vorstoßen wollte.²⁵

Im Postscriptum²⁶ empfiehlt er den Österreichern ausdrücklich, den gefürchteten Bajonettangriff der Russen anzuwenden, weil er damit die Angriffe und «nos succès multipliés et très-peu sanglants» zu gestalten glaubt. Zu diesem Zwecke sollen Offiziere aus dem Korps Korsakow zur Instruktion abgestellt werden, die sich mit dieser Angriffsart auskennen.

4.2 Der Kriegsplan seines Gegenspielers Masséna

Masséna wurde durch das Direktorium wiederholt zu offensiven Handlungen gedrängt. Nachdem Erzherzog Carl mit seinen Truppen die Schweiz verlassen und durch Korsakow mit einem russischen Verband abgelöst worden war, schien die Lage für ihn günstiger, ohne allerdings von den Absichten der Koalition etwas zu wissen. Er wollte direkt gegen Korsakow vorgehen und die bei Zürich und hinter der Limmat stehenden Russen mit vier Divisionen (Mortier, Lorges, Ménard und Klein) angreifen. Daneben sollten General Soult Hotze hinter die Linth zurückwerfen und Lecourbe die Österreicher über den Oberalppass gegen Disentis bedrängen.^{27, 28}



General Masséna

Direkter Gegenspieler von Suworow war General Claude-Jacques Lecourbe, ein sehr fähiger, erfolgreicher Divisionskommandant, wie sowohl Masséna²⁹ und auch Jomini³⁰ feststellen.

Ohne die gegenseitigen Angriffspläne zu kennen, hatten die beiden Kontrahenten ihren Angriffsbeginn fast zeitgleich vorgesehen. Masséna wollte am 25. September vorgehen; Suworow sah den Beginn seiner Angriffsaktionen für den 27. und 28. September vor.

4.3 Die tatsächliche Umsetzung

Die tatsächliche Umsetzung des Feldzuges von Suworow in der Schweiz kann wie folgt zusammengefasst werden:³¹

Zeit	Suworow	Detachierte	Verbündete
September			
15.	Suworow in Taverner		
19.	Korps Rosenberg in Bellinzona		
20.			

21.	Abmarsch Derfelden ab Taverne	Abmarsch Rosenberg von Bellinzona über den Lukmanier	
22.			
23.	Suworow mit dem Gros und Strauch bei Dazio und vor Airole	Rosenberg im Tavetsch	
24.	Angriff auf den Gott-hard	Rosenberg kämpft am Oberalppass Auffenberg zieht über den Chrüzlipass	Zweite Schlacht bei Zürich Masséna gegen Korsakow
25.	Kampf ums Urnerloch bei Andermatt	Zusammenschluss Rosenberg mit Suworow Auffenberg bei Amsteg	
26.	Einmarsch Suworows in Altdorf	Zusammenschluss Auffenbergs mit Suworow	Hotze stirbt bei Schänis am unteren Zürichsee
27.	Marsch über den Chinzigpass ins Muotatal		Vorstösse und Rückzüge von Jellachich und Linken im Glarnerland
28.	Gros im Muotatal		
29.	Nachhut im Muotatal Kriegsrat und Abmarsch der Vorhut über den Pragelpass		
30.	Abmarsch des Gros über den Pragelpass; 1. Gefecht im Muotatal mit Sieg Rosenbergs gegen Masséna		
Oktober			
1.	2. Gefecht und erneuter Sieg Rosenbergs gegen Masséna im Muotatal		
2.	Kämpfe des Gros im Raume Glarus gegen Molitor	Rückzug Auffenbergs ins Rheintal	

3.	Abzug Rosenbergs aus dem Muotatal nach Glarus		
4.	Kriegsrat und Abzug über den Panixerpass		
5.	Gros bei Elm		
6./7.	Auf dem Panixerpass		
8./9./10.	In Ilanz		
12.	In Feldkirch		

Der ganze Feldzug war nicht zuletzt wegen den Verzögerungen in Bellinzona, Problemen bei der Versorgung und den schwierigen Wetterbedingungen mit starken Regenfällen auf dem Chinzigpass und gar intensiven Schneefällen bei der Überquerung des Panixerpasses gescheitert, ohne dass Suworow mit seiner Armee besiegt worden wäre.

5. Die verschiedenen Optionen und deren Beurteilung durch Clausewitz

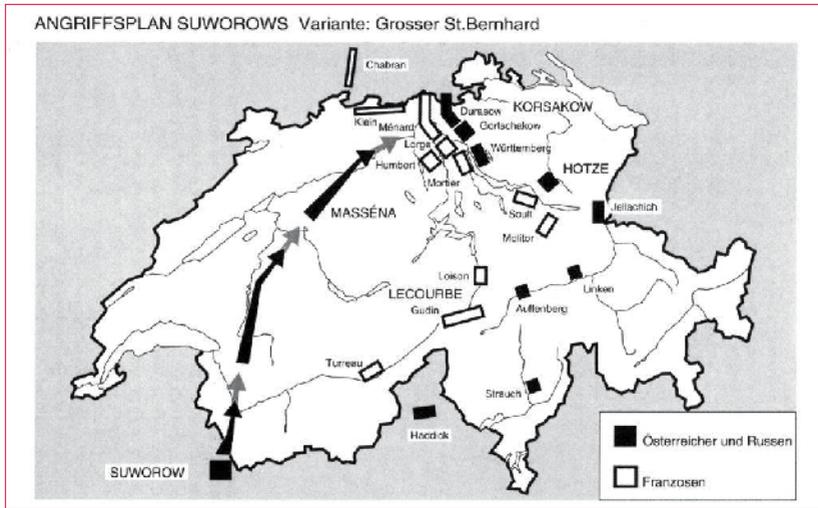
Für den Angriff durch Suworow in der Schweiz standen verschiedene Achsen zur Verfügung. Im Vordergrund standen drei, die von Clausewitz eingehend analysiert wurden und auf die ich nachfolgend näher eingehen werde.³²

5.1 Der Weg über den Grossen St. Bernhard

Der dem Ausgangsort Asti am nächsten liegende Anmarschweg führte vom Aostatal über den Großen St. Bernhard ins Unterwallis und an den Genfer See und von dort durch das ganz Mittelland (z.B. über Fribourg – Bern) in den Rücken von Masséna.

Diese Variante wurde offenbar ernsthaft erwogen, wie von verschiedenen Autoren festgestellt wird.^{33, 34} Dass sie verworfen wurde, mag auf verschiedene Gründe zurückzuführen sein.³⁵ Zum einen wäre ein gemeinsamer, zeitnaher Kampf der Verbündeten praktisch nicht möglich gewesen. Zum anderen hätte ein Vorrücken durch die Westschweiz wohl auch zu viel Zeit beansprucht. Suworow hätte hierfür auch wesentlich mehr Mittel zur Verfügung haben müssen, damit ein solcher Marsch hätte erfolgreich sein können, und letztlich hätte dies wohl auch den Verbleib des Erzherzogs Carl mit seinen Kräften in der Schweiz bedingt.

Clausewitz bezeichnet den Weg über den St. Bernhard als «strategische Umgehung, d.h. eine solche, die entweder gar nicht zu einer Gefechtsentscheidung führen, sondern durch das Unterbrechen der Verbindungslinien wirken soll, oder die die Entscheidung nicht mit dem vor der feindlichen Fronte befindlichen Streitkräften gemeinschaftlich giebt».³⁶



Daneben weist er zu Recht auf folgendes hin: «Jede Unternehmung in der strategischen Flanke der Franzosen, die nicht zu einer schnellen Waffenentscheidung führte, sondern langsam wirken sollte, war von der höchsten Gefahr für die Verbündeten begleitet, denn während sie einen Drittel auf diesen entfernten Punkte zu einer langsam und unsicher wirkenden Unternehmung verwendeten, konnte der französische Feldherr sein Übergewicht gegen die in seiner Nähe vereinzelt stehenden Feldherren geltend machen, wie er es denn auch wirklich getan hat».³⁷

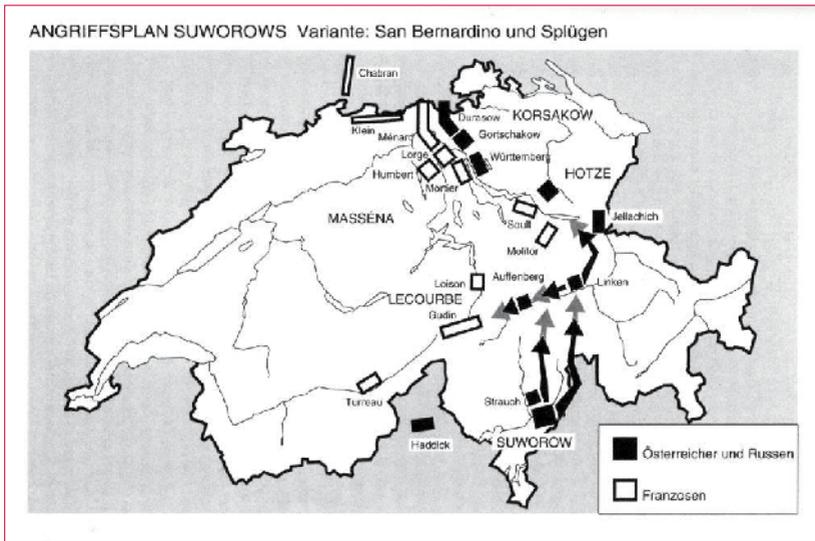
Anderer Meinung war Jomini,³⁸ was von Clausewitz in seinen Betrachtungen sehr deutlich abgelehnt wurde, wie wir den folgenden Feststellungen entnehmen können: «Wenn also der Verfasser der im Jomini als Beilage enthaltenen Relationen von Suwarows Marsch diesen Weg für den besten hielt, weil Suwarow 40 Lieues hinter Masséna in die Schweiz debouchiert wäre, so ist das eine der gewöhnlichen Phrasen, bei der sich der Verfasser nichts Bestimmtes d.h. keine endliche Wirkung gedacht hat.»³⁹

Auch wenn die Variante Grosser St. Bernhad m.E. zu Recht verworfen wurde, hätte sie bei rascher Ausführung und mit der nötigen Anzahl Truppen immerhin ein gewisses Überraschungsmoment für sich haben können, und man hätte neben der Bedrohung der französischen Rückzugslinien eventuell auch eine Rückgewinnung des Wallis ins Auge fassen können, das schon von Napoleon 1797 als Schlüssel für die wichtige Rochade Italien – Frankreich erkannt und genannt wurde.⁴⁰

5.2 Der Weg über den San Bernardino oder über den Splügen via Chiavenna.

Verschiedene Autoren, ebenso Clausewitz, gehen davon aus, dass der einfachste und wohl sicherste Weg über Como, Chiavenna und dann über den Splügenpass, (allenfalls über den San Bernardino) ins Rheintal geführt hätte.^{41, 42,}

⁴³ Suworow hätte in diesem Falle auch über seine gesamte Artillerie verfügt, wogegen bei einem Marsch über den St. Gotthard nur leichte zweifündige Gebirgskanonen mitgenommen werden konnten.



Zudem hätten bei Wahl dieser Variante ins Rheintal bis zur Vereinigung mit Hotze keine direkten Kampfhandlungen mit den Franzosen stattgefunden, das Binden von gegnerischen Kräften war allerdings erst später möglich. Das Ganze hätte wohl auch wesentlich mehr Zeit gekostet, weil man zur Recht davon

ausging, dass der Weg über den St. Gotthard näher sei (Intensivere Kampfhandlungen nicht eingerechnet).⁴⁴

5.3 Der Weg über den Gotthard

Was nun den Weg über den St. Gotthard betrifft, so geht Clausewitz davon aus, dass der Angriff über den Gotthard zwei verschiedene Bedeutungen hatte, zum einen ein Vereinigungsmarsch von getrennten Massen und zum anderen ein Angriff auf die strategische Flanke der französischen Aufstellung.⁴⁵

Der Plan hatte verschiedene Vor- und Nachteile. Vorteilhaft erschien, dass man davon ausging, dass dieser Weg der schnellste und direkteste war, um Masséna im Raume Zürich angreifen zu können. Zudem würde er den Gegner in seiner Flanke bedrohen und bereits am Gotthard Kräfte binden, während dies bei der Splügenvariante erst nach der Vereinigung mit Hotze der Fall gewesen wäre.⁴⁶ Als nachteilig erachtet wurde demgegenüber, dass zuerst der Gotthard und auch der Oberalppass als Umgehungsmöglichkeit erobert werden mussten, weil dort Lecourbe, allerdings mit nicht allzu starken Kräften stand, die aber gut positioniert waren. Hinzu kam, dass auf diesem Wege nur kleinere Gebirgskanonen mitgenommen werden konnten und überdies auch die Versorgung von Soldaten und Pferden einige Anforderungen mit sich brachten.^{47, 48} Ein weiteres Risiko war die Eroberung des Urnerlochs und der Teufelsbrücke in der Schöllenen-Schlucht, wenn man sich dessen in Asti überhaupt bewusst war. Eine total abgebrochene und vernichtete Brücke hätte bis zu deren Instandsetzung wohl zu erheblichen Verzögerungen, wenn nicht gar zu einer anderen Routenwahl geführt, weil diese Enge nicht einfach umgangen werden konnte.⁴⁹

Ein nicht unbedeutendes weiteres Problem stellte die Fortsetzung des Marsches nach Erreichen des Raumes Altdorf dar. Ich werde unter (6.) darauf zurückkommen.

Wesentlich erscheint, dass die Wahl der Gotthardroute mit den Umgehungen nicht ein einsamer Entscheid des Generalissimus war.^{50, 51, 52} Diese Variante wurde durch die Österreicher beeinflusst, vorab durch den österreichischen Stab unter der Leitung von Oberst Weyrother. Dazu gehörten die Geländekenntnisse der Österreicher, die im Verlaufe des Krieges in der Schweiz bereits im gesamten Gebirgsraum bis nach Schwyz gegen die Franzosen gekämpft hatten, sowie die Wünsche des österreichischen Kaisers, der den Weg über den Gotthard bevorzugte. Letztlich darf angenommen werden, dass der direkte

Weg über den Gotthard dem Naturell Suworows am ehesten entsprochen hatte, weil er damit direkt und ohne Umschweife auf sein Ziel losgehen konnte. Die in deutscher Sprache abgefassten Dispositionen für den Angriff auf den Gotthard bringen dies wie folgt auf den Punkt: «Der einzige Weg ist daher – den St Gotthard von Bellinzona her anzugreifen. Durch diesen Angriff allein werden wir das erreichen, was wir nach dem im erörterten ersten Vorschlag erst nach Verlauf von 6 Tagen und dazu nicht anders als durch Mitwirkung eines besonderen Korps, welches immer wieder von Bellinzona her zu operieren hätte, erreichen würden.»⁵³

Von Clausewitz, der sich mit allen Optionen eingehend auseinandergesetzt hat, werden die Gotthardvariante und der österreichische Generalstab unmissverständlich wie folgt kritisiert:

*«Der Marsch über den St. Gotthard ist eine so ausserordentliche Begebenheit, man möchte sagen: ein so riesenhafter Missgriff, dass ein reger Untersuchungsgeist das höchste Bedürfnis haben muss, sie klar aufzufassen, ihr recht scharf ins Auge zu sehen.»*⁵⁴ Unterstrichen hat er das Ganze mit Blick auf den österreichischen Generalstab an anderer Stelle mit einem Zitat von Voltaire, das ich hier gerne wiedergebe: *«das beste Pferd stolpert ja wohl einmal! Ja aber nicht ein ganzer Stall voll Pferde!»*.⁵⁵

Noch pointierter kritisiert wird der Feldzug durch die englischen Offiziere, die Suworow und Korsakow als Berichterstatter für den Hof in England begleitet haben. So z.B. Sir William Clinton unter Berufung auf Lt. Col. Sir William Stewart in seinem Bericht vom 9. Oktober 1799 aus Chur: *«Solch eine Komödie von militärischen Irrtümern ist selten gespielt worden und wir müssen dankbar sein, dass die Angelegenheit so gut geendet hat.»*⁵⁶

5.4 Weitere Möglichkeiten

Neben den bereits erwähnten drei Hauptvarianten gab es noch weitere Möglichkeiten, die von den verschiedenen Autoren erwähnt werden.

Nicht in Frage kam der Simplon, dies vor allem wegen der Geländeverhältnisse und der damit verbundenen Fortsetzungsmöglichkeiten im Wallis, über den Grimsel- und Brünigpass oder über die Furka. Ins Auge gefasst, zumindest diskutiert wurden dagegen nach Erreichen von Andermatt der Zusammenschluss mit Hotze über den Oberalp pass ins Rheintal beziehungsweise aus dem Talkes-

sel von Altdorf über den Klausenpass ins Glarnerland. Besprochen wurden zur Fortsetzung von Altdorf Routen dem See entlang beziehungsweise über den Surenenpass nach Engelberg in den Kanton Nidwalden und von dort nach Luzern. Im Detail auf diese Möglichkeiten einzugehen, lohnt sich hier deshalb nicht, weil sie vor allem aus Zeitgründen nicht in Frage kamen oder lediglich als Untervarianten oder Ergänzungen der Hauptvarianten zur Diskussion standen.

6. Kontroversen und Unklarheiten

Aus Platzgründen beschränke ich mich hier auf eine kurze Darstellung der Frage, weshalb Suworow nicht gewusst haben soll, was ihn in Altdorf erwartet. Gemeint ist der Umstand, dass die ganze Flotte, die zur Überwindung des Vierwaldstättersees notwendig war, von General Lecourbe rechtzeitig nach Bauen disloziert wurde und die Wege entlang des Sees nach Brunnen mit einer Armee damals praktisch nicht begangen werden konnten.⁵⁷ Dieser Punkt wird von verschiedenen Autoren heftig kritisiert. Teilweise wird gar behauptet, dass Suworow von den Österreichern bewusst über die Geländeverhältnisse im Unklaren gelassen worden sei.

Einer der Ersten, der die gesamte Problematik, mit der sich Suworow in Altdorf auseinandersetzen musste, etwas pathetisch darlegt, war Clausewitz, der dies im Originaltext wie folgt tut:

«Als Suworow in Altorf ankam, wurde er durch die Anschauung selbst den ungeheuren Fehltritt inne, zu welchem ihn die Verkehrtheit und der Leichtsinns des österreichischen Generalstabes geführt hatte. Die Gotthardstrasse endet in den Wellen des Vierwaldstätter Sees; kein einziges Fahrzeug war vorhanden. Eine unwegsame Gebirgsmasse trat ihm entgegen und streckte ihren nackten Felsenarm das Schächenthal hinauf wie ein riesenhafter Wegweiser des Schicksals. Nur durch dies Thal kann er ziehen, über diese zerrissenen Felsenmassen muss er auf gefahrvollen Hirten- und Jägerpfaden hinauf- und hinabklettern, um nach Muotta zu gelangen, wo ihn dann Schwyz mit einer freundlicheren Gegend empfängt.»⁵⁸

Persönlich bin ich aufgrund eigener Kenntnis über diesen Weg der Meinung, dass die Schwierigkeit eines Übergangs über den Chinzigpass, der vom Schächenthal ins Muotathal führt, von vielen Autoren überschätzt wird. Die Gebirgskette, die das Muotathal vom Talkessel von Altdorf abgrenzt, scheint auf den ersten Blick unüberwindbar. Tatsache ist aber, dass ein relativ guter Weg auf die Passhöhe führt und der Abstieg ins Muotatal mit Ausnahme einer Pas-

sage beim Lipplisbüel nicht allzu schwer zu bewältigen ist und dieser schon damals mit Vieh begangen wurde. Wenn man bedenkt, dass Suworow zuvor schon den Gotthardpass, Rosenberg den Lukmanier und Oberalppass oder Auffenberg kurz zuvor den anspruchsvollen Chrüzlipass bezwungen haben, dann dürfte der Chinzigpass auch kein unüberwindbares Hindernis gewesen sein. Dies wird auch von einem erfahrenen Train-Offizier der Schweizerarmee bestätigt, der diesen Pass mehrmals selber begangen hat.⁵⁹

Zu erwähnen bleibt freilich, dass die Versorgungslage schon in Altdorf schwierig war, zumal die Ressourcen der Bevölkerung schon von den Franzosen sehr stark beansprucht worden waren, daneben die Wetterverhältnisse mit viel Regen beim Übergang über den Chinzigpass nicht sehr gut waren und zudem eine Armee mit rund 20.000 Mann einen nicht befahrbaren Passweg zu überwinden hatte.

Im Übrigen glaube ich jedoch, dass Suworow aufgrund der Informationen, die ihm von den Österreichern zur Verfügung standen, genügend Kenntnisse über den Raum Altdorf und die Fortsetzungen hatte, die aus diesem Talkessel ins Gebirge (Klausen-, Chinzig- sowie den Surrenenpass) bzw. entlang dem See führten, auch wenn der Übergang über den Chinzigpass wohl das Produkt des österreichischen Stabes war.

Daneben gibt es weitere Unklarheiten und Kontroversen, auf deren Betrachtung wir hier verzichten müssen, die aber vor allem in der Publikation Maultierre machen Geschichte (siehe Literaturverzeichnis) nachgelesen werden können. Zu denken ist dabei unter anderem an den genauen Verlauf des Angriffs auf den Gotthard, den Kampf um das Urnerloch und in der Schöllenschlucht, die Gefechte im Muotatal, der Verlauf des Kriegesrates in Mutathal und in Glarus.

7. Beurteilung und Schlussbemerkungen

Wenn man versuchen will, den ganzen, kühnen Feldzug Suworows summarisch zu beurteilen, so kann man dies anhand der strategischen Grundsätze von Clausewitz tun. Ich stütze mich dabei auf sein Standardwerk Vom Kriege und sein Werk über den Feldzug von 1799⁶⁰ sowie auf die Publikation von Camenzind und Fueglistaller über strategisches Denken in KMU⁶¹, worin die strategischen Grundsätze zusammenfassend dargestellt und erläutert werden.

Grundsatz	Beurteilung
<p>Einfachheit</p> <p>«So ist denn in der Strategie alles sehr einfach, aber darum nicht leicht.»^{62, 63}</p>	<p>Insgesamt waren die mit dem Feldzug verbundenen Zielsetzungen alles andere als einfach, wenn man das zeitnahe Zusammenwirken von verschiedenen unterschiedlich positionierten Verbänden und die damaligen Kommunikationsverhältnisse im Gebirge berücksichtigt.</p>
<p>Überlegenheit der Zahl</p> <p>«Die Überlegenheit der Zahl in einem Gefecht ist nur einer der Faktoren, aus welchem der Sieg gebildet wird.»^{64, 65}</p>	<p>Ziel des Feldzuges war der Zusammenzug von rund 50.000 Mann im Raume Schwyz – Einsiedeln, was an der Flanke von Masséna eine gewisse Überlegenheit hätte bewirken können.</p> <p>Dies war nach der 2. Schlacht bei Zürich (Niederlage Korsakows) und den reduzierten Beständen von General Hotze nicht mehr möglich.⁶⁶ Eine Überlegenheit insgesamt hätte wohl nur mit dem Verbleib des Erzherzogs Carl in der Schweiz erreicht werden können.</p>
<p>Konzentration der Kräfte in Zeit und Raum</p> <p>« Die beste Strategie ist, immer recht stark zu sein, zuerst überhaupt und demnächst auf dem entscheidenden Punkt.»^{67, 68}</p>	<p>Mit der Konzentration aller Kräfte, wie vorgesehen im Raume Schwyz und am unteren und oberen Zürichsee, wäre eine Konzentration der Kräfte grundsätzlich möglich gewesen, wenn dies erfolgreich zustande gekommen wäre.</p>
<p>Überraschung und List</p> <p>«Sie liegt mehr oder weniger allen Unternehmungen zum Grunde, denn ohne sie ist die Überlegenheit auf dem entscheidenden Punkte eigentlich nicht denkbar.»^{69, 70}</p>	<p>Ursprünglich war ein gewisses Überraschungsmoment gegeben, weil die Franzosen vorerst lange nichts vom Anmarsch Suworows in die Schweiz wussten und glaubten, dass es sich lediglich um UmDispositionen bei den im Gebirge stehenden Kräfte der Koalition handelte.</p>
<p>Ökonomie der Kräfte</p> <p>«Nur wer mit geringen Mitteln Grosses tut, hat es glücklich getroffen.»^{71, 72}</p>	<p>Mit den anspruchsvollen Gebirgsmärschen und Gefechten im Gebirge und der damit verbundenen Versorgungslage war der Grundsatz der Kräfteökonomie sicher nicht gegeben, wie das Ergebnis zeigt. Hinzuweisen ist zudem darauf, dass es sich bei den russischen Verbänden nicht um erfahrene Gebirgstruppen handelte.</p>
<p>Prinzip des Angriffs^{73, 74}</p>	<p>Dieses Prinzip ist grundsätzlich gegeben. Aufgrund der schwierigen Koordination der verschiedenen mitwirkenden Verbände wäre ein erfolgreicher Angriff nur unter glücklichen Verhältnissen vollumfänglich realisierbar gewesen</p>

Zusammenfassung

Das Scheitern des Feldzuges war nicht zuletzt auf die unmöglichen Entscheidungen der beiden Höfe in Wien und Petersburg zurückzuführen.

Die strategischen Ziele hätten bei der gegebenen Ausgangslage und bei den vorgesehenen Vorgaben wohl nur mit viel Glück erreicht werden können.

Abschliessend bleibt der Hinweis, dass der Zug Suworows mit der Überquerung von verschiedenen Pässen bei teilweise schwierigsten Versorgungs- und Wetterverhältnissen zum Eindrücklichsten zählt, was es bis heute in der Gebirgskriegsführung gegeben hat. Dass dieser Zug über die Alpen nicht zu einem vollumfänglichen Fiasko und zum Untergang der Armee Suworows geführt hat, ist wohl nicht zuletzt auf den Mut, die Kühnheit und die Beharrlichkeit des Feldmarschalls sowie auf die moralischen Stärken seiner Armee und ihrer Offiziere zurückzuführen. Alles Tugenden, die von Clausewitz im Dritten Buch in Vom Kriege ausführlich beschrieben und als wesentliche Strategiebestandteile auch erwähnt werden.⁷⁵

Auch wenn der Feldzug als bloße Episode in die Geschichte Eingang fand, weil er militärisch und politisch wirkungslos blieb, bleibt der Hinweis, dass Suworow mit seiner Armee dabei nicht besiegt wurde und dass dieser aufgrund der erbrachten Leistungen zumindest in der Militärgeschichte seinen bleibenden Wert behalten dürfte.

Der gesamte Feldzug wurde deshalb von Clausewitz im zweiten Teil seiner Publikation über die Feldzüge von 1799 in Italien und der Schweiz zu Recht im Detail analysiert und ausführlich kommentiert.

Zum Autor: Alois Camenzind hat Studienabschlüsse in St. Gallen (lic.oec.HSG) und Zürich (lic.iur.) Beruflich als Jurist und Rechtsanwalt tätig, u.a. als Land- und Gerichtsschreiber, Chef der kantonalen Steuerverwaltung Schwyz, Partner bei Revisuisse Price Waterhouse und in der Anwaltskanzlei Reichlin & Hess in Zug. Mehrjährige Erfahrung als Bankpräsident der Schwyzer Kantonalbank und in verschiedenen Verwaltungsräten von Industrie- und Familienunternehmungen. Daneben während längerer Zeit nebenamtlicher Bundesrichter in Lausanne. Verfasser verschiedener Publikationen im Steuerrecht sowie über den Feldzug Suworows in der Schweiz und, zusammen mit Prof. Fueglistaller, strategischen Denken von Clausewitz und dessen Anwendung bei KMU. Oberstlt. a.D., zuletzt als leitender Nachrichtenoffizier in der Gebirgsdivision 9 der Schweizer Armee.

Literaturverzeichnis:

Carl von Clausewitz: Vom Kriege, Hinterlassenes Werk, Erster bis Viertes Buch, Zweite Auflage, Unveränderter Abdruck, Berlin: Ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung 1857

(Zitiert: Clausewitz vom Kriege).

Carl von Clausewitz: Die Feldzüge von 1799 in Italien und der Schweiz, Hinterlassens Werk, Zweiter Theil, Zweite Auflage, Berlin: Ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung 1858 (Zitiert: Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799).

Carl von Clausewitz: La Campagne de 1799 en Italie et en Suisse, Traduit de l'allemand par A. Niessle, Editions Champ Libre, Paris 1979.

Alois Camenzind: Maultiere machen Geschichte oder Suworows Krieg in den Schweizer Alpen im Jahre 1799, Luzern/Cham: Pro Libro Verlag, 3. unveränderte Auflage, 2018, und das dort aufgeführte, ausführliche Literaturverzeichnis (Zitiert: Camenzind, Maultiere).

Alois Camenzind / Urs Fueglistaller: Strategisches Denken in KMU und die Lehre von Clausewitz, Verlag Neue Züricher Zeitung 2014 (Zitiert: Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken).

Oskar Criste: Erzherzog Carl von Österreich, 2. Band 1798-1808, Wilhelm Braumüller, Wien und Leipzig, 1912 (Zitiert: Criste, Erzherzog Carl).

Patrice Gueniffey, Bonaparte 1769-1802, Erste Auflage 2017, Suhrkamp, Berlin (Zitiert: Gueniffey, Bonaparte).

Herrmann Hüffer: Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, F.D. Perthes, Gotha, 1904 (Zitiert Hüffer, Der Krieg des Jahres 1799).

Antoine Henri Jomini: Histoire critique et militaire des guerres de la révolution, tome douzième, 1799 2e periode, Paris 1822, Anselin et Pochard, Libraires pur l art militaire (Zitiert : Jomini, querres de la révolution).

Anton Pestalozzi: Briefe an Lord Sheffield, Englische Kriegsberichte aus der Schweiz, Herbst 1799, Kommissionsverlag Beer AG in Zürich, Neujahrsblatt auf das Jahre 1989 (Zitiert: Pestalozzi, Briefe an Lord Sheffield).

Rudolf von Reding-Biberegg: Der Zug Suworows durch die Schweiz, 24. Herbst- bis 10. Weinmonat 1799, Stans: Verlag 1895, (Zitiert: von Reding, Suworow).

Schweizer Kriegsgeschichte, Im Auftrag des Chefs des Generalstabes, Oberstkorpskom-

mandant Sprecher von Bernegg, bearbeitet von Schweizer-Historikern unter Leitung von Oberst M. Feldmann und Hauptmann H.G. Wirz, Heft 8, Bern; Siebentes Kapitel, Die Schweiz unter Fremdherrschaft 1798-1813, Bern: Hans Nabholz, 1921, (Zitiert: Nabholz in Schweizer Kriegsgeschichte)

Anmerkungen:

- 1 Camenzind, Maultiere, S. 17.
- 2 Criste, Erzherzog Carl, 2. Band, S 124 und 125.
- 3 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 144 (7. Abschnitt, 77 Kapitel).
- 4 Camenzind, Maultiere, S. 17.
- 5 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 75 (7. Abschnitt, 68. Kapitel).
- 6 Gueniffey, Bonaparte, S. 279 ff.
- 7 Gueniffey, Bonaparte, S. 413 ff.
- 8 Camenzind Maultiere, S. 20 und 21.
- 9 Camenzind, Maultiere, S. 27 ff.
- 10 Camenzind, Maultiere, S. 27 ff.
- 11 Camenzind, Maultiere, S. 81 f.
- 12 Von Reding, Suworow, S. 18;
- 13 Camenzind, Maultiere, S. 101.
- 14 Camenzind, Maultiere, S. 100.
- 15 Von Reding, Suworow, S. 19.
- 16 Camenzind, Maultiere, S. 48.
- 17 Camenzind, Maultiere, S. 17.
- 18 Von Reding, Suworow, S. 15.f.
- 19 Camenzind, Maultiere, S. 59 f.
- 20 Von Reding, Suworow, S. 17.
- 21 Camenzind, Maultiere, S. 165.
- 22 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 94, Fussnote (7. Abschnitt, 70. Kapitel).
- 23 Camenzind, Maultiere, S. 102 ff.
- 24 Clausewitz, campagne de 1799 en suisse et en italie, Editions Champ Libre, S. 433 u. 434
- 25 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 97 (7. Abschnitt, 70. Kapitel).
- 26 Clausewitz Feldzug in der Schweiz 1799, S. 96/97 (7. Abschnitt, 70. Kapitel).
- 27 Camenzind, Maultiere, S. 118f.
- 28 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 101 (7. Abschnitt, 71. Kapitel).
- 29 Camenzind, Maultiere, S. 55/56.
- 30 Bernard Claude, Lecourbe vu par Jomini in Revue Militaire Suisse Band 124 (1979) Heft 10, pdf S. 415 ff.

- 31 Camenzind, Maultiere, S. 122/123.
- 32 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 92ff. (7. Abschnitt, 70. Kapitel).
- 33 Hüffer, der Krieg des Jahres 1799, S. 315.
- 34 Nabholz, Schweizer Kriegsgeschichte, Band 3, Heft 8, S. 100.
- 35 Camenzind, Maultieres, S. 106 f.
- 36 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 193 (7. Abschnitt, 82. Kapitel).
- 37 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 194 (7. Abschnitt, 82. Kapitel).
- 38 Jomini, Guerres de la révolution, tome XII, S. 466, No. 7 Pièces relatives à la campagne de Suwarof en Suisse.
- 39 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 197 (7. Abschnitt, 82. Kapitel).
- 40 Der Weg ins Grauholz, Heft Nr. 10 der Schriftenreihe der Gesellschaft für Militärhistorische Studienreisen (GMS), Zürich 1992, (Verschieden Autoren), S. 5.
- 41 Camenzind, Maultiere, S. 110.
- 42 Nabholz, Schweizer Kriegsgeschichte, Band 3, Heft 8, S. 100 und 101.
- 43 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 192, (7. Abschnitt, 82. Kapitel).
- 44 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 93 (7. Abschnitt, 70. Kapitel)
- 45 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 200/201 (7. Abschnitt, 82. Kapitel).
- 46 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 93 (7. Abschnitt, 69. Kapitel).
- 47 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 93 (7. Abschnitt, 69. Kapitel).
- 48 Camenzind, Maultiere S. 252.
- 49 Camenzind, Maultiere S. 162 f.
- 50 Camenzind, Maultieres, S. 112.
- 51 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S.93 (7. Abschnitt, 69. Kapitel).
- 52 Nabholz in Schweizer Kriegsgeschichte, Band 3, Heft 8, S. 101.
- 53 Camenzind, Maultiere, S. 114.
- 54 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz, 1799, S. 192 (7. Abschnitt, 82. Kapitel).
- 55 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz, 1799, S. 100 (7. Abschnitt, 70. Kapitel).
- 56 Pestalozzi, Briefe an Lord Sheffield, S. 78.
- 57 Vergl. Die ausführliche Auseinandersetzung mit diesen Fragen bei Camenzind, Maultiere, S. 114ff.
- 58 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 162 (7. Abschnitt, 78. Kapitel).
- 59 Vergl. dazu Heinz Stoller, Der Zug Suworoff's durch die Schweiz, Maschinenschrift, ohne Datumsangaben, Fussnote S. 12.
- 60 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 141 (7. Abschnitt, 76. Kapitel).
- 61 Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S.32 – 66.
- 62 Clausewitz vom Kriege, S. 171 (3. Buch, 1. Kapitel).
- 63 Camenzind/Fueglistaller, strategisches Denken, S. 39. ff.
- 64 Clausewitz vom Kriege, S. 196 ff. (3. Buch, 8. Kapitel).
- 65 Camenzind/Fueglistaller, strategisches Denken, S. 54 f.

- 66 Vergl. auch Clausewitz, Feldzug in der Schweiz, 1799, S. 141 u. 142 (7. Abschnitt, 76. Kapitel).
- 67 Camenzind/Fueglistaller, strategisches Denken, S. 57 ff.
- 68 Clausewitz vom Kriege, S. 211 ff. (3. Buch 11. Und 12. Kapitel).
- 69 Clausewitz vom Kriege, S. 202 ff. (3. Buch 9. U. 10. Kapitel).
- 70 Camenzind/Fueglistaller, strategisches Denken, S. 60 ff.
- 71 Clausewitz vom Kriege, S. 224 ff. (3. Buch, 14. Kapitel).
- 72 Camenzind/Fueglistaller, strategisches Denken, S. 64 ff.
- 73 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, S. 141 ff. (7. Abschnitt, 76. Kapitel).
- 74 Camenzind/Fueglistaller, Strategisches Denken, S. 48 ff.
- 75 Clausewitz, vom Kriege, S. 167 – 238 (3. Buch, 3.- 7. Kapitel).

Strategen des Luftkrieges – Douhet, Trenchard, Mitchell

Christian F. Anrig

Bereits in den frühen Jahren der Militäraviatik kristallisierten sich zwei grundlegende Denkschulen heraus. Die Vertreter der „integrierten“ Schule sahen den Nutzen von Luftstreitkräften primär im Zusammenwirken mit Heeres- und Marineverbänden. Zusammen erzielten Heer, Marine und Luftwaffe eine Wirkung, die größer als die Summe der einzelnen Teile sei. Im Gegensatz dazu sah die „unabhängige“ Schule die strategische Wirkung im Vordergrund. Luftstreitkräfte sollten direkt auf das strategische Zentrum der Kraftentfaltung einwirken, um so, quasi im Alleingang, eine Entscheidung herbeizuführen. In der Zwischenkriegszeit wurde der Wille einer Nation gemeinhin als Zentrum der Kraftentfaltung verstanden. Diese gegensätzlichen Denkschulen bestimmen bis heute – mehr oder weniger offensichtlich – die Debatte über die Wirksamkeit von Luftstreitkräften.

Die Strategen des Luftkrieges – Giulio Douhet, Hugh Trenchard und William „Billy“ Mitchell – vertraten mit unterschiedlichen Schattierungen die Extremposition der „unabhängigen“ Schule. Im Falle von Trenchard und Mitchell ist diese Tatsache nicht offensichtlich. Beide befehligten während des Ersten Weltkriegs grössere Luftoperationen zur direkten und indirekten Unterstützung von Heereskräften.

Douhet und Mitchell vertraten ihre Überzeugungen bis zum Äußersten und nahmen dafür erhebliche Entbehrungen in Kauf. Mitchell gilt in amerikanischen Luftwaffenzirkeln bis heute als Märtyrer. Während die beiden bekannte Werke wie *Il Dominio dell'Aria* (Luftherrschaft) und *Winged Defense* verfassten, so ließ Trenchard seine Gedanken von Stabsoffizieren niederschreiben und in Doktrinschriften einfließen. Er gilt als Vater der Royal Air Force, der die junge Teilstreitkraft nach dem Ende des Ersten Weltkriegs am Leben erhielt.

Obschon der Erste Weltkrieg die Anwendung von Luftstreitkräften in unterschiedlichsten Rollen sah, so ließ er bezüglich der Wirksamkeit viele Fragen offen.¹ Es waren die Denker der Zwischenkriegszeit, die diesen Leerraum mit ihren Konzeptionen füllten.

Giulio Douhet

Giulio Douhet wurde 1869 in der Nähe von Neapel geboren und 1888 zum Offizier der Artillerie befördert. Anschliessend nahm er das Studium der Ingenieurwissenschaften am Polytechnikum Turin auf, wo er sich vor allem auf Antriebstechnik spezialisierte. 1900 wurde er Stabsoffizier im italienischen Generalstab. Er erwies sich als vorausschauender Denker. Beispielsweise verfolgte er aufmerksam den russisch-japanischen Krieg. Gegen die überwiegende Meinung vertrat er die Auffassung, dass Japan diesen Krieg gewinnen würde.²



Giulio Douhet

Als Italien 1905 sein erstes Luftschiff baute, erkannte Douhet rasch das militärische Potenzial der in den Kinderschuhen steckenden Luftfahrt. 1908 flog Italiens erstes Flugzeug, und bereits 1910 vertrat Douhet die Auffassung, dass der Himmel ein Schlachtfeld von ähnlicher Bedeutung wie der Boden oder die See werde. Bemerkenswert ist seine frühe Prognose, dass Flugzeuge zur Erringung der Luftüberlegenheit in einer unabhängigen Streitkraft zusammengefasst würden.³

Obwohl die militärische Elite Italiens wenig empfänglich für Douhets Thesen war, so waren es doch die Italiener, die Flugzeuge zum ersten Mal militärisch einsetzten. 1911 zogen die italienischen Streitkräfte gegen das osmanische Reich in den Krieg, um Libyen unter italienische Kontrolle zu bringen. Flugzeuge wurden in unterschiedlichsten Rollen eingesetzt, von der Luftaufklärung und der luftgestützten Artilleriebeobachtung bis hin zum Luftangriff. Im Jahr darauf wurde Douhet beauftragt, eine Analyse über den Einsatz italienischer Flugzeuge in Libyen zu verfassen. Daraus entsprang eine Abhandlung über den Gebrauch von Flugzeugen im Krieg. Es wurde Douhet jedoch untersagt, auf das Flugzeug als Waffe zu verweisen. Damit wollten seine Vorgesetzten den rein unterstützenden Charakter der militärischen Fliegerei unterstreichen.⁴

Douhet erachtete Luftüberlegenheit als Mittel zum Zweck. Sie ermögliche es, strategisch wichtige Knotenpunkte in der Tiefe des Raums beliebig und ungehindert anzugreifen.

Auch zu Beginn des Ersten Weltkriegs erwies sich Douhet als vorausschauend. In einem Artikel vom August 1914 prognostizierte er, dass der moderne Krieg in eine lange und kostspielige Materialschlacht ausarten werde. Obwohl Italien noch nicht in den Krieg eingetreten war, setzte sich Douhet für eine star-

ke italienische Kampfflugzeugflotte ein, deren oberstes Ziel es sein sollte, die Luftüberlegenheit zu erringen. Dies ist umso bemerkenswerter, als zu diesem Zeitpunkt der Luftkrieg noch kein wirkliches Thema bei den großen Kriegsparteien war. Douhet erachtete Luftüberlegenheit als Mittel zum Zweck. Sie ermögliche es, strategisch wichtige Knotenpunkte in der Tiefe des Raums beliebig und ungehindert anzugreifen.⁵

Italien trat 1915 auf der Seite der Alliierten in den Krieg ein. Die italienische Kriegsführung erschütterte Douhet zutiefst, und er begann, diese vehement zu kritisieren. Seine Plädoyers für den vermehrten Einsatz von Flugzeugen wurden als Insubordination aufgefasst. 1916 wurde er vor ein Kriegsgericht gestellt und als Agitator für ein Jahr Gefängnis verurteilt. Nach Kriegsende veranlasste die Regierung eine Untersuchung der unzulänglichen italienischen Kriegsführung während der Isonzoschlacht vom Oktober 1917 (Italienisch *battaglia di Caporetto*, die wohl verheerendste Schlacht für die italienischen Streitkräfte im Ersten Weltkrieg). Im Zuge dieser Untersuchung wurde das Urteil von 1916 aufgehoben, und Douhet wurde zum General (*Generale di Divisione*) befördert. Aber anstatt in den aktiven Dienst zurückzukehren, zog es Douhet vor, sich dem Schreiben zu widmen. Nur für kurze Zeit nahm er eine ranghohe Stelle in der Militärverwaltung an, die ihm Benito Mussolini persönlich verlieh.⁶

1921 erschien die Erstausgabe seines Werkes *Il Dominio dell'Aria* (Luftherrschaft). 1926 verfasste Douhet einen Zusatz zur Erstausgabe, was zu einer erneuten Auflage im Jahr darauf führte. Bereits in der Erstausgabe von *Il Dominio dell'Aria* unterstrich Douhet unmissverständlich den offensiven Charakter von Luftstreitkräften. Aufgrund ihrer Fähigkeit zur raschen Schwergewichtsbildung könnten offensive Luftstreitkräfte einen Verteidiger rasch zu Fall bringen. Der letzte Krieg habe zudem gezeigt, dass die Fliegerabwehr eine nutzlose Verschwendung von Ressourcen darstelle. Die einzige Defensive sei die Offensive.⁷

Im Zusatz zu *Il Dominio dell'Aria* von 1926 plädierte Douhet dafür, vereinzelte Angriffe des Gegners unbeachtet zu lassen und sämtliche Ressourcen der Offensive zuzuführen. Es würden nur Kräfte Sinn machen, die den offensiven Kampf um die Luftherrschaft direkt unterstützten. Das Erringen der Luftherrschaft sei aber nicht Selbstzweck, sondern ein notwendiges Zwischenziel. Eigentliches Ziel müsse es ein, die materielle und moralische Widerstandskraft einer ganzen Nation zu brechen. Eine Luftstreitkraft, die über genügend Ressourcen verfüge, könne künftig einen Krieg im Alleingang entscheiden.⁸

Den moralischen Zusammenbruch der gegnerischen Nation hob er im Fazit noch einmal als eigentliches Ziel hervor. In dieser Auffassung fühlte er sich insbesondere durch den Ausgang des Ersten Weltkriegs bestätigt. Zwar hätten die Mittelmächte die großen Schlachten für sich entschieden, als aber deren zivile Moral allmählich nachließ, hätten sich ihre Heere aufgelöst oder ergeben. Zudem sei eine ganze Flotte dem Gegner intakt überlassen worden. In jenem Krieg hätten Heereskräfte und Flottenverbände den Zusammenbruch der zivilen Moral indirekt herbeigeführt. In einem künftigen Krieg würden Luftstreitkräfte diesen Zusammenbruch direkt herbeiführen. Hierin liege der Unterschied zwischen dem letzten und künftigen Kriegen. Ein Bombardement, welches die Evakuierung von Hunderttausenden Zivilisten nach sich ziehe, beeinflusse den Ausgang eines Krieges mit Gewissheit mehr als eine große Schlacht ohne nennenswerte Resultate, wie sie im letzten Krieg oft stattgefunden hätten. Habe eine Nation die Herrschaft über ihren Luftraum verloren und sei ununterbrochen Luftangriffen ausgesetzt, ohne jedoch selber Vergeltung üben zu können, so sei alle Hoffnung verloren. Vor diesem Hintergrund würden alle übrige Operationen, zu Lande und zur See, nutzlos.⁹

In einem Thesenpapier, welches 1929 in der Novemberausgabe der *Rivista Aeronautica* erschien, plädierte Giulio Douhet für direkte Angriffe gegen die urbane Bevölkerung sowie gegen Industriezentren. Weil Luftstreitkräfte diese neue Form des direkten Angriffs ermöglichen würden, eskaliere ein künftiger Krieg natürlich in dieser Weise. Zweifelsohne brächten solche Angriffe große Verluste mit sich, jedoch nicht so große wie während des Ersten Weltkriegs.¹⁰

Die Themen der natürlichen Eskalation eines Konflikts und der Offensivkraft von Luftstreitkräften nahm Douhet auch in seinem Werk *Der Krieg von 19—*auf, welches im März 1930, einen Monat nach seinem Tod, veröffentlicht wurde. Dabei nimmt er einen fiktiven Krieg in Mitteleuropa an. Aufgrund ihres Siegs im Ersten Weltkrieg hätten Frankreich und Belgien ihre Militärdoktrin nicht wesentlich weiterentwickelt. Im Zentrum stünden weiterhin Heereskräfte mit grosser Feuerkraft.¹¹

Im Gegensatz dazu habe Deutschland, das durch die Versailler Verträge erheblichen Einschränkungen unterworfen war, grundlegend neue Ansätze verfolgen müssen, welche auf Entwicklungen in der Luftfahrt und der chemischen Industrie beruhten.¹² Douhet ging grundsätzlich davon aus, dass der luftgestützte Einsatz chemischer Kampfstoffe zur Norm werde, trotz aller Versuche, diese Waffen zu ächten.¹³ Die Aufgabe der zahlenmäßig unterlegenen deut-

schen Heereskräfte bestehe darin, den Gegner daran zu hindern, eine Entscheidung auf dem Schlachtfeld herbeizuführen, während offensive Luftoperationen die Entscheidung herbeibrächten. Der deutsche Generalstab gehe bei seinen

Im Gegensatz dazu habe Deutschland, das durch die Versailler Verträge erheblichen Einschränkungen unterworfen war, grundlegend neue Ansätze verfolgen müssen, welche auf Entwicklungen in der Luftfahrt und der chemischen Industrie beruhten.

Überlegungen davon aus, dass der Wille und die Fähigkeit, Krieg zu führen, nicht in den Streitkräften, sondern in der Nation verankert sei. Daher müsse ein künftiger Krieg gegen die Willenskraft der gegnerischen Nation geführt werden. Zu diesem Zweck seien die deutschen Luftstreitkräfte

einzig mit offensiven Schlachtflugzeugen ausgerüstet worden, welche über genügend Reichweite, Schutz, Bewaffnung und Bombenzuladung verfügten.¹⁴

Der fiktive Luftkrieg habe sich über zwei Tage erstreckt. Er habe mit dem Angriff französischer Nachtbomber gegen Rheinbrücken begonnen. Als Antwort auf diese Angriffe hätten die deutschen Luftstreitkräfte konzentrierte Angriffe tief ins gegnerische Territorium lanciert. Unbeirrt von Angriffen alliierter Abfangjäger seien die deutschen Schlachtflieger in enger Formation auf ihre Angriffsziele zugeflogen. Während es den Verteidigern zwar gelungen sei, etliche Schlachtfliegerformationen der ersten Wellen praktisch auszulöschen, hätten weitere Angriffswellen die Verteidigung überwältigt und mehrere Städte bombardiert. In der Folge hätten die Franzosen und Belgier den massiven Städtebombardements keine namhafte Abwehr entgegenzusetzen können.¹⁵ Vor dem Hintergrund, dass die deutschen Schlachtfliegerformationen gegnerische Städte direkt angegriffen hätten, ohne davor gezielt Luftüberlegenheitsoperationen durchzuführen, stellt *Der Krieg von 19*— die radikalste Auffassung Douhets betreffend Luftkriegsführung dar.

Hugh Trenchard

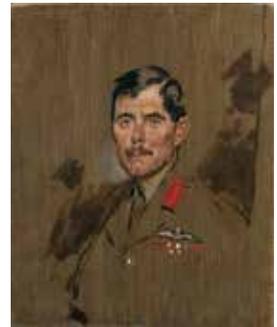
Offiziere der britischen Luftstreitkräfte waren sehr früh von der Wirksamkeit des strategischen Bombardements überzeugt. Für viele unter ihnen war es die natürliche Fortsetzung der Seekriegsführung, welche – aus britischer Sicht – in erster Linie Wirtschaftskriegsführung war. Im Gegensatz zur Seekriegsführung könne strategisches Bombardement direkter und umfassender Wirkung gegen die Wirtschaft und den Handel einer Nation entfalten.¹⁶ Es waren aber die Deutschen, die als erste eine strategische Luftkampagne lancierten. Im Januar 1915 flogen deutsche Zeppeline die ersten Nachtangriffe gegen Ziele in England. Aufgrund steigender Verluste wurden diese Angriffe in der zweiten

Hälfte des folgenden Jahrs eingestellt. Im Juni 1917 bombardierten Gotha-Bomber zum ersten Mal Ziele in England.¹⁷

Ab Herbst 1917 begannen die Briten, ihrerseits industrielle Ziele in Deutschland zu untersuchen. Es sollten ihre Bedeutung im Rahmen der deutschen Kriegsanstrengungen sowie ihre Verwundbarkeit festgestellt werden. Um diese Ziele in der Tiefe des gegnerischen Raums anzugreifen, wurde die sogenannte *Independent Force* gegründet, deren Kommando Generalmajor Hugh Trenchard am 6. Juni 1918 übernahm.¹⁸ Kurz darauf legte er in einem Schreiben an den Luftfahrtminister Sir William Weir seine Gedanken über eine offensive Luftkampagne dar. Er kam dabei zum Schluss, dass in erster Priorität die deutsche Frontfliegerei niedergedrungen und die Bodentruppen unterstützt werden müssten. Nur wenn diese Ziele erreicht worden seien, mache es Sinn, mit einem Teil der Bomberkräfte Industriezentren in Deutschland anzugreifen.¹⁹

Trenchard war sich der Unzulänglichkeit seiner *Independent Force* durchaus bewusst. Für die Durchführung strategischer Luftangriffe hatte seine Bomberflotte weder die Reichweite noch die Masse. Zudem waren die Verluste an Bombern so hoch, dass die britische Industrie Mühe hatte, diese überhaupt wettzumachen.²⁰ Zu den Primärzielen der *Independent Force* gehörten Eisenbahnlinien direkt hinter der Frontlinie sowie feindliche Flugfelder. Nur ein Bruchteil der geplanten strategischen Angriffe gegen Ziele in Deutschland konnte überhaupt durchgeführt werden.²¹

Trotz oder gerade wegen dieser Tatsache erhob Trenchard unmittelbar nach dem Krieg die Moral der Zivilbevölkerung zum eigentlichen Ziel im Krieg (*morale bombing*). Die Auswirkungen auf die Moral würden die materiellen Schäden, die Luftangriffe erzeugten, um das Zwanzigfache übersteigen. Seine These entbehrte jeglicher wissenschaftlicher Grundlagen. Eine britische Untersuchungskommission sollte durch anekdotenhafte Beweise die entsprechenden Grundlagen liefern.²²



Hugh Trenchard,
Gemälde vom Mai 1917

Trenchard wurde im Frühjahr 1919 vom neuen Kriegs- und Luftfahrtminister Winston Churchill zum *Chief of the Air Staff* ernannt. Er sollte die Royal Air Force, welche im Jahr zuvor als unabhängige Teilstreitkraft gegründet worden war, für die nächsten zehn Jahre führen. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit und in Anbetracht einer beträchtlichen Friedensdividende machten seine Gegen-

parte im Heer und in der Marine, Feldmarschall Henry Wilson und Admiral David Beatty, keinen Hehl daraus, die Royal Air Force auflösen und die verbleibenden Flugzeuge unter ihren Teilstreitkräften aufteilen zu wollen. Die Ernennung Trenchards, eines gewieften bürokratischen Grabenkämpfers, zum *Chief of the Air Staff* soll die Royal Air Force als unabhängige Teilstreitkraft bewahrt haben.²³ Diese Unabhängigkeit verlangte eine unabhängige Rolle und somit wurde der strategische Luftangriff zusammen mit Luftoperationen in den Kolonien (*Imperial Policing*) zum Doktrinbollwerk der Royal Air Force der zwanziger Jahre.²⁴

1929, kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Dienst als Chief of the Air Staff, hielt Trenchard am *Imperial Defence College* die Vorlesung *The War Aim of the Royal Air Force*. Diese Vorlesung legte bündig Trenchards Doktrinvermächtnis dar. Gleich zu Beginn stellte er die Notwendigkeit gezielter Offensivoperationen gegen die gegnerischen Luftstreitkräfte in Frage. In erster Linie müsse der gegnerische Widerstandswille gebrochen werden. In dieser Hinsicht seien Angriffe auf gegnerische Flugfelder zwecklos, zumal Flugzeuge solchen Angriffen

Willkürlichen Angriffen auf die Zivilbevölkerung sei nicht stattzugeben. Luftangriffe würden jedoch gegen militärische Ziele im weitesten Sinne geflogen. Trenchard machte kein Geheimnis daraus, dass Fabrikarbeiter und ihre Wohnquartiere seiner Auffassung nach legitime Ziele darstellten. Es sei entscheidend, den Gegner in die Defensive zu drängen und die Offensive zu behalten.

entzogen und Pisten rasch repariert werden könnten. Stattdessen müsse die Möglichkeit zur raschen und flexiblen Schwergewichtsbildung über große Distanzen ausgenutzt werden. Entsprechend könnten im Verlauf einer Kampagne unterschiedlichste Zielkategorien angegriffen werden. Dazu zählten gegnerische Flottenverbände, Mobilisierungszentren, das Transport- und Kommunikationswesen, Munitionsfabri-

ken oder Heeresverbände. Die Royal Air Force führe dabei keinen eigenständigen Krieg, aber sie operiere nicht unbedingt auf demselben Kriegsschauplatz wie Heer oder Marine. Willkürlichen Angriffen auf die Zivilbevölkerung sei nicht stattzugeben. Luftangriffe würden jedoch gegen militärische Ziele im weitesten Sinne geflogen. Trenchard machte kein Geheimnis daraus, dass Fabrikarbeiter und ihre Wohnquartiere seiner Auffassung nach legitime Ziele darstellten. Es sei entscheidend, den Gegner in die Defensive zu drängen und die Offensive zu behalten. Die Luftüberlegenheit werde errungen, indem man einem Gegner den Luftkampf über seinen kritischen Zentren aufzwingt. Paradoxiertweise war diese Auffassung weit entfernt von Trenchards eigenen Erfahrungen als befehlshabender Offizier der *Independent Force*.²⁵ Sie war aber erstaunlich ähnlich mit derjenigen des späten Douhet.

Trenchards Thesen fanden Eingang in die Doktrinschriften der Royal Air Force. AP 1300 *Royal Air Force War Manual* erschien 1928 und erhob das strategische Bombardement als vorrangig, während der gezielte Kampf um die Luftüberlegenheit als Abweichen von diesem Ziel interpretiert wurde. Hingegen sah die Doktrin von 1922 im Kampf um die Luftüberlegenheit eine wichtige Voraussetzung für jegliche Folgeoperationen.²⁶

Trenchard identifizierte die Moral der gegnerischen Bevölkerung als das Zentrum der Kraftentfaltung schlechthin. Direkte Angriffe auf „legitime“ Ziele in den großen Produktionszentren würden diese am direktesten beeinflussen.

Trenchard identifizierte die Moral der gegnerischen Bevölkerung als das Zentrum der Kraftentfaltung schlechthin. Direkte Angriffe auf „legitime“ Ziele in den großen Produktionszentren würden diese am direktesten beeinflussen. Diese These wurde durch den raschen Zusammenbruch der Mittelmächte und durch die Mobilisierung ganzer Gesellschaften während des Ersten Weltkriegs gestützt.²⁷

William „Billy“ Mitchell

Kurz nach der amerikanischen Kriegserklärung an die Mittelmächte im April 1917 verbrachte William Mitchell zehn Tag als Beobachter an der Westfront, wo er die franco-britische Offensive unter dem Kommando von General Robert Nivelle beobachtete. Der Stellungskrieg, der trotz hohen Verlusten kaum Geländegewinne mit sich brachte, erschütterte ihn zutiefst. Während die Situation am Boden zu erstarren schien, konnten die Frontlinien mit relativer Leichtigkeit überflogen werden.²⁸

Im Mai 1917 besuchte Mitchell das Hauptquartier von Generalmajor Hugh Trenchard. Während drei Tagen legte Trenchard die Operationsweise des *Royal Flying Corps* dar. Bereits damals postulierte Trenchard die einheitliche Führung aller Luftkriegsmittel als unerlässliche Prämisse. Nur eine einheitliche Führung würde konzentrierte Offensivaktionen ermöglichen.²⁹



William „Billy“ Mitchell

Beeindruckt von seinen Frontbesuchen schlug Mitchell eine Aufteilung des amerikanischen Fliegerkontingents in die Kategorien „taktisch“ und „strategisch“ vor. Die taktische Fliegerei würde den Divisionen, Korps und Armeen direkt unterstellt. Die strategische Fliegerei, bestehend aus Bombern und Jagdfliegern, würde einen „unabhängigen“ Luftkrieg führen. Sie sollte den Kampf

weit ins gegnerische Territorium tragen. Vor dem Hintergrund stark bedrängter Heeresseinheiten kam Mitchell Anfang 1918 jedoch zum Schluss, dass Angriffsflyer die Bodenkkräfte direkt unterstützen müssten. Strategische Angriffe gegen Industrieziele würden nur mit Verzögerung ihre Wirkung entfalten.³⁰

Im Spätsommer 1918 wurde Mitchell kommandierender Offizier der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa (*Chief of Air Service, Army Group*). Als General John Pershing im September die franco-amerikanische Offensive gegen den deutschen Frontvorsprung bei St. Mihiel lancierte, zog Mitchell die bis dahin größte Luftarmada zusammen, knapp 1 500 alliierte Flugzeuge, wobei die Hälfte der Staffeln französisch war. Mitchells Flieger unterstützten die vorrückenden Truppen direkt, indem sie Truppen- und Artilleriestellungen angriffen, aber auch indirekt, indem sie das Gefechtsfeld abriegelten.³¹

Nach dem Waffenstillstand kam er jedoch zum Schluss, dass, hätte der Krieg länger gedauert, Luftstreitkräfte diesen entschieden hätten. Durch das Zerstören von Ernten, Tierbeständen und Wäldern mittels Brandbomben und chemischen Kampfstoffen wären die Deutschen in die Knie gezwungen worden. Ein rascher Schlag gegen „Nervenzentren“ zu Beginn eines Konflikts würde eine feindliche Nation nachhaltig lähmen und einen blutigen Stellungskrieg am Boden vermeiden. Für Mitchell wurde eigenständige, sogenannte strategische Luftkriegsführung allmählich zum Synonym für eine Luftstreitkraft, die nicht durch das Heer eingeschränkt und kontrolliert wurde.³²

Seine konfrontative Art führte dazu, dass er nach dem Krieg nicht Befehlshaber des amerikanischen *Air Service* wurde, sondern nur dessen Stellvertreter. Er trug dazu den Rang eines Brigadiers.³³ Im Kampf für eine unabhängige Luftwaffe griff er insbesondere die Marine an, indem er Schlachtschiffe für obsolet erklärte. Diesbezüglich führten die Marine und der *Air Service* im Juli 1921 Versuche durch. Während zwei Tagen warfen Flugzeuge Bomben auf das ehemalige deutsche Schlachtschiff *Ostfriesland* ab und versenkten dieses schließlich. Marineoffiziere argumentierten, dass der Versuch nicht der Realität entsprochen habe. Beispielsweise habe das Schiff nicht manövriert oder Gegenwehr geleistet. Trotz Geheimhaltungspflicht wurde Mitchells eigener Bericht gezielt der Presse zugespielt. Die öffentliche Meinung schlug sich auf die Seite Mitchells.³⁴

Im Dezember 1924 begannen im Kongress Anhörungen für einen unabhängigen *Air Service*. Aufgrund seiner heftigen Angriffe gegen die Marine wurde

Mitchell als stellvertretender Befehlshaber des *Air Service* im März 1925 nicht wiederbestätigt. Er wurde zum Obersten degradiert und nach Texas wegbefördert.³⁵ Aus seinem „Exil“ publizierte Mitchell im August desselben Jahrs sein bekanntestes Werk, *Winged Defense*.

Gleich zu Beginn seines Werks erhob Mitchell, wie Giulio Douhet in *Il Dominio dell'Aria*, den Kampf um die Luftüberlegenheit als unabdingbare Voraussetzung für weitere Luftoperationen. Dieser Kampf solle offensiv gegen Ziele in der Luft und gegen die gegnerischen Luftstreitkräfte am Boden, inklusive der Luftfahrtindustrie, geführt werden.³⁶

Nachdem eine Nation nicht mehr über die Luftüberlegenheit im eigenen Luftraum verfüge, sei sie praktisch wehrlos. Diese Tatsache allein könne eine frühzeitige Entscheidung herbeiführen. Sollten die Feindseligkeiten trotzdem weitergeführt werden, so werde der Krieg nun schneller und entschiedener beendet. Dieser Umstand führe zu weniger Verlusten und mache den Krieg humaner. Dazu würden Luftstreitkräfte Produktionszentren unterschiedlichster Art, die Verkehrsinfrastruktur sowie die Agrarproduktion angreifen, jedoch nicht so sehr die Zivilbevölkerung. Luftmacht würde die Fähigkeit eines Staates, seine Streitkräfte für einen Krieg auszurüsten und zu versorgen, komplett untergraben.³⁷

Nachdem eine Nation nicht mehr über die Luftüberlegenheit im eigenen Luftraum verfüge, sei sie praktisch wehrlos. Diese Tatsache allein könne eine frühzeitige Entscheidung herbeiführen. Sollten die Feindseligkeiten trotzdem weitergeführt werden, so werde der Krieg nun schneller und entschiedener beendet.

Was das Bombardieren der Zivilbevölkerung betraf, so war Mitchell ambivalent. In einem späteren Kapitel nahm Mitchell die Thematik der Zielkategorien wieder auf. Diese würden die Fabriken, das Transport- und Kommunikationswesen, die Nahrungsmittelproduktion, inklusive Farmen, die Treibstoffproduktion sowie Wohngebiete umfassen. Ein Angriff auf diese Ziele müsse die feindliche Nation ihrer Fähigkeit berauben, die Streitkräfte zu unterstützen. Ferner müssten künftige Kriegsgelüste im Keim erstickt werden.³⁸ Als Zentrum der Kraftentfaltung identifizierte Mitchell in erster Linie die ökonomischen Kräfte und nicht das Heer oder die Marine. Letztere würden von den ökonomischen Kräften abhängen.³⁹

Nationen würden sich in Zukunft in erster Linie auf ihre Luftstreitkräfte berufen, um einer gegnerischen Nation ihren Willen auszudrücken.⁴⁰ Mitchell

vertrat die Auffassung, dass das Rückgrat moderner Zivilgesellschaften äußerst fragil sei und dass Bombardements rasch Wirkung erzielten, ohne Zivilisten direkt angreifen zu müssen.⁴¹

Anders als Douhets Werke ist *Winged Defense* jedoch mehr ein Werk über die institutionelle Unabhängigkeit der amerikanischen Luftstreitkräfte als über künftige Kriege. Ein zentrales Thema ist die Konsolidierung luftmacht- und luftfahrtrelevanter Aspekte unter einheitlicher Führung.⁴²

Die amerikanische Marine mit ihrem Fokus auf Schlachtschiffe blieb auch in *Winged Defense* im Zentrum Mitchells Kritik. Überwassereinheiten mitsamt ihren Hafenanlagen seien in Anbetracht moderner Luftstreitkräfte äußerst ver-

Während Mitchell den Schlachtschiffen praktisch jegliche Daseinsberechtigung absprach, so sah er einen begrenzten Nutzen in Landstreitkräften. Diese übernahmen primär Schutz-

wundbar und de facto obsolet. Um seine These zu untermauern, nahm er direkten Bezug auf das Versenken der *Ostfriesland*. Zudem würden Schlachtschiffe beträchtliche finanzielle Ressourcen verschlingen. Dieses Geld solle besser für Flugzeuge und

Unterseeboote aufgewendet werden. Betreffend Letztere nahm er auf die Effizienz und Wirksamkeit deutscher U-Boot Operationen während des Ersten Weltkriegs Bezug. Während Mitchell den Schlachtschiffen praktisch jegliche Daseinsberechtigung absprach, so sah er einen begrenzten Nutzen in Landstreitkräften. Diese übernahmen primär Schutzaufgaben.⁴³

Doch der amerikanische *Air Service* war weit davon entfernt, Mitchells Konzeption moderner Luftkriegsführung umsetzen zu können. Führung aus einer Hand war praktisch unmöglich; die Fliegerverbände wurden unter den Korps und Divisionen aufgeteilt.⁴⁴

Die Erstausgabe von *Winged Defense* zusammen mit scharfer Kritik an der Marine über den Absturz eines Luftschiffs führten dazu, dass Mitchell vor Kriegsgericht geladen und im Dezember 1925 für schuldig befunden wurde. Im Februar 1926 trat er aus dem *Air Service* aus.⁴⁵ Im selben Jahr gewährte der Kongress der amerikanischen Militärfliegerei mehr Autonomie und der *Air Service* wurde in *Air Corps* umbenannt.⁴⁶

Clausewitz und die Strategen des Luftkrieges

In seiner Notiz vom 10. Juli 1827 stellte Carl von Clausewitz in Aussicht, bei der Überarbeitung seines Werks die doppelte Art des Krieges noch schärfer herauszuarbeiten.⁴⁷

Gleich im ersten Kapitel des ersten Buchs nahm Clausewitz auf diese Verschiedenartigkeit Bezug. Er vertrat die Auffassung, dass diejenige Art des Krieges, die ins Unermessliche zu eskalieren drohe, eine zwar in sich logische, aber letztendlich theoretische Betrachtungsweise sei. Diese Art des Krieges entspreche seiner abstrakten Gestalt und lasse jene Kräfte unbeachtet, die in der Realität hemmend auf die Eskalation wirkten. Clausewitz schränkte einzig ein, dass es Fälle gebe, bei denen diese Kräfte äußerst schwach ausgeprägt seien und der Eindruck entstehe, als ob sie ins Unermessliche zu eskalieren drohten. Die zweite Art des Krieges hingegen verfolge begrenzte Ziele. Sie sei in der Realität verankert und unterliege politischen Zwecken.⁴⁸

Der Erste Weltkrieg kam der abstrakten Gestalt des Krieges, wie sie Clausewitz darlegte, sehr nahe. Daraus lässt sich auch erklären, warum sich die Auffassungen der drei Luftkriegsstrategen an diesem abstrakten Kriegsbild orientierten. Douhet, Trenchard und Mitchell sahen den moralischen Zusammenbruch der gegnerischen Nation und damit das umfassende „Niederwerfen des Feindes“⁴⁹ als eigentliche Ziele im Krieg. Einzig in der Verfolgung dieser Ziele unterschieden sie sich, teilweise nur in Nuancen. Am prägnantesten war Douhet, der die gegnerische Zivilbevölkerung für ein direktes Ziel erklärte und selbst den Einsatz luftgestützter, chemischer Kampfstoffe ins Auge fasste. Trenchard und Mitchell blieben, was das Bombardieren der Zivilbevölkerung betraf, ambivalent.

Douhet, Trenchard und Mitchell sahen den moralischen Zusammenbruch der gegnerischen Nation und damit das umfassende „Niederwerfen des Feindes“ als eigentliche Ziele im Krieg.

Ein Krieg, der sich dem abstrakten Ideal nähert, verfolgt gemäß Clausewitz drei Ziele; es sind dies die Streitkräfte, das Land und der Wille des Feindes. Letzterer beziehe sich sowohl auf die Unterzeichnung des aufgezwungenen Friedens durch die Regierung und deren Bundesgenossen als auch auf die Unterwerfung des Volkes. Diese drei Ziele müssten sequenziell verfolgt werden.⁵⁰ In diesem Punkt sahen Douhet, Trenchard und Mitchell das große Innovationspotenzial von Luftmacht. Der Wille des Feindes könne durch Luftstreitkräfte direkt angegriffen werden, ohne Ressourcen für Zwischenziele aufzuwenden.

Warum Kriege in der Wirklichkeit nicht ins Unermessliche eskalierten, legte Clausewitz in seiner Theorie der „wunderlichen Dreifaltigkeit“ des Krieges dar. Er sah drei Kräfte, die auf das Wesen des Krieges einwirkten. Die erste Kraft umfasse den Hass und die Feindschaft und entspringe in erster Linie im Volke. Die zweite Kraft beruhe auf der Wahrscheinlichkeit und sei im Feldherren und seinem Heer angelegt. Die dritte Kraft umfasse den Verstand und würde sich auf die Politik und die Regierung beziehen. Eine Theorie müsse alle drei Pole

Warum Kriege in der Wirklichkeit nicht ins Unermessliche eskalierten, legte Clausewitz in seiner Theorie der „wunderlichen Dreifaltigkeit“ des Krieges dar. Er sah drei Kräfte, die auf das Wesen des Krieges einwirkten. Die erste Kraft umfasse den Hass und die Feindschaft und entspringe in erster Linie im Volke. Die zweite Kraft beruhe auf der Wahrscheinlichkeit und sei im Feldherren und seinem Heer angelegt. Die dritte Kraft umfasse den Verstand und würde sich auf die Politik und die Regierung beziehen.

berücksichtigen und zwischen ihnen kein „willkürliches Verhältnis“ herstellen, ansonsten sei sie nutzlos.⁵¹ In ihren Theorien setzten die Luftkriegsstrategen „willkürliche Verhältnisse“ zwischen den drei Polen fest. Zum einen maximierten sie die militärischen und implizit die politischen Zielsetzungen. Dies hat zur Folge, dass sich ihre Theorien auf begrenzte Konflikte nur sehr beschränkt bis gar nicht anwenden lassen. Zum anderen sahen sie beim Hass und der Feindschaft, die in den Völkern angelegt seien, keine Maximierung – im

Gegenteil, sie gingen von einer äusserst zerbrechlichen Moral der Zivilbevölkerung aus, die sich mit „relativ“ wenigen Bombardements beeinflussen ließe.

Clausewitz sollte durch die Wirklichkeit des Zweiten Weltkriegs bestätigt werden. Die drei Luftkriegsstrategen waren mit ihren Auffassungen jedoch nicht allein. Ihre Auffassung der uneingeschränkten Eskalation künftiger Konflikte entsprach dem Zeitgeist der Zwischenkriegszeit.

Doktrinvermächtis der Strategen des Luftkrieges

Obwohl Giulio Douhet der einzige Name ist, der gemeinhin mit italienischen Luftkriegsstrategen der Zwischenkriegszeit in Verbindung gebracht wird, hatten andere Denker wesentlich mehr Einfluss auf die Entwicklung der italienischen Luftstreitkräfte. Die zwei Jahrzehnte zwischen den Weltkriegen sahen eine lebhafte Debatte in der *Rivista Aeronautica* zwischen Befürwortern des strategischen Bombardements und Befürwortern einer taktischen Fliegerei. General Amedeo Mecozzi setzte sich als junger Hauptmann den Ideen Douhets entgegen. Selber ein Veteran des Ersten Weltkriegs sah er den Nutzen von Luftstreitkräften vornehmlich in der Gefechtsfeldabriegelung und in der Luft-

nahunterstützung. Obwohl sich faschistische Größen öffentlich zu Douhets Theorien bekannten, so entwickelten sich die italienischen Luftstreitkräfte in eine taktische Streitkraft. Diese taktische Auslegung kam während des spanischen Bürgerkriegs erfolgreich zur Anwendung. Ein einziges Mal führten die italienischen Luftstreitkräfte Bombardements im Stil Douhets durch, als sie im März 1938 – auf Befehl Mussolinis – Barcelona angriffen. Der Wille der katalonischen Bevölkerung wurde dadurch nicht gebrochen, im Gegenteil.⁵² Dennoch gilt Giulio Douhet gemeinhin als bekanntester der drei Luftkriegsstrategen.⁵³ Seine Theorien gewannen insbesondere zu Beginn des Nuklearzeitalters an Einfluss.⁵⁴ In seinem einleitenden Aufsatz zur amerikanischen Princeton-Ausgabe von Vom Kriege unterstrich der amerikanische Militärstrategie Bernard Brodie Douhets dogmatischen Ansatz. Obwohl Douhet in Luftkriegszirkeln weithin als „Luftmachtprophet“ gelte, so habe der Zweite Weltkrieg dessen Thesen widerlegt.⁵⁵

Entgegen der späten Auffassung von Hugh Trenchard erfuhr die Luftverteidigung unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg mehr Gewicht. Diese Betonung der Defensive wurde der Royal Air Force quasi von außen aufgedrückt. Als 1937 Thomas Inskip Minister für die Koordination der Verteidigung wurde, priorisierte er die Produktion von Jagdflugzeugen über diejenige von Bombern. Dank dieser Neuausrichtung verfügte *Fighter Command* im Sommer 1940 über genügend Jagdstaffeln.⁵⁶ Die offensiven Bomberoperationen ihrerseits erfuhren eine Wende, als im Frühjahr 1942 Air Chief Marshal Arthur Harris, ein Protegé Trenchards, zum befehlshabenden Offizier von *Bomber Command* ernannt wurde. Dass *Bomber Command* ab 1942 rigorose Angriffe gegen deutsche Städte durchführte, war aber mindestens so sehr auf die ungenügende Navigation und schlechte Zielgenauigkeit britischer Bomber zurückzuführen. Nächtliche Flächenbombardements schienen für einen offensiven, strategischen Luftkrieg die einzige Option darzustellen. Harris hielt an den Flächenbombardements fest, selbst als 1944 präzisere Angriffe möglich gewesen wären.⁵⁷

Nächtliche Flächenbombardements schienen für einen offensiven, strategischen Luftkrieg die einzige Option darzustellen. Harris hielt an den Flächenbombardements fest, selbst als 1944 präzisere Angriffe möglich gewesen wären.

William „Billy“ Mitchell scharte eine verschworene Anhängerschaft um sich, die seine Konzeption des strategischen Bombardements auch nach seinem Rückzug aus dem Air Service hochhielt. Mitchells Doktrinvermächtnis fand insbesondere in der *Air Corps Tactical School* (ACTS) Eingang.⁵⁸ ACTS entwi-

ckelte zwischen 1927 und 1934 die Konzeption des *unescorted high-altitude precision daylight bombardment* (HAPDB). Gezielte Luftangriffe gegen neural-

*Die Wirksamkeit strategischer Luftoffensiven ist weiterhin Gegenstand polarisierender Debatten. In seinem Schreiben *Munitions Possibilities of 1918* vom 21. Oktober 1917 äußerte Churchill Zweifel über das Bombardieren gegnerischer Ballungszentren.*

gische Punkte sollten eine industrialisierte Nation in die Knie zwingen. Auf Veranlassung von Präsident Franklin D. Roosevelt schrieb im August 1941 ehemalige Angehörige der „ACTS-Bombermafia“ die Blaupause für den strategischen Luftkrieg in Europa.⁵⁹ Zu Mitchells engsten Vertrauten gehörten unter anderem Henry H. „Hap“ Arnold und Ira C. Eaker.⁶⁰ Arnold kommandierte die *United States Army Air Forces* während des Zweiten Weltkriegs und Eaker, Oberbefehlshaber der *Eighth Air Force*, trug ab 1943 den strategischen Luftkrieg auch bei Tageslicht nach Deutschland hinein.

Die Wirksamkeit strategischer Luftoffensiven ist weiterhin Gegenstand polarisierender Debatten. In seinem Schreiben *Munitions Possibilities of 1918* vom 21. Oktober 1917 äußerte Churchill Zweifel über das Bombardieren gegnerischer Ballungszentren. Damit könne keine große Nation in die Knie gezwungen werden; dies hätten die Reaktionen auf die deutschen Zeppelin- und Gotha-Angriffe nur allzu sehr verdeutlicht.⁶¹ Knapp drei Jahrzehnte später sanktionierte Churchill das Flächenbombardement deutscher Städte. Er selber blieb aber skeptisch, als Harris und Eaker im Juni 1943 versicherten, Deutschland könne noch im selben Jahr aus dem Krieg gebombt werden. Churchill soll das Unterfangen als „Experiment“ bezeichnet haben, das es wert sei zu verfolgen.⁶² In der Folge kamen die strategischen Luftoffensiven dem abstrakten „Ideal“, wie es Clausewitz darlegte, sehr nahe.

Die Wirksamkeit strategischer Luftoffensiven ist weiterhin Gegenstand polarisierender Debatten. In seinem Schreiben *Munitions Possibilities of 1918* vom 21. Oktober 1917 äußerte Churchill Zweifel über das Bombardieren gegnerischer Ballungszentren. Damit könne keine große Nation in die Knie gezwungen werden; dies hätten die Reaktionen auf die deutschen Zeppelin- und Gotha-Angriffe nur allzu sehr verdeutlicht.⁶¹ Knapp drei Jahrzehnte später sanktionierte Churchill das Flächenbombardement deutscher Städte. Er selber blieb aber skeptisch, als Harris und Eaker im Juni 1943 versicherten, Deutschland könne noch im selben Jahr aus dem Krieg gebombt werden. Churchill soll das Unterfangen als „Experiment“ bezeichnet haben, das es wert sei zu verfolgen.⁶² In der Folge kamen die strategischen Luftoffensiven dem abstrakten „Ideal“, wie es Clausewitz darlegte, sehr nahe.



Strategische Luftoffensive während des Zweiten Weltkriegs

Die Wirksamkeit strategischer Luftoffensiven ist weiterhin Gegenstand polarisierender Debatten. In seinem Schreiben *Munitions Possibilities of 1918* vom 21. Oktober 1917 äußerte Churchill Zweifel über das Bombardieren gegnerischer Ballungszentren. Damit könne keine große Nation in die Knie gezwungen werden; dies hätten die Reaktionen auf die deutschen Zeppelin- und Gotha-Angriffe nur allzu sehr verdeutlicht.⁶¹ Knapp drei Jahrzehnte später sanktionierte Churchill das Flächenbombardement deutscher Städte. Er selber blieb aber skeptisch, als Harris und Eaker im Juni 1943 versicherten, Deutschland könne noch im selben Jahr aus dem Krieg gebombt werden. Churchill soll das Unterfangen als „Experiment“ bezeichnet haben, das es wert sei zu verfolgen.⁶² In der Folge kamen die strategischen Luftoffensiven dem abstrakten „Ideal“, wie es Clausewitz darlegte, sehr nahe.

Die Wirksamkeit strategischer Luftoffensiven ist weiterhin Gegenstand polarisierender Debatten. In seinem Schreiben *Munitions Possibilities of 1918* vom 21. Oktober 1917 äußerte Churchill Zweifel über das Bombardieren gegnerischer Ballungszentren. Damit könne keine große Nation in die Knie gezwungen werden; dies hätten die Reaktionen auf die deutschen Zeppelin- und Gotha-Angriffe nur allzu sehr verdeutlicht.⁶¹ Knapp drei Jahrzehnte später sanktionierte Churchill das Flächenbombardement deutscher Städte. Er selber blieb aber skeptisch, als Harris und Eaker im Juni 1943 versicherten, Deutschland könne noch im selben Jahr aus dem Krieg gebombt werden. Churchill soll das Unterfangen als „Experiment“ bezeichnet haben, das es wert sei zu verfolgen.⁶² In der Folge kamen die strategischen Luftoffensiven dem abstrakten „Ideal“, wie es Clausewitz darlegte, sehr nahe.

Hinweis der Redaktion: Bei dem Beitrag handelt es sich um eine angepasste Fassung eines bei der Sektion Schweiz am 21. Februar 2019 in Bern gehaltenen Vortrags.

Zum Autor: Dr. Christian F. Anrig ist Chef Doktrinforschung und -lehre der Schweizer Luftwaffe. 2007 bis 2009 war er Dozent am Royal Air Force College. Er ist Autor des Buchs *The Quest for Relevant Air Power*, welches 2011 bei der Air University Press der United States Air Force erschien. Zudem ist er Autor verschiedener Buchkapitel und Artikel. Seine neusten Publikationen erschie-

nen im Routledge Handbook of Air Power (2018) und im Handbook of European Defence Policies and Armed Forces der Oxford University Press (2018). Des Weiteren ist er Gutachter des Air & Space Power Journal der United States Air Force. Während seiner Zeit in Großbritannien war er Mitglied der Redaktionskommission der Royal Air Force Air Power Review. Dr. Anrig referiert regelmässig zum Thema Luftmacht in der Schweiz und ausserhalb. Militärisch ist er Oberst im Luftwaffenstab. Seine militärischen Anfänge verbrachte er bei der Gebirgsartillerie.

Anmerkungen

- 1 Stephen Budiansky, Air Power (New York, London: Viking Penguin, 2004), S. 117.
- 2 Phillip S. Meilinger, „Giulio Douhet and the Origins of Airpower Theory“, in Phillip S. Meilinger (Hrsg.), The Paths of Heaven: The Evolution of Airpower Theory (Maxwell Air Force Base, Alabama: Air University Press, 1997), S. 1-2.
- 3 Meilinger, „Douhet“, S. 2.
- 4 Meilinger, „Douhet“, S. 3-4.
- 5 Meilinger, „Douhet“, S. 4-5.
- 6 Meilinger, „Douhet“, S. 5-8.
- 7 Giulio Douhet, The Command of the Air, aus dem Italienischen übersetzt von Sheila Fischer (Rom: Rivista Aeronautica, 1958), S. 43-44, 46. Die italienische Luftwaffe betrachtet diese Übersetzung als die offizielle Übersetzung von Giulio Douhets Il Dominio dell’Aria und weiteren Hauptwerken. Allerdings enthält diese Übersetzung nicht die komplette Übersetzung des Werks Der Krieg von 19—, welches im März 1930 nach dem Tod des Autors in der Rivista Aeronautica veröffentlicht wurde. In diesem Fall nimmt dieser Artikel auf die Dino Ferrari Übersetzung aus dem Jahr 1942 Bezug.
- 8 Douhet (Fischer Übersetzung), S. 83-84, 93.
- 9 Douhet (Fischer Übersetzung), S. 118.
- 10 Douhet (Fischer Übersetzung), S. 180.
- 11 Giulio Douhet, The Command of the Air, aus dem Italienischen übersetzt von Dino Ferrari, Neuauflage der Übersetzung von 1942 (Washington, D.C.: Office of Air Force History, 1983), S. 298-301.
- 12 Douhet (Ferrari Übersetzung), S. 303-304.
- 13 Douhet (Fischer Übersetzung), S. 192.
- 14 Douhet (Ferrari Übersetzung), S. 304-305, 338.
- 15 Douhet (Ferrari Übersetzung), S. 371-372, 375-394.
- 16 Meilinger, „Trenchard, Slessor, and Royal Air Force Doctrine before World War II“, in Phillip S. Meilinger (Hrsg.), The Paths of Heaven: The Evolution of Air-

- power Theory (Maxwell Air Force Base, Alabama: Air University Press, 1997), S. 42-43.
- 17 Meilinger, „Trenchard“, S. 41.
 - 18 Tony Mason, *Air Power: A Centennial Appraisal*, überarbeitete Ausgabe (London: Brassey's, 2002), S. 31-33.
 - 19 Hugh Trenchard, „Memorandum on the Bombing of Germany by GOC Independent Force, Royal Air Force, to Secretary of State for Air“, 23. Juni 1918, Bracknell Papers, in: Mason, *Air Power*, S. 32.
 - 20 Meilinger, „Trenchard“, S. 47.
 - 21 Mason, *Air Power*, S. 34-35.
 - 22 Budiansky, *Air Power*, S. 131.
 - 23 Meilinger, „Trenchard“, S. 48.
 - 24 Mason, *Air Power*, S. 42.
 - 25 Mason, *Air Power*, S. 43-44; betreffend Angriffe auf die Zivilbevölkerung siehe auch Mason, *Air Power*, S. 35.
 - 26 Meilinger, „Trenchard“, S. 53-54.
 - 27 Budiansky, *Air Power*, S. 132.
 - 28 Mark A. Clodfelter, „Molding Airpower Convictions: Developments and Legacy of William Mitchell's Strategic Thought“, in Phillip S. Meilinger (Hrsg.), *The Paths of Heaven: The Evolution of Airpower Theory* (Maxwell Air Force Base, Alabama: Air University Press, 1997), S. 83-84.
 - 29 Clodfelter, „Molding Airpower Convictions“, S. 84.
 - 30 Clodfelter, „Molding Airpower Convictions“, S. 85-86.
 - 31 Budiansky, *Air Power*, S. 114-116.
 - 32 Clodfelter, „Molding Airpower Convictions“, S. 87-88, 90.
 - 33 Clodfelter, „Molding Airpower Convictions“, S. 91.
 - 34 Budiansky, *Air Power*, S. 148-149.
 - 35 Clodfelter, „Molding Airpower Convictions“, S. 101-102.
 - 36 William Mitchell, *Winged Defense: The Development and Possibilities of Modern Air Power – Economic and Military*, Neuaufgabe der Originalausgabe von 1925 (New York: Dover Publications, 1988), S. 9-10.
 - 37 William Mitchell, *Winged Defense*, S. 16-17.
 - 38 William Mitchell, *Winged Defense*, S. 126-127.
 - 39 Siehe auch Clodfelter, „Molding Airpower Convictions“, S. 96.
 - 40 William Mitchell, *Winged Defense*, S. 131-132.
 - 41 Clodfelter, „Molding Airpower Convictions“, S. 97.
 - 42 William Mitchell, *Winged Defense*, S. 97, 113.
 - 43 William Mitchell, *Winged Defense*, S. 67-73, 111-112, 123-124, 135-136.
 - 44 Clodfelter, „Molding Airpower Convictions“, S. 99-100.

- 45 Clodfelter, „Molding Airpower Convictions“, S. 102-104.
- 46 Budiansky, *Air Power*, S. 152.
- 47 Carl von Clausewitz, *Hinterlassenes Werk Vom Kriege*, 19. Auflage, Jubiläumsausgabe mit erneut erweiterter historisch-kritischer Würdigung von Professor Dr. Werner Hahlweg (Bonn: Dümmler, 1980 und 1991), S. 179.
- 48 Clausewitz, *Vom Kriege*, S. 211.
- 49 Clausewitz, *Vom Kriege*, S. 211.
- 50 Clausewitz, *Vom Kriege*, S. 214-215.
- 51 Clausewitz, *Vom Kriege*, S. 212-213.
- 52 James S. Corum, „Airpower Thought in Continental Europe between the Wars“, in Phillip S. Meilinger (Hrsg.), *The Paths of Heaven: The Evolution of Airpower Theory* (Maxwell Air Force Base, Alabama: Air University Press, 1997), S. 159-162.
- 53 Siehe beispielsweise A.C. Grayling, *Among the Dead Cities: Is the Targeting of Civilians in War ever Justified?* (London: Bloomsbury, 2007), S. 129
- 54 Meilinger, „Dohet“, S. 34.
- 55 Bernard Brodie, „The Continuing Relevance of On War“, einleitender Aufsatz zu Carl von Clausewitz, *On War*, übersetzt und herausgegeben von Michael Howard and Peter Paret (Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 1976 und 1984), S. 51.
- 56 Meilinger, „Trenchard“, S. 67.
- 57 Meilinger, „Trenchard“, S. 70-71.
- 58 Clodfelter, „Molding Airpower Convictions“, S. 107-108.
- 59 Peter R. Faber, „Interwar US Army Aviation and the Air Corps Tactical School: Incubators of American Air Power“, in Phillip S. Meilinger (Hrsg.), *The Paths of Heaven: The Evolution of Airpower Theory* (Maxwell Air Force Base, Alabama: Air University Press, 1997), S. 217-219, 224.
- 60 Clodfelter, „Molding Airpower Convictions“, S. 107.
- 61 W. S. Churchill, „Munitions Possibilities of 1918, Memorandum to War Cabinet, 21 October 1917, Section IV“, in Mason, *Air Power*, S. 36.
- 62 Grayling, *Among the Dead Cities*, S. 184.

Kapitel V

Berichte von den zentralen Veranstaltungen

Nur durch engeres Zusammenrücken hat die Europäische Union weltpolitisch eine Chance

Bericht über das Berliner Colloquium 2019

Werner Baach

Der Befund des Berliner Colloquiums 2019 war eher ernüchternd: „Die Europäische Union ist in einer existenziellen Krise, nicht nur wegen zunehmender Uneinigkeit im Innern, sondern vor allem als Folge der sich rasant verändernden Welt“, stellte *Dr. Karl-Heinz Kamp*, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, in seiner Einführung fest. Auch in seiner Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sei Europa insgesamt derzeit eher „nur bedingt

In seiner Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist Europa derzeit „nur bedingt handlungsfähig“.

handlungsfähig“, und die Anstrengungen zu größerer militärischer Zusammenarbeit gestalteten sich angesichts nationaler Egoismen eher zäh. „Wenn wir unsere westliche liberale Werteordnung und unser freiheitlich-demokratisches Gesellschaftsmodell bewahren wollen, dann müssen wir nicht nur enger zusammenstehen, sondern auch die praktischen Fähigkeiten zur Gewährleistung von effizienter Außenpolitik, Sicherheitsvorsorge und Verteidigungsbereitschaft überzeugend, glaubwürdig und konkret mit den notwendigen Ressourcen unterfüttern“, stellte der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. *Kurt Herrmann*, später zusammenfassend fest. Deutschland als „Zentralmacht“ in der Mitte Europas sei dabei besonders gefordert.

che liberale Werteordnung und unser freiheitlich-demokratisches Gesellschaftsmodell bewahren wollen, dann müssen wir nicht nur enger zusammenstehen, sondern auch die praktischen Fähigkeiten zur Gewährleistung von effizienter Außenpolitik, Sicherheitsvorsorge und Verteidigungsbereitschaft überzeugend, glaubwürdig und konkret mit den notwendigen Ressourcen unterfüttern“, stellte der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. *Kurt Herrmann*, später zusammenfassend fest. Deutschland als „Zentralmacht“ in der Mitte Europas sei dabei besonders gefordert.

Auf dem Weg in eine bipolare Weltordnung?

Unter der Fragestellung „*Vereint stark? Europa unter Druck – Die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegen den Angriff auf eine liberale Weltordnung?*“ hatte die gemeinsame Veranstaltung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik vom 3. bis 5. April 2019 zunächst die globale Sicherheitslage analysiert. Diese habe sich deutlich verschlechtert, die Bedrohung europäischer Interessen sei gewachsen. Die USA verabschiedeten sich vom Multilateralismus, ihr transatlantisches Interesse

nehme ab. Russland erstarke wieder, und China vertrete seine geostrategischen Interessen immer offensiver. Europa und die EU aber seien in wichtigen Fragen ihrer Sicherheit eher uneins. Ihre Chance, im Konzert der globalen Mächte auch weiter eine wesentliche Rolle zu spielen, sinke dramatisch, wenn es nicht gelinge, in politischen Kernfragen, insbesondere auch der Sicherheitspolitik, geschlossener zu handeln.

Russland wolle „auf Augenhöhe mit dem Rest der Welt“ stehen, obwohl es wirtschaftlich derzeit eher den Status eines Schwellenlandes habe. Sein Großmachtsanspruch stütze sich hauptsächlich auf militärische Macht. Obwohl das Land sich derzeit in einem Prozess des Wiedererstarkens befindet, wurde es langfristig eher als eine „absteigende Macht“ beurteilt. Russlands Politik sei in der Ära Putin zunehmend „antiwestlich und aggressiv“ geworden. Sein politisches Handeln werde gegenüber dem ehemaligen „postsowjetischen Raum“ voraussichtlich offensiv bleiben, in seinen Außenbeziehungen zu den anderen Staaten Europas wohl eher defensiv. Insofern stelle es für Europa derzeit eher keine akute Bedrohung dar. Allerdings bestand weitgehendes Einvernehmen darüber, dass sich die Sicherheitslage durch den russischen Bruch des INF-Vertrags verschlechtert hat. Als geopolitischer Konkurrent werde Russland auf absehbare Zeit eine „zentrale Herausforderung“ für Europa bleiben, das deshalb für den Umgang mit dem Land eine „Langzeitpolitik“ entwickeln müsse, die über das „System Putin“, das seinen Zenith überschritten habe, hinausdenke.

Die Lage im Krisenbogen von Nordafrika bis in den Nahen Osten sei instabil und werde es wohl auf Dauer bleiben. Vor allem als Folge der US-Intervention im Irak 2005 sei die gesamte Region „im Chaos versunken“. Nicht nur sei dadurch der radikale „Islamische Staat“ (IS) entstanden, sondern vor allem habe der Iran als Hauptnutznießer seine Macht und seinen Einfluss in der gesamten Region deutlich erweitert; allerdings habe er nun wohl auch die Grenze seines Einflusses erreicht. Saudi-Arabien als Gegenmacht verfolge eine radikale Anti-Iran-Politik und versuche, den Machtzuwachs des Iran durch eine „finanzstarke autoritäre Allianz“, u.a. mit Ägypten und den Golf-Emiraten und unterstützt durch die Trump-Administration, einzudämmen. Die Türkei Erdogan schließlich werde sich eher darauf konzentrieren, die für sie bedrohliche Kurdenfrage im Griff zu behalten, ihre schwierige wirtschaftliche Lage zu stabilisieren und den Machterhalt der regierenden AKP zu sichern. Insgesamt besteht, so die breite Meinung während des Colloquiums, für die Nah- und Mittelostregion auf lange Zeit ein hohes Konfliktpotential.

China, die aufstrebende Weltmacht, werde ihre strategischen Kernziele – Vormachtstellung der Kommunistischen Partei, territoriale Integrität, Sicherung seiner (weltweiten) Interessen – konsequent verfolgen. Diese Ziele seien mit denen des Westens, vor allem denen der USA, grundsätzlich nicht vereinbar. Für Amerika sei China deshalb zur „strategischen Herausforderung des 21. Jahrhunderts“ geworden. Die geopolitische Konfrontation sei bereits Realität,

Für Amerika ist China zur „strategischen Herausforderung des 21. Jahrhunderts geworden.

wie der aktuelle Handelskonflikt zeige. Auf längere Sicht könnte Chinas Anti-Containment-Strategie, die vor allem den amerikanischen Einfluss in der Region zurückdrängen will und dabei insbesondere das erklärte Ziel verfolgt, Taiwan einzugliedern, einen globalen Konflikt auslösen. Denn Amerika, will es seine strategische Position in der Fernost-Region halten, müsste Taiwan im Falle eines sich zuspitzenden Konflikts beistehen. Europa und insbesondere Deutschland mit seiner starken Exportabhängigkeit von China, könnten das dann entstehende Sicherheitsdilemma nicht ignorieren: Sie müssten eindeutig „Farbe bekennen“. Derzeit bestehe aber eher der Eindruck, Europa blende das Problem aus anstatt China auf die Grenzen seiner Taiwan-Politik hinzuweisen.

Die Beurteilung der globalen Sicherheitslage darf, so die Einschätzung des Colloquiums, die Entwicklung Afrikas mit seiner in den nächsten Generationen voraussichtlich auf zwei Milliarden steigenden Bevölkerung nicht ausschließen. Gleiches gelte für den Klimawandel, dessen Auswirkungen Bestandteil jeder zukünftigen Sicherheitspolitik werden müssten.

Die USA, der langjährige Garant und Vordenker einer liberalen Werteordnung, wenden sich mehr und mehr von dieser Leitidee ab; sie stellen sich zunehmend unilateral und hegemonial auf: „In Trumps Denken gibt es keine li-

berale Werteordnung“, und „Schutzgeld-Denken“ sowie Null-Summen-Ansätze seien zu Maximen der neuen Welt amerikanischen Denkens geworden, merkten Politikexperten kritisch und bitter an. Dennoch werden die USA, trotz Abkehr von Multilateralismus und gemeinsamen westlichen Wertevorstellungen, der wichtigste Partner und Sicherheitsgarant Europas bleiben. Doch werde das transatlantische Verhältnis sich vorhersehbar weiter abkühlen und zunehmenden Belastungen ausgesetzt werden; der Riss in den Beziehungen sei nur noch schwer zu kitten. Vor allem Deutschland sei und bleibe im Streit um seine

berale Werteordnung“, und „Schutzgeld-Denken“ sowie Null-Summen-Ansätze seien zu Maximen der neuen Welt amerikanischen Denkens geworden, merkten Politikexperten kritisch und bitter an. Dennoch werden die USA, trotz Ab-

kehr von Multilateralismus und gemeinsamen westlichen Wertevorstellungen, der wichtigste Partner und Sicherheitsgarant Europas bleiben. Doch werde das transatlantische Verhältnis sich vorhersehbar weiter abkühlen und zunehmenden Belastungen ausgesetzt werden; der Riss in den Beziehungen sei nur noch schwer zu kitten. Vor allem Deutschland sei und bleibe im Streit um seine

Verteidigungsausgaben massiver amerikanischer Kritik ausgesetzt und müsse (endlich) etwas dagegen tun. Insgesamt gelte: Präsident Trump habe nur noch wenig Interesse an Europa, er sehe in ihm vor allem einen (wirtschaftlichen) Konkurrenten. Doch wurden im Colloquium auch Positionen vertreten, die Verständnis für die (neue) amerikanische Sichtweise verlangen: „Die USA werden Partner bleiben, wenn wir selbst mehr tun!“ Und so bestand insgesamt Einigkeit darüber, dass die Europäer, wollten sie in dem geänderten Umfeld bestehen, sich in Zukunft um ihre Sicherheit stärker selbst kümmern müssten – nicht wegen Trump, sondern wegen Europas Zukunft.

In der entstehenden (neuen) multipolaren Weltordnung, die sich nach Einschätzung des Colloquiums bald zu einer Bipolarität der Weltmächte USA und China weiterentwickeln könnte (einiges spricht dafür), werde der „Fundamentalkonflikt“ dieser beiden Mächte voraussichtlich den weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts bestimmen. Europa und Deutschland dürften dann nicht abseits stehen. Eine Haltung der „Äquidistanz“ zwischen dem Westen einerseits und Russland bzw. China andererseits werde nicht möglich sein: Nur die klare Positionierung zugunsten „des Westens“ und die Partnerschaft mit den USA werde Europas Sicherheitsinteressen garantieren können: „Europa muss sich klar auf die Seite Amerikas stellen.“

Nur die klare Positionierung zugunsten „des Westens“ und die Partnerschaft mit den USA werde Europas Sicherheitsinteressen garantieren können: „Europa muss sich klar auf die Seite Amerikas stellen.“

Europa muss seine Sicherheit „breiter denken“ und vereint Stärke zeigen

Mit Blick auf die Zukunft müsse Europa in der neuen Weltkonstellation einen fundamental erweiterten sicherheitspolitischen Ansatz entwickeln: Sicherheitspolitik müsse breiter gedacht, die Sicherheitsstrategien umfassender entwickelt und die dafür benötigten Strukturen geschaffen werden. „In der sich neu formierenden Weltordnung muss Europa alles daran setzen, ein eigenständiger Pol zu sein“, lautete der Befund. Dazu müsse es von den USA unabhängiger werden, nur dann werde es von diesen auch in Zukunft als Partner ernst genommen. Europa habe beachtliche Stärken, Fähigkeiten und Ressourcen anzubieten, die es in eine solche Partnerschaft einbringen könne. „Integration in Diversität“ müsse das Ziel lauten. Um aber in diesem Sinne strategisch handlungsfähig zu werden, müssten nationale Interessen zugunsten der Gemeinschaft zurückgestellt werden. Zudem sei schnelles Handeln erforderlich.

In dieser Lage, die nach einer geeinten, politisch starken EU verlange, zeigten sich stattdessen „beunruhigende Erosionserscheinungen“. Nationalistische und populistische anti-europäische Kräfte in einigen Mitgliedsstaaten schwächten den inneren Zusammenhalt, die starke Wirtschaftsmacht EU werde kaum als

Deutschland versäumt es, die großen strategischen Politiklinien zu formulieren und zu vertreten.

strategischer Akteur in einer multipolaren Welt wahrgenommen, eher als ein „zersplittertes Etwas, das nicht gemeinsam handeln kann und sich auseinanderdividieren lässt“.

Kritisch wurde in diesem Zusammenhang vor allem die derzeitige zurückhaltende Politik Deutschlands bewertet: Diese werde von taktischen, „kleinkarierten“ Problemen bestimmt und versäume es, die „großen strategischen Politiklinien zu formulieren und zu vertreten“.

Das gelte auch für die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die weder in Deutschland noch bei den anderen EU-Mitgliedern die Beachtung gefunden habe, die eine wirtschaftlich starke Gemeinschaft mit mehr als 500 Millionen Einwohnern verdiene und benötige. Es mangle auch hier an politischer Effizienz und ausreichenden militärischen Fähigkeiten. Häufig fehlten zudem klare Vorstellungen darüber, was man eigentlich wolle; und es mangle u.a. an zukunftsorientierten Visionen.

Die viel beschworene „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) sowie eine darauf aufbauende „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) der EU seien bis heute nur unzureichend realisiert worden. Und trotz der zunehmenden Erkenntnis, dass Europa seine sicherheitspolitischen Interessen stärker in die eigene Hand nehmen müsse, fehle es vielfach an der Bereitschaft, die dafür notwendigen militärischen Fähigkeiten bereitzustellen.

Europa muss „als Ganzes Verteidigung breiter denken“ und (endlich) mehr gemeinsame Sicherheit wagen.

In diesem Zusammenhang wurden im Colloquium der ambivalente Eindruck über Deutschlands Rolle und auch vereinzelt

Zweifel an seiner Verlässlichkeit als Bündnispartner deutlich: Der Verteidigungsbeitrag unseres Landes stehe nicht zuletzt wegen seiner wichtigen geopolitischen Lage und seiner großen wirtschaftlichen Potenz im Fokus der Kritik. Deutschland müsse dem dadurch schon entstandenen Vertrauensschwund dringend entgegenwirken. Insgesamt müsse Europa „als Ganzes Verteidigung breiter denken“ und endlich mehr gemeinsame Sicherheit wagen. Das erfordere eine globalere und umfassendere Definition des Sicherheitsbegriffs; dieser müsse sich abzeichnende neue Gefahren wie z.B.

die Bevölkerungsentwicklung in Afrika und die Herausforderungen des Klimawandels einschließen.

Die NATO bleibt das Fundament der Sicherheit Europas

Das Fundament der Sicherheit Europas aber bleibe auch in Zukunft die NATO. Das Handeln der EU auf diesem Feld müsse mit dem der Allianz kohärent sein und komplementär dazu weiterentwickelt werden. Weiträumige oder militärisch intensive Aktivitäten der EU seien losgelöst von einem NATO-US-Engagement weder möglich noch wünschbar, weil Europa die dafür erforderlichen immensen strategischen Ressourcen kaum allein bereitstellen könnte. Aus diesem Grund wurde auch die Idee einer „Strategischen Autonomie“ der EU, wie sie 2016 in die Diskussion gebracht worden ist, „als eher unrealistisch, nicht bezahlbar und sogar schädlich“ bewertet: Eine solche Autonomie könne auf Grund fehlender militärischer Fähigkeiten nicht untermauert werden und berge die Gefahr, die EU eher zu spalten und die Verteidigung zu schwächen. Allerdings könnten ein Europäischer Verteidigungsfonds sowie das eingeleitetete Projekt „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ der EU, besser bekannt als „PESCO“ (Permanent Structured Cooperation), dazu beitragen, Defizite bei den militärischen Fähigkeiten der EU-Staaten abzubauen und die begrenzten Finanzmittel effektiver einzusetzen. Auch könnten sie (langfristig) den Nukleus einer Europäischen Verteidigungsunion bilden. Die Idee einer Europaarmee dagegen wurde im Colloquium eher skeptisch beurteilt. Die Osteuropäer setzten in der Sicherheitspolitik ohnedies mehr auf die NATO und USA.

Die Idee einer „Strategischen Autonomie“ der EU ist „eher unrealistisch, nicht bezahlbar und sogar schädlich“.

Gefordert wurde auch eine aktivere deutsche Rüstungspolitik, einschließlich einer Debatte um die Harmonisierung der Rüstungsexportpolitik in Europa. Dies sei eine „ganz zentrale Frage“ für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung. Die derzeitige nicht klar erkennbare Linie der deutschen Rüstungsexportpolitik führe bei den Verbündeten zu wachsendem Misstrauen; Deutschland müsse sich (endlich) verlässlicher und berechenbarer positionieren.

Auch die Thematik der „Nuklearen Teilhabe“ wurde in Verbindung mit der Kündigung des INF-Vertrags durch Russland und die USA, der anstehenden Nachfolge für das Waffensystem TORNADO und den in jüngster Zeit durch irritierende Äußerungen von US-Präsident Trump aufgekommenen Zweifeln

an der Verlässlichkeit des nuklearen US-Schutzschirmes über Europa erörtert. Die Sicherheitslage Europas habe sich dadurch, insbesondere aber durch den offensichtlichen Bruch des INF-Vertrags durch Russland verschlechtert. Umso wichtiger sei es auch, dass Deutschland seine nukleare Teilhabe „verzugslos“ weiterhin sicherstelle und erforderlichenfalls eine Zwischenlösung für die Nachfolge des am Ende seiner Einsatzfähigkeit angekommenen nuklearen Trägersystems TORNADO sicherstelle. Eindringlich wurde mit Blick auf die in der öffentlichen Diskussion verstärkt aufkommende Forderung nach Verzicht gemahnt: „Die militärische Teilhabe Deutschlands darf nicht aufgegeben werden“. Letztlich wurde in der Diskussion überdeutlich, dass es zum nuklearen US-Schutzschirm eine europäische Alternative nicht gibt, höchstens eine ergänzende Bereitstellung nuklearer Fähigkeiten durch Frankreich und Großbritannien.

Für Europa „geht es ums Ganze“: Nur vereint kann es stark bleiben

Mit Blick auf die langfristigen globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, insbesondere das Konfliktpotential zwischen den USA und China, müssten die Europäer in jedem Fall ihre militärischen Fähigkeiten stärken. Denn die USA würden ihre strategischen Ressourcen zunehmend auf eine mögliche Abwehr gegen China richten. Das aber bedeute, dass sie die Solidarität der Europäer und deren langfristige strategische Unterstützung

Mit Blick auf die langfristigen globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, insbesondere das Konfliktpotential zwischen den USA und China, müssen die Europäer in jedem Fall ihre militärischen Fähigkeiten stärken.

einfordern würden (und müssten). Die notwendige Debatte über diese Herausforderung finde in Europa aber nicht statt; das gelte auch und gerade für Deutschland, dem als stärkster europäischer Macht eine besondere Handlungsverantwortung zufalle. Falls Deutschland seine

zugesagten Beiträge nicht erfülle, könnte dies die bereits jetzt spürbaren Irritationen über als zu gering empfundene Verteidigungsanstrengungen der Europäer weiter verstärken: „Nicht nur Präsident Trump, auch das andere Amerika fühlt sich durch die Trittbrettfahrerei Europas verlassen“, merkte ein Teilnehmer des Colloquiums an.

Mit einer klaren Bewertung der potentiellen Bedrohung durch Angriffe aus dem Cyber- und Informationsraum, den internationalen Terrorismus und das hybride Angriffs- und Raketen-Potential aus dem Osten, insbesondere aus Russland, leitete der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Eberhard

Zorn, seinen mit Spannung erwarteten Vortrag ein. Seine sehr konkreten Aussagen, u.a. zu den Einsätzen der Bundeswehr, zur Gesamtverteidigung, zu notwendigen Führungsstrukturen und -verfahren für die Landes- und Bündnisverteidigung, zum Verteidigungsbeitrag Deutschlands für NATO und EU, zur Personal-, Material- und Ausbildungslage und nicht zuletzt zur Finanz- und Bundeswehrplanung, setzten ein erfreulich positives Zeichen zum Abschluss der Veranstaltung. Noch sei die Bundeswehr bei ihren aktuellen Verpflichtungen „an der Grenze der Belastung“, aber die Entwicklung dringender benötigter zusätzlicher Fähigkeiten komme voran. Der Generalinspekteur bestätigte den Finanzansatz von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts als aktuelle Planungsbasis ebenso wie das „Fernziel von 2 Prozent“. Entgegen mancher öffentlichen Kritik in jüngster Zeit sei die Bundeswehr ein „hoch angesehener Partner“, aber es gelte auch: „Deutschland muss stabil liefern“.

Ein hoch aktueller Gastvortrag zum Thema *„Die Europäische Union (EU), das europäische Friedensprojekt des 20. Jahrhunderts, betrachtet aus der Sicht eines Nicht-EU-Bürgers“* des Chefredaktors der Neuen Züricher Zeitung, Eric Gujer, hatte bei einem festlichen Abendessen am Vortag die Teilnehmer auf das Colloquium eingestimmt. Mit erfrischend kritischem Blick identifizierte er unterschiedliche Staatsverständnisse der Mitgliedsstaaten als ein Kernproblem der EU. Seiner Auffassung nach erleben wir derzeit eine Renaissance der Nationalstaaten; etliche Staaten strebten nach Dezentralisierung und Eigenständigkeit. Eine Lösung für die aktuellen Probleme der EU bietet sich nach Gujers Auffassung u.a. durch „Rückbau“ zu mehr Subsidiarität bzw. durch ein modulares Konzept mit der Option unterschiedlicher Geschwindigkeiten und spezifisch differenzierter Integration. Mehrfach stellte er die besondere Verantwortung Deutschlands als zentrale Macht in Europa heraus.

*„Für Europa geht es ums Ganze, will es nicht zum Spielball der neuen Global Player des 21. Jahrhunderts, der USA und Chinas, werden.“
Dazu brauche Europa strategischen Weitblick.*

Als abschließende Antwort auf das gestellte Thema des Colloquiums bestand weitgehendes Einvernehmen darüber, dass „wir Europäer nicht länger als Zuschauer auf dem Zaun sitzen können“. Der Druck auf die EU werde weiter steigen, einen Multilateralismus à la carte werde es nicht (mehr) geben. Dabei werde Europa auch „ein vernünftiges Maß an Pragmatismus“ im Verhältnis selbst zu autoritär regierten Staaten suchen müssen, ohne grundlegende westliche Werte aufzugeben.

In seinen Schlussbemerkungen vor den über 200 Teilnehmern des Colloquiums stellte der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft deshalb abschließend fest: „Für Europa geht es ums Ganze, will es nicht zum Spielball der neuen Global Player des 21. Jahrhunderts, der USA und Chinas, werden.“ Dazu brauche Europa strategischen Weitblick, gemeinsamen Willen und die verlässliche Bereitschaft, die notwendigen Ressourcen für seine Sicherheit und Verteidigung tatsächlich bereitzustellen. Die Beiträge des Colloquiums hätten dazu manche positive Anregung gegeben. Die Kernerkenntnis aber sei: Vereint, und nur dann, kann Europa in der globalen Welt von morgen einem Angriff auf seine Interessen und die liberale Weltordnung standhalten. Deutschland muss – wie Europa als Ganzes – (endlich) strategische Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit gewinnen. Doch an der Frage, ob und wann Europa wirklich gemeinsam strategisch handeln kann und wird, schieden sich im Colloquium die Geister.

Zum Autor: Oberst a.D. Werner Baach ist als Medienberater tätig. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung – eine Herkulesaufgabe

Bericht über die 53. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Führungsakademie der Bundeswehr

Werner Baach

Digitalisierung und globale Vernetzung haben der Menschheit bis dahin nicht gekannte Entwicklungschancen eröffnet. Gleichzeitig haben sie neue Risiken und Gefahren, vor allem im Cyber- und Informationsraum, geschaffen, die zu den bisherigen „klassischen“ geopolitischen Bedrohungen hinzukommen und Überlegungen zur Überprüfung der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge erfordern. Mit den sich aus diesen Entwicklungen ergebenden Fragen hat sich die Clausewitz-Gesellschaft bei ihrer 53. Sicherheitspolitischen Informationstagung, die vom 4. bis 6. September 2019 als gemeinsame Veranstaltung mit der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg stattfand, auseinandergesetzt.

Sicherheitsvorsorge ist gesamtstaatliche Kernaufgabe

Das Ergebnis der Tagung untermauert bereits vorliegende Erkenntnisse, die eine Erweiterung und Vertiefung der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge Deutschlands verlangen. Denn Digitalisierung und Globalisierung haben Staat, Gesellschaft und Wirtschaft deutlich verwundbarer gemacht. Umso notwendiger ist es, dass die Funktionsfähigkeit des Staates in Krisen- und Konfliktsituationen auch unter den schwieriger gewordenen Bedingungen sichergestellt wird. Eine vorausschauende gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge ist deshalb eine staatliche Kernaufgabe, der sich Deutschland stellen muss. Mit dieser Feststellung zeichnete der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung, *Thomas Silberhorn* (CSU), bereits bei seinem Festvortrag am Vorabend die Richtung der Informationstagung vor¹. Vorrangiges Ziel aller staatlichen Sicherheitsvorsorge müsse es sein, so Silberhorn, „das Miteinander aller zur Bewältigung von Krisensituationen herzustellen“. Dabei seien in besonderem Maße die für die Sicherheit wichtigen staatlichen Akteure wie Sicherheitsbehörden und Bundeswehr gefordert.

Resilienz, die Widerstandskraft also von Staat und Gesellschaft, Krisen- und Konfliktsituationen ohne nachhaltige Beeinträchtigung zu überstehen, hat für die Sicherheitsvorsorge strategische Bedeutung.

Resilienz, die Widerstandskraft also von Staat und Gesellschaft, Krisen- und Konfliktsituationen ohne nachhaltige Beeinträchtigung zu überstehen, hat für die Sicherheitsvorsorge strategische Bedeutung. Insbesondere die Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) bedürfen vorausschauender staatlicher Vorsorge mit dem Ziel robuster Resilienz. Für die Fähigkeit der Bundeswehr, ihren Beitrag zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge zu leisten, sei mit der Aufnahme von Resilienz als Ziel in die „Konzeption der Bundeswehr“ eine wichtige Voraussetzung geschaffen worden, stellte Staatssekretär Silberhorn fest. „Denn Streitkräfte und Heimatschutz spielen für die Resilienz der Gesellschaft eine entscheidende Rolle, wozu auch die Konzeption der Inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform beitragen.“ Umgekehrt müsse die Gesellschaft deshalb der Bundeswehr für die Erfüllung ihres wichtigen Beitrags einen angemessenen Platz in ihrer Mitte geben.

Auf dem Feld der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge besteht in wichtigen Teilbereichen zum Teil noch deutlicher Handlungsbedarf, so ein wesentliches Fazit der Tagung. Sie erfordere eine nationale Sicherheitsstrategie als wesentliche Grundlage. Klare, belastbare Führungsstrukturen, ein zwischen Bund und

Auf dem Feld der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge besteht in wichtigen Teilbereichen zum Teil noch deutlicher Handlungsbedarf.

Ländern gut abgestimmtes gemeinsames Krisenmanagementsystem sowie die eingeübte Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte aller Ebenen und Bereiche seien erforderlich.

Der Einschluss der Bundeswehr in diese Maßnahmen von Anfang an sei unverzichtbar, denn innere und äußere Sicherheit könnten unter den neuen Formen der Bedrohung in Krisen nicht mehr voneinander getrennt werden. Wichtigste Voraussetzung für das Funktionieren der Vorsorge aber sei letztlich, dass das Bewusstsein für deren Notwendigkeit in der Bevölkerung deutlich gestärkt werde. Das müsse die Politik klarer vermitteln als dies bisher geschehe.

Defizite im strategischen Denken und Handeln beseitigen

Schon in den die Tagung einleitenden Vorträgen des Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, *Dr. Karl-Heinz Kamp*, und des Vorsitzenden der Stiftung Wissenschaft und Demokratie, Professor *Dr. Joachim Krause*, vor dem gut besetzten Auditorium im Manfred-Wörner-Zentrum der Führungsakademie der Bundeswehr wurde deutlich, dass dem seit 2014 verschlechterten „sicherheitspolitischen Klimawandel“ in der politischen und öffentlichen Debatte in Deutschland im Vergleich zum Beispiel mit der Klimadebatte relativ geringe Beachtung geschenkt wird.

Dr. Kamp analysierte zunächst die geopolitische Lage und die daraus resultierenden außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen. Der 2014 mit der Annexion der Krim und dem Konflikt in der Ostukraine eingeleitete Aggressionskurs Russlands berge ein „grundlegendes Konfliktpotential“. Das Russland Putins geriere sich zunehmend als „antiwestliche Macht“ und betrachte das „nahe Ausland als seine ureigene Einfluss-Sphäre“. Mit dem Einsatz militärischer Macht habe es das Prinzip der Unverletzbarkeit der Grenzen gebrochen. Mit diesem „Game Change“ sei die nach 1989 entstandene europäische Friedensordnung zerbrochen und für den Westen die Notwendigkeit militärischer Verteidigung wieder zur Option geworden. Gleichzeitig habe sich die Lage in den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika dramatisch verschärft. Die staatlichen Ordnungen seien dort weitgehend erodiert, der Staatsverfall kaum noch aufzuhalten. Für den Westen, insbesondere aber für Europa seien dort die Möglichkeiten, konfliktentschärfend einzuwirken, dadurch deutlich geschrumpft („Die Mittel sind stumpf geworden“); als Folge davon habe sich Interventionsmüdigkeit breit gemacht. In seiner Lagebeurteilung ging Dr. Kamp schließlich auf die Zunahme gefährlicher Konfliktpotentiale im asiatisch-pazifischen Raum durch die Machtambitionen Chinas ein, die zunehmend vitale Interessen Europas tangierten.

Die Summe aller geopolitischen Herausforderungen trifft auf eine Europäische Union mit unsicherer Zukunft und eine USA, deren Rolle als westliche Führungsmacht zunehmend erodiert.

Die Summe aller geopolitischen Herausforderungen träge auf eine Europäische Union mit unsicherer Zukunft und eine USA, deren Rolle als westliche Führungsmacht zunehmend erodiere. In dieser Situation, die im Interesse der eigenen Sicherheit auch von Deutschland eigentlich mehr Engagement in der Welt erfordere, werde stattdessen Unsicherheit immer mehr zur Konstante des sicherheitspolitischen Handelns. Wolle Deutschland den Herausforderungen der Zukunft begegnen, müsse es endlich wieder mehr in seine Sicherheit investieren. Dies müsse in einem Verbund aller relevanten Institutionen, Kräfte und Mittel erfolgen und die notwendige Resilienz im „gesamten Spektrum sicherheitspolitischen Handelns“ gewährleisten. Das koste natürlich Geld, doch dürfe das wirtschaftlich stärkste Land Europas sich vor dieser Herausforderung nicht drücken. Ein stärkeres Engagement in der Welt sei für Deutschlands Sicherheit unverzichtbar.

Er vermisse eine „strategische Kultur“ im sicherheitspolitischen Diskurs, übte Professor *Dr. Joachim Krause* im Anschluss deutliche Kritik an der derzeitigen

Diskussion in Deutschland. Es falle vielen in der Politik offenbar schwer, sich mit den fundamentalen Fragen deutscher Sicherheitspolitik auseinanderzusetzen. Die Medien, nicht die Politik bestimmten die Diskussion, und Populisten erföhren mit ihren vereinfachenden Parolen Zuspruch. Professor Dr. Krause verlangte „mehr politischen Willen zu konkretem und entschlossenem Handeln in sicherheits- sowie verteidigungspolitischen Angelegenheiten“. Seine

Deutsches sicherheits- und verteidigungspolitisches Denken ist derzeit weitgehend frei von strategischem Denken: Deutschland hat verlernt, was Verteidigung ist und erfordert“.

Forderung: Deutschland muss seine Verteidigungspotentiale angemessen erhalten, und die Politik muss deutlicher aussprechen, warum dies nötig ist. Niemand erkläre beispielsweise den Bürgern, warum

Russland wieder zur Sicherheitsbedrohung Deutschlands geworden sei oder worin die Herausforderungen des ungebremsen Weltmachtstrebens Chinas lägen. Als Folge seines „verengten strategischen Denkens und Handelns“ sei Deutschland inzwischen auch für die NATO zum Problem geworden. Deutsches sicherheits- und verteidigungspolitisches Denken ist derzeit weitgehend frei von strategischem Denken: Deutschland hat verlernt, was Verteidigung ist und erfordert“, stellte der Vortragende abschließend fest.

Der Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, *Holger Stahlknecht*, erläuterte anschließend die innenpolitischen Herausforderungen für die Sicherheit Deutschlands, u.a. angesichts akuter Bedrohungen durch Cyberangriffe, extremistischer, politisch motivierter Gewalt und Clan-Kriminalität. Er, wie auch die beiden Vorredner, wies auf die zunehmende Auflösung der Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit hin. Die Bekämpfung der erweiterten Bedrohungen verlange Kooperation über Landesgrenzen hinweg, bundesweit und international.

In der anschließenden Gesprächsrunde unter der Leitung von Direktor *Jörn Thießen*, Führungsakademie der Bundeswehr, wurden die Herausforderungen für eine gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge, auch im intensiven Dialog mit dem Auditorium, vertieft. Hauptthemen waren: nationale Sicherheitsstrategie und unzureichende zentrale Führungsstrukturen; Mängel in der Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte im föderalen System angesichts der Forderung „Krise braucht Führung“; Personal als knappe Ressource vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden demographischen Entwicklung; fortbestehende Defizite praktischer Kooperation bei ressortübergreifender Sicherheitsvorsorge; Defizite im sicherheits- sowie verteidigungspolitischen Bewusstsein von Führungskräften sowie Krise in der Kommunikation staatlicher Stellen mit der Bevöl-

kerung angesichts der hyper-dynamischen Entwicklung digitalisierter „sozialer Netzwerke“.

Komplexe Szenarien mit gewaltigen Herausforderungen

Im Mittelpunkt der anschließenden Vorträge und Diskussionen stand eine intensive Analyse der aktuellen außen- und innenpolitischen Lage mit besonderem Blick auf vitale Kritische Infrastrukturen (KRITIS). Den Hintergrund eines ersten Panels zu diesem Thema unter der Fragestellung *„Droht uns der totale Black- und Service-Out? Resilienz Kritischer Infrastrukturen: Aktueller Stand, künftige Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven“* bildeten Szenarien, wie sie u.a. Marc Elsberg in seinem Roman *„Blackout. Morgen ist es zu spät“* beschrieben hat. Vertreter von Telekommunikations- und Energieversorgungsunternehmen verdeutlichten u.a. den notwendigen Steuerungsbedarf und den Einsatz modernster Technologien zur Gewährleistung von Widerstands- und Überlebensfähigkeit und erforderlichenfalls zur Wiederherstellung hinreichender Funktionsfähigkeit. Letztlich ging es in dem Panel um die Resilienz von Systemen und Systemverbänden heutiger und künftiger vitaler KRITIS. Dabei unterstrichen u.a. Vertreter der Abteilung Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen des Bundesministeriums der Verteidigung sowie des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe die wachsende Komplexität der Schutz- und Sicherheitsanforderungen und stellten systematische Lösungsansätze zur Realisierung vor. Der Staat muss, so das Ergebnis, präventiv für die Funktionsfähigkeit der „Kritischen Infrastrukturen“ in Krise oder Konfliktfall Sorge tragen, vor allem durch aktive Unterstützung aller Maßnahmen, die eine robuste Resilienz dieser Bereiche zum Ziel haben.



Insbesondere die Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) bedürfen vorausschauender staatlicher Vorsorge mit dem Ziel robuster Resilienz.

Brauchen wir einen neuen Ansatz für Gesamtverteidigung?

Ein zweites Panel widmete sich der Frage *„Verteidigungspolitische, militärstrategische und innenpolitische Herausforderungen im Zeitalter digitaler Verwundbarkeit und hybrider Bedrohung: Brauchen wir einen neuen Ansatz für Gesamtverteidigung?“*. Der Inspekteur der Streitkräftebasis, Generalleutnant *Martin Schelleis*, stellte als Nationaler Territorialer Befehlshaber mit Hinweis auf das Weißbuch 2016 der Bundesregierung klar; ein neuer Ansatz sei deshalb nicht

erforderlich. Dagegen seien aber eine deutliche Erweiterung und Fortschreibung des institutionellen Rahmens und die Überarbeitung der Rahmenrichtlinie für Gesamtverteidigung aus dem Jahr 1989 dringend notwendig. Deutschland müsse seine neue „Drehscheiben-Rolle“ als potenzielles Aufkommens-, Anlande- und Transitland – u.a. verantwortlich für den verzugslosen Auf- und Weitermarsch sowie für den Schutz alliierter und eigener Truppen – zuverlässig

Deutschland muss seine neue „Drehscheiben-Rolle“ als potenzielles Aufkommens-, Anlande- und Transitland – u.a. verantwortlich für den verzugslosen Auf- und Weitermarsch sowie für den Schutz alliierter und eigener Truppen – zuverlässig wahrnehmen können.

wahrnehmen können. Generalleutnant Schelleis wies auf die zurzeit laufende Weiterentwicklung der bisherigen Grundlagen hin zu einem „Enhanced Host Nation Support (EHNS)“-Konzept und u.a. auf den laufenden Aufwuchs des „Joint Support and Enabling Command“ (JSEC) in Ulm

hin. Die neuen Aufgaben könnten nur in einem gesamtstaatlichen Ansatz bewältigt werden und erforderten u.a. die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit an den Schnittstellen zwischen Bundeswehr, ziviler Verteidigung, ziviler Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Stellvertreter des Inspektors des Cyber- und Informationsraums (CIR), Generalmajor Jürgen Setzer, hob insbesondere hervor, dass die bisherige gedankliche Konzentration auf Gesamtverteidigung in Richtung Gesamtsicherheit verlagert werden sollte. Zugleich ging er auf die spezifischen Wirkungsmöglichkeiten im CIR ein und nannte die „Meinungsbeeinflussung“ als einen wichtigen Faktor, der besondere Aufmerksamkeit verlange. Beide militärischen Vertreter wiesen auf die konkreten Ansätze in ihren Zuständigkeitsbereichen zur Verbesserung der Führungsfähigkeit und weiterer Maßnahmen zur Stärkung gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge hin.

Der Vertreter des Bundesministeriums des Innern und für Bau und Heimat sprach u.a. notwendige Kompetenz- und Strukturweiterungen für länderübergreifende Lagen an. Außerdem erwähnte er, dass es insbesondere im Lichte von Cyberattacken und hybriden Bedrohungen erweiterter oder neuer gesicherter Rechtsgrundlagen für die gesamtstaatliche Sicherheit bedürfe. Er wies auf Probleme bei der Gewinnung personeller Ressourcen und auf die Notwendigkeit zur Bereitstellung hinreichender finanzieller Mittel hin.

Der Generalsekretär des Sekretariats des Finnischen Sicherheitskomitees schließlich erläuterte sehr anschaulich die in seinem Land vollzogene Erweiterung des Denkens und Planens von „Total Defence“ zu „Comprehensive Se-

curity“. Dabei ging er ausführlich auf die Bedeutung effizienter Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen staatlichen Sicherheitsinstitutionen ein und unterstrich die Notwendigkeit entsprechender Ausbildung sowie regelmäßiger gemeinsamer Übungen der Verantwortlichen und Akteure aller relevanten Bereiche. Einvernehmen auf dem Panel und im Auditorium bestand darin, dass zur Realisierung und Gewährleistung gesamtstaatlicher Sicherheit die richtigen Institutionen geschaffen werden müssten und hierzu der politische Willen die entscheidende Voraussetzung ist.

Grenzüberschreitende Bedrohungen erfordern internationale Zusammenarbeit

Ein drittes Panel erweiterte die Betrachtungen zur künftigen Landes- und Bündnisverteidigung vor allem auch auf den europäischen und transatlantischen Rahmen.

Der Abteilungsleiter Verteidigungspolitik und -planung bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO erläuterte die aktuellen Lageentwicklungen im Bündnis und die sich daraus u.a. ergebenden Forderungen an Deutschland als zentrale „Drehscheibe“ für eine umfassende Bündnisverteidigung. Er unterstrich die Notwendigkeit eines gesamtheitlichen Ansatzes der Sicherheitsvorsorge mit abgestimmten, präventiven zivilen wie militärischen Verteidigungsanstrengungen der Allianz und ihrer Mitgliedstaaten.

Ein finnischer Politikwissenschaftler vom Brüsseler Winfried Martens Zentrum für Europäische Studien stellte die „Beistandsklausel der EU“ (Artikel 42.7 des Vertrages von Lissabon) in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen zur nationalen und gemeinsamen Verteidigung in Europa. Hierzu ging er auf mögliche Szenarien ein, bei denen diese Klausel künftig zur Anwendung kommen könnte.

Ein Vertreter der Abteilung Strategie und Einsatz im Bundesministerium der Verteidigung ging u.a. auf die Erwartungen seitens der NATO an die aktuellen und geplanten Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte ein und erläuterte die besonderen Herausforderungen und gewählten Schwerpunkte der aktuellen Fähigkeitsentwicklung der Streitkräfte. Er bewertete schließlich die Perspektiven der eingeleiteten Prozesse zur Stärkung von Landes- und Bündnisverteidigung. Dabei unterstrich die Bedeutung des gesellschaftlichen „Mindset“ sowie des politischen Willens zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen. Eine der

größten Herausforderungen und die Voraussetzung für deren Gelingen sei es, das Bewusstsein der Bürger für die Gesamtverteidigung (wieder) zu schärfen.

Professor *Dr. Sven Bernhard Gareis* stellte fest, dass die Zeiten, in denen eine Sicherheitsbedrohung klar erkannt und ihr mit einem geeigneten Instrumentarium begegnet werden konnte, lange vorbei seien. In einem Umfeld hybrider Bedrohungen seien Maßnahmen unterhalb der Schwelle klassischer Kriegsführung zu erwarten, die vermutlich schwer als Angriffe einzuordnen und noch schwerer einem bestimmten Akteur zuzuordnen seien. Resilienz bedeute deshalb die Fähigkeit, die Folgen von Angriffen zu absorbieren, den Schaden zu begrenzen und so schnell wie möglich zur größtmöglichen Normalität zurückzukehren. Das erfordere einen Paradigmenwechsel und ein umfassendes Konzept gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge. Als Voraussetzungen dafür nannte Gareis unter anderem: dezentrale Strukturen zur Verringerung eines totalen

Ein entscheidender Baustein für die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge besteht darin, das Grundvertrauen in Staat und Gesellschaft aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen.

Kontrollverlusts oder nationalen „Black-outs“, gemeinsame Standards, wirksame Koordination der zu beteiligenden Akteure und die Vereinbarung von Prioritäten für den Aufbau sowie die Aufrechterhaltung

der erforderlichen Fähigkeiten. Aufgabe von Politik und Bundeswehr bleibe es, die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte im gesamten Aufgabenspektrum der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge zu erhöhen und im Rahmen des NATO-Bündnisses weiterhin angemessene Beiträge zur kollektiven Verteidigung zu erbringen. Resilienz sei in diesem Zusammenhang als ein anspruchsvolles Konzept zu verstehen, das auf einer solidarischen Gesellschaft gründe. Sie bilde die Basis von wirksamer und verlässlicher nationaler Führungsfähigkeit. Ein entscheidender Baustein für die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge bestehe darin, das Grundvertrauen in Staat und Gesellschaft aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen .

Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge – ein komplexer Prozess, der weitere Schritte verlangt

Im abschließenden fünften Panel wurde eine Bilanzierung der bisherigen Erkenntnisse der Tagung versucht. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage: „Welche vordringlichen Aufgaben zur Stärkung von Resilienz, Sicherheitsvorsorge und Führungsfähigkeit im nationalen, europäischen und NATO-Rahmen müssen und können in absehbarer Zeit realisiert oder bewältigt werden?“

Der Senator für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg, *Andy Grote*, zeigte noch einmal sehr prägnant die aktuellen, vielschichtigen Herausforderungen der Sicherheit im Innern auf. Er konstatierte zudem, dass wir auch in der äußeren Sicherheit mit einer veränderten Lage umgehen müssen. Die Bandbreite reiche dabei von der mutmaßlichen Einflussnahme über soziale Medien auf Wahlentscheidungen oder die öffentliche Meinungsbildung durch bewusste Falschinformationen bis hin zum Missbrauch von IT-Strukturen für die hybride Kriegsführung. Der Schutz Kritischer Infrastrukturen sei eine gemeinsame Aufgabe von Staat, Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft. Es müsse dabei im globalen Kontext gehandelt werden.

Der Abteilungsleiter Planung im Bundesministerium der Verteidigung, Generalleutnant Christian Badia, stellte u.a. die aktuellen Planungen zur Realisierung des Fähigkeitsprofils der Bundeswehr vor. Dabei machte er insbesondere deutlich, welche spezifischen Herausforderungen nach 25 Jahren der Reduzierungen und massiven Einsparungen bei der Bundeswehr nunmehr mit der Umsetzung der Trendwenden bei Personal, Material und Finanzen verbunden sind.

Generalmajor Jörg See, der Stellvertretende Beigeordnete Generalsekretär der NATO für Verteidigungspolitik und Planung, hob die besonderen Anstrengungen des Bündnisses zur Stärkung von Resilienz und Führungsstrukturen hervor. Mit Hinweis auf die Aktivitäten der NATO zur Realisierung der spezifischen Streitkräfteplanung appellierte er an die Nationen, die gegebenen Zusagen bezüglich ihrer Verteidigungsleistungen und nationalen Streitkräfteentwicklungen einzuhalten.

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem die Notwendigkeit zur Herstellung und Stärkung des Sicherheitsbewusstseins in der Bevölkerung, aber auch bei den politisch Verantwortlichen und in der staatlichen Verwaltung hervorgehoben. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass zum Erreichen hinreichender Akzeptanz zur notwendigen Höhe von Verteidigungsleistungen eine bessere Kommunikation und Erklärung der Erfordernisse erforderlich seien. In etlichen Beiträgen wurde die erforderliche Einbindung der Wirtschaft in die Maßnahmen gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge betont und eine klarere Positionierung Deutschlands zu Fragen des Rüstungsexports und der nationalen Rüstungsexportpolitik gefordert. Ebenso wurde betont, dass die Bundeswehr in der Öffentlichkeit verstärkt sichtbar gemacht werden müsse, u.a. durch regelmäßige gemeinsame zivil-militärische Übungen im Rahmen der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge.

Weiterführende Überlegungen zu Führungsstrukturen noch in der Diskussion

Der Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, Generalmajor Oliver Kohl, hob bei seinen insgesamt sehr positiven Bemerkungen zur Gesamttagung ein vom Lehrgangsleiter des Lehrgangs Generalstabs-/Admiralstabsdienst National (LGAN) 2017 und dem Lehrstabsoffizier am „German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS)“ moderiertes Spezial-Panel mit Lehrgangsteilnehmern des Lehrgangs Generalstabs-/Admiralstabsdienst National (LGAN) 2017 hervor. Dieses hatte aus der Studienphase des Lehrgangs resultierende Überlegungen zur gesamtstaatlichen und militärischen Führungsstruktur im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung vorgestellt. Die Ergebnisse befinden sich in einem noch andauernden Bundeswehr-internen Diskussionsprozess und sind derzeit noch nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Die vorgestellten Untersuchungen machen nach Einschätzung von Generalmajor Kohl auch die neue Rolle der FüAkBw als „Think Tank“ sichtbar.

In seinen abschließenden Bemerkungen zur Tagung unterstrich der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. *Kurt Herrmann*, das vom Kommandeur der FüAkBw zuvor schon gezogene positive Resümee zur 53. Sicherheitspolitischen Informationstagung. Die Tagung habe zu einem offensichtlichen Erkenntnisgewinn zum komplexen Thema der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge geführt. Zugleich wies er auf die nach wie vor bestehende Kluft zwischen Theorie und Praxis und zwischen politischer Deklaration und praktischer Realisierung einer effizienten, ressortübergreifenden und umfassend vernetzten Sicherheitsvorsorge hin. Er verband seine Feststellung mit der Hoffnung, dass man notwendige weiterführende Diskussionen habe anregen können. Seitens der Clausewitz-Gesellschaft wolle man diesen Diskurs auch künftig nach besten Kräften fördern und begleiten. Herrmann schloss die Tagung mit Dank an den Kooperationspartner FüAkBw, an alle aktiv Mitwirkenden und an das Unterstützungsteam. Den Teilnehmern der Informationstagung dankte er für ihr engagiertes Mitwirken.

Zum Autor: Oberst a.D. Werner Baach ist als Medienberater tätig. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen

- 1 Festvortrag von Staatssekretär Silberhorn auf den Seiten 13 bis 17

Schützen und verteidigen, was besonders schützenswert ist Resilienz spezieller „Kritischer Infrastrukturen“ im digitalen Zeitalter

Bericht über das Clausewitz-Forum 2019 am 14. November 2019 im Bundesministerium der Verteidigung in Bonn

Kurt Herrmann

Mit einem Hinweis auf die „janus-köpfigen“ Erscheinungsformen der Digitalisierung eröffnete der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann, das diesjährige Clausewitz-Forum. Vor dem gut besetzten Auditorium im Moltkesaal auf der Bonner Hardthöhe wies er darauf hin, dass uns die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien einerseits fast unglaubliche Möglichkeiten und Erleichterungen bescherten, doch seien andererseits „nahezu totale Abhängigkeiten und neue Verwundbarkeiten“ entstanden .



Begrüßung der Teilnehmer durch den
Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft

Das Clausewitz-Forum 2019 befasste sich schwerpunktmäßig mit zwei besonderen Bereichen „Kritischer Infrastrukturen (KRITIS)“: dem Cyber- und Informationsraum (CIR) mit seinen global und umfassend vernetzten Kommunikations- und Informationstechnischen Systemen und der elektrischen Energieversorgung. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, welche sicherheitspolitischen und strategischen Herausforderungen es in dem skizzierten Kontext künftig zu bewältigen gilt.

Einvernehmen bestand bei allen Teilnehmern darüber, dass ein längerer, flächendeckender Ausfall beider KRITIS dramatische Folgen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft haben könnte . Der Schutz und die Verteidigung dieser KRITIS hat somit hohe Priorität bei der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge. Da sich gerade im Lichte hybrider Bedrohungen die Grenzen zwischen Krieg und Frieden, aber auch zwischen äußerer und innerer Sicherheit verwischen, kommt der Resilienz von KRITIS, also der Widerstandsfähigkeit und raschen Wiederherstellbarkeit der Funktionsfähigkeit nach Störungen oder Ausfällen, besondere Bedeutung zu.

Zunächst stellte Abteilungspräsident Horst Samsel das Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) vor und sprach zum Thema „Das BSI gestaltet Cyber-Sicherheit in Deutschland – die Widerstandsfähigkeit für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erhöhen.“ Dabei verdeutlichte er die aus einer ungebremst dynamischen technologischen Entwicklung resultierenden Sicherheits-Herausforderungen. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen dann u.a. konkrete Risiken und Bedrohungen im Cyberraum, das breite Aufgabenspektrum des BSI, Strukturen von nationalen und internationalen mit Cyber-Sicherheit und Cyber-Abwehr befassten Sicherheitsbehörden und spezifische Aspekte des Cyber-Schutzes von KRITIS.

Oberst i.G. Thomas Bertram, der für das Gemeinsame Lagezentrum im Kommando CIR (Kommando Cyber- und Informationsraum) zuständige Unterabteilungsleiter, ging dann vor allem auf die militärisch relevanten Aspekte beim Schutz von KRITIS ein. Er erläuterte in sehr anschaulicher Weise die einschlägigen Strukturen und Prozesse sowie die spezifischen Anstrengungen zur Gewinnung, Ausbildung und Inübnhaltung von Personal.



Panelteilnehmer: Horst Samsel BSI,
Dirk Backofen Telekom, Hans-Herbert
Schulz Clausewitz-Gesellschaft
(Moderator), Thomas Bertram Kdo CIR

Die abschließende Podiumsdiskussion zum Thema „Welche Ansätze, Strategien und konkreten Maßnahmen können hinreichende Sicherheit für KRITIS gewährleisten?“ wurde vom Geschäftsführer der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Brigadegeneral a.D. Dipl.-Ing. Hans-Herbert Schulz, moderiert. Neben den beiden bereits erwähnten Referenten des BSI und des Kommandos CIR, nahmen daran auch Dipl.-Ing Dirk Backofen, Leiter Telekom Security, und Dipl.-Ing. Michael Rogge, Leiter Systemmanagement und Systemführung Netze der Amprion GmbH teil .

Beide Firmenvertreter stellten sehr eindrucksvoll die Grundzüge ihrer Sicherheitskonzepte vor und gingen dabei auch auf den erheblichen Investitionsbedarf für entsprechende Sicherheitsmaßnahmen ein.

In der kompetent sowie erfreulich lebhaft geführten Diskussion, an der sich später auch die Teilnehmer im Auditorium engagiert beteiligten, wurde mehrfach der noch nicht vollständig umgesetzte Paradigmenwechsel bei gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge im digitalen Zeitalter erwähnt. Weitgehende Übereinstimmung bestand darin, dass auf den betrachteten Feldern eine res-

sortübergreifende und auch international vernetzte Kooperation unerlässlich ist. Ebenfalls unterstrichen wurden Forderungen nach verbesserter Frühwarnsowie Attributionsfähigkeit, leistungsfähiger Cyber-Forensik, hinreichender Redundanz von KRITIS, verkürzten Reaktionszeiten für „Abwehr in der Tiefe“, unabhängiger Zertifizierung von Lieferanten und Produkten im Cyber-Bereich und verstärkter Krisenvorbereitung. Insgesamt wurde deutlich, dass es in vielen Bereichen noch viel zu tun gibt, um mit ausreichender Redundanz, Autarkie und Reserven Friktionen begegnen und Gesamtverteidigung unter den Bedingungen von heute gewährleisten zu können.

In seinen abschließenden Bemerkungen unterstrich Präsident Herrmann nochmals die Dringlichkeit entsprechender Vorsorgemaßnahmen zur Gewährleistung von Schutz und Sicherheit der KRITIS. Er dankte allen Akteuren, Teilnehmern und Unterstützern der gelungenen und inhaltlich gewinnbringenden Veranstaltung.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

SCHWERPUNKTE DER CLAUSEWITZ-GESELLSCHAFT FÜR DAS JAHR 2020

Das Jahr 2020 wird sehr wahrscheinlich erneut mit erheblichen und vermutlich sogar weiter anwachsenden außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen aufwarten. Vor allem mit den Strategie-relevanten Themen der anstehenden Entwicklungen wollen wir uns seitens der Clausewitz-Gesellschaft auch weiterhin befassen. Der Schwerpunkt soll auch künftig bei der vernetzten gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge, eingebettet in den europäischen und transatlantischen Kontext, liegen. Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir ebenfalls die Weiterentwicklung der Bundeswehr zur Erreichung der notwendigen und dem Bündnis sowie der Europäischen Union (EU) zugesagten Fähigkeiten konstruktiv kritisch begleiten.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird bei unseren Aktivitäten im Jahr 2020 der Diskurs zur künftigen Stellung, Rolle und Handlungsfähigkeit Europas, vor allem zwischen den globalen Mächten USA, China und Russland, einen prominenten Platz einnehmen. Eng damit verbunden sollen zudem die Entwicklungen in Europas unmittelbarer Nachbarschaft, also in Nah-Mittel-Ost und Afrika, mit hoher Priorität verfolgt werden.

Beide Themenbereiche werden bei je einer unserer zentralen Veranstaltungen im Mittelpunkt stehen. Das BERLINER COLLOQUIUM 2020, das wieder gemeinsam mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) geplant ist, soll sich dem Thema „Multilateralismus in der Krise – Welche Zukunftsperspektiven haben die bisherigen Stabilität, Sicherheit, Frieden und Wohlstand fördernden multinationalen Institutionen?“ widmen. Die 54. SICHERHEITSPOLITISCHE INFORMATIONSTAGUNG

Der Schwerpunkt unserer Arbeit soll auch künftig bei der vernetzten gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge, eingebettet in den europäischen und transatlantischen Kontext, liegen.

mit und an der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) in Hamburg wird unter dem Thema „Afrika: Kontinent der Chancen oder Konfliktregion düsterer Prognosen?“ stehen.

Nach der Aufkündigung des INF-Vertrags und zunehmender Unsicherheit hinsichtlich des Fortbestands von Vereinbarungen für Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung hat das Thema „Nuklearstrategie“ neue Brisanz gewonnen. Mit dem komplexen nuklearen Themenbereich wollen wir uns beim 16. CLAUSEWITZ-STRATEGIEGESPRÄCH in der

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin auseinandersetzen, wiederum in Kooperation mit der Landesvertretung und der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V..

Für das 17. CLAUSEWITZ-STRATEGIEGESPRÄCH in Berlin wird eines der beiden Themen „Naher Osten: Quo vadis? – Tektonische Veränderungen in einer geopolitisch brisanten Region“ oder „Russland: Ein dauerhaft schwieriger Nachbar oder potentieller strategischer Partner?“ ins Auge gefasst.

Das weite Themenfeld der europäischen Sicherheit und Verteidigung soll dann beim CLAUSEWITZ-FORUM 2020 im Mittelpunkt stehen. Diese Veranstaltung wird voraussichtlich in Kooperation mit dem und in den Räumen des „EGMONT Royal Institute for International Relations“ in Brüssel stattfinden. Besonderes Gewicht dürften dabei sehr wahrscheinlich die konzeptionellen Überlegungen und notwendigen konkreten Schritte zur vertieften Integration und zur Stärkung der Handlungsfähigkeit in der EU, vor allem auch zur Steigerung der Effizienz und Einsatzfähigkeit von Streitkräften, erhalten.

Bei den zentralen Veranstaltungen und vor allem auch in den Regionalkreisen sowie in der Sektion Schweiz unserer Gesellschaft wird man sich im Jahr 2020 ebenfalls und erneut schwerpunktmäßig mit ausgewählten Themen aus den Bereichen Sicherheitsvorsorge im Cyber- und Informationsraum, internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, Auswirkungen von Rohstoff- sowie Energieträger-Knappheit und sicherheitspolitische Konsequenzen des Klimawandels sowie mit der illegalen Migration auseinandersetzen. Als weitere Themen mit spezifischem Bezug zu aktuellen Anlässen in 2020 bieten sich ferner an:

- Die Entwicklung von Sicherheitsvorsorge und Sicherheitsgarantien im nordatlantischen Bündnis am Beispiel der militärischen Großübung „Defender Europe 2020“.
- Der 75. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs (8. Mai) als Gedenktag mit Verpflichtung zur Bewahrung von Frieden und Sicherheit in Freiheit.
- Bedeutung der multilateralen Weltordnung 75 Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen (26. Juni).
- Deutschlands Rolle und Verständnis hinsichtlich der Stärkung europäischer Identität, Sicherheit und Gestaltungskraft anlässlich Deutschlands Vorsitz im Rat der Europäischen Union (2. Halbjahr).
- Die gewandelte Stellung und gesteigerte Verantwortung des vereinten

Deutschlands in der EU und im transatlantischen Bündnis, dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung (3. Oktober).

- Bilanz und Perspektiven der Außen- und Sicherheitspolitik der USA anlässlich der Präsidentschaftswahlen (3. November).

Bei unseren Aktivitäten streben wir seitens der Clausewitz-Gesellschaft e.V. auch 2020 eine Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit mit der BAKS, der FüAkBw, der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V., der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V., der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. und ggf. weiteren kooperationsbereiten Institutionen, Organisationen oder Vereinen an. Wir wollen auch künftig unseren Mitgliedern, Freunden und Gästen bei den Veranstaltungen und Publikationen einen Mehrwert durch die Behandlung aktueller Themen mit sicherheitspolitischer und strategischer Relevanz bieten und dabei jeweils, sofern angebracht, den Bezug zu den Erkenntnissen unseres Namensgebers herstellen.

Der Beirat unserer Gesellschaft, der Präsident der Sektion Schweiz, die Leiter der Regionalkreise in Deutschland, aber auch zahlreiche Mitglieder sowie externe Freunde und Förderer unserer Clausewitz-Gesellschaft haben sich in den zurückliegenden Jahren in dem obigen Sinn immer wieder mit kreativen Initiativen, hohem persönlichem Engagement und organisatorischem Geschick in die Arbeit der Gesellschaft eingebracht und damit ansprechende sowie inhaltlich wertvolle Veranstaltungen ermöglicht. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass die erwünschte Breitenwirkung des Diskurses zu den von uns behandelten Themen erzielt werden konnte. Dafür gebührt ihnen besonderer Dank und Anerkennung. Es besteht hinreichender Grund zur Zuversicht, dass es uns auch weiterhin gelingen wird, eine erfolgreiche Fortsetzung unserer Arbeit auf qualitativ hohem Niveau zu gewährleisten.

Allen Mitgliedern, Mitwirkenden, Freunden und Unterstützern unserer Clausewitz-Gesellschaft wünsche ich für ihre Arbeit im Jahre 2020 und auch in der weiteren Zukunft einen hohen Wirkungsgrad, den erhofften sowie verdienten Erfolg, eine nachhaltig positive Resonanz und stets ein hohes Maß an motivierender Ermutigung bei ihren jeweiligen Projekten, Vorhaben und Unternehmungen.

Mit den besten Grüßen und Wünschen

Ihr
Kurt Herrmann

Bildnachweis

Seite Quelle/Urheber

- 13 Autor/Bundesministerium der Verteidigung
- 20 Autor
- 25 Autor
- 26 picture alliance / AP Photo / Fotograf: Olli Geibel
- 49 Wikimedia Commons/gemeinfrei; eigenes Werk - Boevaya mashina, File: 9T250-1 Iskander-M.JPG; CC BY-SA 4.0
- 67 Autor
- 68 Autor
- 69 Autor
- 70 Quelle der Daten: Eurostat, eigene Darstellung des Autors
- 71 Quelle der Daten: Eurostat, eigene Darstellung des Autors
- 83 Wikimedia Commons/gemeinfrei; Winston Churchill (1941); BiblioArchives /LibraryArchives - <https://www.flickr.com/photos/28853433@N02/19086236948/>; File:Sir Winston Churchill - 19086236948.jpg
- 84 Bundesarchiv, Bild 183-J28683, Fotograf Jäckisch
- 89 Bundesarchiv, Bild 183-R06118, Fotograf o.Ang.
- 96 Autor
- 111 Autor
- 122 Autor
- 147 Bundesarchiv, Bild 183-R01217, Fotograf o.Ang.
- 153 Bundesarchiv, BildY 1-544-13937, Fotograf o.Ang.
- 164 Bundesarchiv, BildY 1-548-782-72, Fotograf o.A.
- 168 Bundesarchiv, Bild 135-B0240, Fotograf Oscar Tellgmann
- 171 Bundesarchiv, Bild 102-07262, Fotograf o.A.
- 172 Bundesarchiv, RH 2 Bild-02292-118, Fotograf o.A.
- 177 Bundesarchiv, Bild 103-004-014, Fotograf o.A.
- 185 Wikimedia Commons/gemeinfrei; Alexander Wassiljewitsch Suworow (1730–1800); Porträt von George Dawe (ca. 1830); Unbekannt - former source [1]; actual source [2]; File:Suvorov Alex V.jpg
- 187 Alois Camenzind: Maultiere machen Geschichte, oder, Suworows Krieg in den Schweizer Alpen im Jahre 1799, Verlag Pro Libro Luzern GmbH, 978-3905927603, S. 103

Seite Quelle/Urheber

- 189 Wikimedia Commons/gemeinfrei; André Masséna; Nach Antoine-Jean Gros - photo.rmn.fr; File: Renault - André Masséna, duc de Rivoli, prince d'Essling, maréchal de France (1756-1817).jpg
- 192 Alois Camenzind: Maultiere machen Geschichte, oder, Suworows Krieg in den Schweizer Alpen im Jahre 1799, Verlag Pro Libro Luzern GmbH, 978-3905927603, S. 107
- 193 Ebenda, S. 111
- 205 Aeronautica Militare Italiana – "Fototeca Storica"
- 209 © IWM (Art.IWM ART 325)
- 211 United States Air Force
- 218 United States Air Force
- 235 picture alliance / AP Photo / Fotograf: Martin Meissner
- 241 Clausewitz-Gesellschaft e.V./Fotograf: Wolfgang Fett
- 242 Clausewitz-Gesellschaft e.V./Fotograf: Wolfgang Fett